

Schule und Bürgergesellschaft

Wege zu einer partnerschaftlichen Gestaltung moderner Bildung und guter Schulen



Dokumentation

der bundesweiten Fachtagung
des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement
in Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales
Baden-Württemberg,
dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
und der Baden-Württembergischen Sportjugend
im Landessportverband Baden-Württemberg e.V.

19. – 20. Mai 2006
SpOrt Stuttgart



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Bundesgeschäftsstelle -
(in Trägerschaft des Deutschen Vereins für öffentliche
und private Fürsorge e.V.)
Michaelkirchstraße 17-19
10179 Berlin
www.b-b-e.de
V.i.s.d.P.: Dr. Ansgar Klein, Bundesgeschäftsführer BBE

Redaktion:
Anne Wellingerhof, Birger Hartnuß

**Die Veranstaltung ist offizielles Projekt der UN- Weltdekade
„Bildung für nachhaltige Entwicklung“**

Nachhaltigkeit lernen



**Offizielles Projekt
der Weltdekade
2 0 0 6 / 2 0 0 7**

Inhalt

Grußworte

Vorwort der Veranstalter S. 7

Begrüßungstalk S. 9

Dr. Frank Heuberger, *Sprecherrat des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement*
Elvira Menzer-Haasis, *Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg*
Robert Hahn, *Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg*
OB Klaus Tappeser MdL, *Rottenburg, Landessportverband Baden-Württemberg*

Vorträge

Schule und bürgerschaftliches Engagement – Perspektiven der Bildungspolitik in Baden-Württemberg S. 10

Georg Wacker MdL, *Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg*

Schule als soziales Unternehmen? S. 16

Prof. Dr. Adalbert Evers, *Universität Gießen*

Die Praxis im Fokus – Schulen stellen sich vor

Realschule Weilheim/Teck S. 29

Keplerschule Freudenstadt S. 30

Grußwort S. 35

Marcia Gilbert-Roberts
Botschafterin Jamaika

Georg-Büchner-Gymnasium Winnenden S. 36

Evangelisches Schulzentrum Michelbach S. 41

Präsentationen und Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

AG: Mentorenkonzepte in der Schule	S. 46
AG: Bürgerschaftliches Engagement im Übergang von der Schule in den Beruf	S. 49
AG: Lebenswelten verbinden – wie die Kooperation zwischen Schulen und verschiedenen Feldern des bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig gelingt	S. 56
AG: TOP SE an Realschulen in Baden-Württemberg	S. 60
AG: Service-Learning: Wissensvermittlung, Verantwortungs- und Persönlichkeitsentwicklung durch freiwilliges Engagement	S. 65
AG: Bewegung, Spiel und Sport im schulischen Ganztags-Bürgerengagement des Sports und im Sport	S. 68
AG: Wirtschaft – ein Partner für die Schule?	S. 69
AG: Jugendarbeit und Schule: Von der Kooperation zur (regionalen) Bildungspartnerschaft	S. 73
AG: Schulfördervereine – Kompetenzen und Ressourcen für die Schule	S. 76
AG: Dialog der Generationen: Senioren als Partner der Jugendlichen	S. 76
AG: Interkulturelles Lernen, Partizipation und Integration durch bürgerschaftliches Engagement von und mit MigrantInnen in der Schule	S. 78

Präsentationen und Ergebnisse aus den Fachforen

Forum 1: Bildung – Perspektiven der Vernetzung schulischer und außerschulischer Bildungsorte und –akteure S. 81

Prof. Dr. Sigrid Kallfaß

Forum 2: Partizipation und Engagement in der Schule S. 89

Dr. Ursula Weber

Forum 3: Brücken bauen zwischen Schule und Gemeinwesen S. 91

Prof. Paul-Stefan Roß

Abschluss und Fazit

Abschlussdiskussion

nicht dokumentiert

Ute Kumpf MdB, *SPD-Bundesfraktion, Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement“ des Dt. Bundestages*

Helmut Rau MdL

Minister für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Monica Wüllner

Baden-Württembergische Sportjugend

Thomas Kegel

Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland, PG „Bildung/Qualifizierung“ des BBE

Fazit S. 94

Thomas Kegel, Birger Hartnuß

Markt der Möglichkeiten

Vorstellung der Vereine, Initiativen und Projekte

- Lernende Region Bodensee S. 96
- Familienforschung Baden-Württemberg S. 97
- Servicestelle Jugend- Mitmachen Ehrensache S. 98
- KSJ Freiburg S. 99
- Realschule Kreuzerfeld Rottenburg S. 101
- Freie Waldorfschule am Kräherwald S. 103
- Kojala Kompetenzbörse/ZAWiW S. 104
- Jes-jugend-engagiert-sich S. 106
- LAG Offene Jugendarbeit S. 107
- Keplerschule Freudenstadt S. 108
- Seniorpartner in School e.V. S. 109
- Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband e.V. S. 111
- Paritätischer Wohlfahrtsverband „Aktion: Tu dir was Gutes“ S. 113
- Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland S. 114
- Landeselternbeirat Baden-Württemberg S. 115
- Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement S. 116
- Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg S. 116
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg S. 119
- Baden-Württembergische Sportjugend im Landessportverband Baden-Württemberg e.V. S. 120
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement S. 121

Kontakte und Links

Kontakte/Adressen/Ansprechpartner S. 122

Grußworte

Vorwort der Veranstalter

Elvira Menzer-Haasis
*Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg*

Robert Hahn
*Ministerium für Arbeit und Soziales
Baden-Württemberg*

Bernd Röber
*Baden-Württembergische Sportjugend im
Landessportverband
Baden-Württemberg e. V.*

Birger Hartnuß
*Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement*

Am 19. und 20. Mai 2006 fand in Stuttgart die Fachtagung „Schule und Bürgergesellschaft. Wege zu einer partnerschaftlichen Gestaltung moderner Bildung und guter Schulen.“ statt. Veranstalter waren das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Kooperation mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg sowie der Baden-Württembergischen Sportjugend im Landessportverband Baden-Württemberg.

Die Fachtagung in Stuttgart war bereits die dritte Veranstaltung im Rahmen von Kongressen des BBE dieser Art, sie knüpft an an zwei erfolgreiche Tagungen in Nordrhein-Westfalen 2005 und Rheinland-Pfalz 2004. Sie wurde von der UNESCO als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.

In der bildungswissenschaftlichen und -politischen Debatte ist die Einsicht gewachsen, dass Bildung mehr ist als Wissensaneignung. Ein erweitertes Bildungsverständnis umfasst neben kognitivem Wissen auch soziale Fähigkeiten wie Kooperationsfähigkeit, Organisationskompetenz und solidarisches Handeln. Lernen beschränkt sich daher nicht auf das An-

eignen von Informationen über die Welt sondern bezieht Prozesse der konkreten Auseinandersetzung mit ernsthaften Auf-

gaben und Problemen und die Übernahme von Verantwortung ein.

Die Einrichtungen des Bildungs- und Erziehungswesens sind wichtige Kristallisationskerne der Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements: Sie sind Orte des (Zusammen-)Lebens, in denen Kinder und Jugendliche ihre Partizipationsrechte wahrnehmen und durch die Übernahme von Verantwortung für konkrete Aufgaben neue Kompetenzen erlernen und erproben. Nur wenn die Schulen selbst demokratische Gemeinschaften sind, können sie zur Entwicklung bürgerschaftlicher Kompetenzen beitragen und Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, sich zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln. Es ist daher von großer Bedeutung, in Kindertagesstätten und Schulen Gelegenheiten der Beteiligung und Mitwirkung zu entwickeln und anzubieten. Junge Menschen müssen die Chance haben, in zentralen Angelegenheiten des Zusammenlebens Einfluss zu nehmen und mitzugestalten.

Die Entwicklung sozialer Kompetenzen und die Ausprägung von Gemeinsinn werden bislang als wesentlicher Bestandteil des schulischen Auftrages erst ansatzweise in den Blick genommen. Wenn dieser Aspekt gegenüber der reinen schulischen Wissensvermittlung jedoch stärkeres Gewicht erhalte, kann Schule viel dazu beitragen, dass in der nachwachsenden Generation Bereitschaft und Fähigkeiten zur Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen und zur aktiven Beteiligung an der Gestaltung des sozialen, kulturellen und politischen Lebens entwickelt werden.

Anspruch und Ziel der Fachtagung war es deshalb, Wege und ihre Potenziale aufzuzeigen, um *bürgerschaftliches Engagement* als *Bildungsziel* in der Schule zu

verankern, die *Schule* hin zum Gemeinwesen zu öffnen, sie in die lokale Bürgergesellschaft einzubetten und zu einem lokal und partnerschaftlich orientierten Lernzentrum weiter zu entwickeln. Gefragt sind Modelle und Ansätze, die neue Kooperationen und Partnerschaften von Schule mit Organisationen und Akteuren im Gemeinwesen befördern, damit Schule öffnen, lebensweltliche Zusammenhänge in das schulische Leben einbringen und dieses damit für die Schüler interessanter und attraktiver machen.

Baden-Württemberg ist ein Bundesland mit einer reichen Tradition bürgerschaftlichen Engagements und einer gut entwickelten Infrastruktur der Engagementförderung. Dabei spielt auch die Schule eine zentrale Rolle. Es gibt eine Vielzahl von Initiativen und Ansätzen für bürgerschaftliches Engagement. Die Tagung sollte Ort der Vernetzung und des Austausches der verschiedenen Akteure in diesem Feld sein. Es wurden gute Beispiele vorgestellt, Schulen und Projekte präsentiert, die auf diesem Weg bereits schulische Wirklich-

keit verändern, und natürlich sollten Impulse zur Nachahmung gegeben werden.

An dieser Stelle danken wir allen Referenten/-innen und Teilnehmern/-innen aus Bürgergesellschaft und Drittem Sektor, aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, die durch Ihre Beiträge und praktischen Impulse die fachlichen Diskussionen bereichert und Anstöße für die Verankerung bürgerschaftlichen Engagements als Bildungsziel der Schule und für eine offene partnerschaftlich orientierte Schule gegeben haben.

In der vorliegenden Dokumentation sind Impulse, Diskussionslinien und Schwerpunkte der Fachtagung festgehalten. Sie soll Referenten/-innen und Teilnehmern/-innen der Veranstaltung noch einmal die Möglichkeit geben, fachliche Debatten nachzuvollziehen, sich Anregungen für die praktische Arbeit zu holen sowie durch die aufgeführten Kontakte neue Vernetzungen in Partnerschaften und Kooperationen aufzubauen.

Begrüßungstalk

Dr. Frank Heuberger,

Sprecherrat des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement

Elvira Menzer-Haasis, *Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes*

Baden-Württemberg

Robert Hahn, *Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg*

OB Klaus Tappeser MdL, *Rottenburg, Vizepräsident des Landessportverbandes Baden-Württemberg e. V.*



OB Klaus Tappeser, Robert Hahn, Petra Klein, Dr. Frank Heuberger, Elvira Menzer-Haasis (v.l.n.r.)

Vorträge

Schule und bürgerschaftliches Engagement - Perspektiven der Bildungspolitik in Baden-Württemberg

Georg Wacker
MdL; Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,
Bürgerschaftliches Engagement ist ein wesentlicher Indikator für den Grad des sozialen Zusammenhalts und des Verantwortungsbewusstseins einer Gemeinschaft. Es kann der zunehmenden Anonymisierung unserer Gesellschaft entgegenwirken und neue Werthaltungen, die für die Weiterentwicklung einer Gemeinschaft notwendig sind, erfahrbar vermitteln. Gerade generationsübergreifendes Handeln ist integrativ, weil es unterschiedliche Bevölkerungs- und Altersgruppen mit einem gemeinsamen Interesse für eine gemeinsame Aufgabe zusammenbringt.

Im Bereich der Schulen wie gleichermaßen unter den ehrenamtlich Engagierten sind das Verständnis und die Offenheit dafür gewachsen, dass die Unterstützung der Jugendlichen eine gemeinsam zu bewältigende Aufgabe darstellt. Schulen und andere Bildungsträger suchen immer häufiger die Zusammenarbeit mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern und erkennen das große Erfahrungs- und Wissenspotential, das diese Gruppe mit sich bringt. Engagierte Bürger und Bürgerinnen schätzen aber auch das Wissen der jungen Generation. Diese gegenseitige Wertschätzung, die Anerkennung der jeweiligen Leistung des anderen ist die Voraussetzung dafür, dass eine Gemeinschaft wächst und intergeneratives Lernen gelingt.

Bildungsplanreform und Eigenständigkeit der Schulen

Die Schule befindet sich in einem Spannungsfeld von Erwartungen aus gesellschaftlichen und globalen Wandlungsprozessen. Die Anforderungen an das Lehrpersonal, die Erziehungsbereitschaft der Eltern, den Leistungswillen der Schülerinnen und Schüler, erfordern neben einer neuen Sichtweise vor allem die Solidarität im Sinne einer echten Mitverantwortung aller Beteiligten. Im bürgerschaftlichen Engagement steckt die Idee der demokratischen Teilhabe und des sozialen Miteinanders als Kennzeichen einer eigenverantwortlichen Bürgergesellschaft. Das Beispiel persönlichen Engagements gibt den Kindern und Jugendlichen darüber hinaus eine Orientierung zur gesellschaftlichen Integration.

Wir haben - in der Bundesrepublik Deutschland an vorderster Stelle - mit den neuen, standardbasierten Bildungsplänen die bildungspolitischen Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Gestaltung des Bildungssystems geschaffen. Der Gesichtspunkt "Verantwortung fördern - Qualität entwickeln" stand dabei im Mittelpunkt dieser umfassenden Bildungsreform. Die Unterteilung der Bildungspläne in Kern- und Schulcurriculum erschließt Schulen neue Perspektiven eigener Schwerpunktsetzung und Profilbildung. Hier eröffnet sich auch das Feld des Engagements mit dem wichtigsten Partner von Schule, den Eltern. Bei der Ausgestaltung des Schulcurriculums können über die Schulkonferenz die Vorstellungen der Elternschaft zu Unterrichtsinhalten direkt eingebracht werden. Projektbezogenes Arbeiten mit außerschulischen Partnern findet in den neuen Fächerverbänden eine spezielle Plattform und öffnet der Schule darüber hinaus den Weg zu Handwerk, Vereinen und Kommune.

Die Schulen erfolgreich in unserer Gesellschaft zu verankern, um damit die Basis für den Erhalt unseres Wohlstandes und erneuten Wachstums zu sichern, bedarf permanenter Anstrengungen und innovativer Ideen. Hier bedarf es die Kraft und das Engagement von allen Beteiligten bei der schulischen und kommunalen Arbeit.

Unsere Demokratie erhalten - Politikinteresse frühzeitig wecken

Bereits in der Kindheit werden die sozialen und solidarischen Einstellungen erworben, die Voraussetzungen für ein aktives bürgerschaftliches Verhalten sind. Die Vermittlung von sozialen Werten und Verhaltensweisen wie Achtsamkeit, Mitgefühl, Hilfsbereitschaft, aber auch von sozialen Fertigkeiten wie die Zusammenarbeit im Team sind wichtige Aspekte des sozialen Lernens. Jedes Individuum muss im Verlauf seiner Entwicklung lernen, sich in eine soziale Gemeinschaft zu integrieren und die Regeln und Bedingungen des Zusammenlebens zu akzeptieren.

Von Eltern und Lehrkräften ist daher ein konsequentes Erziehungsverhalten gefordert, das verbindliche Regeln kennt und Grenzen zieht. Das gelebte Beispiel, das persönliche Engagement und die Vermittlung von Orientierungen sind wichtig. Bei der Schaffung von Lernmöglichkeiten für Rücksichtnahme, Duldsamkeit, Toleranz, Konfliktfähigkeit und Gerechtigkeit sollen Kinder und Jugendliche mitwirken können. Goethe meinte einst, dass man von dem am meisten lernt, den man liebt. Kinder und Jugendliche sind nur bereit, Werte zu verinnerlichen, wenn diejenigen, die Werte vermitteln, mit ihnen menschlich umgehen, das heißt sie ungeachtet ihrer Probleme als Mensch respektieren.

Familie, Jugendarbeit und Schule tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass sich Jugendliche zu selbstbewussten und selbstständigen Menschen entwickeln, welche die Rechte anderer genauso respektieren wie sie eigene Ansprüche vertreten. Eine solche soziale Erziehung wirkt zudem präventiv gegen Gefährdungen wie Sucht, Drogen, Delinquenz und politischen Extremismus.

Die Grundlagen staatsbürgerlicher Bildung werden im Jugendalter begründet. Das heißt vor allem: die demokratische Verfassung, den Parlamentarismus als Ausdruck des Volkswillens, zu begreifen, sich darüber klar werden, welchen Stellenwert Politik hat.

Empirische Befunde belegen, dass Politik in der Rangordnung von Lebensbereichen Jugendlicher nur einen hinteren Platz einnimmt. Das liegt daran, dass den Jugendlichen politische Verantwortung noch nicht

übertragen wird. Warum sollen sie sich für Probleme interessieren und einsetzen, an deren Lösung sie nicht beteiligt werden? Das Politikinteresse muss daher frühzeitig geweckt werden.

Eine demokratische Schulkultur entwickeln: Landesschülerbeirat und Schülermitverantwortung

Schülerinnen und Schüler, die Aufgaben für die Klassen und Schulgemeinschaft übernehmen, sind politisch interessierter als andere. Schon in den Grundschulklassen lassen sich erste Ansichten und Lösungsansätze zu Sachverhalten und Problemen entwickeln, für die sich Kinder im Sinne von politisch richtig oder falsch einsetzen.

Vor allem sind die Möglichkeiten, die sich aus der Schülermitverantwortung ergeben, äußerst positiv zu bewerten. Mitwirkung, Mitgestaltung und Mitverantwortung haben in Baden-Württemberg eine lange Tradition. Als eines der ersten Länder hat Baden-Württemberg in den siebziger Jahren die gesetzlichen Grundlagen und die Verordnung zur Schülermitverantwortung erlassen.

Mit dem Landesschülerbeirat setzte Baden-Württemberg 1994 einen gänzlich neuen Akzent: Es führte eine Landesschülervertretung ein, in der alle weiterführenden Schularten in gleicher Stärke vertreten waren – vom Gymnasium über die Haupt- und Realschulen, Sonderschulen und berufliche Schulen.

Seine Chancen und Möglichkeiten zur Mitgestaltung hat der Landesschülerbeirat in den Jahren seines Bestehens beispielhaft genutzt. Er hat sich Respekt verschafft, auch weil seine Arbeit, seine Interessenvertretung, nicht aus bloßem "Nein sagen" bestand: Vielmehr mündete sie in vielen konstruktiven Vorschlägen an das Kultusministerium, die auch in zahlreiche Regelungen Eingang gefunden haben.

Demokratie in den Lehr- und Bildungsplänen - Projekte sozialen Lernens

Staatsbürgerliche Bildung und soziales Lernen haben eine deutliche Ausweitung an vielen Stellen unserer neuen Bildungspläne erfahren. Dabei erfolgt das Erlernen

demokratischer und sozialer Kompetenzen über kein eigenständiges Schulfach, sondern findet ständig statt und soll bewusster Bestandteil eines jeden Unterrichts und der außerunterrichtlichen Begegnungen sein.

Der Bildungsplan einer Schule in Baden-Württemberg verbindet drei zentrale Elemente: Die Bildungsstandards beschreiben fachliche, personale und methodische Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler für das Ende eines Bildungsabschnitts beziehungsweise für das Endprofil einer Schulart. Diese Kompetenzen sind in Form eines Kerncurriculums verschiedenen Inhalten zugeordnet. Die Jugendlichen lernen in diesen Kompetenzfeldern, in sozialen Beziehungsfeldern Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Die Inhalte sind dabei so ausgewählt, dass sie in rund zwei Dritteln der verfügbaren Unterrichtszeit erarbeitet werden können. Hierdurch steht etwa ein weiteres Drittel der Zeit für die Ausgestaltung eines Schulcurriculums zur Verfügung, das der Vertiefung und Erweiterung der inhaltlichen Vorgaben der Bildungsstandards dient.

Hier sehe ich vielfältige Möglichkeiten, Aspekte sozialen Engagements in den Unterrichtsplan aufzunehmen.

Ganztagesbetreuung

Wir können uns der veränderten gesellschaftlichen Lage durch immer mehr Alleinerziehende und vielerorts der Notwendigkeit, dass beide Eltern arbeiten gehen, nicht entziehen, meine Damen und Herren. Wir stellen uns den veränderten Fakten und schaffen neue Möglichkeiten. Der Ausbau des Ganztagsangebots an den Schulen bietet mehrere Vorteile für die Familien: Die Eltern erfahren nicht nur während der Arbeit eine Entlastung, weil sie ihre Kinder zuverlässig und qualitativ hochwertig betreut wissen.

Auch am Abend bleiben für ein entspanntes Familienleben mehr Zeit und Möglichkeiten, weil die Kinder mit weitgehend erledigten Hausaufgaben nach Hause kommen. Häufig sind sie außerdem sportlich, musisch oder auf andere Art "entstresst", eine unschätzbare Bereicherung für ein angenehmes Miteinander!

Nach wie vor bleibt es den Familien überlassen, ihre Kinder am Nachmittag selbst

zu betreuen, wenn sie dies wollen. Wir nehmen den Eltern die Verantwortung nicht ab - aber wir unterstützen sie, wenn sie dies wünschen.

Im Rahmen einer bedarfsgerechten flächendeckenden Ausweitung von Ganztagesbetreuungsangeboten kann die Integration von Schule und Gesellschaft durch Einbeziehung von Eltern, Kirchen, Vereinen, Verbänden und Trägern außerschulischer Jugendarbeit erreicht werden und das Potential bürgerschaftlichen Engagements all dieser Institutionen einbezogen und in eine Kooperation mit der Schule genutzt werden.

Jugendbegleiter

Seit Anfang März läuft der erste Teil der Modellphase des Jugendbegleiter-Programms an über 240 Schulen im ganzen Land. Betreut werden in erster Linie Schülerinnen und Schüler an Grundschulen und an den anderen allgemein bildenden Schulen bis Klasse 10. Das Projekt hat gute Chancen, ein Paradebeispiel für Bürgerschaftliches Engagement zu werden. Es soll zeigen, dass ehrenamtliche Betreuung ein wichtiger Baustein in der Architektur der offenen Ganztageschule ist. Es soll auch zeigen, dass die Zusammenarbeit von hauptamtlichen Schullehrern mit ehrenamtlichen Experten aus allen Bereichen der Gesellschaft funktionieren kann. Schließlich soll es die Schülerinnen und Schüler mit neuen Aspekten und unterrichts-ergänzendem Wissen ausstatten.

Über 80 Verbände aller gesellschaftlichen Bereiche, Kirchen und andere Institutionen auf Landesebene sind der Rahmenvereinbarung zum Jugendbegleiter-Programm beigetreten. Am 14. Februar haben sie gemeinsam mit Ministerpräsident Oettinger und Kultusminister Rau die Vereinbarung unterzeichnet und damit den Startschuss für das Programm gegeben. Die hohe Resonanz des Programms bei den Verbänden und anderen Institutionen und die Vielfalt ihrer Betreuungsangebote belegen eindrucksvoll, wie groß die Bereitschaft in Baden-Württemberg ist, etwas für junge Menschen zu tun. Das Engagement der Verbände, Kirchen und Institutionen zeigt nicht nur, dass die Gesellschaft ihren Beitrag zum Gesamtbildungskonzept leisten will. Es zeigt auch, dass diese wesent-

lichen gesellschaftlichen Organe verstanden haben, wie wichtig ihr Einsatz in der Schule zur Ergänzung und Abrundung der Jugendbildung heute ist.

Die Rahmen-Vereinbarung gibt den Schulen und ihren künftigen Kooperationspartnern lediglich den Rahmen vor, wie der Name deutlich macht, keine fertigen Konzepte. Die Landesregierung hat Eckdaten geschaffen zur Orientierung und Hilfestellung, die Handlungsspielräume aufzeigen und zur freien Gestaltung überlassen bleiben. Erklärtes Ziel ist es, Schulen und Schulträgern so viel Freiheit wie möglich zu lassen, um für ihre individuelle Situation vor Ort maßgeschneiderte Lösungen entwickeln zu können.

Als Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter können Frauen und Männer aus Vereinen, Verbänden, Kirchen und Unternehmen Betreuungsaufgaben übernehmen. Ebenso willkommen sind engagierte Eltern, Großeltern und andere einzelne Bürgerinnen und Bürger. Durch ihre Präsenz und ihr Vorbild ermöglichen sie jungen Menschen, außerhalb der traditionellen Unterrichtszeit weitere Kompetenzen zu erwerben. Die Jugendbegleiterinnen und Jugendbegleiter sollen dabei helfen, eine ganztägige Betreuung zu sichern und auszubauen. Diese neue Art von bürgerschaftlichem Engagement leistet damit auch einen wertvollen Beitrag zum Kinderland Baden-Württemberg. Mit ihrer Persönlichkeit, ihrer Lebenserfahrung und ihrer Professionalität können diese Ehrenamtlichen Kinder und Jugendliche auf unterschiedlichste Art unterstützen, fördern und begleiten. Darüber hinaus bilden sie eine Brücke von der Gesellschaft zur Schule, die von völlig unterschiedlichen, aber gerade dadurch gleichermaßen wichtigen Pfeilern getragen wird.

Für diese Aufgabe besonders geeignet sind pädagogisch qualifizierte Personen wie Übungsleiter, Jugendgruppenleiter, Musikschullehrkräfte und Fachleute aus der Wirtschaft.

Gerade durch Jugendbegleiterinnen und -begleiter aus dem wirtschaftlichen Bereich entsteht die Chance, die Schul- und Arbeitswelt stärker zu vernetzen. Den Kindern werden Eindrücke vermittelt, die nachhaltig wirken können. Niemand kann eine Arbeitswelt authentischer vermitteln als jemand, der von seinem Arbeitsplatz

weg in die Schule geht und dort Rede und Antwort steht. Ein gutes Beispiel ist das 20.000-Stunden-Programm der IHK, eine Initiative der baden-württembergischen Industrie und Handelsunternehmen. Die Unternehmen schicken ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch Auszubildende, beispielsweise als PC-Paten oder als Trainer für Bewerbungsgespräche in die Schulen. Darüber hinaus werden Workshops mit unternehmens-relevanten Themen angeboten, die Schule und Arbeitswelt frühzeitig miteinander in Kontakt bringen. So können Schülerinnen und Schülern zum Beispiel auch auf einen Ausbildungsberuf vorbereitet werden.

Jeder Verband, jede Institution engagiert sich im Jugendbegleiter-Programm auf spezifische Weise. Dadurch entsteht eine Vielfalt, die letztendlich den Charme des Programms ausmacht.

Individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf

Ein wichtiges und lohnendes Aufgabenfeld wird ehrenamtlich interessierten Personen mit dem neuen Projekt "Individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf" angeboten. Es will ehrenamtlich Tätige mit benachteiligten Jugendlichen zusammenbringen, damit diese den Eintritt in eine Berufsausbildung, in eine dauerhafte Erwerbsarbeit oder in eine schulische Weiterqualifizierung finden können.

Diese Form der persönlichen Hilfestellung ist notwendig geworden, da herkömmliche Unterstützungsstrukturen, auf die sich vorausgehende Generationen verlassen konnten, zunehmend lückenhaft geworden oder vollständig abgebrochen sind. Besonders benachteiligte Jugendliche müssen heute mit vielfältigen Herausforderungen umgehen lernen, die ihre Entwicklungsmöglichkeiten einschränken und die es für ihre Eltern- und Großelterngeneration nicht gab. Das vorliegende und im September in 29 Stadt- und Landkreisen beginnende Projekt will bei den Jugendlichen unter Einbindung von ehrenamtlichen Kräften Lern- und Leistungsdefizite schließen, vorhandene Talente stärken und verborgene Potentiale entwickeln helfen. Es will die vorhandenen lokalen Strukturen stärken, in dem es hilft, ein Netzwerk von

ehrenamtlichen Personen aufzubauen. Leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler erhalten so die Begleitung und die Hilfestellung, die sie aufgrund ihres schweren Lebensweges benötigen. Das Projekt will Schule auch lokal noch stärker vernetzen und ihr die Möglichkeit geben, ehrenamtlich engagierte Einblicke zu gewähren in ihr schuleigenes Engagement, in ihren Schulalltag und in ihr Bemühen um das Leben und Lernen von Schülerinnen und Schülern.

Die Aufgabe, die auf die bürgerschaftlich Engagierten wartet, ist sicherlich lohnenswert, aber sie stellt die Beteiligten auch vor neue Herausforderungen. Damit diese zu bewältigen sind und damit die Freude am Helfen bleibt, wird den ehrenamtlich Engagierten eines Kreises eine erfahrene Fachkraft zur Seite gestellt, die sich für diese einsetzt und sie tatkräftig unterstützt. Die Fachkraft berät, schafft Kontakte und vermittelt in Schulungen das nötige Rüstzeug. Dieses Netz der hauptamtlichen Kräften aus Schule und Kommune und anderer ehrenamtlicher Kräfte bietet den Rückhalt für die Aufgaben, die anzugehen sind.

Die themenorientierten Projekte in der Realschule als Form der Demokratieerziehung

Eine lebendige Demokratie braucht Beteiligung. Dies ist zunehmend dann möglich, wenn bereits in der Schule Betroffene vermehrt zu Beteiligten gemacht werden. Selbst organisiertes und selbst verantwortetes Arbeiten in Projekten fordert demokratisches Handeln in der Schule und stellt damit eine unabdingbare Demokratie - Propädeutik für das Handeln in der Gesellschaft dar. Dies konstatiert Herbert Gudjons, wenn er schreibt: "Wenn im Projektunterricht Schülerinnen und Schüler als gleichberechtigte Partner ernst genommen werden und zunehmend Selbstorganisation und Selbstverantwortung für den Verlauf unverzichtbar sind, so spiegelt sich darin die politischen Wurzeln des Projektgedankens unmissverständlich wider. Projektunterricht zielt damit auf demokratisches Handeln in Schule und Gesellschaft." (Gudjons, Herbert: Handlungsorientiert Lehren und Lernen, Bad Heilbrunn 1997, S.69). Innerhalb der vier Themenorientierten Projekte (TOPe), die neben

den herkömmlichen Fächern und den neu geschaffenen Fächerverbänden die dritte Unterrichtskategorie der Realschule bilden, nehmen das Themenorientierte Projekt „Soziales Engagement“ und das Themenorientierte Projekt „Wirtschaften, Verwalten und Recht“ eine bemerkenswerte Stellung hinsichtlich der Demokratieerziehung und der Forderung nach bürgerschaftlichem Engagement ein. Begriffe wie Partizipation, bürgerschaftliches Engagement, Konsens und Konflikte, Teamfähigkeit und Toleranz sind Leitgedanken, die in den beiden genannten Themenorientierten Projekten in herausgehobener Weise verwirklicht sind.

Am Beispiel des Themenorientierten Projekts Soziales Engagement gehe ich näher auf den Gedanken ein: Das Themenorientierte Projekt Soziales Engagement hat das Ziel, Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Menschen zu wecken und zu fördern. Für die Schülerinnen und Schüler bedeutet dies, eigene Stärken und Schwächen kennen zu lernen, ihre Kommunikationsfähigkeit zu erweitern, ihre Teamfähigkeit zu verbessern und dadurch Verhaltenssicherheit zu erwerben und die eigene Sozialkompetenz zu stärken. Im Rahmen des Projektes kann dies unter anderem in verschiedenen Sozialpraktika z.B. im Bereich der Diakonie, der Caritas, der Feuerwehr, der Vereine, in der Ausbildung zum Schülermentor/Schülermentorin (z. B. im Bereich Sport, Musik) oder in einer Kooperationsmaßnahme mit anderen Schularten erfolgen.

Schülerinnen und Schüler zeigen im Rahmen des Projektes bürgerschaftliches Engagement als Soziales Engagement (wochenweise oder schuljahrbegleitend). In den örtlichen Schulgremien werden die speziellen Grundsätze des sozialen Engagements, Kooperationspartner sowie Klassenstufe und Zuständigkeiten festgelegt. Im TOP SE üben die Schülerinnen und Schüler soziales Denken, Urteilen und Handeln ein. Dabei wird die Persönlichkeit gestärkt, in dem sie neue Lebenswelten und Lebenserfahrungen kennen lernen.

Auf diese Art erwerben die Jugendlichen in der Realschule vor allem Sozial- und Personalkompetenz. Sie erleben bei der Durchführung dieses TOPs Gemeinschaft

und Solidarität und erfahren, dass sie als Person wichtig sind und gebraucht werden. Bei der Personalkompetenz stehen Schulung der Wahrnehmungsfähigkeit, soziale Sensibilität und Entwicklung von Verständnis und Toleranz anderen gegenüber im Vordergrund. Wesentliche Elemente des verantwortlichen Umgangs sind Kommunikation und Teamfähigkeit. Innerhalb des Themenorientierten Projektes Soziales Engagement entwickeln Realschülerinnen und -schüler ein Gefühl für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, für deren Voraussetzungen und Ziele. Sie werden aktiv in einem bestimmten Umfeld tätig und übernehmen die Verantwortung für ihr Tun und damit für die jeweilige Gemeinschaft.

Ein zweites der vier TOPE der Realschule sei hier noch erwähnt: das Themenorientierte Projekt WVR (Wirtschaften, Verwalten und Recht). Innerhalb des TOP werden Schülerinnen und Schüler darin geschult, in Teams zu arbeiten, mit schulischen und außerschulischen Partnern zu kooperieren und Konflikte nach vereinbarten Regeln zu lösen. Das kann geschehen, indem die Jugendlichen z.B. Schülerfirmen gründen, Veranstaltungen vorbereiten und durchführen oder auch Umfragen und Marktanalysen vornehmen. Von Anfang an lernen sie, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen und erfahren, dass Engagement, Leistungsbereitschaft und Durchhaltevermögen erfolgreiches Arbeiten fördern. Schülerinnen und Schüler erkennen, welche Talente und Leistungspotentiale in ihnen stecken und können sich über das Projekt hinaus in anderen schulischen und außerschulischen Bereichen gezielt engagieren.

Durch die Erfahrungen innerhalb des Themenorientierten Projektes „Soziales Engagement“ und des Themenorientierten Projektes „Wirtschaften, Verwalten und Recht“ lernen Schülerinnen und Schüler, sich in einer demokratischen und pluralistischen Welt verantwortungsbewusst zu verhalten, sich zu engagieren und damit für sich selbst und für die Gemeinschaft Sorge zu tragen.

Meine Damen und Herren,
Hartmut von Hentig sieht bei seinen Betrachtungen zur Bildung drei Bestimmungen:

Sie ist erstens das, was "der sich bildende Mensch" aus sich zu machen sucht, ein Vorgang mehr als Besitz, das ist die persönliche Bildung.

Bildung ist zweitens das, was dem Menschen ermöglicht, in einer geschichtlichen Welt zu überleben: das Wissen und die Fertigkeiten, die Einstellungen und Verhaltensweisen, die ihm ermöglichen, sich in der von seinesgleichen ausgefüllten Welt zu orientieren und in der arbeitsteiligen Gesellschaft zu überleben. Das ist die praktische Bildung.

Bildung ist drittens das, was der Gemeinschaft erlaubt, gesittet und friedlich, in Freiheit und mit einem Anspruch auf Glück zu bestehen: sie richtet den Blick des einzelnen auf das Gemeinwohl, auf die Existenz, Kenntnis und Einhaltung von Rechten und Pflichten, auf die Verteidigung der Freiheit und die Achtung für Ordnungen und Anstand. Sie befähigt zur Entscheidung angesichts von Macht und begrenzten Ressourcen in begrenzter Zeit. Das ist die politische Bildung.

Wenn wir die Aufgaben von Bildung, wie sie von Hentig charakterisiert, erfüllt sehen wollen, dann steht im Zentrum die Förderung eines kontinuierlichen, alltagstauglichen Meinungs- und Willensbildungsprozesses bei Schülerinnen und Schülern, der eben über die Schulzeit hinausreichen muss.

Es geht bei der Bildung junger Menschen nicht darum, unsere freiheitlich verfasste Demokratie nur im Gemeinschaftskundeunterricht über die Techniken des politischen Lebens zu vermitteln. Der "Geist unseres Grundgesetzes" könnte so verborgen bleiben. Wichtig ist es, Demokratie über bürgerschaftliches Engagement erlebbar zu machen, ein Prozess, der letztendlich lebenslang im Verein, im Betrieb oder in der Gemeinde begleitet werden soll.

Im freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement steckt die Idee der demokratischen Teilhabe und des sozialen Miteinanders als Kennzeichen einer Gesellschaft, die den Umbau des Sozialstaates in Richtung einer eigenverantwortlichen und doch solidarischen Bürgergesellschaft voranbringen will - mit weniger Erwartungen an den Staat und breiterem Engagement der Bürger.

Nur so können demokratische Kultur und demokratische Werte in unserer Gesellschaft fest verwurzelt und weiter gefördert werden. Wie wichtig dies ist, zeigen niedrige Wahlbeteiligungen, Intoleranz und Gewalt gegenüber Minderheiten sowie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Die Bedrohung der inneren Sicherheit durch extremistische und terroristische Bestrebungen erfordern höchste Aufmerksamkeit und eine aufgeklärte Öffentlichkeit, nur so können die wahren Absichten extremistischer, demokratiefeindlicher Bestrebungen kritisch bewertet und Gefahren abgewendet werden. Die Erziehung dazu muss von klein auf beginnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Schule als soziales Unternehmen

(erscheint in: *Berliner Debatte INITIAL*, Heft 4 / 2005)

Adalbert Evers

Justus-Liebig-Universität Gießen

1. Zukunft der Schule, Zukunft öffentlicher Dienstleistungen

Insbesondere im Kontext der PISA-Diskussionen ist Schule zum Politikum geworden. Im Zentrum der jüngsten international vergleichenden Untersuchungen standen Leistung und Bildungsgerechtigkeit (Deutsches PISA-Konsortium 2001). In Deutschland hat das Erschrecken über die extreme Leistungsstreuung an deutschen Schulen ebenso wie die Tatsache, dass mehr als in anderen Ländern Bildungserfolge an die soziale Herkunft der Schüler gebunden bleiben, zu einer Debatte geführt, die sich vor allem auf Fragen der Pädagogik, der Chancen einer frühen, im vorschulischen Bereich ansetzenden Bildung und einmal mehr auf die Infragestellung des gegliederten Schulsystems konzentriert. Gleichzeitig gibt es jedoch weitere Diskussionsstränge, die auf die *Institution* Schule gerichtet sind. Sie verdeutlichen, dass es bei der Veränderung von Schule um mehr geht als um die

Modernisierung von Pädagogik und Curricula.

Veränderungen von Kindheit, Sozialisation und Lernerfahrungen: Die öffentliche Diskussion hat mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass in vielen sozialen Milieus und den dortigen Familien jene als vorgängig gedachten Sozialisationsleistungen, auf denen Schule aufbauen und die sie ergänzen will, nicht mehr geleistet werden. Neben spezifischen Problemen der Integration von Kindern aus Migrantenfamilien wurde die generelle Frage nach Schule als wichtigem Ort der Integration und Sozialisation neu belebt. Mit dem Konzept der Ganztagschule verbindet sich die Hoffnung, dass Schule als gemeinsamer Ort des Alltagslebens Unterschiede und Differenzen der Herkunft ausgleichen könne; es geht um Schule als „Community“, Möglichkeiten und Grenzen von Schulgemeinschaften.

Veränderungen im Bereich der Verwaltung: „Arbeitsamt“, „Krankenhaus“ und „Schule“ stehen emblematisch für einen wichtigen Teil öffentlicher Einrichtungen des Sozialstaates, und zwar jenen, der hoch standardisiert, öffentlich finanziert und bis hinauf zur Länder- oder Bundesebene einheitlich reglementiert ist. Die Trägerschaft von Krankenhäusern ist gegenwärtig in Deutschland der Bereich, in dem die rasantesten Privatisierungsprozesse vor sich gehen, und der Wandel von Arbeitsämtern in Arbeitsagenturen, die entlang neuer Managementmethoden gesteuert werden sollen, kam im Gang. Auch für Schulen steht die Forderung auf der Tagesordnung, ihre externe und interne Verwaltung zu reorganisieren und Steuerungsformen zu finden, die mehr Schulautonomie gewähren, aber auch ein besseres internes Management ermöglichen.

Veränderte Rollen von Staat, Markt, Bürgergesellschaft und Familien: Hinter jedem Verwaltungsmodell stehen auch Grundannahmen zur Verantwortungsteilung zwischen Staat und Bürgern, öffentlichem und privatem Bereich, Gesellschaft und Wirtschaft. Im herkömmlichen Typ der (öffentlichen) Schulen hat ein bestimmtes sozialstaatliches Modell konkrete Gestalt angenommen: Bürger haben gleiche Rechte auf ein in seinen Grundzügen überall gleichgestaltetes Versorgungssystem, das

den Ungleichheiten von Markt und sozialer Herkunft entgegenwirkt. In den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts wurde dieses Modell sozialstaatlicher Leistungsverwaltung auch im Schulbereich partizipativ angereichert; Adressaten von Diensten, in diesem Falle Eltern und Schüler, sollten auch als Bürger direkt an Entscheidungen in den jeweiligen öffentlichen Einrichtungen partizipieren; andere Lösungen (Privatschulen, nichtstaatliche reformpädagogische Ansätze) blieben demgegenüber marginal. In der heutigen Diskussion über „moderne öffentliche Dienstleistungen“ geht es nun aber sowohl um die Notwendigkeit von pluralen und stärker örtlich differenzierten Angeboten als auch um die Frage, inwieweit Marktprinzipien bei öffentlichen Einrichtungen, so auch bei der Schulversorgung, eine größere Rolle spielen sollten; es wird sogar die Frage gestellt, ob nicht gar private Organisationen öffentliche Bildungsaufträge besser erfüllen können. Und was Formen außerparlamentarischer direkter Beteiligung der Zivilgesellschaft angeht, so gesellt sich zur traditionellen „Elternmitbestimmung“ immer mehr die Forderung nach deren *Mitverantwortung* und Mitträgerschaft, also nach Beteiligungsformen, bei denen nicht nur „mitgeredet“, sondern auch mitgearbeitet werden soll. Ferner geht es nun auch um Fragen des Einflusses anderer Akteure und Milieus, der Unternehmen als Arbeitgeber sowie der Vereine und Initiativen, die mit Kindheit und Jugend zu tun haben. Im Rahmen dieser Öffnung relativiert sich die Rolle von Lehrerschaft und Schulverwaltung, genauer: sie muss neu bestimmt werden.

Insofern also nicht nur spezielle pädagogische, sondern auch allgemeinere sozial- und gesellschaftspolitische Problemlagen diskutiert werden, die im Schulsystem virulent werden, melden sich neben Spezialisten der Bildungspolitik mehr und mehr auch andere Stimmen zu Wort – so etwa wie in diesem Beitrag ein Politikwissenschaftler, der im breiteren Feld der Sozialpolitik, sozialer Dienste und zur Rolle der Zivilgesellschaft in einem erneuerten Sozialstaat forscht. Im Folgenden geht es um Leitbilder von Schulen und deren Verortung im sozial-lokalen Umfeld, mithin um Entwicklungsprozesse, die sich nicht nur

über eine bestimmte Vorstellung vom Lernen und von Bildungsgerechtigkeit konstituieren.

Der zentrale Begriff, unter den die nachstehenden Überlegungen gestellt werden, ist der des *sozialen Unternehmens*. Er ist entstanden im Rahmen von Studien über öffentliche soziale Dienstleistungen in staatlicher, kommunaler oder freier Trägerschaft. Die These lautet: Es besteht die Chance, dass öffentliche Dienstleistungen, so auch Schulen, sich von bisher fast ausschließlich staatlich geprägten Einrichtungen und „Schulanstalten“ zu „sozialen Unternehmen“ (Evers 2003) entwickeln. Im Unterschied zur klar zugeordneten staatlichen Einrichtung müssen öffentliche Einrichtungen als soziale Unternehmen ihren Ort in einem Spannungsfeld finden, das mehrfach bestimmt ist – zugleich von Staat, Marktprinzipien und Privatwirtschaft, der Bürgergesellschaft und den Adressaten als „Koproduzenten“.

Mit dem Begriff „Unternehmen“ soll vor allem die wirtschaftliche Seite angesprochen werden - das unternehmerische und selbstständige Handeln von öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen wie der Schule und deren Leitungen. Der Begriff „sozial“ soll öffentliche Verantwortung und Ansprüche an Gleichheit assoziieren – allerdings unter Bedingungen, wo soziale Aufgaben und Verpflichtungen nicht mehr allein vom Staat festgelegt und garantiert, sondern von einem Plural an Akteuren – unmittelbaren Nutzern, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – mitgetragen werden müssen. Kurz: In vielen Debatten sind staatliche, bürgerschaftliche und private/marktliche Verantwortung einander ausschließende Alternativen; hier wird für eine Perspektive plädiert, bei der es um Formen der gleichzeitigen Nutzung und Verschränkung von staatlicher Steuerung, Wettbewerb, Management und Mitarbeit von Eltern und anderen Beteiligten aus der Zivilgesellschaft geht. Es wäre eine sicherlich nicht spannungsfreie, aber doch nützliche Interaktion. Öffentliche Einrichtungen wie Schulen könnten demzufolge als „hybride“ Organisationen – zugleich Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und gemeinschaftsbildende Foren der Zivilgesellschaft – angesehen werden.

Was im Folgenden unter dem Leitbegriff „Schule als soziales Unternehmen“ skizziert werden soll, bezieht sich vor allem darauf, welche Herausforderungen Schulpolitik mit denen in anderen Feldern öffentlicher Dienste und Einrichtungen teilt – sei es im Bereich der Kindertagesstättenversorgung, der Altenpflege oder der Dienste am Arbeitsmarkt. In all diesen Bereichen geht es um ein anderes Konzept „öffentlicher Einrichtungen“, insbesondere um deren Steuerung und „Regierung“, was im politikwissenschaftlichen Jargon als „Governance“ bezeichnet wird.

Zunächst sollen mögliche Veränderungen, die bereits heute politische Anerkennung und Unterstützung finden, umrissen werden - mehr Autonomie für Schulen als „Unternehmen“ (Abschnitt 2). Sodann wird ein Aspekt behandelt, der eher mit Entwicklungen „vor Ort“ zu tun hat und in der reformpolitischen Programmatik bislang weniger Aufmerksamkeit und Anerkennung gefunden hat: die Öffnung der Schulen zur Gesellschaft, Wirtschaft und weiteren Adressaten. Erst diese Bezüge, so wird argumentiert, machen Schulen in einem umfassenderen Sinne zu „sozialen“ Unternehmen. Im Anschluss daran wird das theoretische Modell öffentlicher Einrichtungen als sozialer Unternehmen und hybrider Gebilde dargestellt (3), so dass die im 4. Abschnitt für den Schulbereich dargestellten Reformelemente einen systematischen Stellenwert gewinnen. Der Schlussteil (5) fasst die Argumentation zusammen und erörtert Einwände und Risiken der vorgestellten Perspektive.

2. Mehr Selbständigkeit für Schulen – ein erster Schritt

Ob mit Modellprogrammen wie der „Selbständigen Schule“ in Nordrhein-Westfalen oder ähnlichen Politiken zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg (unter dem Slogan „Schulen brechen auf“), in diesen und in anderen Fällen hat man sich seit einigen Jahren dem Ziel verschrieben, durch landesweite Programme und Modellschulen mehr Selbständigkeit für die einzelne Schule zu gewinnen, insbesondere bei deren Management als „Betrieb“ (zu internationalen Aspekten dieser Trends vgl. OECD 2001).

Konzepte zur Schulverwaltung und -politik sowie Vorstellungen von der Organisation Schule waren traditionell eindimensional: Lenkung und Kontrolle erfolgten hierarchisch, ausschließlich von staatlicher Seite, und Schule als „Schulanstalt“ mit ihren speziellen Aufgaben wurde auf das begrenzt, was sie ohne besonderen Umweltbezug leisten konnte. Alles konzentrierte sich auf die Pädagogik der Wissensvermittlung, selbst Betreuungsleistungen galten in dieser Tradition nicht als originäre Aufgaben der Schule (Gottschall/Hagemann 2002). Die zum Teil schon länger diskutierten pädagogischen Reformen können jedoch nicht einfach „von oben“ angeordnet werden, sondern erfordern eigenständige Initiativen von unten. Innovationen lassen sich nicht als Veränderung im allgemeinen Gleichschritt verordnen, sie müssen der einzelnen Schule Gelegenheit geben zu experimentieren, eigene Wege zu suchen. Dabei ist Schule auf Partner in der Gemeinde und der Gesellschaft angewiesen. Neben Arbeitsmarktverwaltung und Teilen der Gesundheitspolitik ist das Schulsystem der letzte von drei großen sozialstaatlichen Dienstleistungsbereichen, der auf eine lange Tradition ausschließlich hierarchischer Steuerung - zentrale Pläne, Vorgaben, Budgetierungen usw. - zurückblicken kann. Es muss nicht im einzelnen dargelegt werden, mit welchen Nachteilen und Kosten (Reduzierung lokaler Mitbestimmung und Initiative) *diese Form* der Herstellung von Gleichheit und Gleichartigkeit immer verbunden war (alle Leser werden diesbezüglich eigene Erfahrungen gemacht haben). Vor dem Hintergrund zentralistisch-hierarchischer Prägung verwundert nicht, wie lang die Geschichte von Forderungen zur Dezentralisierung und Autonomie der Schulen ist und wie wenig bislang tatsächlich erreicht wurde. Bereits 1973 hatte der Deutsche Bildungsrat formuliert: „Übertragung von Eigenverantwortung und Partizipation sind untrennbare Teile einer Organisationsreform“ (1973, 22).

Wenn heute unter der Devise „Selbständige Schulen ermöglichen!“ diese Selbständigkeit ausbuchstabiert wird, umfasst sie vor allem folgende Aspekte:

- die schuleigene *Verwaltung finanzieller Budgets* (Möglichkeit, erwirtschaftete Überschüsse zu behalten, eigene Schwerpunkte zu setzen, zwischen Titeln Gelder auszutauschen etc.). Mehr Eigeninitiative fordert auch die Zunahme zeitlich begrenzter Investitions-/Modell-Programme, die zu bestimmten Entwicklungen anreizen sollen und so etwas wie einen eigenen Markt mit einem Wettbewerb um solche öffentlichen Mittel etablieren. Neben der Regelförderung gibt es damit öffentliche Mittel (z.B. einen Wettbewerb aus dem Fonds „Europaschule“), die aktivierenden Charakter haben. Zu berücksichtigen sind auch eigene Anstrengungen von Schulen, sich durch Vermietungen von Räumen u. Ä. zusätzliche wirtschaftliche Mittel zu erschließen;
- die *Auswahl von Personal*: Es sollte mehr Möglichkeiten geben, dass Schulen nach den Erfordernissen des von ihnen festgelegten Aufgabenprofils ihr Lehrpersonal selbst auswählen; wenn der Beschäftigungsbereich Schule stärker ein Arbeitsmarkt wie andere auch würde, könnte das nicht nur beinhalten, andere Verträge mit aufzunehmen (Projektmitarbeiter auf Zeit), sondern auch Kräfte mit anderen Qualifikationen an der Schule zu beschäftigen – etwa einen Computerspezialisten oder jemanden, der als ehemaliger Student der Theaterwissenschaften ein Musicalprojekt mit Schülern erarbeitet;
- Spielräume bei der *Anpassung und Ausgestaltung von Lehrplänen und Lehrmethoden*: Natürlich kann nicht dem Belieben der einzelnen Schule überlassen werden, zu bestimmen, welche Kompetenzen in Mathematik oder Physik mit dem Abschluss erworben werden. Aber warum sollte der Weg zu dem Ziel, eine landesweit einheitliche Prüfung zu bestehen, nicht von Schule zu Schule anders aussehen? Warum sollen nicht Lernmethoden voneinander abweichen, so dass etwa die eine Schule mehr mit Praxisprojekten arbeitet und die andere mehr mit speziellen Leistungskursen? Warum sollte also nicht öffentliche Politik mit Anreizen zur Profilbildung einen Qualitätswettbewerb unter Schulen un-

terstützen, wobei zur Qualitätskontrolle externe Prüfungen eingeführt werden könnten?

So verschieden die Politik der Bundesländer im Schulbereich auch sein mag – es gibt doch einen gemeinsamen tiefer liegenden „Trend“ zu mehr Selbstständigkeit der einzelnen Schule. In der grundsätzlichen Richtung sind beispielsweise sozialdemokratische Forderungen der vormaligen NRW-Landesregierung und Forderungen der Hessischen Unternehmerverbände kaum voneinander zu unterscheiden.

In der Regel sind die referierten Änderungsvorstellungen inspiriert von Konzepten des „new public management“, bei denen privatwirtschaftliche Managementkonzepte auf die öffentliche Verwaltung übertragen werden, so dass die Grenzen des öffentlichen Sektors zu den Organisations- und Lenkungsformen aus dem Bereich von Markt und Wettbewerb immer durchlässiger werden. Dieser Trend kann bereits ein Grund sein, Schulen als soziales *Unternehmen* zu bezeichnen: Schulleiter, Kollegium, eventuell weitere Beteiligte können und müssen in vielen Dingen eigene Entscheidungen treffen – Entscheidungen über ihre „Produkte“ und „Produktionsprozesse“, die durchaus finanzwirksam sein können. Entscheidungen zu bestimmten Schwerpunktsetzungen im jeweiligen „mittelständischen Betrieb“ Schule können sich auszahlen oder auch als Flop erweisen – das ist eines der Risiken, ohne die es keine Chancen gibt.

3. Öffnung der Schule – ein erweitertes Konzept von Selbstständigkeit

Nun wäre ein solcher „Rückbau“ hierarchisch bürokratischer Steuerungsmechanismen zugunsten von mehr Eigenständigkeit und Wettbewerb nur eine halbherzige Modernisierung, wenn dabei nach wie vor das „Unternehmen Schule“ als ein geschlossenes System betrachtet würde. Aber an den Prozessen der Bildung und Ausbildung sind noch Andere beteiligt – natürlich die Eltern, aber auch Sozialisationsinstanzen wie Vereine, die örtliche Politik im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, Unternehmen die Ausbildungsplätze anbieten u.a.m. Außerdem hängt der Er-

folg des Unternehmens Schule auch vom „Betriebsklima“ ab, also davon, wie Schulleitung, Lehrpersonal und Schüler miteinander umgehen. Auf beide Aspekte zielt das Konzept der „Öffnung der Schule nach innen und außen“.

- Nach innen: kooperative Formen von Lernen und Alltagsgestaltung finden, so dass z.B. Schüler mitgestalten, aber auch wirkliche Mitverantwortung für ihre Schule übernehmen können.
- Nach außen: die bewusste Entwicklung von Partnerschaften zu all denen aufbauen, die an der Schule ohnehin beteiligt sind, wie etwa die Eltern, und zu denen, die an ihr interessiert sind bzw. interessiert sein sollten: Vereine, lokale Jugendhilfe, aber auch Betriebe als Ausbilder und Arbeitgeber.

Die Öffnung der Schule und entsprechende Praktiken lassen sich als ein „give and take“ beschreiben (zusammenfassende Darstellung von Trends und Leitmotiven in: Enquete-Kommission 2002 Kap 2.6, S. 545f., Leitbildentwurf der Bildungskommission der Heinrich Böll Stiftung 2004 sowie Lipski 2005). So können z.B. Vertreter von Unternehmen die Chance erhalten, direkt mitzuwirken, das oft beklagte Wissens- und Erfahrungsdefizit von Schülern in Hinblick auf die Arbeitswelt zu verringern; durch Praktika können Schule und Schüler ein erweitertes Lernfeld gewinnen. Ein anderes Beispiel für das erwähnte „give and take“ ist das „service learning“, ein den USA entlehntes Konzept (Sliwka / Frank 2004), nach dem sich Schüler über Sozial- und Kulturprojekte in die örtliche Gemeinschaft einbringen – sei es als Fußballpartner im Kindergarten oder als Einkaufsbegleiter in der Altenhilfe. Diese Erfahrungen können als praktisches Anschauungsmaterial wiederum für den Unterricht genutzt werden. Im Idealfall würde eine Öffnung nach außen bedeuten, durch die Verbindung zu einer Vielzahl öffentlicher Partner von Beiträgen einer großen „Schulgemeinde“ zu profitieren und den Partnern im lokalen Umfeld etwas zurückzugeben; Lernen und Lernangebote würden ebenfalls nicht mehr allein Sache der Lehrer sein.

Eine besondere Stellung unter den Akteuren aus der (lokalen) Zivilgesellschaft neh-

men dabei die Eltern ein; man kann davon ausgehen, dass sie besonders interessierte und verlässliche „stakeholder“ sind, hängt doch schulischer Erfolg ihrer Kinder eng mit der Entwicklung der Schule zusammen. Insoweit sie nicht nur als vereinzelte private Akteure auftreten, sondern miteinander kooperieren und an öffentlichen Aushandlungsprozessen teilnehmen, sind sie ein Teil dessen, was mit dem Begriff der Zivilgesellschaft gemeint ist.

Wo immer es nicht allein um privat-geschäftliche Abmachungen geht (Vertrag mit einem Unternehmen, das Computerdienstleistungen anbietet oder den Unterhalt der schulischen Infrastruktur übernimmt), gilt die zivilgesellschaftliche Option auch und gerade für die Kooperation mit der Wirtschaft in der Region. Wenn zum Beispiel örtliche Gewerbe und Unternehmen als Sponsoren agieren, tritt zum eigenen Werbungs- und Geschäftsinteresse zumeist auch ein Stück „lokale Verbundenheit“ hinzu, wenigstens aber die Wertschätzung des besonderen lokalen Umfelds, in dem das Unternehmen agiert. Die Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen in Bezug auf Praktika, Vermittlung von Ausbildungsplätzen, Darstellung der Arbeitswelt im Unterricht u.ä. erweist sich immer mehr als unverzichtbare Form praxisbezogener Orientierung und Lernerfahrung. Ähnlich wie bei Kooperation mit Vereinen und Stiftungen entstehen „commitments“, die über reine Geschäftsinteressen hinausgehen. Kontakte dieser Art machen es am ehesten möglich, Befürchtungen entgegenzutreten, dass man mit der Öffnung des „Schutzraums“ Schule für wirtschaftliche Akteure lediglich kommerziell interessierten Nutznießern ausgeliefert wird.

Die Durchsicht von Förderprogrammen der Länder, deren Prospektmaterialien und Internetauftritte, macht jedoch deutlich, dass die Komponente der *Öffnung* von Schulen zu ihrem Umfeld in offiziellen Politiken nach PISA im Vergleich zur Förderung von mehr (insbesondere wirtschaftlicher) *Autonomie* nur eine geringe Rolle spielt. An Bedeutung gewonnen haben diese Elemente am ehesten auf der Ebene einzelner Schulen – in ihrem Bemühen, angesichts fehlender staatlicher Mittel das soziale Kapital von Engage-

mentbereitschaft stärker zu nutzen. Durch Prozesse einer Öffnung nach innen wie nach außen wird die Schule allerdings erst zu einem *sozialen* Unternehmen.

Eine Schule, die mehr Autonomie im Sinne von Budget- und Personalhoheit erhält, kann wie ein Unternehmen geführt werden, dessen Produktpalette vorfixiert ist (z. B. durch Curricula des jeweiligen Landes) und das nun so effektiv wie möglich auf die jeweils gesetzte Agenda hinarbeiten hat. Ein öffentliches Unternehmen im weiteren Sinne wird Schule erst, wenn die vorgeschriebenen Standards und Leistungsziele Raum geben, eigene Produkte bei Lernangeboten, Vermittlungsmethoden sowie eine größere Palette eigener Strategien (Kooperation und Bildung von Netzwerken mit Vertragspartnern) zu entwickeln, die auf Schul- und Ausbildungsvorstellungen von Eltern und Schüler eingehen.

Die Bedeutung des „Sozialen“ verweist nun auf den Umfang der Aufgaben und Ziele von Akteuren, die nicht mehr nur dem Erfolg der einzelnen Schule, sondern auch dem (lokalen) *Schulsystem* verpflichtet sind (Verantwortliche für eine kommunale Schulentwicklungsplanung, Akteure auf Landes- und Bundesebene). Mit der Öffnung der Schule geht das Soziale über die oft verwendete Gleichsetzung mit dem Staatlichen/Kommunalen hinaus. Es definiert sich nun auch über die Einbeziehung verschiedener gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Stakeholder, vor allem aus dem lokalen Raum.

Damit kommt ein weiteres eigenständiges Merkmal öffentlicher Angebote und Dienstleistungen wie der Schule in den Blick; es geht nicht nur um Autonomie und unternehmerische Führung, nicht allein um neue Formen der Mitbestimmung und Mitträgerschaft ihrer sozialen Aufgaben im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Öffnung, sondern auch um die Dimension der *lokalen* Einbindung. Die Frage stellt sich, ob das Dienstleistungsangebot vor allem zentral und global gesteuert wird (wie zum Beispiel im Falle der traditionellen Arbeitsämter oder einer internationalen Kino- oder Restaurantkette) oder ob sich Möglichkeiten ergeben, dieses Angebot auch in größerem Maße vor Ort mitzusteuern.

„Lokale Einrichtung“ bezeichnet dann auch im Schulbereich nicht mehr nur eine unterste Hierarchieebene, sondern eine lokale „Schulgemeinde“ (Bertelsmann Stiftung 1999), die von verschiedensten lokal interessierten Akteuren und Gruppen mitgetragen werden kann.

4. Öffentliche Einrichtungen zwischen Staat, Markt und Bürgergesellschaft - zum Konzept des sozialen Unternehmens

Es sollte gezeigt werden, dass Schulen - auch wenn sie Einrichtungen von Ländern und Kommunen bleiben - durchaus mehr unternehmerische Autonomie und mehr Elemente der Öffnung durch Partizipation, Partnerschaften und Vernetzung aufnehmen können. Im Zusammenhang eines Forschungsprojektes zur veränderten Steuerung und Identität öffentlicher Einrichtungen wurde diese analytische und konzeptionelle Idee grundsätzlich entwickelt, nicht nur am Beispiel Schule, sondern auch an Kultureinrichtungen und Einrichtungen zur Hilfe und Pflege im Alter (Evers/Rauch/Stitz 2002). Ausgegangen wurde davon, dass Gesellschaft von verschiedenen Grundinstitutionen getragen wird, die wiederum von unterschiedlichen Logiken und „Ordnungsprinzipien“ (Offe 2000) geprägt sind: beim Staat die Verpflichtung auf Integration der Gesamtgesellschaft, beim Marktsystem das Wachstum des jeweiligen Unternehmens, bei Gemeinschaften wie der Familie tief verwurzelte kulturelle Orientierungen und persönliche Verpflichtungen. Im öffentlichen Bereich der Zivilgesellschaft koexistieren und relativieren sich diese Leitprinzipien: Gemeinschaften müssen sich gesellschaftlichen Integrationsmustern unterordnen, neben Gewinnstreben treten Solidaritätsmotive; staatlich sanktionierte Gemeinwohlvorstellungen konkurrieren mit heterogenen lokal und ideologisch bestimmten Ideen, was dem Gemeinwohl dienlich sein sollte. In Demokratien ist aber der öffentliche Bereich der Zivilgesellschaft - jenseits von Staat und Markt - zugleich der Ort, an dem Leitideen verhandelt, Gemeinsamkeiten, Verpflichtungen und Solidaritäten produziert werden.

Öffentliche Einrichtungen - so unsere These - waren historisch in einem Kontinuum zu verorten, das von der zentralen staatlichen Einrichtung über kommunale Einrichtungen (bei denen die lokale Gesellschaft stärker mitprägend wirkt) bis zu den „gemeinnützigen“ Einrichtungen in „freier Trägerschaft“ reichte – etwa der von Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen, Bürgervereinen und anderen Organisationen des Dritten Sektors. Für sie alle war nicht nur die „mechanische Solidarität“ staatlicher Förderungs- und Finanzierungsregeln, sondern in unterschiedlichem Maße auch die „lebendige“ Solidarität der Zuwendung, Mitarbeit, Spendenbereitschaft u.a.m. konstitutiv und prägend – also sowohl staatliche Ressourcen und Einflüsse als auch das soziale Kapital an Mitwirkungsbereitschaft der Bürgergesellschaft. Seit einigen Jahrzehnten ist aber noch etwas anderes hinzugekommen: das marktwirtschaftliche Element. Öffentliche Verwaltung und privates Management sind keine getrennten Welten mehr, es wird immer gebräuchlicher, dass der Sozialstaat als „Gewährleister“ bestimmter öffentlicher Güter und sozialer Dienste diese nur noch finanziert und reguliert, die Trägerschaft jedoch kommerziellen Anbietern und not-for-profit-Organisationen überlässt. Außerdem hat sich auch die öffentliche Verwaltung Organisationskriterien des privaten Managements zu eigen gemacht.

Daher muss auch bei öffentlichen Einrichtungen der Markt als dritte prägende Größe in Betracht gezogen werden. Mit viel Autonomie versehene kommunale GmbH ebenso wie staatlich mitfinanzierte freie gemeinnützige Träger (die beiden Hauptkomponenten der öffentlichen Einrichtungen und Dienste) werden folglich nicht nur von Staat und Kommunen, sondern zugleich auch vom „Markt“ und von der Zivilgesellschaft beeinflusst und geprägt. Das gilt für ihre Ressourcen, die Formen ihrer Steuerung und ihre „corporate identity“ (vgl. Abb. 1). Es handelt sich um „Hybride“, also um Organisationsformen, die heterogene Prinzipien in sich vereinigen. Was bedeutet das mit Blick auf ihre Ressourcen und ihr Selbstverständnis?



Abb. 1: Ressourcen von öffentlichen Einrichtungen als sozialen Unternehmen

Als *staatlich-kommunal verantwortete, öffentliche Einrichtungen* beziehen sie Ressourcen durch eine öffentliche Grundfinanzierung oder Steuervorteile aus dem Gemeinnützigkeitsstatus; nach ihrem Selbstverständnis repräsentieren sie insofern das „öffentliche Anliegen“ oder verstehen sich als „gemeinnützige“ Organisationen, die nicht nur dem Wohl der einzelnen Gruppe von Gründern und Adressaten verpflichtet sind. – All das könnte auch für Schulen gelten.

- Als *soziale Projekte der Zivilgesellschaft* beziehen sie gleichzeitig auch Ressourcen durch freiwillige Mitarbeit, Spenden, Fördervereine und Schirmorganisationen (wie z. B. die Kirchen), möglicherweise aber auch durch den Vertrauensvorsprung als gemeinnützige, weder der Staatsraison noch dem Profit verpflichtete Organisationen. Für das eigene Selbstverständnis ist von dort her „Autonomie“ gegenüber behördlichen Routinen, aber auch parteipolitischen Durchgriffen wesentlich. Für „freie Schulen“ gilt das weitgehend - sollte dieses Selbstverständnis nicht auch für Schulen im öffentlichen System zutreffen?
- Schließlich treten öffentliche Einrichtungen auch *als Unternehmen auf, die Marktprinzipien verpflichtet sind*; sie beziehen als solche Ressourcen (zum Teil) als Gebühren von Nutzern, die eine Einrichtung ausgewählt haben, oder sie erhalten staatliches Entgelt für Dienstleistungen im öffentlichen Auf-

trag, deren Preis in einem Leistungsvertrag unter Konkurrenzbedingungen ausgehandelt wurde; es ist für sie mit-hin wichtig selbst dort, wo sie not-for-profit oder unter kommunaler Aufsicht operieren, sich (auch) als ein Unternehmen zu begreifen, das versteht, sein Kapital an Finanzen, Wissen und Beziehungen („soziales Kapital“) erfolgreich zu investieren. - Trifft das nicht bereits heute schon auf einzelne Schulen zu?

Schulen als „soziale Unternehmen“ brauchen allerdings *neue Formen des Regierens und Verwaltens*, der „Governance“ und des „Public Management“. Schulen sollten weder nur von oben durch eine allmächtige Schulverwaltung gelenkt werden noch ausschließlich als selbständige Wettbewerber um Schüler und Ressourcen auftreten. Eltern, Vereine und Verbände sollten Einfluss nehmen können, aber Schule sollte nicht unter die Fuchtel lokaler Interessen geraten. Neue Formen einer „mixed governance“, der Mischung und Ausbalancierung verschiedener Lenkungs- und Steuerungsformen sowie ein entsprechend aktivierender Sozialstaat (vgl. Holzapfel 2000) wären gefragt. Angesprochene *Rollen und Dimensionen* solcher Schulunternehmen werden in Spannung zueinander geraten. - Aber warum sollten sie sich nicht auch wechselseitig ergänzen können?

- *Hierarchische Steuerung* würde zwar in Formen traditioneller bevormundender Schulverwaltung an Bedeutung verlieren, aber in neuen Formen der Entwicklung von Standards, der Evaluation und Qualitätskontrolle bedeutsam bleiben.
- *Steuerung durch Partizipation* erfolgt über Vernetzung und Aktivierung des sozialen Kapitals, das aus Partnerschaften, Kooperation und freiwilliger Mitarbeit vor Ort gebildet wird; dabei geht es nicht nur um Akteure im formalen Partizipationsgerüst der Schulkonferenzen, Eltern- und Schülermitbestimmung, sondern auch um den Einfluss, den Partner und Unterstützer ausüben, die für das Projekt Schule gebraucht werden. Derartige Formen und Effekte organisierter gesellschaftlicher Einflussnahme („co-

governance“) werden jedoch in den meisten Betrachtungen, die weitgehend auf die Modernisierung des „geschlossenen Systems“ Schule fixiert bleiben, kaum wahrgenommen.

- *Steuerung durch Wettbewerb* zwischen Schulen könnte an Bedeutung gewinnen, wenn selbständige Schulen mit mehr Freiraum für Leitung, Personalpolitik, Profilbildung und Management ausgestattet würden, Eltern und Schüler mehr Rechte bei der Wahl „ihrer“ Schule erhalten würden.

Alle drei Formen der Steuerung zusammen könnten die neue Schule konstituieren und mitgestalten. Bei Wettbewerb und Management auf der einen, Steuerung durch Landes-, Kommunalpolitik und Schulverwaltung auf der anderen Seite, scheint die offizielle Schulpolitik bereit zu sein, nach neuen Balancen und Formen zu suchen. Das dritte Element, die *Einbeziehung von Partnern*, die das soziale Kapital der Zivilgesellschaft repräsentieren, kommt in der Regel noch zu kurz.

5. Ansatzpunkte für eine kooperative Schule als soziales Unternehmen

Wie man einem Leitbild näher kommen kann, das Schule weit mehr als bisher als eine kooperative Einrichtung im lokalen Netzwerk versteht, soll nun aber auch illustrativ anhand einer Reihe konkreter Ansatzpunkte erläutert werden.

Fördervereine: Sie sind heute in der großen Mehrzahl von Schulen ein wichtiger Kooperations- und Unterstützungspartner; dabei müssen nicht die Eltern allein tonangebend sein; solchen Fördervereinen können auch Institutionen beitreten (z. B. die örtliche Sparkasse) und sie können je nach Lage der Schule auch mehr tun, als nur als Lückenbüßer für gekürzte Zuweisungen des Landes oder der Gemeinde zu fungieren – sie können Ausgangspunkt sein für Fonds, mit denen Exkursionen, spezielle Geräte oder Projekte besorgt werden, aber auch Schaltstellen für den Aufbau von Außenkontakten, die Gewinnung von Mentoren u. ä.

Das Ziel Ganztagschule als Katalysator von Initiativen: Dieser Aspekt ist herauszustellen, da er sich auf das Zusammen-

spiel lokaler und zentraler Initiativen bezieht. Wenn Ganztagschulen nicht lediglich „mehr vom Gleichen“ bieten sollen, dann wird die Beteiligung z. B. von Trainern aus Sportvereinen, von Kulturinitiativen u. a. m. besonders wichtig. Der erste Schritt zu mehr Betreuungskapazitäten der Schule waren vielerorts Elterninitiativen (Einrichtung von Mittagstischen, Lernhilfen am Nachmittag u.a.). Mehr Zeit an und mit der Schule wäre eine Chance, trotz gedrängter Lehrpläne zusätzliche Lern- und Realitätserfahrungen zu vermitteln. Im Hinblick auf Sozial- und Beschäftigungsintegration von Schülern könnten Schulen individuelle Konzepte für die Dreiecksbeziehung Familie/Schule/Unternehmen entwickeln, die speziell bei Schülern mit besonderen Anpassungsschwierigkeiten eine grosse Rolle spielen.

Kooperation mit Vereinen und Verbänden: Betriebliche Kompetenz wäre bei einer Öffnung der Schule ein wichtiger Bereich unter anderem, in dem das pädagogische Personal der Schule auch in der Funktion von Moderatoren, Vermittlern und Mentoren agieren kann; Kultur- und Freizeitangebote sind dabei schon länger etablierte Partnerbereiche von Schulen; neueren Datums sind z.B. Kooperationen zur Verbesserung der Medienkompetenz.

Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft: die Kooperation von Schule und Unternehmen zur besseren Bewältigung des Übergangs ins Arbeitsleben ist sicherlich ein Kernbereich, aber doch nicht der ausschließliche Inhalt schulischer Aufgaben im Zusammenhang mit der Welt der Arbeit; neben der Gewinnung von Plätzen für Praktika und Ausbildung geht es um eine Sensibilisierung für Berufswirklichkeiten im Verlauf der schulischen Ausbildung und die Nutzung der Kompetenzen von Unternehmen. Wenn diese immer häufiger Mitarbeiter auch einmal für ehrenamtliche Arbeit freistellen (corporate volunteering), warum soll das nicht auch auf eine Schul-AG bezogen sein, in der es z. B. um technische Erfindungen und entsprechende Entwicklungsprojekte geht?

Arbeitsteilung mit anderen Einrichtungen und Unternehmen: In Schulen macht sich ein Trend bemerkbar, der in ähnlicher Form auch in Institutionen wie Krankenhäusern oder lokalen Arbeitsagenturen

beobachtet werden kann. Diese Institutionen stellen sich der Aufgabe, nicht nur eigene Dienste zu betreiben, sondern auch *Angebote zu bündeln* und zu vermitteln, die bei unterschiedlichen öffentlichen und privaten Organisationen und Trägern lokalisiert sind (vgl. Hurrelmann 2001). Krankenhäuser müssen mit Fachärzten und Pflegeheimen zusammenarbeiten, lokale Jobcenter mit Schuldnerberatungsstellen und Kindertagesstätten. Viele Schulen arrangieren sich für die Schulsozialarbeit mit Angestellten der örtlichen Jugendhilfeplanung (vgl. Hartnuss/Maykus 2000) oder beauftragen private Agenturen mit der Durchführung eines Kultur- oder Medienprojekts; Schulen kooperieren auch mit universitären Projektträgern z.B. im Rahmen schulübergreifender Modellprogramme für die individuelle Vermittlung und Betreuung von Schulabgängern zur Ausbildung in den Betrieben einer Region.

„Service Learning“: Dieses Konzept ist wichtig, weil es den Erwerb von Sozialkompetenzen nicht mit dem Erwerb beruflicher Kompetenzen gleichsetzt. Sensibilität für Themen wie „Altern“, „hilfsbedürftig sein“ erwirbt man nicht nur aus einschlägigen Medien. Lokale freie Träger und kommunale Institutionen können für einige Tage erweiterte Lernräume bieten. Umgekehrt kann Schule das eigene Bild und das der „heutigen Jugend“ mitprägen. Wenn ältere Erwachsene heutige Schüler bei lokalen Initiativen im Kultur- und Sozialbereich kennen lernen, können auch eventuelle medial vermittelte Vor-Urteile korrigiert werden.

Öffentlichkeitsarbeit/„Fund and Friend-Raising“/Sponsoring: Schule als ein soziales Unternehmen muss darauf bedacht sein, dass ihr Image und Profil lokal wahrgenommen werden und Anerkennung finden kann. Bei weiterhin offener Schere zwischen Ansprüchen, die an Schulen gestellt werden, und Mitteln, über die sie verfügt, geht es immer auch um die Suche nach materieller Unterstützung. Im Kulturbereich wird dafür der Begriff des „Fund and Friend-Raising“ verwendet. Ein Drittel aller größeren Firmen engagiert sich mittlerweile als Sponsor an Schulen (Wirtschaftswoche 23/2002). Wenn lokale Akteure, aber auch Unternehmen „ihre“ Schulen unterstützen, sollte nicht sofort

ängstlich die Abhängigkeit von der privaten Wirtschaft beschworen werden. Viele freie Träger und Organisationen im „Dritten Sektor“ lernen heute, wie man sich gerade durch *vielfältige* Förderbeziehungen Unabhängigkeit bewahren kann – warum sollten nicht auch Schulen lernfähig sein?

6. Risiken, Chancen, neue Ansatzpunkte

Der skizzierte Wandel bietet nicht nur neue Handlungsmöglichkeiten; er wirft eine Reihe schwieriger Fragen auf. Einige Einwände, mit denen der Verfasser häufig konfrontiert wird, sollen im Folgenden knapp thematisiert werden.

Wie weit können sich verschiedene Elemente - Wettbewerb, unternehmerische Selbständigkeit und Einbindung in die Zivilgesellschaft – tatsächlich ergänzen, wie weit rivalisieren sie miteinander? Vertragen sich z.B. Engagement und Management? Besteht nicht die Gefahr, dass wirtschaftliche und unternehmerische Gesichtspunkte dominieren, so dass eine Öffnung der Schule zur Bürgergesellschaft auf Öffnung zur Arbeitsgesellschaft reduziert wird? Besteht nicht die Gefahr, dass bei einer Schulautonomie ohne neue Einbindungen in die Zivilgesellschaft soziale und gemeinnützige Überlegungen auf der Ebene des lokalen *Schulsystems* einen Bedeutungsverlust erleiden?

Der am häufigsten vorgebrachte Einwand gegen mehr Autonomie der einzelnen Schule und eine Aufwertung lokaler Ressourcen (Qualität lokaler Schulentwicklungsplanung, Kooperation mit Organisationen des Stadtteils, der Region und Wirtschaft) bezieht sich auf die Gefahr einer größeren Ungleichheit der Schullandschaft (vgl.: Radtke / Weiß 2000): Je wichtiger neben öffentlicher Finanzierung zusätzlich einzuwerbende lokale Ressourcen werden, desto mehr werden sich auch Unterschiede im lokalen Umfeld, bei den Standards und im Leistungsvermögen der Schule bemerkbar machen. - Warum aber sollten sich Planungen von Land und Kommunen nicht darauf einstellen können? „Bei ungleichen Ausgangslagen in Quartieren und Stadtteilen mit besonderen sozioökonomischen Problemen müssen

auch die zur Verfügung gestellten Mittel ungleich sein. Denn: wer Ungleiches gleich behandelt, verstärkt die Ungleichheit“ (vgl. Landesvorstand SGK 2003, 3).

Ein weiterer Einwand betrifft den im Rahmen von Konzepten einer stärkeren Vernetzung und Lokalisierung von Schulen möglicherweise überhöhten Stellenwert der *zivilgesellschaftlichen Ressourcen*. Tatsächlich definiert sich eine liberale Gesellschaft wie die Bundesrepublik weit mehr über die Freiheit *von* Verpflichtungen als über die Pflege der Freiheit *zum* Engagement und zur Kooperation. Statt Bürgerengagement und Gemeinsinn dominieren dort, wo gesellschaftliche Akteure mitreden, allzu oft Gruppenegoismus und Rechthaberei. Gerade deshalb sollten praktische Mitarbeit und Mitverantwortung gegenüber der geläufigen Partizipation, die allein auf „Mitreden“ und „Einflussnehmen“ setzt, aufgewertet werden. Zudem geht es bei der Öffnung von Schulen nicht um die Umsetzung von „ready-made“-Konzepten, sondern um die Initiierung von Lernprozessen, Sensibilisierung und Kompetenzgewinn.

Die Gewichtung *sozialen Kapitals* als Ressource für Schulentwicklungen ist ein Themenfeld, bei dem nicht vorschnell über Grenzen des Wachstums geredet werden sollte, ehe überhaupt begonnen wurde dieses Feld zu kultivieren. Allerdings gibt es in Bezug auf die Zivilgesellschaft Vorstellungen, die tatsächlich unrealistisch sind: Stiftungen, freiwillige Mitarbeit und Fördervereine erlangen ihre Bedeutung nicht in erster Linie als „Ausfallbürgen“ für fehlende öffentliche Finanzen, sondern als *Ausgangspunkte* für Innovationen und als Option, mit öffentlichen Finanzen einen Angebotsreichtum und Qualitäten zu entwickeln, die ohne Kooperation und Engagement auch bei mehr verfügbaren Geldmitteln nicht einzukaufen sind.

Ein weiteres mit der Öffnung zu privaten und kommerziellen Partnern verbundenes Problem sollte nicht als berufsständischer Vorbehalt beiseite gewischt werden: Es betrifft die Charakteristik des neuen Arbeitsmarktes, der sich mit der Aufwertung anderer Berufe, größerer Lohn- und Gehaltsdifferenzierung und mit anderen Arbeitsverträgen (Zeit- und Werkverträge) entwickelt (ausführlicher: Evers 2002a).

Zum einen werden mögliche Arbeitskonflikte auch im Schulbereich künftig stärker denen gleichen, die aus anderen Dienstleistungsbereichen bekannt sind. Zum anderen stellt sich die Frage, inwieweit *Professionalität* zu- bzw. abnimmt, wenn z.B. das Personal einer privaten Agentur im Auftrage einer Schule Teile des Lehrprogramms übernimmt und fachlich mehr, aber pädagogisch weniger Kompetenz besitzt als die Lehrerschaft. Insgesamt gilt jedoch: Angesichts der Risiken neuer Arbeitsmärkte ist schon immer falsch beraten, wer lediglich die Vorteile traditioneller Arbeitsbeziehungen zu verteidigen sucht.

Ein letzter Punkt betrifft das Spannungsverhältnis von globalen bzw. zentralen Festlegungen einerseits und lokalen Erfordernissen und Freiräumen andererseits. Instrukтив sind hier die Erfahrungen im Bereich der Kindertagesbetreuung. Deren extrem lokale und dezentrale Ausrichtung und vergleichsweise geringe Verregelung hat diesen Bereich oftmals anpassungsfähiger und für Innovationen offener gemacht als das Schulsystem. Andererseits zeigen die Erfahrungen im Kindertagesstättenbereich auch, dass lokale Einbindung und Mitbestimmung von Partnern statt mehr Demokratie und Innovationsbereitschaft mehr Filz und Immobilismus mit sich bringen können. Zentrale bundesstaatliche Initiativen werden benötigt, um etwa bei der Kleinkinderbetreuung *flächendeckend* Fortschritte zu erreichen und einheitliche Standards zu garantieren. Auf der anderen Seite droht mit bundesweiten Verregelungen immer auch die Entmutigung lokaler Experimente und Sonderwege. In neuen Konzepten für eine Multi-Level-Governance sollten sich auch im Schulsystem zentrale Standards und An-schubinitiativen einerseits und lokale Freiheit andererseits nicht ausschließen. Es muss kein Widerspruch sein, gleichzeitig für mehr nationale Schulpolitik und eine Aufwertung lokaler Schulentwicklungsplanung zu plädieren.

Statt weitere Risiken und Schwierigkeiten aufzuzählen, soll zusammenfassend dargestellt werden, was bereits heute im Möglichkeitsbereich liegt. Maßgeblich ist dabei wohl, dass in der Politik die Ausweitung von Ganztagschulen und mehr Schulautonomie wichtige gemeinsame

Nenner für Veränderungsbemühungen bilden, während gesellschaftlich, vor Ort, oftmals Fragen der Gewinnung lokaler Unterstützung und der Öffnung von Schulen im Vordergrund stehen.

1. Nach „PISA“ und auf dem Weg zu Ganztagsangeboten bestehen gute Chancen für eine öffentliche Schulpolitik, die nicht „Mehr vom Gleichen“, sondern Chancen für neue Lern- und Kooperationsformen bieten.
2. Zentrale Initiativen des Landes für den Ausbau der Schulen sollten sensibel sein für das, was sich vor Ort bereits tut. Sie sollten so ausgerichtet sein, dass vorhandene lokale Initiativen ermuntert, nicht etwa abgelöst oder beschnitten werden.
3. Auf kommunaler Ebene geht es um die Einrichtung einer *Schulentwicklungsplanung*, die diesen Namen tatsächlich verdient; das könnte der Aufwertung lokaler Schulpolitik und der Einbeziehung lokaler „Stakeholder“ auch aus dem Bereich der Wirtschaft zu Gute kommen.
4. Soll das traditionelle Leitbild von Schule verändert werden, dann bedarf es jenseits der Regelförderung spezieller aktivierender Initiativen: Modelle, Wettbewerbe, spezielle Förderprogramme und eine interessierte Öffentlichkeit; diesbezüglich könnte Schulpolitik noch von der gegenwärtigen Familienpolitik lernen, mit Mitteln wie der Förderung „Lokaler Bündnisse für Familien“ Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu aktivieren und Öffentlichkeiten zu schaffen. - Warum nicht auch lokale Bündnisse für bessere Schulen?
5. Die Erweiterung des Lernprogramms und eine Aufwertung der Schule als Lernangebotsvermittler, aber auch als Sozialisations- und Integrationsfaktor machen die Abkehr von der „Lehrerschule“ erforderlich: Nicht nur im Rahmen längerfristig geplanter Kooperationen mit der Wirtschaft wird die Öffnung des Arbeitsfeldes Schule für verschiedene Berufe und Formen der Mitarbeit unumgänglich werden.
6. Wenn es in der Schulpolitik künftig um Chancengleichheit *und* Vielfalt gehen

soll, dann sind damit auch neue Formen der Regulierung und Finanzierung gefragt. Ungleiches darf nicht länger gleich behandelt werden. Schulen, die mit einem schwierigeren Umfeld und Schülern zu tun haben, die weniger soziale Kompetenzen mitbringen, brauchen mehr öffentliche Unterstützung als andere. Auch deshalb ist es wichtig, mit speziellen Programmen Initiativen zur gezielten Vermittlung einzelner Schüler zu fördern. Zuwächse an Mitteln in solchen, für verbesserte Chancengleichheit entscheidenden Bereichen, können guten Gewissens aus der Reduzierung allgemeiner Mittel finanziert werden.

Das Fazit der vorgetragenen Überlegungen lautet: Die nach dem PISA-Schock eingeleiteten Schulreformen gehen in die richtige Richtung, insofern sie der einzelnen Schule mehr Autonomie und unternehmerisches Handeln ermöglichen. Abgesehen von der oftmals zu beobachtenden Zögerlichkeit bleiben die bisherigen Reformen unvollständig, insoweit sie den Bezug von Schule und Umwelt ausblenden: die Beziehung zu Eltern, aber auch zu Akteuren und Partnern aus Gesellschaft und Wirtschaft, speziell im lokalen Umfeld. Schule bietet dabei nicht mehr ausschließlich eigene Programme an, sondern nutzt und organisiert den Zugang zu anderen Akteuren, die Bildung und soziale Kompetenz vermitteln können. Sie ist *Drehscheibe* für entsprechende Dienstleistungen, aber auch Forum mit Zugängen zur Bürgergesellschaft. Vielerorts wird die Beteiligung von Partnern als vorübergehende Notmaßnahme angesehen, die zum Stopfen finanzieller Lücken dient. Beteiligung durch die Öffnung von Schule nach innen und nach außen sollte jedoch innovativ verwandelt werden - in eine Ressource für Qualitätsentwicklung. Dafür steht das Leitbild der selbständigen und kooperativen Schule als „soziales Unternehmen“.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung 1999: Lebendige Schule in einer lebendigen Stadt. Leitbild und Meßgrößen – ein Projekt stellt sich vor. Verlag der Bertelsmann Stiftung
- Deutscher Bildungsrat (1973): Empfehlungen der Bildungskommission, Zur Reform von Organisation und Verwaltung im Bildungswesen, Teil I: Verstärkte Selbständigkeit der Schule und Partizipation der Lehrer, Schüler und Eltern. Bonn, Seite A 22
- Deutsches PISA-Konsortium (Hg.) (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen: Leske und Budrich
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen: Leske & Budrich
- Evers, A. (2003): Soziale Unternehmen – die Zukunft öffentlicher sozialer Dienstleistungen anders denken! In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Nr. 1/ 2003, S. 1-17
- Evers, A./ Rauch, U./ Stitz, U. (2002): Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Schul-, Kultur- und Altenpflegebereich Berlin: Sigma Verlag
- Evers, A. (2002a): Arbeit und Engagement bei sozialen Dienstleistungen – welches Leitbild?, in: WSI Mitteilungen, Jg. 55, Heft 9, S. 539 - 545
- Gottschall, K./ Hagemann, K. (2002): Die Halbtagsschule in Deutschland: Ein Sonderfall in Europa? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/2002, S. 12-22
- Hartnuss, B./ Maykus, S. (2000): Kooperation von Jugendhilfe und Schule – zur Neuverortung im KJHG. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Jg. 51 (2000), Heft 5, S. 176-181
- Heinrich-Böll-Stiftung und Bildungskommission der Heinrich-

- Böll-Stiftung (Hrsg.) (2004):
Selbständig lernen. Bildung stärkt
Zivilgesellschaft. Sechs
Empfehlungen der
Bildungskommission der Heinrich-
Böll-Stiftung. Berlin
- Holzappel, H. (2000): Bildung und
aktivierender Sozialstaat. In:
Mezger, Erika/ West, Klaus W. (Hg.)
(2000): Aktivierender Sozialstaat und
politisches Handeln. Marburg:
Schüren
- Holzappel, H. (2003): Schule und
bürgerschaftliches Engagement. In:
Enquete-Kommission „Zukunft des
Bürgerschaftlichen Engagements“
Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2003):
Schriftenreihe: Band 3:
Bürgerschaftliches Engagement und
Sozialstaat. Opladen: Leske &
Budrich, S. 213-230
- Hurrelmann, K. 2001: Von der
volkseigenen zur bürgerschaftlichen
Schule. Bringt die Privatisierung ein
modernes Schulsystem? In:
Pädagogik (2001) Heft 7-8, S.44-47
- Landesvorstand der Sozialdemokratischen
Gemeinschaft für Kommunalpolitik in
NRW (2003): „Neue Wege in der
Bildungspolitik“. In: Demokratische
Gemeinde, Newsletter Ausgabe
8/2004, S. 3-8
- Lipski, J. 2005: Kooperation von Schulen
mit außerschulischen Akteuren –
Chance für eine neue Lernkultur?,
in: DJI Bulletin 71, S. 4-7
- OECD (Hg.) (2001): New School
Management Approaches. Paris
- Offe, C. (2000): Staat, Markt und
Gemeinschaft. Gestaltungsoptionen
im Spannungsfeld dreier politischer
Ordnungsprinzipien, in: Ulrich, P. /
Maak, Th (Hrsg.): Die Wirtschaft in
der Gesellschaft. Bern / Stuttgart /
Wien, S. 104 - 129
- Radtke, F. O./Weiß, M. (Hg.) 2000:
Schulautonomie, Wohlfahrtsstaat
und Chancengleichheit. Ein
Studienbuch. Opladen
- Sliwka, A./ Frank, S. (2004): Handbuch
Service Learning. Weinheim: Beltz-
Praxis
- SPD Bundestagsfraktion (2004):
Engagement macht Schule:
Herausforderungen und Chancen.
Berlin

Die Praxis im Fokus – Schulen stellen sich vor

1. Realschule Weilheim/Teck



PROJEKT / Beispielhaftes soziales Engagement von Achtklässlern der Weilheimer Realschule Wühle
(„DER TECKBOTE“ vom 19.05.2006 von Anke Kirsamer)

Wichtig ist die Begegnung von Mensch zu Mensch

Achtklässler erledigen Einkäufe für Senioren, gehen Übungsleitern in Turnstunden zur Hand und basteln mit Dreikäsehochs in Kindergärten. Das themenorientierte Projekt „Soziales Engagement“ hat an der Weilheimer Realschule Wühle viele Facetten. Am heutigen Freitag dürfen Lehrer und Schüler ihre Arbeit auf der Fachtagung „Schule und Bürgergesellschaft“ in Stuttgart vorstellen.

„Wege zu einer partnerschaftlichen Gestaltung moderner Bildung und guter Schulen“ lautete der Untertitel der Tagung, die unter anderem vom Bundesnetzwerk Bürgergesellschaftliches Engagement, dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, sowie dem Kultusministerium veranstaltet wird. Ziel ist es, bürgerschaftliche Impulse für die aktuelle Bildungsdebatte und die praktische Schulentwicklung einzubringen. Dabei sieht das Ministerium die Weilheimer Realschule mit ihrem themenorientierten Projekt „Soziales Engagement“ auf dem richtigen Weg.

Neben der Wühle haben lediglich noch drei andere Schulen aus Freudenstadt, Winnenden und Michelbach Gelegenheit, sich zu präsentieren.

Deutsches Rotes Kreuz, städtischer Bauhof, Naturschutzbund, Aktionskreis Behinderte, Diakonie, Freiwillige Feuerwehr, Lebenshilfe... die Liste der Kooperationspartner, mit denen die Weilheimer Realschüler im Rahmen des themenorientierten Projekts zusammenarbeiten, ließe sich beliebig fortsetzen. Winfried Rindle, Konrektor und Koordinator des Projekts, bringt es auf den Punkt: „Die Vielfalt der Kooperationspartner ist unser Konzept.“

Ende der siebten Klasse nehmen die Schüler der Wühle bereits Kontakt mit ihren zukünftigen Projektsstellen auf. In der achten Klasse gibt es zum Auftakt vom Sommer bis in den Herbst einen Theorieblock. Darin machen sich die Schüler zusammen mit ihren Lehrern Gedanken zum angemessenen Verhalten in den Einrichtungen, zum Umgang mit Kindern und älteren Menschen beispielsweise. Bis zu den Osterferien besuchen die Schüler dann einmal wöchentlich am Nachmittag die jeweils auserkorenen Institutionen. Die 13-jährige Isabell zum Beispiel hospitierte im Ochsenwanger Kindergarten. „Jedes Kind ist anders und auch nicht immer gleich gut drauf“, hat sie festgestellt. „Entsprechend unterschiedlich muss man auf sie zugehen“.



Für den 14-jährigen Aaron steht nach seinen regelmäßigen Einsätzen im Seniorenheim zwar fest, dass Altenpfleger nicht sein Wunschberuf ist, die Erfahrungen aus

dem halben Jahr möchte er dennoch nicht missen. „Wichtig ist uns in dem Projekt die Begegnung von Mensch zu Mensch und dass der soziale Einsatz in der Stadt spürbar wird“, betont Winfried Rindle.- Egal ob beim „Mensch ärgere dich nicht“ Spiel in der Tagesstätte des Seniorenheims oder bei der Bibelarbeit mit Kindern in der Jungschar. Mancher Schüler nutzte das Projekt auch dazu, eine Ausbildung zum Mediator zu absolvieren, um künftig in der Schule als Streitschlichter zu fungieren. Derzeit stellen die Achtklässler ihre Dokumentationen zusammen. Und sie geben den Siebtklässlern Tipps fürs Gelingen ihres Projekts „Soziales Engagement“ im nächsten Schuljahr.



2. Keplerschule Freudenstadt

Die Keplerschule Hauptschule Freudenstadt stellt sich vor

In die Keplerschule Hauptschule kommen Schülerinnen und Schüler aus fünf verschiedenen Grundschulen – zwei städtischen Grundschulen, den Grundschulen in den Stadtteilen Dietersweiler und Wittlensweiler sowie aus der Grundschule Seewald. Zur Zeit werden rund 500 Jugendliche in 21 Regelklassen unterrichtet. Wir haben an der Schule noch eine Vorbereitungsklasse, in der Jugendliche ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen auf den Unterricht in Regelklassen vorbereitet werden.

Als weiteres wichtiges zusätzliches Angebot haben wir seit dem Schuljahr 1998/99 eine Kooperationsklasse für Jugendliche, die mit den bestehenden schulischen Angeboten voraussichtlich den Hauptschulabschluss nicht erreichen können. Ziel ist es, die Chancen der Jugendlichen auf eine berufliche Eingliederung durch die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit in möglichst enger Zusammenarbeit mit Betrieben zu erhöhen.

Für besonders leistungsfähige und motivierte Jugendliche gibt es bei uns die Möglichkeit, ab Klasse 8 die Werkrealschule zu besuchen, die mit einem Mittleren Bildungsabschluss endet, der den Absolventen dieselben Chancen eröffnet wie z. Bsp. der Realschulabschluss.

Seit dem 1. März 1996 haben wir eine Schulsozialarbeiterin, die uns in vielen Angelegenheiten unterstützt und ergänzt und auch im präventiven Bereich unserer vielfältigen Erziehungs- und Bildungsaufgaben wertvolle Arbeit leistet.

Das Angebot der Ganztagesbetreuung war die logische Folge der Schulsozialarbeit. Auch hier wollen wir das Selbstwertgefühl unserer Jugendlichen stärken, Gemeinschaftserlebnisse ermöglichen, Eigeninitiative und Verantwortung fördern, soziale Kompetenz entwickeln, Stärken der Kinder und Jugendlichen finden und unterstützen und Möglichkeiten der aktiven Freizeitgestaltung anbieten.

Seit 1996 haben wir verschiedene Patenschaften in Jamaika übernommen. Dieses außergewöhnliche Projekt konnte sich

entwickeln, weil ein Kollege (Herr Reiser) ein Jahr in Jamaika gelebt und gearbeitet hat und ihn vor allem die Lebensfreude aber auch die Armut vieler Jamaikaner nicht mehr losgelassen hat. Bei einem Besuch seines Freundes Dougie Prout an unserer Schule entstand der Gedanke, eine Studienfahrt nach Jamaika durchzuführen. Nach und nach freundete auch ich mich mit diesem außergewöhnlichen Plan an und bemühte mich um eine Genehmigung, die ich mir schwierig vorstellte, die jedoch, nach vielen Gesprächen sehr einfach war. Auch eine solche Reise genehmigt der Schulleiter. Danach erfolgten Gespräche mit der Klasse, den Eltern, dem Kollegium – nicht immer ganz einfach, letztendlich aber positiv. Wir begannen mit der konkreten Planung der Reise, die für die Eltern jedoch nicht mehr kosten durfte als ein sonstiger Schullandheimaufenthalt (damals 500,-DM). Das heißt, die Jugendlichen mussten selbst arbeiten; gemeinsame Aktionen in der Klasse mussten organisiert werden.

Hier entstanden unglaubliche Projekte, die sich sehr positiv auf die Klassengemeinschaft, aber auch auf außerschulische Bereiche ausgewirkt haben.

Seit 1995 verkaufen Jugendliche zusammen mit Herrn Reiser jedes Jahr Christbäume, die sie zuvor aus einer Plantage heraustragen, verpacken und verladen müssen. Danach werden diese in unseren Schulhof gebracht, wo sie wieder abgeladen, ausgepackt und an zwei Tagen verkauft werden. Außerdem gibt es an diesen Tagen noch einen kleinen Basar mit Selbstgebasteltem und Kaffee und Kuchen. Der Erlös ging 1995 ausschließlich in die Klassenkasse – bei den folgenden Verkäufen spendeten die Klassen immer auch für unsere Projekte in Jamaika.

Zur Finanzierung der Studienfahrt gab es viele gemeinsame Aktionen bei Freudenstädter Familien, wo unsere Jugendlichen in Gärten arbeiteten, Aushubarbeiten verrichteten, Gartenzäune reparierten und strichen, putzten, ... Innerhalb von nur vier Monaten erarbeiteten die Jugendlichen so insgesamt 13500,-DM für die Klassenkasse. Zusätzlich finanzierten sich viele Schülerinnen und Schüler den gesamten Aufenthalt durch weitere Jobs

selbst, so dass wir am 14. Februar 1996 nach Jamaika aufbrechen konnten.

Für Herrn Reiser und mich war von Anfang an klar, dass sich aus dieser Reise etwas Bleibendes entwickeln muss. Auf Vorschlag von Dougie Prout entschieden wir uns für eine Patenschaft mit der Flanker Basic School. Diese kleine Grundschule erhält keine staatliche Unterstützung. Sie liegt in einem Slumgebiet am Rande von Montego Bay, das einen sehr schlechten Ruf hat, da einige Einwohner kurz vor unserem Besuch einen Weißen lynchten, der durch Unachtsamkeit mit seinem Auto die Musikanlage bei einer Veranstaltung zu Schrott gefahren hatte.

80 Schülerinnen und Schüler im Alter von 4 - 7 Jahren wurden in einem Raum, der etwa die Größe von knapp zwei Klassenzimmern bei uns hatte, in drei Abteilungen, die durch je zwei „Tafeln“ aus Spanplatten abgetrennt waren, unterrichtet. Nicht jedes Kind hatte einen Sitzplatz, der Raum war dunkel, schlecht zu lüften, eine Klimaanlage gab es nicht. Kreide, Papier, Bleistifte oder anderes Schreibmaterial waren ebenfalls nicht vorhanden. Im Vergleich mit unseren Schulen herrschte unsagbare Not.

Der Besuch des SOS Kinderdorfes Barrett Town in Montego Bay und die vielfältigen Begegnungen mit Kindern, den Kinderdorfmüttern und Frau Maisel-Schulz, der damaligen Beauftragten für die SOS Kinderdörfer in der Karibik, beeindruckte uns ebenfalls so stark, dass wir uns auch hier für eine Patenschaft entschieden.

Wieder zuhause organisierten wir sofort eine Hilfslieferung mit Kleidern, Schulmaterialien, Spielsachen, Unsere SMV führte eine interne Sammlung an unserer Schule durch. Außerdem hielten sie Vorträge an anderen Schulen und motivierten so auch andere, uns zu unterstützen. Alle gesammelten Sachspenden mussten und müssen unsere Schülerinnen und Schüler verpacken und für den Zoll genau auflisten. Die seewassergerechte Verpackung und alle Transportkosten wurden von der Schlott AG übernommen, was bis heute so geblieben ist.



Wir gestalteten eine Dokumentation der Reise und veranstalteten einen Informationsabend. An diesem Abend gab es so viele Spenden, dass es für eine Industriewaschmaschine für das SOS Kinderdorf Barrett Town reichte. In der Flanker Basic School veranlassten wir den Einbau einer Zwischendecke und die dringend notwendige Dachreparatur. Außerdem wurde ein Klassenzimmer angebaut, die Wände innen und außen neu gestrichen. Für die Einrichtung des Klassenzimmers besorgte Dougie einen Schreiner, der 13 Schulbänke und 4 Tafeln herstellte. Damit der Schulhof nicht weiterhin auch als Mülllagerplatz verwendet werden konnte, haben wir den Bau einer Mauer um das Schulgelände herum veranlasst. Bei unserer zweiten Studienfahrt 1999 haben wir diese Mauer zusammen mit einigen jamaikanischen Eltern gestrichen und im Schulhof noch einige Bäume und Sträucher gepflanzt.

Nach unserem zweiten Aufenthalt in Montego Bay haben wir nochmals ein Klassenzimmer und den Anbau von Toiletten in der Flanker Basic School finanziert.

Außerdem war ein erneuter Anstrich innen und außen notwendig.

Für das SOS Kinderdorf kauften wir im Laufe der Jahre noch drei weitere Industriewaschmaschinen und übernahmen die Kosten für den Bau eines überdachten Waschplatzes im Dorf. Die Mütter bekamen dadurch viel Erleichterung und vor allem mehr Zeit für ihre Kinder.

Für die größeren Jugendlichen im Kinderdorf ermöglichten wir den Kauf von zwei Computern, die kleineren bekamen einen Spielplatz. Außerdem haben wir ein Gewächshaus finanziert, das die Jugendlichen zusammen mit dem Heimleiter aufgebaut haben. In dem Gewächshaus werden Gemüse und Früchte angebaut, was dann an Hotels verkauft werden kann.

Um all die genannten Dinge finanzieren zu können, ist von unserer Seite Kreativität und Engagement gefordert. Wir benötigen immer wieder viele Mitstreiter und ich bin froh, dass sich unsere Schülerinnen und Schüler, die Eltern, das Kollegium und in der Zwischenzeit auch viele außerschulische Personen aktiv einbringen und bei den unterschiedlichsten Veranstaltungen helfen. Folgende Veranstaltungen wurden von uns durchgeführt:

- Seit zehn Jahren veranstalten wir im November einen Benefizabend für die hilfebedürftigen Kinder und Jugendlichen unserer Projekte. Unterstützt werden wir hier durch Musiker und Künstler aus der Region, die immer ohne Gage auftreten. Auch die Stadt Freudenstadt und viele Firmen tragen maßgeblich zum Erfolg der Veranstaltung bei, da sie uns Preise für die Tombola zur Verfügung stellen oder anderweitig sponsern. Unsere Schülerinnen und Schüler, Eltern und Kolleginnen und Kollegen helfen selbstverständlich auch mit.

- Das Zauberduo *Scara & Monsieur Ballon* zaubern in Kindergärten (bisher schon über 30 Veranstaltungen).



Als Gage bringen die Kinder Kleidung mit, die ihnen nicht mehr passt, oder irgendwelches Schulmaterial - nicht nur eine Freude für unsere Kinder sondern zeitversetzt auch für die armen Kinder in Jamaika.

- Im Foyer unserer Schule haben wir schon drei Veranstaltungen mit dem letztjährigen



Gewinner des Kleinkunstpreises von Baden Württemberg, Heini Öxle, gehabt. Da Heini fast keine Gage verlangt, können wir auch hier einen Gewinn erwirtschaften, von dem unsere Projekte in Jamaika profitieren.

- Ein weiterer Höhepunkt unserer Veranstaltungen war der Abend am 22.10.2002 mit Peter Paul Zahl. „Peter Paul Zahl, 1944 in Freiburg / Breisgau geboren, verbrachte neun Jahre in der DDR, elf in West-Deutschland, elf in West-Berlin, zehn im Knast und lebt seit 1985 in Jamaika“ (Peter Paul Zahl, „Jamaika“, 2002). 1980

erhielt er den Förderpreis für Literatur der



Freien Hansestadt Bremen; 1994 den Deutschen Krimipreis. Er hat zahlreiche Romane, Gedichtbände, Theaterstücke und sonstige journalistische Veröffentlichungen geschrieben. Peter Paul Zahl hat aus seinem Buch „Der Domraub“ vorgelesen, aus seinem Leben erzählt und sich den Fragen des Publikums gestellt. Es war ein unvergesslicher Abend mit einer beeindruckenden Persönlichkeit.

- Mehrfach haben wir auch schon bei Firmenjubiläen oder „Tagen der Offenen Tür“ bewirtet. Bei Veranstaltungen im Kurhaus übernehmen unsere Klassen teilweise die Garderobendienste. Wir haben hier nicht nur die Möglichkeit Geld zu verdienen, sondern auch unsere Projekte einer breiten Öffentlichkeit publik zu machen.
- Im Februar 2004 fand ein Abend mit Dieter Baumann im Foyer der Keplerschule statt. Es war ein spannender, informativer und unvergesslicher Abend mit einem herausragenden Sportler und Menschen, der auf jegliche Gage verzichtete.



Dies ist sicher nicht selbstverständlich und zeigt die Großherzigkeit des Ausnahmeathleten Dieter Baumann.

- Am 11. und 12. September 2004 nahmen wir mit einer Mannschaft der Keplerschule Hauptschule am 24-Stunden-Lauf in Forbach teil.



Die Organisatoren hatten unsere Aktivitäten in Jamaika als förderwürdig ausgesucht und bedachten uns mit einem Drittel der Gesamteinnahmen der Veranstaltung. Für diese großzügige Unterstützung sind wir sehr dankbar.

Bei unserem letzten Aufenthalt brachte uns Dougie zum Copse Boy's Home. Es liegt völlig abgelegen im Landesinnern. Eine normale Verkehrsverbindung gibt es nicht – am Schluss fuhren wir auf einem sehr schlechten Feldweg zum Heim. Auf engstem Raum werden etwa 80 Jugendliche im Alter zwischen 6 und 16 Jahren „eingesperrt“. Dabei sind Waisenkinder, geistig behinderte Jugendliche, Kriminelle, die auf ihre Verhandlung warten (in Deutschland wären sie in Untersuchungshaft) und Kinder im Zeugenschutzprogramm. Die Unterkunftsverhältnisse sind fürchterlich, eine individuelle Betreuung gibt es nicht, Schuhe und ordentliche Kleidung waren absolute Mangelware, Freizeitmöglichkeiten gab es, außer einem Fernseher hinter Gittern, keine!

„Was mich heute noch sehr belastet sind die Kinder, die wir am letzten Tag besucht haben. Die teilweise wie Hunde gehalten werden, keine ordentliche Kleidung haben, auf engstem Raum zusammenleben. Dies halte ich für absolut menschenunwürdig.“- Zitat einer

Schülerin aus unserer letzten Besuchsgruppe



Sofort nach unserer Ankunft im März 2002 haben wir eine Hilfslieferung mit Kleidern und Schulmaterial für das Copse Boy's Home organisiert und verschickt. Außerdem haben wir durch eine entsprechende Spende den Bau eines Multifunktions-sportfeldes ermöglicht und ebenfalls einen Technikraum erbaut, den wir auch mit Maschinen und Werkzeugen ausgestattet haben. Im Moment wird mit unserer Unterstützung ein Schlaftrakt gebaut, damit die verschiedenen „Gruppierungen“ getrennt untergebracht werden können.

Von 1996 bis heute haben wir für unsere Patenschaften in Jamaika insgesamt rund 100 000€ investiert.

Seit dem Jahr 2003 arbeitet unsere Schule eng mit der Kinder- und Jugendwerkstatt EIGEN-SINN zusammen, einer Institution, die Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen Hilfestellungen bietet, um so deren Lebenschancen zu verbessern. Diese Stiftung, die so wertvolle Arbeit auch für unsere Schülerinnen und Schüler leistet, muss auch wegen der Streichung öffentlicher Mittel ums Überleben kämpfen. Wir haben deshalb mit unseren Schülerinnen und Schülern im Jahr 2005 einen Sponsorenlauf durchgeführt, bei dem wir 11076,60€ erlaufen haben.

Unsere Jugendlichen unterstützen alle unsere Projekte tatkräftig. Sie haben



erkannt, dass gegenseitiges Verstehen

und Helfen wichtig sind. Neid und Mißgunst sollen durch ehrliches Teilhaben und Mitfreuen am Gelingen eines Projektes verdrängt werden, so dass ein wirkliches Miteinander und nicht ein verstecktes Gegeneinander entsteht.



Im Blick auf den schulischen Bildungsauftrag ist unstrittig, „Stellung nehmen zu können und nach Maßstäben zu fragen, das sind wohl immer Kriterien der Bildung gewesen. Aber der Gebildete kann nicht mehr bei sich selbst bleiben; sondern er muss über sich hinausgehen und Verantwortung für das Gemeinschaftliche übernehmen“ (Zum Menschen erziehen: Pestalozzi + Steiner + Buber von Danner/Müller u. a., Diesterweg-Verlag Frankfurt 1985).

Das Privileg der Bildung ist dann nicht mehr mit einer sozialen Schicht oder bestimmten Schularten verquickt, sie ist vielmehr an die Bereitschaft des Einzelnen gebunden, ob er den Weg zur Humanität gehen will oder nicht.

So gesehen, haben wir viele „gebildete“ Jugendliche an unserer Schule, die auch bereit sind, persönliche Opfer zu bringen.

Wir wünschen uns weiterhin verlässliche Kooperationspartner, die Mitverantwortung übernehmen und mit uns zum Wohle der Jugendlichen zusammenarbeiten.

Dieter Eberhardt
Rektor der Keplerschule HS mit WRS

Es folgen die Dankesworte der jamaikanischen Botschafterin.

Grußwort der jamaikanischen Botschafterin

Marcia Gilbert-Roberts
Botschafterin Jamaika in Deutschland



Dieter Eberhardt, Marcia Gilbert-Roberts, Jörg Reiser (v.l.n.r.)

Es ist mir eine große Freude, dieses wunderbare Projekt öffentlich anzuerkennen. Schauen Sie sich diese Gesichter an [verweist auf die Bilder von Kindern]. Erzählen sie nicht eine Geschichte? Ich halte dieses Projekt für ein exzellentes Beispiel einer zwischenmenschlichen Partnerschaft. Oft, wenn wir das Wort „Partnerschaft“ in der Welt der internationalen Diplomatie verwenden, sprechen wir von einer Partnerschaft zwischen zwei Ländern, zwischen Deutschland und Jamaika zum Beispiel. Für mich jedoch ist eine zwischenmenschliche Partnerschaft die wichtigere. In diesem Fall, denke ich, profitieren beide Seiten. Die Schüler der Keplerschule, die den Kindern in Jamaika soviel geben. Die Kinder aus Jamaika können ihrerseits nichts „Greifbares“ zurückgeben. Außer ihrer Liebe, ihrer Dankbarkeit. Die Gesichter, die Sie sehen, spiegeln die Bedeutung dessen, was ihnen gegeben wurde, wider. Ich denke, dass wir generell in der Welt mehr von diesen Dingen brauchen. Wir halten soviel für selbstverständlich. Es ist ein gutes Gefühl, zu wissen, daß man jemandem etwas gegeben hat und dem anderen dies nutzt. Aber ich hoffe, das die Kinder der Keplerschule sich fragen werden: Was habe ich durch diese Erfahrung gewonnen? Während der letzten vier Jahre, die ich hier nun hier bin [in Deutschland], habe ich an den verschiedenen Spendenaktionsprogrammen teil-

genommen, Dieter Eberhardt sowie Jörg Reiser hielten mich über den Fortschritt auf dem Laufenden und ich sehe Stetigkeit darin. Während all dieser fast 27 Jahre haben sie niemals nachgelassen. Das ist es, was ich ein Projekt der Liebe nenne. Es ist so ein einfaches Wort aber so eine gewaltige Sache. Ich möchte sie einfach bestärken und das, was sie getan haben, öffentlich anerkennen. Ich möchte Danke sagen, nicht nur im Namen der Regierung von Jamaika sondern im Namen der Menschen von Jamaika und insbesondere im Namen der Kinder von Jamaika, an all diejenigen die diesen Kindern geholfen haben.

Danke.

3. Georg-Büchner-Gymnasium Winnenden

Der Ort Winnenden, ca. 10 Autominuten auf der B14 von Stuttgart entfernt, wird in seinem Stadtbild geprägt von wichtigen sozialen Einrichtungen. Neben dem Zentrum für Psychiatrie muss vor allem die Paulinenpflege genannt werden, eine Einrichtung des Diakonischen Werkes, die ca. 1200 Menschen betreut und zweitgrößter Arbeitgeber in Winnenden ist.

Das Georg-Büchner-Gymnasium in Winnenden

versucht, in enger Kooperation mit der Paulinenpflege, seine



Schülerinnen und Schüler an das den Ort prägende soziale Engagement heranzuführen.

So gibt es beispielsweise eine Kunstwoche, bei der gehörlose Jugendliche und Patienten der Psychiatrie zusammen mit Schülerinnen und Schülern des Georg-Büchner-Gymnasiums eine Woche lang künstlerisch tätig sind. Für gemeinsame Konzerte üben Musikerinnen und Musiker aus unserer Schülerschaft zusammen mit Schüler/innen aus der Fröbel-Schule in Stuttgart, einer Schule für lernbehinderte Kinder und Jugendliche. Auch besteht seit Jahren eine Schulpatenschaft mit einem Rehabilitationszentrum für behinderte Kinder in Peru, für die am Schulweihnachtsbasar gesammelt wird.

Drei andere Aktivitäten des sozialen Engagements am Georg-Büchner-Gymnasium Winnenden wurden für die Präsentation anlässlich des Kongresses am 20. Mai 2006 in Stuttgart ausgewählt:

1. **Eine Arbeitsgemeinschaft, bei der Schüler Senioren unterrichten.**
2. **Ein Sozialpraktikum unserer Schüler der 11. Klassen in der Paulinenpflege**
3. **Eine Vision, eine Traum – Das Sozialethische Profil.**

Die dritte Präsentation wurde vor allem in der Hoffnung vorgestellt, dass diese Pro-

jektentwicklung für ein neues Kernfach an der gymnasialen Mittelstufe endlich als Schulversuch vom Kultusministerium Baden-Württembergs genehmigt wird.

Schüler unterrichten Senioren



Die Arbeitsgemeinschaft „Schüler unterrichten Senioren“ ist ein schulisches Angebot für Schüler aus den Klassen 9–13. Die Kurse finden Freitagnachmittag ab 14.10 Uhr im Stundentakt in den Klassenzimmern beziehungsweise im Computerraum der Schule statt.

Die AG besteht seit 1991. Sie begann recht klein mit 2 Kursen, 2 Schülern und 6 Senioren. Heute arbeiten ca. 20 Schülerinnen und Schüler mit, und es nehmen ca. 85 Senioren aus Winnenden und Umgebung teil.

Beispielhaft kann Meltem genannt werden. Als Schülerin der Klasse 11 mit türkischer Abstammung war es für sie leicht, besonders türkische Frauen in Deutsch zu unterrichten. Ebenso konnten Mitschülerinnen mit russischen Sprachkenntnissen die russischen Spätaussiedler unterrichten. Auch heute noch sind die Teilnehmer aus vielen Nationalitäten zusammengesetzt.

Seit diesem Schuljahr bietet Meltem einen Italienischkurs für Anfänger an. Vielleicht erscheint es seltsam, dass sie als Türkin Italienisch unterrichtet, aber sie selbst ist von der italienischen Sprache begeistert, seitdem sie Italienisch im 3. Jahr als 3. Fremdsprache lernt. Neben diesem Italienischkurs gibt es noch viele andere Sprachkurse.

Die Computer- und Internetkurse sind die am besten besuchten Kurse. Oftmals haben nicht einmal die

Computerarbeitsplätze gereicht. Frau Müller, einer Seniorin, fiel auf, dass bei diesen Kursen auch viele Männer anders als in den Sprachkursen teilnehmen. Sie selbst hat bisher von den Angeboten reichlich Gebrauch gemacht.



Neben den PC – Kursen hat sie in den vergangenen 10 Jahren verschiedene Sprachkurse, Musik-, Kunst- und Literaturkurse besucht.

Frau Müller fällt auf, dass die Schülerinnen und Schüler, welche die Kurse leiteten, stark in ihren persönlichen Fähigkeiten gewonnen haben, und sie betont:

„Wir Senioren bleiben mit den Jugendlichen jung. Unser Gedächtnis wird gefordert, man wird motiviert über die Woche hin etwas zu tun, vielerlei Interessen werden geweckt und die Kurse bringen Abwechslung in den Alltag. Ich freue mich auf jeden Freitag.“

Gewinner dieses sozialen Engagements sind nicht nur die Senioren

So berichtet Meltem: *„Gewonnen habe ich durch diese Seniorenkurse ein sicheres Auftreten, auch das freie Sprechen und Durchführen von Präsentationen fallen mir jetzt leichter. Zudem festige ich meine Sprachkenntnisse durch das ständige Wiederholen mit den Senioren. Interessant ist auch die Erfahrung, einmal die Lehrerrolle am eigenen Leib zu spüren. Im übrigen macht es Spaß, mit älteren Menschen umzugehen und ihnen etwas beizubringen.“*

Aber auch die Schule gewinnt:

Die Öffentlichkeit nimmt an der Schule teil. So kommen viele Teilnehmer der Kurse auch zu anderen schulischen Veranstaltungen – z.B. zu unserem Weihnachtsbasar und zu unseren Schulkonzerten.

Durch das Angebot der Kurse werden soziale Fähigkeiten der Schüler abgerufen,

diese werden nachhaltig gefördert und kommen dadurch wieder der Schule als Ganzes zugute.

Das Sozialpraktikum in Klasse 11



Schülerinnen und Schüler des GBG-Winnenden begegnen täglich Menschen, die in der Paulinenpflege betreut werden. So eröffnet das Sozialpraktikum an der Pau-

linenpflege für Schüler der 11. Klasse die Möglichkeit, einen tiefen Einblick in das Leben von Gehörlosen, Sprachbehinderten, verhaltensauffälligen Kindern und Menschen mit geistiger Behinderung zu bekommen. Alle Schülerinnen und Schüler der 11. Klassen verlassen das Georg-Büchner-Gymnasium dafür eine Woche lang und sind in dieser Zeit ausschließlich in der Paulinenpflege.

Frau Paulus (Gebärdensprachlehrerin an der Paulinenpflege) berichtet:

„Winnenden ist geprägt von der Paulinenpflege. Behinderte Menschen leben mitten unter uns, sie werden nicht eingesperrt oder gettoisiert. In den vielen Jahren, die ich mittlerweile in Winnenden lebe, habe ich noch nie erlebt, dass ein behinderter Mensch in Geschäften oder bei Veranstaltungen beschimpft, beleidigt oder ausgegrenzt wurde. Ich bin sicher, es liegt auch daran, dass Schulen, Gemeinden und andere Organisationen den Kontakt und die Zusammenarbeit mit der Paulinenpflege suchen. So sehen wir das Praktikum der Schüler vom GBG als lebendigen Beitrag für ein friedliches, tolerantes Miteinander aller Menschen in unserer Stadt. Als Lehrerin für Gehörlose und Sprachbehinderte in der Paulinenpflege ist mir persönlich dies eines der wichtigsten Anliegen: Plattformen zu schaffen, wo besonders junge Menschen erfahren, wie ein aufeinander Zugehen und ein voneinander Lernen möglich wird und scheinbare Grenzen fallen.“

Anja eine Schülerin der Klasse 11 nahm dieses Jahr am Sozialpraktikum teil und war bei den geistig schwerst Behinderten in der blauen Arche. Viele schreckt es

zunächst davon ab, dorthin zu gehen, weil man große Berührungsängste hat. Aber nachdem Anja erst einmal dort war, lernte sie sehr schnell die Bedürfnisse und Lebensfreude dieser Menschen kennen und lieben. Anja stellt dazu fest: *„Zunächst einmal denke ich daran, dass ich mich selbst und meine Grenzen kennen gelernt habe. Gerade als Gymnasiastin fällt es anfangs schwer, sich auf diese Lebenswelt einzulassen, doch dort vergisst man seine Ängste und entdeckt neue Stärken.“*



Tobias, ein ehemaliger Schüler des Georg-Büchner-Gymnasiums, nahm vor fünf Jahren am Sozialpraktikum teil. Sein Praktikum fand damals im Bereich betreutes Wohnen statt. Diese Woche wurde für ihn zu einem wichtigen Impuls für den Weg zur Berufsfindung. Nachdem er auch seinen Zivildienst dort absolviert hatte, entschloss er sich zum Sozialmanagementstudium an der Universität Hohenheim. Frau Paulus resümiert die Praktikumserfahrungen:

„Wenn wir von Seiten der Paulinenpflege die Schülerinnen und Schüler auf das Praktikum vorbereiten, erzählen wir gerne von Erwin, Bewohner in der Paulinenpflege. Erwin, geistigbehindert und hörgeschädigt, steht häufig mit seiner Pfeife an der Ecke, an der morgens und mittags die Schüler vom Büchner-Gymnasium auf ihrem Schul- oder Nachhauseweg vorbeikommen. Wenn wir von Erwin sprechen, geht ein Lächeln durch die Schülergesichter – „Den kennen wir!“ Und nach dem Praktikum ist es nicht nur Erwin: es ist Christopher, ein ertaubter Jugendlicher in der Berufsfachschule, es ist Ilona, die mehrfachbehinderte junge Frau, die täglich die Straße kehrt und auf die Autofahrer schimpft, es ist Ronald, der

Sprachbehinderte, der den dritten Anlauf einer Ausbildung zum Schreiner im BBW nimmt, die allesamt das Lächeln und vor allem das Wissen in die Gesichter der Schüler zaubern. Dann wissen wir, es hat sich gelohnt - für die Behinderten, für die Schüler für die Paulinenpflege und für uns alle.“

Natürlich gewinnt auch die Schule!

Die Schülerinnen und Schüler der 11. Klassen, die aus der sozialpraktischen Woche in den Schulalltag zurückkehren sind andere Schüler, sie sind gereift. Die schulische Atmosphäre und Gemeinschaft gewinnt. So gelingt es, den Schülern Schule nicht als geschlossene Bildungsin- sel zu vermitteln, sondern als lebendigen Teil der Gesellschaft und des aktuellen Lebens.

Das Sozialethische Profil – Entwurf für ein Kernfach in der gymnasialen Mittelstufe

Die breit gefächerten Erfahrungen im Bereich des sozialen Engagements haben am Georg-Büchner-Gymnasium zu einer wichtigen Erkenntnis geführt:

Soziales Engagement darf kein nur punktu-elles, kurzfristiges Handeln bleiben. Auch kann es nicht sein, dass Wissen und praktisches Erfahren im Bereich sozial-ethischen Engagements nur im außerun-terrichtlichen und im nicht benoteten Be- reich der Schule stattfinden.

Deshalb hat das Georg-Büchner-

Gymnasium ein neues Kernfach für die Klassen 8 – 10 am Gymnasium entwickelt: **Das Sozialethische Profil.**

Dieses Fach soll den gleichen Stellenwert erhalten wie die dritte Fremdsprache, das Fach NWT oder etwa die an ausgewählten staatlichen Schwerpunktschulen genehmigten Kernfächer Bildende Kunst, Sport oder Musik.

Damit könnten die wichtigen Herausforde- rungen im Sozialen Bereich der Gesell- schaft endlich auch im gymnasialen Schulsystem einen angemessene Stel- lenwert bekommen und Teil von Bildung werden.

Die Vorarbeiten

Zunächst mussten die Grundlagen dieses vierstündigen Kernfaches entwickelt wer- den. Zwar gab es einen starken Impuls von der evang. Privatschule in Michel- bach, die ein Diakoniprofil bereits seit Jahren als Spezifikum ihrer Schule hat.

Da Michelbach aber als kirchliche Privat- schule das Fach Diakonie im Fächerver- bund mit dem evangelischen Religionsun- terricht für alle Schüler unterrichtet, muss- te für ein städtisches Gymnasium in dem Schüler unterschiedlicher Weltanschauun- gen sind, vieles neu durchdacht werden.

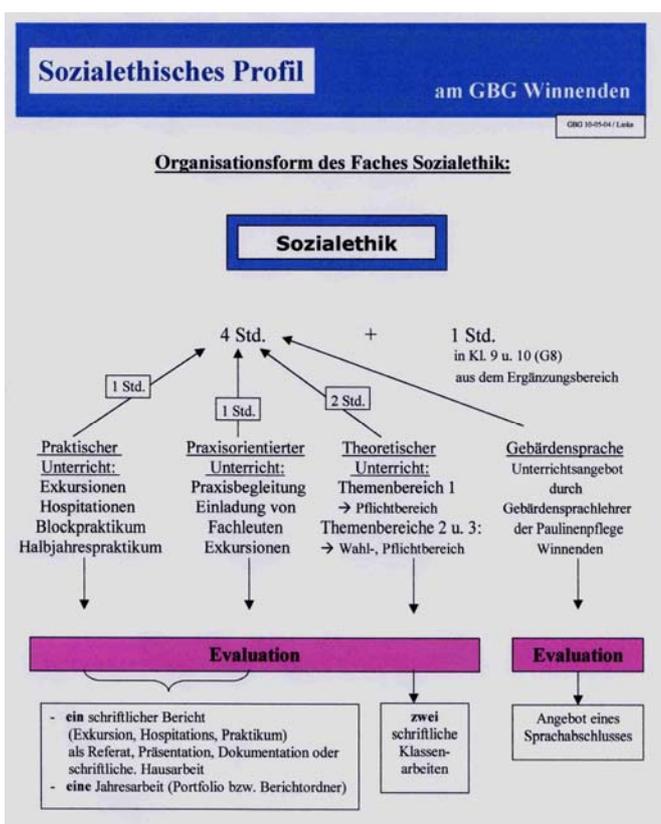
Dazu erarbeitete ein achtköpfiges Team innerhalb von nahezu eineinhalb Jahren eine umfangreiche Konzeption. Das Team setzte sich aus Mitarbeitern der Paulinen- pflege, Behindertensportler des BhN und Lehrer/innen der Fachbereiche Religion, Ethik, Politik, Geschichte und Deutsch zusammen.

Für die Hospitationen und Praktika der Schüler wurden schnell soziale Einrichtung in Winnenden gewonnen. Die wichtigsten Partner dabei sind: die Paulinenpflege, die katholische und evangelische Kirche, die AWO und die Stadt Winnenden mit ihren Kindergärten und Seniorenwohnstätten.

Die Organisationsform des Faches

Die Organisation der vier Stunden dieses neuen Faches sieht einen zweistündigen Theorieunterricht vor, in dem Wissen um das Feld des Sozialen Handelns vermittelt werden soll.

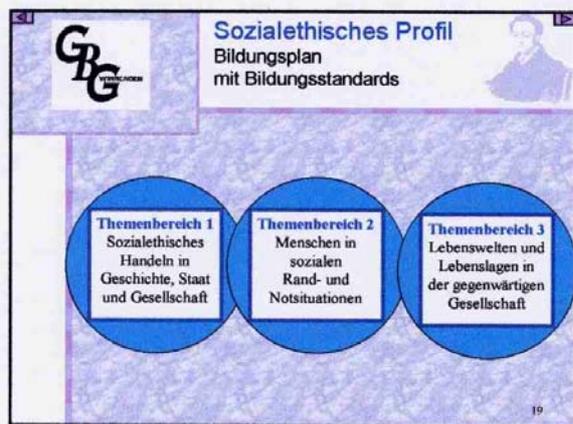
Große Bedeutung messen wir aber dem praktischen Teil des Faches zu, der eine



Stunde praktisches Lernen wie z.B. Exkursionen, Hospitationen oder Praktika umfasst. Dieser Unterricht wird begleitet durch einen einstündigen praxisorientierten Unterricht. Dabei ist an die Vor- und Nachbereitung der Praktika oder auch an die Mitwirkung außerschulischer Experten gedacht.

Als besonderes Highlight kann für die Schüler eine AG „Gebärdensprache“ durch Lehrer der Paulinenpflege im Ergänzungsbereich angeboten werden.

Der Bildungsplan mit fertigen Standards und Themenbereichen



Es liegt ein vollständig ausgearbeiteter Bildungsplan mit Themenvorschlägen und fertigen Bildungsstandards vor. Er umfasst 3 Themenbereiche:

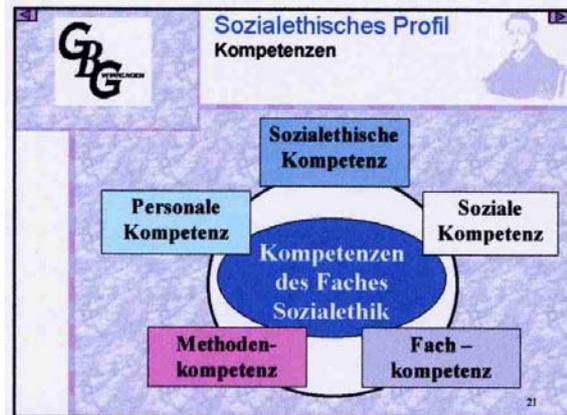
- Sozialethisches Handeln in Geschichte, Staat und Gesellschaft
- Menschen in sozialen Rand- und Notsituationen
- Lebenswelten und Lebenslagen in der gegenwärtigen Gesellschaft

So kann den zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern, die dieses Fach unterrichten, 18 vorgefertigte Themenangebote für die Klassen 8 / 9 / 10 (G8) an die Hand gegeben werden. Damit ist gewährleistet, dass innerhalb von drei Jahren, der gymnasiale Bildung angemessen, dieses neue Fach unterrichtet und die vorgegebenen Bildungsstandards erfüllt werden können.

Kompetenzen

Schülerinnen und Schüler gewinnen durch das Fach Sozialethik zahlreiche Kompetenzen, die über drei Jahre hin herausge-

bildet, gefördert und nachhaltig vertieft werden.



- Zunächst natürlich sozialethische Kompetenzen, wie zum Beispiel: Das Helfen als ethisches Grundprinzip für das Miteinander in der Gesellschaft
- Soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit oder Selbst- und Fremdeinschätzung
- Personale Kompetenzen wie Belastbarkeit, Einfühlungsvermögen oder Zuverlässigkeit
- Methodenkompetenz. So ist beispielsweise vorgesehen, Dokumentationen und Berichte über die praktischen Aktivitäten durchzuführen
- Letztendlich gewinnen die Schüler Fachkompetenz im Bereich des Sozialen.

Dadurch sind diese Schülerinnen und Schüler bestens vorbereitet für die unterschiedlichsten akademischen Berufsfelder - nicht nur, aber besonders im immer größer werdenden Bereich der sozialen Aufgaben unserer Gesellschaft.

Schüler, Eltern und Lehrer am Georg-Büchner-Gymnasium hoffen jetzt zusammen mit vielen Partnern, unterstützenden Personen und Institutionen, dass das Fach Sozialethik am Gymnasium keine Vision bleibt, sondern als Schulversuch vom Kultusministerium Baden-Württembergs genehmigt wird.

(Detaillierte Informationen zum Sozialethischen Profil auf der Homepage des Georg-Büchner-Gymnasiums: www.gbq.wn.schule-bw.de)

4. Evangelisches Schulzentrum Michelbach

Vorbemerkungen

Die Schule mit ihrem Schulentwicklungs-konzept ist noch in ihrer Anfangsphase nach etwa zehn Jahren Schulentwicklung. Und wir hoffen, dass dies so bleiben wird. Schule als Baustelle.

Der Anstoß zur Schulentwicklung kam eher von außen. Zwar gab es ein generelles Unwohlsein zum bestehenden schulischen Alltag, es fehlte allerdings ein Anstoß, neue Wege zu suchen. Vielleicht haben dazu drei Dinge beigetragen: Einmal war die Trägerin der Schule, die evangelische Landeskirche in Württemberg, dabei, sich im Umfeld einer veritablen Finanzkrise von den teuren Verpflichtungen einer Internatsschule zu trennen. Zum anderen kam es fast gleichzeitig zu einem Schulleiterwechsel, was es erleichterte, neue Wege zu gehen, und sich auf deren Wagnis einzulassen. Am wichtigsten war allerdings ein Kollegium, das auch wirklich bereit war, sich auf diesen unsicheren Weg einzulassen und konstruktiv an einer neuen Schule mitzuarbeiten.

Grundgedanke der Schulentwicklung

Es war sehr schnell klar, dass ein Grundproblem in Schule und Internat darin zu suchen war, dass es an einer konstruktiven und positiven Einstellung zu Schule und Unterricht unter den Schülern mangelte.

Also stellte sich die Frage, wie man einem solchen Defizit unter den Schülern entgegen wirken könnte.

Daraus ergaben sich zwei Grundfragen: Wie kann man die Schüler so in deren Bewusstsein stärken, dass sie mehr Verantwortung im schulischen Alltag für sich und andere zu übernehmen bereit sind? Mit anderen Worten: Wie kann die Handlungskompetenz gestärkt werden?

Wie kann einer Orientierungskrise innerhalb der Gesellschaft und damit besonders bei den Jugendlichen entgegengewirkt werden?

Oder mit anderen Worten: Wie und mit welchen Inhalten können wir unsere Schüler stärken?

Die Antwort war schnell gegeben: Wir müssen die Beziehungsebene Schüler zu

Schüler und Schüler zu Lehrern innerhalb der Schulen verändern. Die Schüler müssen sich als aktive Menschen erleben, die etwas zum Gelingen der Schule beitragen können.

Vier Bereiche kamen so schrittweise ins Visier unserer Überlegungen:

1. der unterrichtliche Bereich
2. der Profildbereich der Schule
3. der außerunterrichtliche Bereich der Schule
4. der außerschulische Bereich

Der Schulentwicklungsprozess im Einzelnen:

Der Profildbereich der Schule

Die Schule griff das bildungspolitische Tauwetter in Baden-Württemberg unter der damaligen Kultusministerin Schultzhector auf, und erarbeitete ein eigenes Schulprogramm, das sehr zentral von dem Gedanken einer schulischen Profilierung ausging. Im Mittelpunkt der Überlegungen stand der Gedanke, die Schüler fest in praktische Inhalte einzubinden und so zu mehr eigenverantwortlichen Tätigkeiten hinzuführen. Der Gedanke dabei war, neben den schulischen auch praktische Inhalte zu vermitteln.

In diesem konkreten Fall dachten wir an eine Doppelqualifikation. Die Schüler sollten zusätzlich zu den 9 Jahren gymnasialer Ausbildung auch eine pflegerische Ausbildung erwerben und diese in einem zusätzlichen 10. Jahr mit einer ordentlichen Prüfung abschließen.

Dies war allerdings im Jahre 1996 noch nicht realisierbar. Dafür entwickelte sich ein neuer Gedanke, der stark von unserer über 10-jährigen Erfahrung mit einem 14-tägigen Diakonieverpraktikum für alle Schüler der Klassen 11 ausging. Unsere Partner im diakonischen Bereich von Schwäbisch Hall befürworteten ein Diakonieverprofil, das den Gedanken der Nachhaltigkeit stärker in den Mittelpunkt rückt. Die bisherigen Ergebnisse unter den Schülern glichen eher einem Strohfeder. Die Schüler kehrten fast einhellig mit großer Begeisterung und Zufriedenheit von ihren verschiedenen Einsatzorten im diakonisch sozialen Bereich zurück. Nach einigen Wochen war allerdings nur noch wenig von den guten Vorsätzen übrig geblieben. Trotzdem wollten wir auf diese Erfahrung auf gar keinen

Fall verzichten. Und so entwickelte sich das Diakoniprofil als Ergebnis eines zweijährigen Diskussionsprozesses, in den auch die Altmichelbacher Jahrgänge mit eingebunden waren. Ein Schulprofil war entstanden, das mit der Klasse 9 alter Zählung beginnt und in die Abiturprüfung hineinreicht. Das Diakoniepraktikum in den Klassen 11 bleibt weiterhin Teil des schulischen Pflichtprogramms für alle Schüler. Die Genehmigung für dieses Profil, das als 5. Kernfach neben den klassischen Kernfächern eine starke Verankerung im Unterrichtlichen erfuhr, erging innerhalb von 8 Wochen durch den Evangelischen Oberkirchenrat und das Kultusministerium von Baden-Württemberg. Wir sprechen von unserem Michelbacher Modell. Das Fach Diakonie wird weiter unten exemplarisch dargestellt. Der besondere Ansatz dieses Faches liegt in einer engen Zusammenarbeit mit den diakonischen und sozialen Einrichtungen im Umkreis von Schwäb. Hall. Der Praxisanteil für die Schüler beträgt ca. 40% und verlangt von ihnen ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Eigenverantwortung als Helfer, als Paten und als Betreuer.

Der unterrichtliche Bereich

Die Schüler sollten verstärkt mit schülerzentrierten Lernmethoden konfrontiert werden, um auch hier die Eigenverantwortung der Schüler zu stärken. Dies liegt ganz auf der Linie der Bildungsreform 2004 in Baden-Württemberg, die auf eine Änderung der Lernkultur hinwirkt.

Besonders sollte das individualisierte Lernen durch Lernwerkstätten, die von den Schülern für Schüler angeboten werden, diesen Gedanken aufgreifen.

Eine Erweiterung der Profile neben dem „klassischen“ Profil Musik und dem neu geschaffenen Profil Religion/Diakonie um das Profil NaTuR (Naturwissenschaft, Technik und Religion) stärkte den Projektgedanken mit seinen sehr spezifischen Lernmethoden durch die Einführung verstärkt praktischer Elemente.

Hinzu kam das pädagogische Konzept für mehr selbst bestimmtes Lernen: Klassen 5 und 6: Freiarbeit; Klassen 7 und 8: Themenzentrierter Unterricht; Klassen 9 und 10: Projektunterricht.

Der außerunterrichtliche Bereich

Die Schule als Polis. Es gibt viele Aufgaben, die auch von den Schülern übernommen werden können, und dies vielleicht mit besserem Erfolg.

Die Umstellung der Schule zu einer gebundenen Ganztagesesschule eröffnete viele Möglichkeiten für den Einsatz von Schülermentoren. Das Streitschlichtermodell, wie es bereits seit 10 Jahren praktiziert wurde, konnte verstärkt in den Alltag eingebunden werden, und wurde inzwischen zu einer allgemein akzeptierten Einrichtung.

Im Workshop - Bereich übernahmen die Schüler im bereits angesprochenen Tätigkeitsfeld „Lernwerkstatt“ Aufgaben, ebenso bei der Betreuung von Schülergruppen für Spiele, Schülerzeitung, Sport, Tanz, Musik und dgl. Im Augenblick wird darüber diskutiert, wie die älteren Schüler sich beim Mittagessen regulierend einbringen und die Tischkultur verbessern könnten.

Der außerschulische Bereich

Der außerschulische Bereich ist eng mit den Profilmächern verbunden. Vor allem der nachbarschaftliche Aspekt unserer Diakonieguppen sei hier erwähnt. In Zusammenarbeit mit den Schülern des Musikprofils entstehen weitere Anknüpfungspunkte bei der Gestaltung von Seniorenabenden, Vorspielabenden, Bunten Nachmittagen und ähnlichem. Patenschaften mit diakonischen Einrichtungen schaffen einen regen Kontakt nach außen und öffnen die Schule für andere Personen und deren Probleme. Die nachbarschaftliche Schule war entstanden.

Damit reden wir von einer diakonischen Schule. Die Schule soll Räume und Zeit zur Verfügung stellen, um menschliche Begegnungen zu ermöglichen, damit es zu einem konstruktiven Miteinander und einer guten Streitkultur kommen kann.

Die angestrebten Inhalte lassen sich in 3 Grundsätzen zusammenfassen:

1. Die christliche Botschaft: Ich lebe nicht alleine!
2. Die Aussage von Hartmut von Hentig: Personen stärken – die Sachen klären
3. Stärkung praktischer Lernfelder oder:

1. Den Schöpfungszusammenhang beachten
2. Die Eigenverantwortung stärken
3. Die Praxisbezüge einführen

Wir sehen Schule nicht als ein statisches Gebilde, sondern als einen dynamischen Prozess, der flexibel bleiben muss auf dem Weg, der die vielen Zusammenhänge des Lernens für das Leben immer wieder von Neuem offen legt für das Leben im Beruf, als Bürger, als Familienverantwortliche, als Nachbarn, als Kulturschaffende, als fürsorglich Denkende, ...

Das „Michelbacher Modell“

Als Fachbereichsleiter für Religion und Diakonie möchte ich Ihnen das Konzept unseres sozialdiakonischen „Michelbacher Modells“ vorstellen, das im Jahr 2003 von der evangelischen Barbara-Schadeberg-Stiftung mit dem 1. Preis ausgezeichnet wurde.

Wir ließen uns von der Überlegung leiten, dass wir mit unserem Profil einen besonderen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen leisten können, indem wir folgende Lernerfahrungen ermöglichen:

- Lernen in und außerhalb der Schule
- Begegnung mit Fachleuten und Personen der Öffentlichkeit
- Verknüpfung von praktischem sozialem Engagement und theoretischem Unterricht
- Kennenlernen sozialer Berufsfelder
- Reflexion praktischer diakonischer Erfahrungen

Organisationsform

Das vierjährige Curriculum für die Klassen 9-12 verbindet am Gymnasium das Fach Diakonie mit dem Fach Religion zu einem Kern- bzw. Profulfach. Es besteht die Möglichkeit, diakonische Themen für die Präsentationsprüfung im Abitur zu wählen.

Bei der curricularen Umsetzung wurde stets auf die Verknüpfung praktischer und theoretischer Elemente geachtet. Im Blick auf die große persönliche Herausforderung der Praktika für unsere Schülerinnen und Schüler und im Interesse nachhaltigen Erkenntnisgewinns werden die Praktika im Rahmen des Unterrichts oder bei speziellen Auswertungstagen reflektiert. Fachleu-

te von Kooperationspartnern und außerschulischen Institutionen werden zur Einführung, Diskussion und Vertiefung der Themen in den Unterricht eingeladen. Exkursionen zu diakonischen Einrichtungen, sozialen Projekten und die Beteiligung an Gottesdiensten und Veranstaltungen der Partner sind fester Bestandteil des Jahresprogramms. Mit aufsteigender Klassenstufe werden zunehmend sozialpolitische und wissenschaftsethische Fragestellungen thematisiert.

Unterrichtsthemen und Praktika

Klasse 9

- Menschen mit Behinderung am Beispiel der Behindertenarbeit in Schwäbisch Hall
- Soziale und diakonische Aufgaben vor Ort
- Biblische Begründung diakonischen Handelns
- Geschichte der Diakonie
- Praktikum: acht Nachmittage in Einrichtungen für behinderte Menschen

Klasse 10

- Seniorenarbeit
- Neue Armut und Obdachlosigkeit
- Sozialstaat - Sozialpolitik
- Praktika: zwei Halbtage und zwei ganze Tage in einem Seniorenheim
- Nachbarschaftshilfe
- Mitarbeit in einem Obdachlosentreff
- Einzelbetreuung behinderter Kinder

Klasse 11

- Ökumenische Diakonie/ Eine-Welt-Problematik
- Migration und Asyl in Deutschland
- Kriminalität und Strafvollzug
- Zweiwöchiges Diakonietraktikum in unterschiedlichen Einrichtungen

Profulfach Klasse 12

- Biblische Begründung der Diakonie
- Geschichte der Diakonie
- Strukturen, Probleme und Perspektiven der Diakonie und des Sozialwesens heute
- Einblicke in Pflegeberufe am Beispiel des Krankenhauses und des Hospizdienstes

- Fragen der Medizinethik
- Praktikum im pflegerischen Bereich (Krankenhaus, Pflegeheim etc.)

Ziele

Wir wollen nicht Nachwuchskaderschmiede von Kirche und Diakonie sein – auch wenn vielleicht ein höherer Prozentsatz unserer Schüler als anderswo später kirchliche oder soziale Berufe wählt.

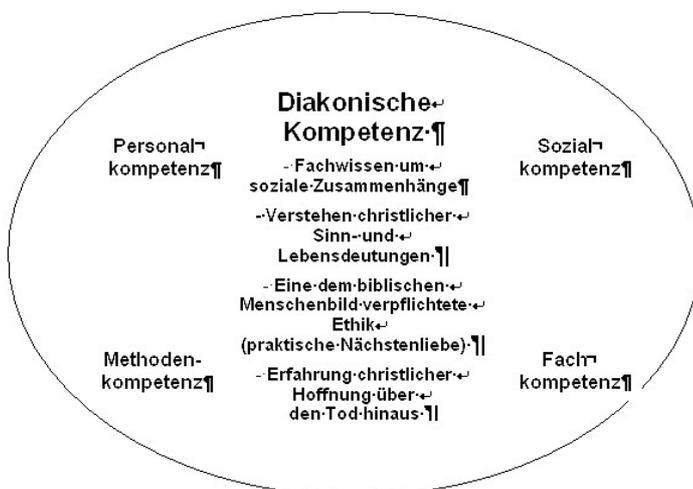
Als evangelische Schule bemühen wir uns, unsere Schülerinnen und Schüler mit der biblisch-theologischen Begründung sozialdiakonischen Handelns in der Kirche vertraut zu machen. Dabei ist es selbstverständlich, dass wir auch mit kirchlichen UND nichtkirchlichen Einrichtungen und Trägern, soweit sich dies anbietet, vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Unsere langfristigen Ziele sind:

- Sensibilisierung für Grund- und Grenzfragen des Lebens
- Diakonie / Zuwendung zum Mitmenschen als unverzichtbaren Ausdruck christlichen Glaubens erkennen
- Soziale Verantwortung in Beruf, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

sowie die Entwicklung einer „**diakonischen Kompetenz**“.

Unter Einbeziehung personaler, sozialer, methodischer und fachspezifischer Kompetenzen verstehen wir unter „diakonischer Kompetenz“:



Der Kooperationspartner

Offene Hilfen im Landkreis Schwäbisch (Träger: Sonnenhof e.V. Schwäbisch Hall)

Die Offenen Hilfen (OH) sind eine Einrichtung der ambulanten Behindertenhilfe unter der Trägerschaft des Sonnenhof e.V. in Schwäbisch Hall. Unsere Angebote richten sich an Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung, die zu Hause bei ihren Familien bzw. Angehörigen leben.

Praktika finden statt in den Klassenstufen 9 – 12 in den Angebotsbereichen: Betreuungsgruppen, Einzelbetreuungen, Freizeiten und Urlaube.

Der Aufwand für den Kooperationspartner

Der Kooperationspartner bringt sich selbst in die Schule ein und pflegt den Kontakt zu den Lehrkräften. Beide Seiten bemühen sich um einen Abgleich der Erwartungen und Möglichkeiten. Die Schülerinnen und Schüler erhalten eine schrittweise Einführung in das Arbeitsfeld der Einrichtung.

Während und nach dem Praktikum besteht Raum für Anleitung, Begleitung und Reflexion. Einrichtungsleitung, hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen müssen ebenfalls eingebunden und in Sachen Kooperation überzeugt werden. Die Koordination und Organisation der Praktika erfolgt in enger Absprache mit Schüler/-innen und Lehrkräften.

Der Gewinn

Die Nutzer unserer Angebote bekommen wertvolle Impulse von jungen Menschen. Der integrative Ansatz „passiert“ und es werden Kontakte geknüpft. Dies bedeutet auch Öffentlichkeitsarbeit für die Einrichtung – die Schule und ihre Schüler werden zu Multiplikatoren.

Sie bilden eine Werthaltung und eine soziale Einstellung aus, mit Strahlkraft in das weitere Leben der Schüler/-innen und mit nachhaltiger Auswirkung auf Nutzer und Einrichtung.

Die Schülerinnen und Schüler bereichern ihrerseits die inhaltliche Arbeit der Einrichtung und erleben Berufsfelder der Einrichtung praxisnah. Die Einrichtung gewinnt

selbst durch die Kooperation neue ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Zivildienstleistende, Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahrs und Auszubildende.

Stimme einer Diakonie-Schülerin

„Diakonie ist für mich vor allem:

- Erfahrungen sammeln
- Eigene Grenzen ertasten
- An Grenzen stoßen
- Vorurteile beseitigen
- Umgang mit anderen lernen
- Umgang mit sich selbst lernen
- Das Gefühl haben, gebraucht zu werden
- Helfen zu können
- Verschiedene Berufe kennen lernen
- Nicht nur geben, sondern auch viel zurückbekommen“

Kernergebnisse der Arbeitsgruppen

AG

Mentorenkonzepte in der Schule

Ulf von Quillfeldt

*Paritätisches Bildungswerk LV Baden-
Württemberg*

Moderator der AG

Anstelle einer Vorbemerkung:

Bemüht Mann oder Frau „Google“, so meldet die Suchmaschine nach 0,27 Sekunden 918.000 Einträge für „Mentoren“, nach 0,17 Sekunden 40.900 Einträge für „Schülermentoren“ und nach 0,07 Sekunden 543 Einträge für „Bürgermentoren“.

Im Workshop:

Hier wurden uns drei Mentoren-Konzepte vorgestellt, die unterschiedlich in der Schule verankert sind, bzw. unterschiedlich weit in sie hineinragen, infolgedessen unterschiedliche Wirkungen hinterlassen. Sport ist hochattraktiv und beschleunigt sich in gewisser Weise selbst, entsprechend der Zulauf bei den Schülersportmentoren, der weiter steigend ist. Eine Fortführung des Engagements im Sportverein ist leicht möglich.

Das Schülermentorenprogramm „Soziale Verantwortung lernen“ hat eine weltanschaulich gebundene Zielrichtung und wirbt – sozusagen im Tonfall der heutigen Zeit - mit einem ausgefeilten, modernen Motivations-, Qualifizierungs- und Anerkennungsprogramm, entsprechend groß ist die Nachfrage.

Das Bürgermentorenkonzept hat sich demgegenüber in größerer Entfernung zur Schule entfaltet und bewegt sich aber immer stärker auch auf Schule zu. Bürgermentorinnen und Bürgermentoren wollen auch hier „Türöffner, Brückenbauer und Dialogstifter“ sein, so die Schlüsselvokabeln aus dem dort geläufigen Sprachschatz.

Bei aller Unterschiedlichkeit der inhaltlichen Schwerpunktsetzungen, der

Trägerschaften, der Kraft und der Möglichkeiten, gesellschaftliche Resonanz zu erzeugen, gibt es aber einen Kreuzungspunkt: das allseitige Bemühen, (junge) Menschen zu befähigen, sich in gekonnter Weise für andere Menschen einzusetzen. Gekonnt meint in diesem Zusammenhang: sowohl ein Ohr und beide Hände nach außen frei zu haben, als auch ein Ohr auf sich selbst gerichtet zu lassen.

Gerade wegen der unterschiedlichen Reichweite und Tragfähigkeit der einzelnen Mentorenprogramme wäre zunächst eine bessere Kenntnis voneinander sehr wichtig. Wünschenswert wäre eine gewisse Abstimmung der Ausbildungswege, z.B. in modularer Form, damit sie untereinander anschlussfähig bleiben, u.U. kombinierbar werden.

Im workshop zeigte sich ein starkes Bedürfnis, voneinander zu erfahren. Es wurde allgemein mit Befriedigung festgestellt, dass die Inputs - gemessen an der knappen Zeit - ausführlich waren.

(Das Teilnehmer/innen-feedback sei an dieser Stelle eingefügt: „sehr informativ“, „gute Gelegenheit, persönliche Kontakte zu knüpfen“, „neue Konzepte kennengelernt“, „gute Anregungen erhalten“, „Mut bekommen, eigene Vorhaben weiter zu verfolgen“.)

Im Sinne eines afrikanischen Sprichwortes „Erst fünf Finger ergeben eine Hand“, wären die benachbarten Finger zu suchen, um sich mit ihnen kooperativ zusammen zu tun.

Gemeinsam könnten Probleme unterschiedlichster Art, die in der Diskussion auftauchten, besser gelöst werden, sprichwörtlich besser in die Hand genommen werden.

Sei es, dass ein Kollegium mit der dauernden Forderung nach innovativen Projektideen allmählich „am Rad dreht“ und u.U. gut beraten wäre, Anschluss an das vorfindbare bürgerschaftliche Netzwerk zu suchen. Nicht um billigen Lehrkräftersatz verfügbar zu machen, aber um frische, unverbrauchte Sichtweisen hereinzuholen,

die Schulräume quasi zu lüften, um wieder besser durchatmen zu können.

Die Forderung allerdings an ein „Funktionssystem“, hier Schule, „die Schule soll es (=alles!) richten“ ist überfordernd und deshalb verfehlt.

Wenn allerdings die einzelne Mentorin den Zugang zur benachbarten Schule einfach nicht findet, weil sie ausgerechnet am Misstrauen der Schulsozialarbeiterin abprallt, weil diese eine unliebsame Konkurrenz argwöhnt, so ist völlig unnötig eine Chance zur Bereicherung verschenkt. (Dieser Verlauf wurde von einer Teilnehmerin so vorgetragen.)

Die gute Idee dieser Mentorin geht der Schule leider verloren, Schülerinnen und Schülern, die sich womöglich am Feuer der Idee entzündet hätten, wenn die Mentorin nicht ausreichend Kraft aufbietet und Unterstützung gewinnt. Türöffnen und Brückenbauen kann zu einem anstrengenden Geduldsspiel werden.

Fazit des Moderators:

Der workshop hätte beginnen können, als er zeitlich bereits ein Ende fand.

Die Mentorenkonzepte sollten in geeigneter Form auf Tuchfühlung bleiben. Insbesondere nach Synergien in schwachen Bereichen sollte Ausschau gehalten werden.

Ein Beispiel: Im bedeutenden Bereich des Umwelt- und Naturschutzes wäre ein stärkeres Engagement jüngerer Menschen wünschenswert. Schülermentoren in diesem Bereich sind vergleichsweise wenige. Ökologische Projekte sind im Bereich des jes-Jugend engagiert sich- Programms ebenfalls deutlich unterrepräsentiert. Eine gewisse Zusammenführung der Bemühungen wäre hier überaus sinnvoll.

Andere wichtige Bereiche, wie etwa der bislang nicht gerade imagedrängende Verkehrstrainingbereich, könnten gleichfalls dazugehören. Die Liste sollte an dieser Stelle von Interessierten fortgeführt werden ...

Es folgen die drei inhaltlichen Inputs der AG.

Input

Schülermentorenkonzept illustriert am Beispiel Schülermentoren Sport

Edwin Gahai

Direktor des Landesinstituts für Schulsport Baden-Württemberg

Die Schüler-Mentorenausbildung in Baden-Württemberg ist ein Erfolgsmodell, die Bedeutung wird weiter steigen.

Bisher sind über 10.000 Schülerinnen und Schüler für die Bereiche Sport / Sport Hauptschule, Kunst, Natur- und Umweltschutz, kirchliche Jugendarbeit, Musik und Verkehrserziehung ausgebildet worden.

Die Schüler-Sportmentorenausbildung nahm 1975 im Quenstedt-Gymnasium in Mössingen ihren Ausgangspunkt.

Die Ziele sind auf den persönlichen, den schulischen und außerschulischen Bereich ausgerichtet.

Voraussetzungen: 16 Jahre Mindestalter, gute sportliche Leistungen, gute Kontaktfähigkeit, gute schulische Leistungen, Bereitschaft zum Ehrenamt.

Die Ausbildung umfasst 40 Unterrichtseinheiten, entweder als Wochenlehrgang (5 Tage) oder in zwei Teillehrgänge aufgesplittet. Die Ausbildung wird mit einem Zertifikat abgeschlossen und im Zeugnis eingetragen.

Die Ausbildung erfolgt sportartspezifisch, ist dabei auf die Bedürfnisse der Schule abgestimmt und wird von den Fachverbänden i.d.R. als Teil der Ausbildung bzw. als Grundlehrgang zum Trainer C / Fachübungsleiter mit 40 UE anerkannt.

Der „ideale Schülermentor“ ist kein Lehrersatz, trägt aber zur Erweiterung des sportlichen Angebotes bei, lernt selbständig zu handeln, ergreift Eigeninitiative, übernimmt Verantwortung, ist bereit, später ein Ehrenamt im Verein zu übernehmen.

Die geschlechtsspezifische Verteilung ist nahezu gleichgewichtig (49% Jungen, 51% Mädchen), 87% gehören einem Verein an. Die überwiegende Mehrheit findet sich an Gymnasien (80,5%), gefolgt von Realschulen (10,3%) und beruflichen

Schulen (8,9%), auf die Hauptschulen entfallen lediglich 0,3%.

Um die Ausbildung von Schulsportmentoren an den Hauptschulen zu fördern, wurde ein zweiter Ausbildungszweig etabliert. Das Mindestalter ist auf 13 Jahre gesenkt, das Ausbildungsniveau ist entsprechend angepasst, der Umfang ist auf 24 Stunden reduziert, die Ausbildung findet jeweils im Tandem statt.

Weitere Infos beim:
Landesinstitut für Schulsport Baden-Württemberg
Reuterallee 40
71634 Ludwigsburg
Tel: 07141.140-623
Email: poststelle@lis.kv.bwl.de

Unter www.lis-in-bw.de oder www.schulsport-in-bw.de sind die Ausschreibungen zu den Schülermentoren Verkehrserziehung zu finden, die gleichfalls dem Landesinstitut zugeordnet sind.

Input

Schülermentorenprogramm (SMP) **„Soziale Verantwortung lernen“**

Götz Kanzleiter
Landesjugendreferent Schülerinnen und Schülerarbeit, Evangelisches Jugendwerk Baden-Württemberg

Das Evangelische Jugendwerk Baden-Württemberg hat als kirchlicher Jugendverband ca. 300 hauptamtliche Mitarbeiter/innen und kann auf das Engagement von rd. 28.000 Ehrenamtlichen zählen.

Als Tendenzbetrieb möchte das ejw junge Menschen in ihrer Lebenswelt erreichen und für Jesus Christus gewinnen, Glauben und Leben gestalten und vertiefen. Wenn die Kirche sich der Herausforderung stellen will, christliche Werte an die heranwachsende Generation zu vermitteln und zum lebendigen Glauben an Jesus Christus einzuladen, ist es nur konsequent, wenn sie sich hierfür die Schule als Plattform und Kooperationspartner aussucht.

Träger des Programms „Soziale Verantwortung lernen“ sind die katholische und

evangelische Jugendarbeit in Baden-Württemberg und das Ministerium für Kultur, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg.

Das SMP richtet sich an Schülerinnen und Schüler und möchte in Kooperation mit Jugendverbänden und Vereinen zum ehrenamtlichen Engagement motivieren, für e.E. qualifizieren und das e.E. honorieren. Die absolvierte Ausbildung nach dem SMP wird mit einem Zertifikat bescheinigt. Es gibt einen Nachfrageüberhang für SMP.

Die Bausteine des SMP sind:

S	Schnupperpraktikum
P	Pädagogisch- Psychologische Grundkenntnisse
O	Organisation und Programm
T	Thematisch-theologisches Arbeiten
S	Schulische Aktivitäten

Ein ausgefeiltes TRAINEE-Programm gewährleistet dabei die Verzahnung von Theorie und Praxis. Es zielt auf die Ausbildung eines sets von Schlüsselqualifikationen:

Persönliche Kompetenz, soziale Kompetenz, geistliche Kompetenz, Leitungskompetenz, didaktisch-methodische Kompetenz und organisatorische Kompetenz. Das TRAINEE-Programm ist in einem Praxisbuch zusammengefasst.

Input

Bürgermentorenkonzept

Eleonore Meyer
Verbund der Bürgermentoren Baden-Württemberg

Das Mentorat für Bürgerengagement ist die Weiterentwicklung von BE in Baden-Württemberg. Bürgermentoren wollen dazu beitragen, dass Landkreise, Städte und Gemeinden den Weg in die Bürgergesellschaft gehen.

Bürgerinnen und Bürger wollen mit ihren Kompetenzen und Fähigkeiten, aber auch mit der guten Kenntnis der örtlichen Freiwilligenarbeit zum produktiven Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure zum Wohle des Gemeinwesens beitragen.

Sie betätigen sich als Dialogstifter, Brückenbauer und Vernetzer und sind Ansprechpartner für viele. Es gibt inzwischen sehr viele Einsatzmöglichkeiten für Bürgermentorinnen und Bürgermentoren, hier sind es vor allem Jugendfreiwilligenprojekte nach dem jes-Konzept („Jugend engagiert sich“), wo Bürgermentoren die Begleiter der Jugendlichen und Projekte sind. Bürgermentoren suchen den Kontakt zu Kindergärten und Schulen, um Bürgerengagement schon möglichst früh in die Köpfe und Herzen von Kindern und Jugendlichen zu implementieren. Sie schaffen Verbindung zwischen Generationen und bringen Kinder, die Elterngeneration und hochaltrige Menschen in vielfältige Projekte und Initiativen. Vermehrt initiieren Bürgermentoren Integrationsbeispiele, in denen im partnerschaftlichen Umgang miteinander und voneinander gelernt werden kann. Sie wirken in ihrem sozialen Umfeld, gestalten jedoch auch viele Projekte im kulturellen und ökologischen Bereich.

Bürgermentoren erhalten eine Ausbildung über lokal tätige Mentorentrainer, welche vom Paritätischen Bildungswerk in 40 Stunden landesweit ausgebildet werden. Es handelt sich um ein Projekt der Stabstelle für Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales und wird bezuschusst von der LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg gGmbH.

Nachfolgend Beispiele in generationsübergreifenden Projekten, welche von Bürgermentoren geleitet und begleitet werden:

1. Buchfreunde der Kindergartenkinder in Zell am Haresbach.

Als Initiatorin ist eine Bürgermentorin mit Hauptschülern der 4. und 5. Klasse tätig und übt mit diesen „Intelligentes Lesen“. Nach entsprechenden Übungen gehen die Hauptschüler in Kindergärten und lesen 1x pro Woche einem oder zwei Kindern Geschichten vor. Die Organisation liegt bei der Mentorin.

2. Grundschüler der Kl. 3 und 4 kommen regelmäßig zu Spielenachmittagen ins Pflegeheim. Außer den vorrätigen Gesellschaftsspielen bringen sie eigene Spiele mit und erklären sie diesen den Bewohnern. Es sitzen jeweils 2 Kinder mit 2 Bewohnern am Tisch und werden von Bürge-

rinnen dabei begleitet. Es werden außerdem Gedichte vorgetragen und miteinander gesungen. Auch werden jahreszeitliche Lerneinheiten im Heim vorgetragen. Eine Bürgermentorin übernimmt die Organisation. Die Kinder erhalten über ihren Einsatz eine Eintragung in ihr „Tu-was-Tagebuch“. In der Heimzeitung und der örtlichen Tageszeitung wird ihr Engagement entsprechend gewürdigt.

3. Schüler der Haupt- und Realschulen kommen ins Pflegeheim, um das soziale Engagement, das inzwischen im Lehrplan verankert ist, zu leisten. Auch sie werden eingeführt und begleitet von einer Mentorin für Bürgerengagement. Diese Begleitung hat sich als dringend notwendig erwiesen.

AG Bürgerschaftliches Engagement im Übergang von der Schule in den Beruf

Werner Miehle-Fregin

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg - Landesjugendamt

Moderator der AG

Schule und Arbeitswelt sind trotz aller berufsorientierenden Praktika zwei völlig verschiedene Welten. **Der Übergang von der Schule in den Beruf stellt alle jungen Menschen heute vor schwierige Herausforderungen**, bei denen sie Rat und Hilfe durch Erwachsene brauchen. Gerade **sozial benachteiligte Jugendliche sind auch in dieser Hinsicht benachteiligt**. Ihre Eltern können ihnen beim Lernen für einen guten Schulabschluss kaum helfen. Auch haben ihre Eltern schon zu sehr um den eigenen Arbeitsplatz zu kämpfen, als dass sie ihren Kindern zielführende Wege zu einer Ausbildungsstelle eröffnen könnten.

Hier setzen vielerorts auf Initiative von Kirchengemeinden, Kommunen, Kammern, Trägern der Jugendhilfe, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und anderer Institutionen Unterstützungsmodelle an. **Personen mit Berufs- und Lebenserfahrung bringen sich in die Schule ein**, um in Zusammenarbeit mit Lehrer/innen und

dem Arbeitsamt den Jugendlichen bei der Berufsorientierung zu helfen, sie beim Bewerbungsvorgang zu unterstützen und manche Personen begleiten die Jugendlichen als Paten/innen auch noch ein Stück weit in die Arbeitswelt hinein. Von diesem Engagement profitieren nicht nur die Jugendlichen. Die Arbeit mit jungen Menschen bereichert auch die Ehrenamtlichen um neue Erfahrungen und Kontakte.

Auch bei der Akquise von Praktikums- und Ausbildungsplätzen sind berufserfahrene Ehrenamtliche, die auf Betriebe zugehen, um sie für ein stärkeres Engagement in der Berufsausbildung zu gewinnen – z.B. ehemalige Handwerksmeister im Ruhestand, ehemalige Personalchefs - sehr hilfreich.

Aktuelle Förderprogramme des Kultusministeriums und des Kommunalverbands für Jugend und Soziales, die auf verstärkte Mobilisierung bürgerschaftlich engagierter Personen zur Unterstützung benachteiligter junger Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf zielen, wurden in der AG 2 vorgestellt (hinsichtlich ihrer Förderkonzeptionen teilweise auch kritisch befragt). Als beeindruckendes **Praxisbeispiel** stieß der Verein JAZz aus Ulm auf starkes Interesse (siehe die jeweiligen Inputs).

Für eine gelingende Tätigkeit bürgerschaftlich engagierter Personen auf diesem Gebiet ergaben sich in den Diskussionen der Arbeitsgruppe folgende **Anregungen**:

Jeweilige **Erwartungen** klären, **Aufgaben und Aktivitäten** der Ehrenamtlichen im gegenseitigen Einvernehmen beschreiben, **Vereinbarungen** zu den Rahmenbedingungen und den konkreten Aktivitäten treffen. Dies bezieht sich z.B. auf die Mitwirkung im Unterricht, die Einbindung ins Schulcurriculum, die Begleitung der Schüler/innen, die Kooperation mit der Agentur für Arbeit, den Datenschutz. (Eine offene Frage in der Arbeitsgruppe hierzu war, wie lange ein Jugendlicher die Unterstützung durch „seinen“ Ehrenamtlichen erwarten können sollte).

Fortbildung, Erfahrungsaustausch und fachliche Begleitung sind für die bürgerschaftlich engagierten Personen unverzichtbar – und zwar umso mehr, je mehr sie mit persönlichen Problemen junger Menschen konfrontiert werden, was insbesondere dann der Fall ist, wenn sie über Berufsorientierung und Bewerbungstraining hinaus einzelne junge Menschen als Paten persönlich begleiten. (Hier war die offene Frage, wie viele Ehrenamtliche durch eine Fachkraft betreut werden können bzw. sollten)

Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen und andere **Fachkräfte müssen ebenfalls für die Kooperation mit bürgerschaftlich engagierten Personen qualifiziert werden**. Ehrenamtliche sind keine Hilfskräfte, sondern Partner der Schule bzw. der Jugendberufshilfe und wollen auch als solche behandelt werden.

Es bedarf einer **Anerkennungskultur** für die Leistungen des Bürgerschaftlichen Engagements bzw. der Ehrenamtlichen (Anerkennende Rückmeldungen durch Schulleiter / Lehrer, Schüler, Sozialarbeiter, Herstellen von öffentlicher Beachtung, Feste, Ausflüge, etc). Was finanzielle Aufwandsentschädigungen betrifft, gibt es sehr unterschiedliche Handhabungen. Gezieltes Sponsoring zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements kann die finanzielle Basis der Anerkennungskultur verbreitern. Aber auch ein kleiner finanzieller Eigenbeitrag von Schülern zu den Leistungen, die die Ehrenamtlichen für sie am Übergang von der Schule in den Beruf erbringen, wird teilweise als Bestandteil der Anerkennungskultur praktiziert.

(Selbst)-evaluation und Qualitätssicherung gehören ebenso zum verantwortungsvollen Einsatz bürgerschaftlichen Engagements. Dazu zählt auch die Bildung und Nutzung von **Netzwerken des bürgerschaftlichen Engagements**. (Hier war die offene Frage, was als Erfolgskriterium für den Einsatz des BE angesichts fehlender Ausbildungsplätze gelten kann bzw. wie die bürgerschaftlich Engagierten und insbesondere die Jugendlichen selbst mit unvermeidbaren Misserfolgen umzugehen lernen können).

Es folgen die inhaltlichen Inputs der AG.

Input

Projektverbund „Startklar! – Netzwerke für sozial benachteiligte junge Menschen durch Integrationsmanager und Patenschaften“

Andreas Pchalek

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg - Landesjugendamt

Die Projektidee

Um sozial benachteiligte junge Menschen nachhaltig beruflich und sozial zu integrieren, will „Startklar!“ neue Wege gehen. Ein modernes Integrationsmanagement, transparent in Modulen angeboten, setzt mit dem Assessment bei den Stärken der jungen Menschen an und vermittelt dann in die entsprechenden passgenauen Hilfsangebote. Dazu werden die Ressourcen vorhandener Netzwerke genutzt und weiterentwickelt. Bürgerschaftliches Engagement soll die professionelle Arbeit ergänzen und unterstützen und bei langfristig angelegten Patenschaften für die Nachhaltigkeit sorgen.

Ziele und Aufgaben örtlicher „Startklar!“ – Projekte

Ziele:

- Durch individuelle Begleitung bei schulischer und beruflicher Ausbildung, Qualifizierung oder Beschäftigung gelingt sozial benachteiligten jungen Menschen der Übergang von der Hauptschule bzw. Förderschule in den regulären Arbeitsmarkt; Irrwege, Umwege und Abbrüche werden vermieden, Lebenslagen wie Geschlecht und Migration angemessen im Hilfef Kontext berücksichtigt.
- Sozial benachteiligte junge Menschen werden bei ihren Bemühungen, individuelle Problemlagen zu bewältigen und sich beruflich zu integrieren, von Betrieben und Vereinen sowie von

Ehrenamtlichen als Co-Managern unterstützt.

Aufgaben:

Integrationsmanager/-innen entwickeln individuelle Begleitarrangements für sozial benachteiligte junge Menschen und nutzen dafür die Ebene des bürgerschaftlichen Engagements in der Form von Partnerschaften als auch bestehende örtliche Netzwerke.

Leistungen und Service des Projektverbundes

Das Landesjugendamt erbringt für alle am Projektverbund teilnehmenden „Startklar!“ – Projekte folgende Leistungen:

- Beratung von Trägern bei der Projektentwicklung und zu Aufnahmevoraussetzungen
- Beratung und Coaching von Trägern und Fachkräften vor und während der Durchführung des Projekts
- Entwicklung von Strategien zur Weiterführung der Projekte und zur Übertragbarkeit der Projektansätze nach Ablauf der ESF-Förderung

Das Landesjugendamt bietet den Projekten als zentralen Service an:

- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen (Zentrale und regionale Veranstaltungen sowie Inhouse) für Fachkräfte und Ehrenamtliche
- Organisation des Erfahrungsaustausches und der überregionalen Vernetzung
- Evaluierung der Projekte im Verbund und Datensammlung

Stand und Entwicklung des Projektverbundes

Inzwischen zeigt der Projektverbund folgendes Bild:

- 40 Projekte sind in den Projektverbund aufgenommen.
- Davon befinden sich 19 Projekte im badischen Landesteil und 21 Projekte sind im württembergischen Landesteil angesiedelt.
- Es sind 7 öffentliche Träger (4 Landkreise, 2 Städte, eine kreisangehörige Gemeinde) und 33 freie Träger beteiligt.
- 4 Projekte in Esslingen, Weinheim und Heidelberg sind direkt in die

bestehende Struktur einer Jugendagentur eingebunden,

- 3 Projekte in Stuttgart, Ulm und dem Landkreis Tübingen sind in loser Form als „Satelliten“ an den Projektverbund gebunden. Die örtlichen ESF-Arbeitskreise erhalten zwar den finanziellen Bonus des Sozialministeriums, die Projekte aber nicht alle Leistungen des Projektverbundes.

Weitere Eckdaten örtlicher „Startklar!“ – Projekte

- Projektlaufzeiten:

Die ESF-Förderung ist zeitlich befristet. Während der Laufzeit des Gesamtverbundes vom 01.10.2004 – 31.12.2007 haben die einzelnen örtlichen Projekte – entsprechend der Entscheidung des Regionalen ESF-Arbeitskreises - unterschiedliche Laufzeiten. 2/3 aller Projekte haben eine Laufzeit von mehr als 2 Jahren.

- Finanzierung:

Die notwendige Kofinanzierung dieser ESF-geförderten Projekte stellt sich örtlich unterschiedlich dar. Die wichtigsten Kofinanziers sind die Kommunen, der Bund und das Land. Bei der Förderung durch den Bund spielt die Bundesagentur für Arbeit noch eine wichtige Rolle. Bei der Förderung von Migranten werden Bundesprogramme als Kofinanzierung eingesetzt. Das Land trägt zur Kofinanzierung einzelner Projekte durch den Landesjugendplan, Mittel für Privatschulen, das „Projekt Jugendberufshelfer“ und ESF-Landesmittel bei.

- Projektplätze:

Die Hälfte aller Projekte hat eine Kapazität bis zu 50 Plätzen. Die Projekte mit kleinerer Kapazität (bis zu 50 Plätzen) bieten vor allem Beratung oder spezielle Qualifizierungsmaßnahmen an. Die Projekte mit größerer Platzkapazität (7 über 300 Plätze) sind Verbünde, an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen tätig oder bieten Arbeitsgemeinschaften nach dem SGB II an.

- Zielgruppen:

Die Projekte richten sich an Haupt- und Förderschüler (ab 8. Klasse), BVJ Schüler und Berufsfachschüler, junge Menschen in Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten nach

dem SGB II, Ausbildungsabbrecher sowie junge Migrantinnen und Migranten.

- **Fachliches Profil:**

Die örtlichen Projekte entwickeln neue Formen des Integrationsmanagements. Dazu zählen vor allem das Profiling (Kompetenzerstellung) und die Entwicklung von individuellen Begleitarrangements. Damit sollen für die jungen Menschen nachhaltig angelegte soziale und berufliche Integrationsmöglichkeiten eröffnet werden. Individuellen Integrationshindernissen soll mit Krisenintervention, sozialpädagogischer Gruppenarbeit, Verhaltenstrainings sowie Sozialkompetenztrainings begegnet werden. Mehrere Projekte sind dabei, diese Leistungen als Module anzubieten, die eine klare und transparente Leistungsbeschreibung beinhalten und damit eine Evaluation erleichtern. Alle Projekte sind dabei, bei der Gestaltung des Integrationsmanagements Bürgerschaftliches Engagement einzubinden.

Input

Jung + Alt = Zukunft zusammen

„Kurzgefasste Selbstdarstellung.“ (oder umgekehrt)

Jean Köpf, Marlies Schabacker-Bock
Verein JAZz e.V.

Am Anfang herrschte große Skepsis und es gab starke Bedenken, ob das Projekt „Alt hilft Jung“ überhaupt erfolgreich sein kann. Die Ängste waren groß, dass die Jugendlichen von den Seniorinnen und Senioren „nichts wissen“ wollten, die ihnen ihre Hilfe beim Übergang ins Berufsleben anbieten wollten. Besonders Hauptschüler/-innen haben nicht unbedingt ein gutes Image. Die Jugendlichen waren anfangs tatsächlich sehr skeptisch – „das konnte ja ätzend werden mit den Alten“.

Diese Befürchtungen sind heute längst abgebaut. Kommen die Seniorinnen und Senioren von JAZz in die Schulen, werden sie von „ihren“ Schülerinnen und Schülern oft lautstark und freundlich begrüßt. Gehen die älteren Herrschaften durch die Stadt, ist es nicht selten, dass ein lautes „Hallo“ freundlich von einer Gruppe Jugendlicher herüberschallt.

Die Seniorinnen und Senioren von JAZz bieten den Jugendlichen über die Schulen ein ganzes Bausteinprogramm an, um sie für den Berufseinstieg fit zu machen. Voraussetzung ist, dass erste Berührungängste und Vorbehalte zwischen Jung und Alt abgebaut werden. Dies geschieht in einem „Kennenlernen“, bei dem Jung und Alt sich in Gesprächsgruppen zusammensetzen und über wichtige Alltagsthemen reden. Die Jugendlichen sehen, dass sich die Älteren wirklich für sie interessieren und haben ihrerseits die Möglichkeit, auch ganz persönliche Fragen an die JAZzer zu stellen.

Dann folgen Seminare, die Hilfestellung bei der Berufsorientierung zum Ziel haben. Viele Jugendliche kennen ihre Stärken nicht. Deshalb wird auf die Herausarbeitung der individuellen Stärken großer Wert gelegt. Und dann beginnt die schwere Arbeit, mit den Jugendlichen zu erarbeiten, welche Berufe für sie tatsächlich geeignet sind. Manch einer, der z.B. den Berufswunsch „Pilot“ hat, muss den schmerzlichen Weg bis zu der Entscheidung gehen, dass für ihn „Holzbearbeitungsmechaniker“ eigentlich besser geeignet ist.

Dann wird der Bewerbungsverfahren geübt: Es werden Bewerbungen geschrieben, Tests und Vorstellungsgespräche trainiert und Themenbereiche zur Stärkung der sozialen Kompetenz aufgegriffen. Immer gilt: Es wird hart gearbeitet, aber spielerische Elemente werden eingebaut, damit es Spaß macht und somit besser „hängen bleibt“.

Drei Blockseminare bieten die Seniorinnen und Senioren von JAZz für die achten und neunten Klassen ihrer Kooperationschulen an. Darüber hinaus beteiligen sie sich am OIB-Unterricht. Aktuell nehmen vier Ulmer Hauptschulen und seit Anfang 2004 eine Neu-Ulmer Hauptschule das JAZz-Angebot an. Weitere interessierte Schulen stehen zur Zeit leider noch auf der Warteliste. Ziel ist es, in Ulm und Neu-Ulm alle Hauptschulen als „Kunden“ zu bedienen.

In einer besonderen Form unterstützt und berät JAZz die jungen Auszubildenden des Regionalen Ausbildungszentrums RAZ in Ulm. In einem speziell auf die besonderen Bedürfnisse dieser jungen Menschen entwickelten Seminar geht es darum: „Gut vorbereitet und mit der richtigen Einstellung zur erfolgreichen Vorstellung.“

Einzelne Elemente des Seminarprogramms können herausgelöst und um die speziellen Anforderungen einzelner Schulklassen ergänzt werden. Dieses besondere Angebot nutzen einige Schulen außerhalb des festen Kundenkreises.

Die aktiven Seniorinnen und Senioren von JAZz haben ein volles Arbeitsprogramm. Oft sind sie mehrfach in der Woche bei Seminaren im Einsatz. Dabei macht auch die Organisation viel Arbeit – immerhin müssen die fünf Schulen mit z.Z. 21 Klassen unter einen Hut gebracht und mit dem umfangreichen Programmpaket versorgt werden. Außerdem treffen sich die Seniorinnen und Senioren regelmäßig in Arbeitskreisen, um Organisatorisches zu besprechen und das Programm ständig zu verbessern.

Die eigene Weiterbildung ist ein fester und wesentlicher Bestandteil des Engagements. Alt sein alleine reicht nicht aus, um im Kontakt und Dialog mit den Jugendlichen erfolgreich zu bestehen. Dabei geht es – genau wie den jungen Menschen – um die positive Entwicklung und Stärkung der persönlichen, fachlichen und sozialen Kompetenzen.

Alle Senioren/-innen arbeiten ehrenamtlich. Eine wissenschaftliche Kraft, die das Projekt begleitet und bei der Projektentwicklung hilft, ist auf Honorarbasis tätig. Der Verein finanziert sich über Spenden, Zuschüsse und Mitgliedsbeiträge. Insgesamt hat JAZz 50 Mitglieder, sie unterstützen die Arbeit ideell und durch ihre Beiträge.

JAZz/JK
31.10.2005

Input

Projekt des Kultusministeriums Baden-Württemberg

Individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf

Susanne Kugler

*Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg*

Die Landesregierung Baden-Württemberg sieht es als wichtige Aufgabe an, leistungsschwächere junge Menschen bei der Integration in unsere Gesellschaft zu unterstützen.

Wegen der komplexen Ursachen, die hinter dem erhöhten Förderbedarf dieser Jugendlichen stehen, - beispielsweise beruht er auf Lernbeeinträchtigungen, auf Sprachdefiziten auch aufgrund eines Migrationshintergrundes, auf schwierigen sozialen Verhältnissen oder auf mangelnder allgemeiner Begabung - , gelingt es ihnen nicht, ohne persönliche Hilfestellungen den Eintritt in eine Berufsausbildung bzw. eine dauerhafte Erwerbsarbeit zu finden. Die schwierige Lage auf dem Ausbildungsmarkt verschärft zudem die Verdrängung der Leistungsschwächeren. Herkömmliche unterstützende Systeme der Jugendlichen wie Familie und Freundeskreis oder die regionale Einbindung in die Heimatgemeinde, auf die frühere Generationen zurückgreifen konnten, sind zunehmend lückenhaft geworden. Besonders benachteiligte Jugendliche müssen deshalb heute mit vielfältigen Herausforderungen umgehen lernen, die ihre Entwicklungsmöglichkeiten einschränken. Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, brauchen sie verlässliche Begleiter.

Das Projekt Individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf setzt an dieser Stelle an. Es ist ein schulartübergreifendes Projekt des Kultusministeriums Baden-Württemberg, das ab September 2006 in 34 Stadt- und Landkreisen umgesetzt wird. Es würdigt den Wissens- und Erfahrungsreichtum von bürgerschaftlich engagierten Personen und will diesen Reichtum zur Unterstützung benachteiligter Jugendlicher, die besondere Hilfestellung und

Begleitung beim Übergang von der Schule in den Beruf brauchen, nutzen.

Die Aufgaben der bürgerschaftlich Engagierten richten sich nach den individuellen Bedürfnissen des/der zu betreuenden Jugendlichen. Ausgehend von einer direkten Lernunterstützung kann die Einzelfallhilfe auch allgemein die Verbesserung der Berufschancen, die Sprachförderung oder die persönliche Lebensbegleitung zur Verbesserung der individuellen Lernvoraussetzungen in den Blick nehmen. Das Projekt setzt auf eine kontinuierliche persönliche Begleitung, die über mehrere Jahre andauert und durch den Aufbau einer persönlichen Beziehung zu dem einzelnen Jugendlichen maximale Wirksamkeit des Lernerfolgs erzielt. Eine erfahrene Fachkraft wird die bürgerschaftlich engagierten Personen vor Ort begleiten, fortbilden und unterstützen. Sie wird auch die Kontakte innerhalb des Netzwerkes der Projektbeteiligten herstellen und dauerhaft gewährleisten sowie die Einbindung des Projekts in das jeweils vorhandene Gesamtsystem an Maßnahmen vor Ort zur Förderung von Jugendlichen beim Übergang zwischen Schule und Beruf nachhaltig verfolgen. Das Netz der hauptamtlichen Kräfte aus Schule und Kommune und anderer ehrenamtlicher Kräfte bietet den Rückhalt für diese bereichernde Aufgabe. Durch das an den regionalen Gegebenheiten orientierte und aufgebaute Netzwerk zur Lernbegleitung leistungsschwächerer Jugendlicher beim Übergang zwischen Schule und Beruf durch bürgerschaftlich engagierte Personen verbindet sich auch die Chance, bürgerschaftliches Engagement noch stärker im schulischen Umfeld sowie auch im Gemeinwesen zu verankern. Dadurch wird der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt und vorhandene Potentiale zum Wohle aller eingesetzt.

AG Lebenswelten verbinden – wie die Kooperation zwischen Schulen und verschiedenen Feldern des bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig ge- lingt

Dr. Ralf Vandamme
Städtetag Baden-Württemberg
Moderator der AG

Kernergebnisse der Arbeitsgruppe:

Die Arbeitsgruppe 3 verband drei Perspektiven miteinander: Zunächst das Engagement einer Hauptschule am Beispiel eines Patenschaftsmodells von Älteren für Schülerinnen und Schüler, sodann die Erfahrungen aus Fortbildungen für Jugendhilfe und Soziale Einrichtungen zum Thema Corporate Citizenship und zu Kooperationen im Dreieck von Schule, sozialen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen, und schließlich die Erfahrung aus der kommunalen Engagementförderung. Alle drei genannten Perspektiven spiegeln sich in den folgenden Zusammenfassungen ihrer Inputs wider und werden anschließend durch Anmerkungen zur Diskussion ergänzt.

Input

Zeitungsartikel in „SÜDWEST AKTIV“ vom 07.07.2004
Ottmar Dörrer
Schulleiter der Tegelberg-Hauptschule in Geislingen

Kolpinghelfer machen Tegelbergsschüler für Beruf fit.

Nach der Hauptschule in den Beruf. Für Sven, Sebastian, Marcel und zwei Daniels keine Selbstverständlichkeit. Fünf Tegelbergsschülern mit Abschluss gelang es innerhalb eines erstmals in Geislingen praktizierten Patenmodells, in der harten Berufswelt ihren Platz zu finden.

Das motiviert schon, sagen die fünf Hauptschulabgänger, bei der momentanen Situation auf dem Lehrstellenmarkt einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Allesamt im Handwerk, das hat goldenen Boden und ist als viel gepriesenes Rückgrat der

Wirtschaft geradezu vorbildlich. Sie wollen es schaffen, haben sich die angehenden Azubis in Holz- und Sanitär-Berufen fest vorgenommen. Sie erkennen die einmalige Chance, die sie durch ihre Schule und die mit ihr kooperierenden Kolping-Paten erhalten haben.

Inzwischen sind sie zu einer richtigen Familie geworden, die fünf Schüler, ihre Patinnen und Paten sowie die Eltern, die von Anfang an hinter dem von Schulleitung und den Klassenlehrern Sabine Winter und Hans Beyer angestoßenen Projekt standen.

Mit einem nicht gerade berauschenden Notenschnitt kämpften viele Jugendliche der zweizügigen Abschluss-Klasse. Einige machen weiter, kommen im Berufsvorbereitungsjahr BVJ ihrer Schulpflicht nach. Unentschlossene hängen noch, soweit die Noten es erlauben, die zur mittleren Reife führende Werkrealschule dran.

In der Kooperation Tegelbergsschule - Kolpingfamilie Geislingen bemühten sich die vier Mitglieder um Anita Ilg besonders um fünf benachteiligte Jugendliche. Am Anfang der letzten Hauptschulklasse blickten sie nicht gerade in eine rosige berufliche Zukunft. Die Eltern, die keine Chance sahen, ihren Filius unterzubringen, stiegen sofort ein in das von Schulleiter Ottmar Dörrer in Fahrt gesetzte Boot der Patenschaft. Isabella Rapp, Wolfgang Winter, Werner Schurr und Michael Hofmann stehen ganz in der Tradition Adolph Kolpings, der zu seiner Zeit Gesellen in sozialer Not half, und nahmen sich der Tegelbergsschüler an.

Das Naheliegendste war nach einer ersten offenen Beschnupperungsrunde, in der die Jugendlichen im Gemeindezentrum Sankt Johannes ihre Wunschberufe vortragen durften, konsequent auf die bevorstehenden Prüfungen zu büffeln. „Daheim hätte das niemand mit mir machen können“, räumt einer der Schüler freimütig seine Englisch-Defizite ein, „meine Patin hat mich fit gemacht.“

Der Hauptschulabgänger wirds brauchen können, wenn er mit Abschlusschülern am Sonntag zur London-Klassenfahrt startet. Andere hatten in Mathe oder Rechtschreibung ordentlich Nachholbedarf. Aus der oft vorprogrammierten Erfolglosigkeit durch die vorausgegangene Gleichgültigkeit der Wackelkandidaten wurde diszipli-

niertes Sitzen auf dem Hosenboden, eine Aufholjagd beim Anheben des Notendurchschnitts.

"Wir sind sehr zufrieden, wie unsere Schüler ihre Chance ergriffen", sagen die Klassenlehrer Winter und Beyer, die das Paten-Projekt gern wiederholt sehen möchten.

Zweiter Schritt für die Kolping-Paten war, den 16-jährigen Jugendlichen zu einem Ausbildungsverhältnis zu verhelfen. Sie berieten ihre Patenschüler beim Aufsetzen von Bewerbungsschreiben und machten mit ihnen intensives Training zur Vorstellung. In Ausnahmen waren sie aktiv mit dabei. Die Hilfestellung wird weiter gewährt, bis aus den Schülern Gesellen werden. "Jeder von uns hat eine Rufnummer für den Notfall erhalten." Die Kolpinghelfer zur Lehrstellenfindung werden ihre Paten-Azubis bis zu dreieinhalb Jahren ihres Lebens begleiten. Alle Seiten gehen davon aus, dass die persönlichen Vertrauensverhältnisse dadurch intensiviert werden. Für kooperative Lehrlingspatenschaften braucht die Kolpingfamilie jetzt weitere Helfer.



Die Hauptschüler und ihre Paten aus den Reihen der Geislinger Kolpingfamilie. Mit ihrer Hilfe gelang es, in der harten Berufswelt eine Lehrstelle in einem Handwerksberuf zu bekommen. FOTO: PRIVAT

Input

Jürgen Ripplinger
mehrwert-Agentur für Soziales Lernen
gGmbH

Seit 10 Jahren organisieren und begleiten wir unterschiedliche Projekte zwischen Schulen, Sozialen Einrichtungen und Unternehmen der Wirtschaft. Unsere Erfahrungen zeigen, dass dabei alle Beteiligten viel gewinnen können. Es zeigt sich aber

auch, dass solche ‚win-win‘ Projekte gut vorbereitet und begleitet werden müssen, um nachhaltige Wirkungen und dauerhafte Kooperationen zu erzielen. Dabei ist es wichtig, zwischen den unterschiedlichen Lebens- und Denkwelten Verbindungen zu schaffen und Brücken zu bauen. Wir haben hierzu verschiedene Konzepte und Fortbildungsveranstaltungen entwickelt und angeboten. Von diesen Erfahrungen werde ich berichten.

Kooperation zwischen Schule und Sozialen Einrichtungen am Beispiel eines Sozialprojekts

Sozialprojekte – etwa in Form einer befristeten Mitarbeit von Schülerinnen und Schülern in einer sozialen Einrichtung – werden mittlerweile in vielen Schulen organisiert und durchgeführt. Für die Schüler/innen sind solche Projekte eine praxisnahe und lebendige Form sozialen Lernens. Die persönlichen Begegnungen mit alten, kranken oder behinderten Menschen tragen in besonderer Weise zur Förderung personaler und sozialer Kompetenzen bei. Für die Schule ist ein solches Projekt eine gute Möglichkeit, Bildungsziele zu erreichen, das Klima und die Umgangsformen in der Klasse zu verbessern und mit anderen Institutionen des Gemeinwesens zusammen zu arbeiten. Für Soziale Einrichtungen stellt die Mitarbeit von jungen Menschen eine gute Gelegenheit zur Öffentlichkeitsarbeit und Imagewerbung dar. Es wird Verständnis für die Situation des jeweiligen Klientels geweckt, die Angebotspalette kann ggf. erweitert werden und einige junge Menschen interessieren sich für weitere ehrenamtliche oder gar berufliche Tätigkeiten in diesem Feld. Für die betreuten Menschen sind die Kontakte oft eine Bereicherung und Abwechslung im Alltag und immer wieder entstehen daraus längerfristige Bindungen und Kontakte. Damit solche positiven Wirkungen entstehen, müssen die Projekte entsprechend vorbereitet werden. Dabei sind verschiedene Fragen zu klären.

Fragen auf Seiten der Schule:

- Welche Ziele werden mit einem solchen Projekt verfolgt? (Werteerziehung, Umgangsformen in der Klasse verbessern, Soziakompe-

tenz trainieren, Projektarbeit lernen, außerschulische Kooperationen entwickeln etc)

- Ist das Projekt Teil eines Gesamtkonzeptes / Sozial- und Methoden-curriculum an der Schule?
- Wo soll das Projekt innerhalb der Schule angesiedelt werden? (Klasse 7, 8, 9, 10)
- Welches Fach und welcher Kollege hat die Federführung? (Deutsch, Religion, Gemeinschaftskunde, Klassenlehrer)
- Welche Praxis- und Engagementfelder sollen möglich sein / werden ausgewählt?
- Welche Organisationsformen werden bevorzugt? (Blockwoche oder verschiedene Nachmittag über einen längeren Zeitraum, Praxisstellen von Schülern selbst gesucht oder von Lehrern angeboten)
- Wie können geeignete Partner im Gemeinwesen gefunden und gewonnen werden?
- Wie muss das Projekt begleitet werden? Wie werden die Schüler/innen vorbereitet? Wie werden die Erfahrungen und Lernergebnisse aufbereitet und ausgewertet?

Fragen auf Seiten der Sozialen Einrichtung / Initiative / Verein:

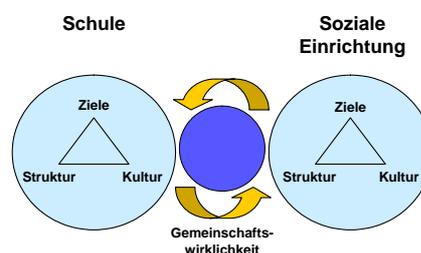
- Was genau sollen die Schüler/innen machen / erfahren / lernen in der sozialen Einrichtung?
- Wie sind die Schüler vorbereitet? Sind sie motiviert?
- Kennen die Lehrer die Einrichtung?
- Ist genügend Zeit für Planungsprozesse / Absprachen etc. eingeplant?
- Wer ist die Ansprechperson auf Seiten der Schule?
- Welche Erwartungen hat die Schule an dieses Praktikum / an die Zusammenarbeit?
- Wer ist intern für die Absprachen bzw. für die Betreuung zuständig?
- Was gewinnt die soziale Einrichtung / der Verein etc. bei dieser Kooperation?
- Wie passen solche Projekte zu den eigenen Zielen und Vorhaben?

- Geht es um eine einmalige Zusammenarbeit oder um eine dauerhafte Kooperation?

Zusammenarbeit entwickeln – Lebenswelten miteinander verbinden

Die einzelnen Institutionen des Gemeinwesens wie Schulen, Soziale Einrichtungen, Initiativen und Vereine, Wirtschaftsunternehmen, etc haben je eigene Systemlogiken. Das heißt, sie verfolgen unterschiedliche Ziele, unterscheiden sich in der Organisationsstruktur und den Abläufen sowie in der Organisationskultur und dem jeweiligen Selbstverständnis. Manches ist offensichtlich wie z.B. die ‚Pflicht zur Teilnahme‘ an Schule und die ‚Freiwilligkeit des Engagements‘ in der Jugendarbeit oder die ‚Notwendigkeit zur Benotung‘ in der Schule und das ‚Reden über Erlebnisse‘ in einer sozialen Einrichtung. Andere Dinge sind unausgesprochen und oft verdeckt wie zum Beispiel Fragen nach dem Selbstverständnis und der Rolle: Wie soll Lernen junger Menschen organisiert und begleitet werden? Mit manchen Begriffen sind in den unterschiedlichen Systemen ganz unterschiedliche Vorstellungen verknüpft: So meint z.B. ‚langfristige Planung‘ in einer Schule eine Vorlaufzeit von 4-6 Wochen, in einer sozialen Einrichtung heißt langfristige Planung einen Vorlauf von 4-6 Monaten zu haben.

Diese Unterschiedlichkeiten bieten zahlreiche Möglichkeiten zu Missverständnissen und zu Enttäuschungen. Viele Kooperationsversuche scheitern nicht daran, dass die jeweiligen Kooperationspartner so unterschiedlich sind, sondern daran, dass die eigenen Maßstäbe und Orientierungen auf den Kooperationspartner übertragen werden. Es geht also darum, Unterschiede zu erkennen, zu benennen und einen gemeinsamen Wirklichkeitsraum zu



schaffen, einen Rahmen für gemeinsame Erfahrungen mit der Zusammenarbeit.

Kooperation entwickeln zwischen unterschiedlichen Systemen

Fünf Erfolgsfaktoren für gelingende Kooperationen

Damit eine Zusammenarbeit zwischen Schulen und sozialen Einrichtungen / Initiativen und Vereinen des Gemeinwesens gelingt und für beide Seiten einen Gewinn bringt, müssen verschiedene Faktoren erfüllt sein:

- **Akzeptanz und Respekt**

Wichtig sind gegenseitiger Respekt und Vertrauen in die jeweilige Fachkompetenz, eine Wertschätzung des Gegenübers. Dies sind notwendige Haltungen und Grundlagen für eine Kooperation auf gleicher Augenhöhe.

- **Ziele vereinbaren**

Klären der jeweiligen Ziele und gewünschten Ergebnisse, Herausarbeiten und Vereinbaren eines gemeinsamen Zieles für die Kooperation

- **Nutzen sichtbar machen**

Deutlich machen, wo der Nutzen für jeden Kooperationspartner liegt. Eigennutz ist erlaubt und macht das Kooperationsinteresse glaubwürdiger und langfristig tragfähiger.

- **Klare Definition von Ablauf und Zuständigkeit**

Ein Projektablaufplan und ein entsprechender Zeitplan schaffen hier Orientierung und Transparenz. Wichtig ist es auch, die Zuständigkeit für die einzelnen Arbeitspakete klar zu benennen.

- **Verbindlichkeit und Kontinuität**

Feste Ansprechpersonen auf beiden Seiten und eine verlässliche Struktur (Ab-sprachen, Treffen, schriftliche Vereinbarungen, Projektplanung etc.) schaffen Verbindlichkeit. Wenn die Kooperation auf längerfristige Zusammenarbeit und Kontinuität angelegt ist, investieren die einzelnen Partner in der Regel mehr Energie, weil sich dies langfristig auszahlt.

Kooperationen sind für beide Seiten mit Veränderungen verbunden und bedeuten zunächst einen zusätzlichen Aufwand an Zeit und Energie. Manchmal ist es schwierig, die institutionellen Grenzen zu überschreiten. Damit Kooperationen langfristig erfolgreich sind, muss, wie Jochen Schweitzer einmal sagte, für beide Seiten „ein Gewinn in ihrer je eigenen Währung“ herauskommen. Kooperation muss beiden Seiten helfen, ihre (Kern-) Aufgaben besser zu erfüllen. Nicht alles muss schon beim ersten Mal perfekt funktionieren, aber umso systematischer die Kooperation vorbereitet und ausgewertet wird, desto größer sind die Chancen, dass dabei viel Gutes entstehen kann.

Input

Sabine Wettstein

Geschäftsstelle für Bürgerengagement und Ehrenamt der Stadt Geislingen

In Kommunen, in denen das Bürgerschaftliche Engagement als Mitgestaltungskraft etabliert ist und einen hohen Stellenwert besitzt, sind Kooperationen mit Schulen meist selbstverständlich.

Eine kommunale Anlaufstelle für BE kann beratend und koordinierend die Kooperation zwischen Schulen und BE begleiten und unterstützen. Bürgermentoren, Netzwerke und das Know-how im „BE- Management“ ermöglichen eine nachhaltige Entwicklung.

Schulleitung, Lehrer/innen und Freiwillige verstehen sich als gleichwertige Partner und begegnen sich auf gleicher „Augenhöhe“.

Lehrer/innen sollten für die Teamarbeit mit Freiwilligen und die „Kultur des Miteinanders“ vorbereitet werden. Die Kooperation mit Engagierten bedeutet zunächst „Mehrarbeit“, ist aber auf Dauer ein Gewinn für alle.

Freiwillige sollten in ihre Aufgabe an der Schule, in die Rahmenbedingungen und das pädagogische Konzept gründlich eingeführt werden.

Engagierte suchen sinnvolle Aufgaben mit Gestaltungsspielraum und wollen selbstverantwortlich mitwirken. Neue Kontakte und Erfolgserlebnisse sind dabei wichtig.

Das Bürgerschaftliche Engagement steht für qualitätsvolle Angebote, bietet Begleitung und braucht eine Anlauf- und Koordinationsstelle vor Ort.

Gegenseitige Achtung, Würdigung und Wertschätzung sind wichtige Bausteine einer nachhaltigen Zusammenarbeit zwischen Schule und Engagierten.

Best-practise-Beispiele müssen öffentlich gemacht werden, weil damit die Wertigkeit des Engagements und die Nachfrage steigt.

Bürgerschaftlich engagierte Schulleiter haben i.d.R. auch viel Bürgerschaftliches Engagement an ihrer Schule.

Extrakte aus der Diskussion

- Partizipationsmöglichkeiten außerhalb von Schule werden in Projekten und kommunalen Zusammenhängen teilweise recht gut angenommen. In der Schule selbst jedoch, so zeigt eine Studie aus 2002, ist in Deutschland das Vertrauen der Schüler in die Möglichkeit, etwas verändern zu können, sehr gering. Ist Deutschland Europameister im *Gestaltungspessimismus*? Damit der in der Schule übernommene Pessimismus sich nicht auf das politische und ökonomische Leben überträgt, ist Schule gefordert, **Gestaltungstrauen** zu stiften.
- Die heutige, globalisierte Kommunikations-, Dienstleistungs-, oder Wissensgesellschaft verlangt ganz spezifische Bildungsinhalte: Kommunikationsstärke, Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, die Fähigkeit und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen. Gerade diese sozialen Kompetenzen aber lassen sich im Bürgerschaftlichen Engagement besonders gut begreifen und einüben. Bürgerschaftliches Engagement darf daher nicht als schmückendes Beiwerk oder allein als willkommene Ressource für Nachmittagsbetreuung verstanden werden, sondern als Kerninhalt von Unterricht.
- Kooperation wurde auf der Tagung gewünscht, angemahnt und durch gute Beispiele vorgeführt. Kooperation ergibt sich aber nicht von

selbst oder allein durch guten Willen, sondern braucht „Türöffner“. Hier können die bestehenden Netzwerke viel bewirken.

- Engagierte in Schulen brauchen zwingend Ansprechpartner/-innen — für Anregungen, Fragen und Probleme. Schulen sollten diese Anforderung nicht unterschätzen, um Engagierte nicht zu „verbrennen“.
- Menschen, die sich in einem biographischen Übergang befinden, sind oft offen für Sinnangebote. Menschen im Übergang von Schule und Beruf sollten daher gezielter als bisher angesprochen werden.

AG TOP SE an Realschulen in Baden-Württemberg

Beate Müller

RS Donaueschingen

Die Themenorientierten Projekte der Realschulen Baden – Württemberg

- Gehören zum Regelangebot aller Realschulen und sind ein **wesentlicher** Bestand ihres Profils
- Neben Fächern und Fächerverbänden sind sie eine **eigene Unterrichtskategorie**
- Kern ist die **Prozessorientierung**; d.h. Planung, Durchführung, Präsentation und Reflexion sind Ziel der Arbeit
- Führen zum Erwerb von Handlungskompetenz durch Förderung der personalen, sozialen und methodischen Kompetenzen, fachliche Kompetenzen stehen nicht gesondert im Mittelpunkt
- Das projektorientierte Arbeiten ist ein wichtiger Baustein im **Metho-dencurriculum** der Schule
- Die Schüler erfahren **während der gesamten Projektdurchführung** Formen der Selbst- und Fremdbewertung
- Zum Projektabschluss werden die Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit einer verbalen Beurteilung und einer Note bewertet.

- Ein Testat , das dem Zeugnis beigelegt wird, informiert über das

Projekt und die individuell erbrachten Leistungen.

Rahmenbedingungen TOP – SE



Rahmenbedingungen des TOP - SE

TOP SE

Soziales Engagement in Form eines Projektes:

- zeitliche Befristung, definierter Anfangs- und Endpunkt (innerhalb eines Schuljahres)
- eine ganze Klasse, Klassenverbund
- vorausgehende Planung (Klassenkonferenz, Abstimmung mit dem Schulleiter)
- eindeutige Aufgabenstellung, Verantwortung und Zielsetzung der Gruppe
- 2 Wochenstunden, ca. 72 Jahresstunden
- Integration in die beteiligten Fächer
- Ein Fach kann die Funktion eines Leitfaches übernehmen
- Präsentation mit anschließender verbaler Beurteilung und Ziffernote
- Die Note im TOP SE ersetzt nicht die Fachnote in den beteiligten Fächern
- TOP SE kann in einer der Klassenstufen 5 – 10 angesiedelt sein

Wird in der gewählten Klassenstufe Ethik nicht erteilt, jedoch Religionslehre beteiligt sich, muss die Zustimmung der Eltern eingeholt werden. ...

Das Sozialpraktikum

Im Sozialpraktikum sollen die Schülerinnen und Schüler vor allem motiviert werden, sich auf die Begegnung mit anderen Menschen (z.B. Behinderten, Kranken, Senioren) einzulassen. Hierfür absolvieren die Schülerinnen und Schüler ein Praktikum im Block oder über einen längeren Zeitraum (ca. 20 Stunden pro Schüler) in einer sozialen Einrichtung.

Wer ist beteiligt?

- Für die Schule bedeutet das Praktikum eine Öffnung nach außen mit der Erschließung einer Vielfalt von außerunterrichtlichen Lernorten und Kooperationspartnern.
- Für die Schülerinnen und Schüler ist diese außerunterrichtliche Erfahrung eine Bereicherung im schulischen Alltag. Sie haben die Möglichkeit, eine Vielzahl an Erfahrungen in unterschiedlichen Einrichtungen zu machen,

allerdings auch ihre eigenen Grenzen kennen zu lernen. Die Motivation der Schülerinnen und Schüler wird durch dieses praktische Lernen gesteigert.

- Die Lehrkräfte besuchen und begleiten die Schülerinnen und Schüler in den Einrichtungen. Die Lehrpersonen lassen sich mit einer neuen Problematik ein, mit der sie meist auch wenig zu tun hatten. Die Lehrkräfte achten darauf, dass die Schülerinnen und Schüler keinen pflegerischen Schwerpunkt wählen. Bewährt hat sich, wenn zwei oder drei Schülerinnen und Schüler gemeinsam in einem Bereich tätig sind.
- Für die Begleitung des Sozialpraktikums müssen die Schulleitungen den organisatorischen Freiraum ermöglichen.
- Vor allem bei Eltern trifft man auf die größte Zustimmung. Sie schätzen die Erweiterung der Sozialkompetenz auf

einem Gebiet, das auch ihnen nicht unbedingt vertraut ist.

- Die Einrichtungen stellen sinnvolle Praktikumsplätze zur Verfügung und sorgen für eine Kontaktperson, die die Betreuung der Praktikanten vor Ort übernimmt.

- Schulgarten

Wo findet es statt?

Kirchliche Einrichtungen

- Gottesdienstbegleitung von älteren Menschen
- Messner auf Zeit
- Kirchenführungen
- Mitwirkung beim Altenbesuch des Pfarrers (z.B. in der Adventszeit)

Karitative Einrichtungen

- Mithilfe bei der Betreuung von behinderten Menschen
- Mithilfe bei der Betreuung von älteren Menschen
- Nachbarschaftshilfe: z.B. Garten von älteren Menschen pflegen, für bedürftige Menschen einkaufen gehen
- Mithilfe in Krankenhaus und mobilen Sozialdiensten

Kommunale Einrichtungen

- Mithilfe bei der Betreuung von Kleinkindern in einer Kindertagesstätte
- Kinderspielplatz-Patenschaft
- Büchereidienste
- Mitgestaltung von Festen und Umzügen (z.B. Maifest)
- Kooperation mit Jugendfeuerwehr
- Unterstützung bei Spielen im Kindergarten

Private Initiativen

- Tiere von älteren Menschen ausführen
- Besuch von älteren Menschen
- Gemeinsame Spaziergänge mit Rollstuhlfahrern und Behinderten
- Übernahme kleinerer Hilfs- und Botendienste
- Hilfe bei Ämterbesuchen

Schule

- Spielnachmittage in der Schule/Mittagsbetreuung
- Hausaufgabenbetreuung
- Streitschlichter
- Schulsanitätsdienst

Wie läuft es ab?

Verlauf	Aufgaben	bis Herbst- ferien	bis Weih- nachts- ferien	bis Oster- ferien	bis Pfingst- ferien
1	Aufstellung der Institutionen im Umfeld Personalressourcen: Leitper- son/Kontaktpersonen Zielformulierung Fächer- und Stundenverteilung (Kontin- gent) Info der Schulleitung				
2	Erstellung des Nachweisblattes für Einrichtung Infobrief an Eltern und Einrichtung Entscheidung der Schüler für Prakti- kumsstelle Entwicklung von Bewertungsbögen mit Schülern				
3.	Vorbereitung der Schüler (Verhalten, Dokumentation, Präsentation) Kontaktaufnahme der Schüler mit Praktikumsstelle Einteilung der Betreuungslehrer				
4.	Praktikum Betreuung vor Ort				
5.	Nachbereitung: Präsentationen mit Bewertung Bewertung Berichte Zertifikat mit Verbalbeurteilung und Ziffernnote Rückmeldung an die Einrichtungen				
6.	Feierliche Übergabe der Zertifikate				

Was ist rechtlich zu beachten?

Die TOPs sind eine schulische Veranstaltung. Die Schüler sind daher auf dem Weg zu und in der jeweiligen Einrichtung wie sonst in der Schule versichert. Notwendig ist aber eine zusätzliche Haftpflichtversicherung, die über die Schule abgeschlossen werden muss.

Das junior-Schülermentorenprogramm „Soziale Verantwortung lernen“

Der Grundgedanke

Schüler sollen motiviert und befähigt werden, in einem bestimmten Bereich von Schule, kirchlicher Jugendarbeit oder Gemeinwesen Verantwortung für andere und für Aufgaben zu übernehmen. Dafür benötigen die Schülerinnen und Schüler eine qualifizierte Ausbildung. Die Ausbildung findet in der Regel in Kooperation mit einem Partner aus der kirchlichen Jugendarbeit statt.

Interessen wecken
Stärken entfalten
Anerkennung erfahren
Praktisches Ausprobieren

Was bewirken junior-Schülermentoren?

Wo junior-Mentoren sich engagieren, verändert sich das Miteinander der Schüler positiv: jüngere Schüler und ältere Mentoren bauen eine Beziehung auf. Junior-Mentoren sehen ihre Schule als Lebensraum und gestalten diesen mit.

Inhalte und Umfang der Ausbildung

Das junior-SMP wendet sich an Schüler ab 13 Jahren, in der Regel ab Klasse 7. Die Ausbildung sollte mindestens 30 Stunden in Theorie und Praxis umfassen.

AE „Meine Rolle als junior-Schülermentor“

- Traumreise: Verantwortung in meinem Leben
- Schreibgespräch: Meine Stärken und Schwächen

AE „Teamarbeit“

- Erlebnispädagogische Übungen
- Sammlung: Was ist wichtig Teamarbeit

AE „Rechte und Pflichten als Mentor“

- Hausspiel oder Stationenlauf zu den Themen Schulgesetz und Aufsichtspflicht

AE „Konflikte lösen“

- Rollenspiele zu Konfliktsituationen
- Mediationstraining

AE „Praxis und Umsetzung“

- Konkrete Planung des Projekts
- Meilensteine festlegen (Beginn, Finanzen, Werbung, ...)

Beispiele für Einsatzfelder in der Schule

- Patenschaften für 5. Klässler übernehmen
- Gestaltung eines Projekttages
- Nachmittagsbetreuung
- Hausaufgabenhilfe

Durchführung des TOP SE an der Konrad-Duden Realschule in Mannheim

Leitfächer: Ethik und Religion
Doppelstunde Ethik/Religion in Klasse 9/10

Juli: Unterrichtsbausteine „Der Mensch als soziales Wesen“

September: Unterrichtsbausteine: Diakonie, Caritas, Leben mit Behinderten und Schwachen, Bewerbung

Oktober: Elternabend, Schnuppertag

November: Praktikum – Auswertung, Expertentag

Dezember: Reflexion

Februar: Verbalbeurteilung in der Halbjahresinformation

Juni: Bewertungsbogen der Praxisstelle bei Bewerbungen

Juli: TOP SE als Prüfungsbestandteil Ethik/Religion
TOP SE Zertifikat, wird mit dem Abschlusszeugnis überreicht

AG Service-Learning: Wissensvermittlung, Verantwortungs- und Persönlichkeitsentwicklung durch freiwilliges Engagement

Gabriele Göhring/Maria Herting
Verbund Freiwilligen Zentren im DCV

Was ist Service Learning?

- Lehr- und Lernmethodeaktive Beteiligung an gemeinwohl- und praxisorientierten Aufgaben
Einbindung im curricularen Kontext

Welche Ziele sollen mit Service Learning erreicht werden?

- Erwerb von sozialen Kompetenzen
- Entwicklung von Verantwortungsbewusstsein
- Motivation zum solidarischen Handeln
- Stärkung des Selbstbewusstseins
- Bildung eines kritischen Denkens
- Integration der Schüler und Schülerinnen in die Gesellschaft
- Kennen lernen anderer Lebenswelten/ -situationen
- Kontaktaufbau zwischen jüngeren und älteren Menschen
- Sensibilisierung für soziale Not im weiteren Lebensumfeld
- Jungen Menschen Gelegenheiten zum Lernen von Engagement zu bieten

Mehrgewinnerspiel

Schüler: soziale, kognitive und affektive Kompetenzen, Lernmotivation und positive Identifikation mit Schule und Gemeinde

Schule: projektorientierte, kooperative Kultur, professionelle Arbeit mit Partnern, Unterstützungsnetzwerk

Gemeinde: zusätzliche Unterstützung durch aktive Bürger

Angebote der Freiwilligen-Zentren

Beratung und Unterstützung bei der Gestaltung der Gesamtkonzeption

- Unterstützung bei Informationsveranstaltungen
- Erstellung von Unterrichtsmaterialien
- Kontaktaufbau zu lokalen Partnern

- Erstellung einer Angebotspalette von Einsatzstellen
- Organisation der Einsätze und Begleitung
- Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit
- Anerkennungsmöglichkeiten
- Auswertung und Dokumentation

Background für das Erlernen sozialer Kompetenzen

- Zukunftskommission BW sagt aus: Arbeitsprozesse haben sich tief greifend verändert – zunehmende Komplexität erfordert kreative Lösungen.
Schlüssel dazu Ich- und Teamkompetenz optimieren sowie Lern- und Fortbildungsbereitschaft erzeugen
- Kooperation ist gesellschaftlicher Konsens und bestimmt den privaten wie beruflichen Alltags. Bsp. familiärer Alltag - er ist durch Abnahme sichtbarer Generationskonflikte gekennzeichnet und Lebensgemeinschaften von Eltern und Kindern bis weit in deren Erwachsenenalter
- Große Welt- und Menschenbilder verlieren an Erklärungskraft (Wo sind die Ideale?). Schüler/innen entwickeln heute eher individuelle Bilder und Vorstellungen. Konsequenz: Persönliche Begegnungen, Kontakte und Alltagsvorbilder werden wichtiger
- Soziales Lernen als persönliche Chancenverbesserung: Nicht jeder beendet mit einer Vollausrüstung an sozialen Kompetenzen die primäre Sozialisationsphase
- Wertkrise der Gesellschaft: Traditierte Formen von Konfliktlösungen nach christlichem Menschenbild erodieren; grobe Gewalt als ultima Ratio wird niederschwelligere Lösungsstrategie.

To students satisfaction Schülerorientierung soll Zustimmung erreichen

- Vor- und Nachteile sozialen Verhaltens entwickeln: Altersstufen berücksichtigen, Widerstände verringern,

Überzeugung erreichen, gender difference realisieren

- Nahumfeld analysieren: Wo wird soziale Arbeit geleistet, Akteure, Klienten, Zielsetzungen?
- Versorgungs- oder Handlungsdefizite im Umfeld?
- Wie könnte ein möglicher Beitrag von Schülerinnen und Schülern dieser Klasse dazu aussehen?
- Ressourcenanalyse: Wer/welche Teams können welche Aufgaben übernehmen
- Welche Ziele können mit diesen Projekten vermutlich erreicht werden?
- Lernorte festlegen und akquirieren: Bürgermeisterämter/Stadtverwaltung, soziale Einrichtungen, Anbieter von soz. Dienstleistungen, etc.

Es folgt das inhaltliche Input der AG.

Input „Sich-Engagieren-Lernen“

Das Service-Learning-Projekt des Freiwilligen Zentrums Augsburg

Claudia Spengler

Freiwilligenzentrum Augsburg

1. „Sich-Engagieren-Lernen“: Das Service-Learning-Projekt des Freiwilligen Zentrums Augsburg

Vorstellung des Projektes:

- Zur Zeit läuft die zweite Runde des Projekts an der Kapellen-Hauptschule
- 40 Schüler engagieren sich in 17 Einsatzstellen für zwei Stunden die Woche
- Begleitet werden die Schüler von 8 Mentoren (s. 3.)
- Wissen und Erfahrungen aus den Einsatzstellen werden im Unterricht aufgearbeitet und thematisiert

Projektgruppe = Steuerungsgruppe

Mitglieder: Lehrer und Direktorat
Freiwilligenzentrum
Vertreter der Mentoren
Vertreter der Schüler

2. Projektinitiierung: Der Start eines Service-Learning-Projekts

2.1. Das Freiwilligenzentrum als Projektinitiator

- Ausgangslage: Augsburg wurde von Freudenbergstiftung gefördert
- Folgende Vorüberlegungen wurden angestellt:
Wo starten wir?
Was machen wir?
- FWZ Augsburg ist an Schule herangetreten und hat Projekt vorgestellt
- Schule hat sich für das Projekt entschieden

Fazit: Dadurch, dass das FWZ das Projekt an die Schule herangetragen hat, sieht die Schule das FWZ als Projektverantwortlichen. Das FWZ plant jedoch die Verselbstständigung des Projekts und sieht sich vor allem als Unterstützer der Schule.



Folge: Spannungen, Kommunikationsprobleme, Verständigungsschwierigkeiten

2.2. „Tips und Tricks“ für den Projektstart

Ausgangsfragen:

- Welcher Stadtteil
- Welche Schulart?
- Welches Alter?
- Welche Schule?

Wenn diese Fragen geklärt sind, kann eine Projektidee entwickelt werden. Entscheidend ist dabei, dass die Schule so weit wie möglich in die Planung und Ausgestaltung des Projekts mit einbezogen wird!

3. Das Mentorenmodell

3.1. Begriffsdefinition

Mentoren sind Freiwillige, die die Schülerinnen bei ihren Einsätzen unterstützen und begleiten. Sie stehen den SchülerInnen bei Fragen und Problemen zur Seite.

3.2. Gewinnung von Mentoren

- Freiwillige aus dem Pool des FWZ
- Elternbeiratsmitglieder
- Eltern
- Engagierte Bürger aus dem Stadtteil (Werbung über Zeitung z.B.)
- Freunde, Bekannte

3.3. Ausbildung und Begleitung

Einführungskurs

Regelmäßige Mentorentreffen

4. Rollenverständnis der Projektpartner

4.1. Freiwilligenzentrum

- Kontakt zu Einsatzstellen herstellen
- Unterstützung der Schule bei der Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung bei Informationsveranstaltungen
- Beratung und Unterstützung bei der Gestaltung der Gesamtkonzeption
- Vermittlung im Konfliktfall zwischen den einzelnen Akteuren
- Unterstützung der Schule bei der Zertifizierung
- Auswertung und Dokumentation des Projektes
- Vertretung des Projekts in Fachgremien

4.2. Schule

- Durchführung des Projekts
- Einbindung der Erfahrungen und des Wissens aus der Praxis in den Unterricht
- Angebot von Reflexionsmöglichkeiten für SchülerInnen
- Ansprechpartner bei Problemen und Fragen der SchülerInnen
- Weiterentwicklung des Projekts

Grundsatz: Service-Learning ist ein Projekt der Schule!
Das Freiwilligenzentrum unterstützt diese beim Aufbau, der Durchführung und Nachbereitung des Projekts!

AG

Bewegung, Spiel und Sport im schulischen Ganzttag – Bürgerengagement des Sports und im Sport

Andreas Schmid
*Baden-Württembergische Sportjugend, Kommission Jugendpolitik
Moderator der AG*

Einführend in das Thema skizziert Herr Prof. Hempfer kurz den aktuellen Stand.

Die Themenfelder:

Anspruch an die Angebote der Jugendbegleiter seitens der Schule und des Vereines

Qualifizierung der Jugendbegleiter

Honorierung der Jugendbegleiter

Rahmenbedingungen seitens der Politik

Er geht dabei insbesondere auf den **gesamtgemeinschaftlichen Bildungsauftrag** auch an Schulen ein. Dabei stellt er verstärkt auch den **Bildungsanspruch des organisierten Sports** in Baden-Württemberg in den Vordergrund. Er verknüpft mit diesem Anspruch jedoch auch die Qualifizierung der Jugendbegleiter im Sport. Aus Sicht des Sports müssen die eingesetzten Ehrenamtlichen eine notwendige Mindestqualifizierung besitzen, dies kann in der momentanen Situation nur eine Trainer-/bzw. Übungsleiter Lizenz auf der ersten Lizenzebene des Landesportbundes sein.

Diese sichert Kenntnisse im Bereich Pädagogik, sportfachliche Kompetenz und sportmedizinischtrainingswissenschaftliche Hintergründe. Darauf aufbauend soll es in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt eine Qualifizierungsmaßnahme geben, um die schulspezifischen Faktoren hervor zu heben und dem Jugendbegleiter in diesem Bereich Handlungssicherheit zu geben.

Dieser erste Themenblock führt zu einer intensiven Diskussion, bei der alle Teilnehmer der Meinung waren, dass der definierte Bildungsanspruch und die dafür notwendige Qualifizierung angemessen sei. Sehr kritisch wird der Sachverhalt diskutiert, dass das Land Baden-Württemberg auch Interessenten ohne formale Qualifizierung nur aufgrund von

nicht näher definierten Vorkenntnissen als Jugendbegleiter gewinnen möchte.

Die Qualität stand auch beim zweiten größeren Diskussionspunkt im Vordergrund. Prof. Hempfer stellt die Forderung des Sports vor, dass nicht der einzelne Jugendbegleiter im Sport alleiniger Vertragspartner mit der Schule werden darf, sondern dass der dahinterstehende Sportverein beteiligt sein muss.

Dies hat zum einen die Sicherheit, dass neben der Formalqualifikation die Einschätzung des **Sportvereines als Filter** dienen kann. Des weiteren kann nur der Verein die geforderte Verbindlichkeit für zumindest ein Schulhalbjahr sicherstellen, z.B. bei Krankheit des Jugendbegleiters.

Auch diese Forderung trifft auf einhellige Zustimmung.

Die **Honorierung der Jugendbegleiter** löst eine weitere intensive Diskussion aus. Man ist sich gleich zu Beginn einig, dass die angebotenen 1,80€/Unterrichtsstunde als Anreiz nicht ausreichen würden. Herr Hempfer betont, dass die Finanzierung eine Angelegenheit des Landes, der Schule, des Sportbundes, der Schulvereine und der Eltern sei. In Baden-Württemberg hat der Sport entschieden, dass die zur Verfügung stehenden Mittel im Rahmen von „Kooperation Schule-Verein“ dem Jugendbegleiterprogramm im Sport zur Verfügung gestellt werden. Zugleich ist man sich einig, dass auch die Kommunen einen gewissen Beitrag zu entrichten haben. Die finanzielle Beteiligung von Eltern wird sehr kritisch gesehen.

Insgesamt ist man sich einig, dass die Kooperation auf Ebene der Kommunen geplant und gelebt werden muss. Voraussetzung für ein gelingendes Projekt sind jedoch die notwendigen Rahmenbedingungen, welche die Politik sicher zu stellen hat. Einstimmig ist die Position, dass der Jugendbegleiter nur ein kleines Segment im Bereich der Ganztageschule sein kann. Die Politik muß sicherstellen, dass die Anzahl der hauptamtlichen Kräfte an Schulen (Lehrer, Schulsozialarbeiter) deutlich erhöht wird.

AG

Wirtschaft – ein Partner für die Schule?

Christopher Schlegel

wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für angewandte Forschung an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Soziales Ravensburg Weingarten im Modellprojekt „Unternehmen BE“

Einführende Referate

Dr. Martina Wegener, wissenschaftliche Projektbereichsleiterin Zentrum für zivilgesellschaftliche Forschung, ev. Fachhochschule Freiburg

Frau Wegener leitet die heutige Diskussion um innovative „Einmischung“ und „Mitwirkung“ von Wirtschaftsunternehmen an gesellschaftlichen Fragestellungen insbesondere auch an Bildungsprozessen aus den gesellschaftlichen Diskursen um nachhaltige Entwicklung (Rio, Bundandts-Bericht Stockholm, EU-gümbuch) ab.

Sie stellt anschließend die CC-Studie des Landes Baden-Württemberg anhand verschiedener Tabellen vor und verweist vor allem auf die Rolle von Bildung und Ausbildung beim unternehmerischen Engagement. Anhand von drei Beispielen (August Faller AG Freiburg; Boston Consulting Group, Siemens AG) erläutert sie die Breite des unternehmerischen Engagements und seinen Wert für den Bildungssektor und die Unternehmen.

Beate Schulz von der Kanzlei Schulz & Partner, Rottenburg, berichtet über die Aktivitäten ihrer Kanzlei gemeinsam mit der Kontaktstelle für Bürgerengagement der Stadt Rottenburg. Die an diesem betrieblichen Bündnis für Schulen beteiligten Unternehmen stellen ihr Know-How den Schulen für den Unterricht zur Verfügung. Dabei geht es um Themen, die den Schulen das Handeln von Wirtschaft näher bringen sollen, z.B. Selbständigkeit, Standortüberlegungen, Preiskalkulation, was macht ein Wirtschaftsprüfer usw. Das seit etwa einem halben Jahr laufende Projekt hat schon 12 Unterrichtseinheiten „geliefert“. Die Erfahrung zeigt, dass

die Unternehmen bereit sind, mitzuwirken, die Schulen sich schwer tun, das Angebot anzunehmen und im Unterricht einzubauen, es einen Impulsgeber für ein solches Projekt braucht, der an neutraler Stelle sitzt. Positiv wird der Impuls von der Stadt erlebt.

Stefan Küpper, Geschäftsführer des Verbands der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V.-Südwestmetall und Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft stellt die Aktivitäten des Verbands der Elektroindustrie bzw. der dort entwickelten LAG Schule – Wirtschaft vor. Das Netzwerk von Unternehmen bietet Schulen unterschiedliche Formen der Weiterbildung an: Herbstakademie Qualitätsentwicklung, Thema: Führung in einer lernenden Schulorganisation, Physik und Kunst, IT-Ferienakademie, Führung in einer lernenden Schulorganisation

Ferner Wettbewerbe wie den Schulpreis Ökonomie für Gymnasien, den Preis Hauptschule – Wirtschaft, den Junior-Landeswettbewerb.

Dazu kommt eine ganze Reihe von Projekten wie:

Qualitätszentrierte Schulentwicklung, Berufsvorbereitung, Förderung der Ausbildungsreife, Schulfirmen (JUNIOR), Schule – Ingenieur – Akademie (SIA), ökonomische Bildung – online (ÖBO).

Die Organisation hat auch die Kooperationsvereinbarung zum Jugendbegleiter unterzeichnet.

Die anschließende **Diskussion** erbrachte folgende Zwischenergebnisse:

Das Bündnis Schule und Wirtschaft ist in Baden-Württemberg ein Traditionsbündnis. Wie intensiv es bisher allerdings an Schulen umgesetzt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wer Schulen alles Unterstützung bietet, ist / scheint nicht transparent (einzelne Be-

triebe, Verbände, Kammern.....).

Fast immer tun sich einzelne Schulen schwer, auf (einzelne) Betriebe zuzugehen. Es braucht gewichtige **Moderatoren auf der lokalen Ebene**, die im Sinne eines Vermittlers und Koordinators Zusammenarbeit anstoßen und moderieren.

Anhand einiger kleiner Beispiele hat sich gezeigt, dass es interessante **Modellkooperationen** im Land gibt.

Frage:

Wer könnte diese zusammenfassen, um diese guten Beispiele anderen zugänglich zu machen? Braucht es hierzu eine Internetplattform? Wer könnte sich dauerhaft um eine solche Best Practise Sammlung kümmern?

Es folgen die inhaltlichen Inputs der AG.

Input

Landesarbeitsgemeinschaft **SCHULEWIRTSCHAFT**:



Stefan Küpper

Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V.-Südwestmetall und Landesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft

Landesarbeitsgemeinschaft **SCHULEWIRTSCHAFT**:

Damit Schülerinnen und Schüler einen guten Einstieg ins Arbeitsleben finden, haben sich Lehrerinnen und Lehrer sowie Fachleute aus der Wirtschaft in Arbeitskreisen **SCHULEWIRTSCHAFT** zusammengefunden. Die von der Landesvereinigung der Baden-Württembergischen Arbeitgeberverbände e. V. getragene, vom Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V. – Südwestmetall – geförderte Landesarbeitsgemeinschaft **SCHULEWIRTSCHAFT** vertritt 38 regionale Arbeitskreise in Baden-Württemberg. Durch Projekte, Veranstaltungen und Seminare liefert sie Impul-

se für Schulen, Schulverwaltung und Unternehmen. Außerdem arbeitet sie in der „Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT“ mit.

Aktuelle Herausforderungen:

- ganzheitliche pädagogische Konzepte von Ganztagsangeboten
- frühzeitige Förderung von mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Interessen und Begabungen/Hochbegabungen
- bundesweite, klare und verbindliche Leistungsstandards und ihre regelmäßige Überprüfung in den Schulen
- systematisches Qualitätsmanagement und kontinuierliche Qualitätsverbesserung in den Bildungseinrichtungen
- mehr Selbstständigkeit für Schulen und Hochschulen

SCHULEWIRTSCHAFT Handlungsfelder:

- Qualitätsentwicklung/Schulentwicklung
- Berufs- und Studienorientierung/Ausbildungsreife
- MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik)
- Ökonomische Bildung
- Hauptschule

Angebote:

1. Jahrestagungen

2. Fortbildungen

- „Führung in einer lernenden Schulorganisation“
- Qualitätsentwicklung – Herbstakademie
- „Ewige Faszination der Mathematik“
- „Physik und Kunst“
- IT-Ferienakademie

3. Wettbewerbe

- Schulpreis Ökonomie
- Wissenschaftspreis Hauptschule/Wirtschaft
- JUNIOR-Landeswettbewerb

4. Projekte

QZS – Qualitätszentrierte Schulentwicklung

Zielsetzung:

- Qualitätsverbesserung schulischer Bildung, damit der zukünftige Fachkräfte-

nachwuchs, ausgehend von einem soliden Bildungsniveau, Innovationen gestalten kann

- Einführung von Qualitätsmanagementsystemen an Schulen mit Unterstützung betrieblicher Experten
- Entwicklung und Verbreitung eines „Leitfadens zur qualitätszentrierten Schulentwicklung“
- Entwicklung eines Qualifizierungskonzeptes

Umsetzung:

- Bildung von schulinternen Qualitätsteams
- Kooperation mit Prozessbegleitern aus der Wirtschaft
- Kooperation mit schulischen Prozessbegleitern
- Entwicklung eines schulspezifischen Qualitätsmanagementsystems
- Interne Evaluation

JUNIOR - Junge Unternehmen initiieren - organisieren - realisieren

Zielsetzung:

- Förderung unternehmerischen Denkens und Handelns zur Stärkung der ökonomischen Bildung als ein Bestandteil der Allgemeinbildung
- Einblicke in die Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft geben
- Unterstützung der Berufs- und Studienorientierung

Umsetzung:

- Gründung einer Schülerfirma für den Zeitraum eines Schuljahres
- Entwicklung einer Geschäftsidee
- Geschäftstätigkeit, Teilnahme an Messen
- Durchführung von Aktionärsversammlungen
- Teilnahme an Landes- und Bundeswettbewerben

SIA – Schüler-Ingenieur-Akademie

Zielsetzung:

- Gewinnung von hochqualifiziertem Nachwuchs im Ingenieurbereich
- Einführung Methoden neuen Lernens im Bereich Naturwissenschaften und Technik an Gymnasien
- Vernetzung von Gymnasium-Hochschule-Unternehmen

Umsetzung:

- Bildung und Betreuung von Netzwerken Gymnasium-Hochschule-Unternehmen
- Durchführung von Projekten in einem Zeitraum von 2-4 Semester

- Individuelle Förderung von Schlüsselqualifikationen
- Öffentliche Abschlussveranstaltung mit Zertifikatsübergabe

ÖBO – Ökonomische Bildung - online

Zielsetzung:

- Verbesserung der ökonomischen Bildung an Gymnasien, damit spätere Entscheidungsträger über grundlegende Kenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge verfügen
- Unterstützung der landesweiten Einführung des Neigungsfaches „Wirtschaft“

Zielgruppe:

- angehende Gymnasiallehrer für das Neigungsfach „Wirtschaft“

Umsetzung:

- Gestaltung der Präsenzphasen des Kontaktstudiums „Ökonomie-Online“ im Rahmen der Lehrerfortbildung für das Neigungsfach „Wirtschaft“ mit Experten aus der betrieblichen Praxis

SchuB – Schule und Betrieb

Zielsetzung:

- Angleichung der geforderten Leistungsstandards der Betriebe mit den Standards der Hauptschule unter Berücksichtigung regionaler und zeitlicher Rahmenbedingungen.

Umsetzung:

- Anforderungen der Betriebe in den Berufsfeldern der Metall- und Elektroindustrie im Auswahlverfahren und der Ausbildung feststellen
- Leistungsprofile von Hauptschüler/innen in Schule und Betrieb feststellen
- Hinweise zur Optimierung betrieblicher Einstellungsinstrumente gewinnen
- Entwicklung von Unterrichtsmodulen für die Fächer Deutsch und Mathematik

Input

Wirtschaft macht Schule in Rottenburg

Beate Schulz
Kanzlei
Schulz&Partner



Im Frühjahr 2005 haben erste Gespräche zu diesem Projekt zwischen der Stabsstelle des Bürgerschaftlichen Engagements der Stadt Rottenburg und mir als Mitarbeiterin von Schulz & Partner stattgefunden. Später kam ein Lehrer des Gymnasiums dazu, dieser unterrichtet das Neigungsfach Wirtschaft.

Unsere Überlegungen habe dazu geführt, dass wir ein gemeinsames Schreiben der Initiatoren an mögliche interessierte Unternehmen der Stadt Rottenburg versendet haben. Unterzeichnet wurde dieses vom Oberbürgermeister der Stadt Rottenburg, einer Schulleiterin als Stellvertreterin für alle Gymnasien und mir als Vertreterin der Unternehmerseite.

Mit ein paar anschließenden Telefonaten konnten wir eine interessierte Gruppe an Unternehmen mit ca. 10 Firmen, darunter auch die ortsansässigen Banken verzeichnen. Alle Unternehmen, die Schulleiterin und der Vertreter der Stadt Rottenburg haben sich dann zu weiteren Gesprächen getroffen, um die Vorgehensweise zu besprechen. Die Leitung der Gespräche und die Protokollführung lag in der Verantwortung des Vertreters der Stadt.

Im Oktober 2005 wurde unser Projekt im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung unter dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement“ einer Runde von ca. 200 Personen, darunter Lehrer, Vereinsvertreter, Unternehmen, Elternvertretern etc. vorgestellt. Danach wurde natürlich darüber in der Lokalpresse berichtet und die Projektgruppe hat eine zweiseitige Anzeige dazu veröffentlicht.

Und bereits im Januar 2006 konnte der erste Unterricht in der Schule abgehalten werden.

Anfängliche Schwierigkeiten:

- Lehrer und Schule zum zuhören und mitmachen zu bewegen
- Die sehr langfristige Planung der Schule mit den eher kurzfristigen Planungen der Unternehmen in Einklang zu bringen

Warum wir glaubten, dass es so funktionieren könnte:

- Wir haben aktiv mit dem Titel „Rotenburger Unternehmen für Rotenburger Schulen“ geworben
- Wir konnten in der Kombination von Stadt und Unternehmen ein breites Interesse bei den Firmen wecken
- Dadurch, dass die Unternehmer aus Ihrer täglichen Arbeit berichten können, ist keine zu lange und aufwändige Vorbereitungszeit notwendig, was hinderlich sein könnte für eine dauerhafte Mitwirkung
- Die Lehrer können den Lernstoff vermitteln und den Besuch des Unternehmers vorbereiten und integrieren
- Wir haben für alle Beteiligten einen Feedbackbogen ausgearbeitet, der uns eine ständige „Überwachung“ und falls notwendig eine erforderliche Korrektur unseres Kurses ermöglicht
- Wir, die beteiligten Unternehmen und Schulvertreter sowie der Vertreter der Stadt treffen sich regelmäßig zum Austausch und kreieren von neuen Ideen bzw. Kurskorrekturen etc.
- Wir berichten in regelmäßigen Abständen in der Lokalpresse und im Internet auf der Seite des Bürger-schaftlichen Engagement von unserer Arbeit
(www.unterbuergern.de)

Weiteres Vorgehen:

Wir möchten nun auch Unternehmen für Realschulen und Hauptschulen gewinnen und auch diesen Schülern einen Unterricht mit Unternehmern anbieten
Dazu werden wir produzierende Unternehmen und Handwerker ansprechen und

versuchen, diese für unser Projekt zu interessieren

AG Jugendarbeit und Schule: Von der Kooperation zur (regionalen) Bildungspartnerschaft

Udo Wenzl

Landesjugendring Baden-Württemberg

Moderator der AG

Kooperationen von Schulen mit der Jugendarbeit können für Kinder, Jugendlichen, für die Lehrkräfte und für die MitarbeiterInnen der Jugendarbeit eine Bereicherung sein. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen und Gespräche mit Verantwortlichen aus dem Bereich der Schule, dass für viele die Jugendarbeit und ihre Angebote noch ein „Buch mit sieben Siegeln“ sind. Wie von Seiten der Jugendarbeit bestehen auch von Seiten der Schule häufig Vorurteile, Missverständnisse und darauf basierend falsche Erwartungen. Für Schulen sind die Möglichkeiten zur Kooperation mit externen Partnern durch die neuen Bildungspläne prinzipiell gegeben und erwünscht. So sieht beispielsweise der Bildungsplan von Baden-Württemberg vor, dass zwei Drittel des Curriculums je nach Schulart festgelegt sind und ein Drittel im Sinne eines „Schulcurriculums“ frei gestaltet werden kann. In den letzten Jahren haben sich unterschiedlichste Kooperationsprojekte entwickelt, die im schulischen Alltag verankert sind. Folgende Punkte müssen jedoch auf struktureller Ebene beachtet werden, damit eine Kooperation erfolgreich und dauerhaft verankert werden kann: Schule muss Ressourcen (vor allem Stundenpotenziale für LehrerInnen) zur Verfügung stellen, damit die Qualität gemeinsamer Projekte gewährleistet werden kann. Zudem müssen Projekte langfristig angelegt sein, da die Motivation von Schulen zur Investition in Kooperationsprojekte dann steigt, wenn Verbesserungen sichtbar werden, was wiederum erst mit zunehmender Projektlaufzeit der Fall ist. Darüber hinaus muss Schule Systemveränderungen zulassen, da sonst die Gefahr einer Instrumentalisierung von Jugendarbeit besteht.

Kooperationen können Grundlage für die Entwicklung einer Bildungspartnerschaft sein, denn Bildungspartnerschaften sind auf Dauer angelegte Partnerschaften. Hierbei geht es um die Erreichung einer umfassenden Vernetzung und Kooperation von Bildungspartnern in einem Stadtteil, einer Gemeinde oder einer Region, die mit einem ganzheitlichen Bildungsverständnis junge Menschen umfassend fördern wollen und verschiedene Orte des Lernens anerkennen. Auch informelle, nicht-beeinflussbare Lernorte finden Anerkennung und geben Jugendlichen wieder Frei- und Experimentierräume in einer zunehmend alternden Gesellschaft.

Die aktuelle Entwicklung und Diskussion um den Jugendbegleiter ist derzeit im Blick von rund 200 Projektschulen in Baden-Württemberg. Diese Entwicklung führt gerade dazu, dass die BildungsakteurInnen im kommunalen Raum wenig Chancen haben, eine wirklich vernetzte Bildungspartnerschaft zu entwickeln. Es scheint, dass es an Dialogplattformen noch fehlt und ein grundlegender Kontakt zwischen den AkteurInnen erstmal hergestellt werden muss. Dieser Kontakt könnte aber genau die Grundlage für die Entwicklung einer Bildungspartnerschaft sein, in der die Profile der einzelnen AkteurInnen erkennbar sind und ein gemeinsames Verständnis von Bildung entwickelt werden kann. Die grundlegende Sorge gerade von ehrenamtlichen JugendarbeiterInnen, dass sie von der Schule vereinnahmt werden muss hierbei ernst genommen werden.

Die **Schule** ist nicht mehr so, wie sie vor wenigen Jahren noch war. Durch die neuen Bildungspläne im ganzen Land und die Einrichtung einzelner Ganztageschulen hat sie sich stark verändert. Sie steht allerdings auch verstärkt unter Druck sich zu verändern. Schule äußert immer öfter den Wunsch nach Unterstützung. Die Unterstützung soll meistens dazu beitragen, dass sich das soziale Klima in der Schule und dem Stadtteil oder der Gemeinde verbessert.

Die **Jugendarbeit** muss sich zu der „neuen“ Schule positionieren. Jugendarbeit muss abwägen, welche Möglichkeiten und welche Risiken eine Annäherung an das System Schule beinhaltet.

Input

Einrichtung regionaler Bildungspartnerschaften

Nanine Delmas

KVJS Baden-Württemberg, Landesjugendamt

1. Gemeinsame Bildungspartnerschaften – von der Vision zur Wirklichkeit

Im Zuge der neueren Bildungsdebatte ist immer wieder von „entgrenztem Lernen“ die Rede. Hierzu verbindet sich eine Assoziation einer Überwindung von Grenzen bisheriger Lernfelder- und -formen. Vormalig eher eng beschränkte Institutionen von Lernen, Aufwachsen, Erziehen und Bilden – wie etwa: Familie, Schule, Volkshochschule oder Betrieb – werden künftig durchlässiger agieren. Lernen und Bildung findet somit nicht mehr nur an einem Ort statt, sondern eben an vielen Orten.

Dies bedeutet, dass sich vormalig exklusive Lern-Monopole einzelner Instanzen auflösen, was sinnvollerweise zur Folge haben könnte, dass gemeinsam an Bildungsvorstellung an einem Ort gearbeitet wird. Hierbei wird es sicher notwendig, sich aus Sicht verschiedener Institutionen über einen Bildungsbegriff auszutauschen und zu verständigen.

Zusätzliche und neue Lernwelten und Lerngelegenheiten außerhalb von Schule geraten in das Blickfeld der Gesellschaft. Gemeinsam wird partnerschaftlich an einem möglichst bildungsanregenden Leben für Kinder und Jugendliche, aber auch erwachsene und ältere Menschen gedacht.

2. Zum Bildungsbegriff

3. Bildung bezeichnet Prozesse, in denen Individuen ihr Selbst- und Weltverständnis entwickeln und verändern, sich also nicht nur ein abrufbares, für die eigenen Orientierungen und Entscheidungen aber irrelevantes Wissen aneignen.
4. Bildung ist nicht mit Erfahrungslernen gleichzusetzen, denn erst dann, wenn eine reflektierende Auseinandersetzung mit Erfahrungen erfolgt, kann

sinnvoll von Bildung gesprochen werden.

- Bildung zielt auf die Befähigung zu bewussten Entscheidungen, die Entwicklung von Urteilsfähigkeit, die Steigerung von Reflexivität und damit auf die Befähigung zur Selbstbestimmung; Bildungsarbeit ist deshalb auf die Kritik von Stereotypen und Vorurteilen, die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten sowie die rationale Auseinandersetzung mit diesen ausgerichtet.
- 5. Bildung ist konstitutiv Selbstbildung, d.h. eine Eigenleistung des sich bildenden Subjekts, die pädagogisch anregt und unterstützt, aber nicht erzwungen werden kann.
- 6. Für die Jugendarbeit sind solche Bildungsthematiken von zentraler Bedeutung, in denen sich Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung mit gesellschaftspolitischen Dimensionen verschränken, also solche Themenkomplexe wie ‚Ausbildung, Arbeit und Beruf‘, ‚Sexualität und Gender‘, ‚Beziehungen und Familie‘, ‚religiöse Identität‘ oder ‚Fremdenfeindlichkeit und Rassismus‘.
- 7. Für Bildungsprozesse sind direkte und medial vermittelte Erfahrungen von Differenz von entscheidender Bedeutung, welche die Möglichkeit zur Auseinandersetzung damit eröffnen, dass die eigenen Gewissheiten, Überzeugungen, Selbstverständlichkeiten usw. keineswegs alternativlos und fraglos gültig sind, von entscheidender Bedeutung.
- Bildung ist also von Erziehung als dem Versuch, Heranwachsenden bestimmte Lebensentwürfe, bestimmte Werte und Normen, bestimmte politische Orientierungen zu vermitteln, zu unterscheiden.
- Bildungserfahrungen sind nicht ausschließlich an pädagogisch absichtsvoll inszenierte Gelegenheitsstrukturen gebunden, sondern entfalten sich auch jenseits aller pädagogischen Arrangements auch in alltäglichen Erfahrungszusammenhängen, z.B. in

Gleichaltrigengruppe und in der Familie.

3. Ziele einer lokalen Bildungslandschaft

Erreichung einer umfassenden Vernetzung und Kooperation von Bildungspartnern in einer Region, die mit einem ganzheitlichen Bildungsverständnis junge Menschen umfassend fördern wollen und verschiedene Orte des Lernens anerkennen. Auch informelle, nicht-beeinflussbare Lernorte finden Anerkennung und geben Jugendlichen wieder Frei- und Experimentierräume in einer zunehmend alternden Gesellschaft. Eine Investition in die Zukunft von Kindern und Jugendlichen wird selbstverständlich.

Eine vernetzte Bildungslandschaft könnte

- *die Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen an einem Ort verbessern*
- *auch informelle (lebensweltorientierte) Lernsituationen als Bildungsanregungen bekannt machen und die öffentliche Anerkennung des informellen Lernens steigern*
- *Jugendliche umfassender in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zur Selbstbestimmung unterstützen und eine Selbstbildung eher ermöglichen*
- *alle Institutionen bezüglich ihres Bildungsverständnisses wechselseitig bereichern*
- *die Schulen für sozialpädagogische Bildungsprozesse sensibilisieren, und so auch die Bildungsqualität in Schule und anderen Lerninstitutionen verändern.*
- *Öffnung der Schule zur Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ermöglichen.*
- *die Übergänge zwischen Kita, Schule und der Einmündung in den Beruf erleichtern.*
- *berufliche Einstiegsmöglichkeiten verbessern*
- *die Politik dazu animieren, Bildung als Investition zu begreifen*
- *einen Standortfaktorvorteil für Familien und die Zuwanderung von jungen Menschen sichern.*

- *flächendeckende Bildungsangebote ermöglichen*

Wenn Familie, Schule, Institutionen der Jugendhilfe u.a. auch die Jugendarbeit zwar eigene Zugänge zu Lerngelegenheiten von Kindern und Jugendlichen haben, diese Lerngelegenheiten ihrerseits aber eher selbstreferentiell ausgerichtet sind (also auf das System bezogen sind) und sich daher schwer mit der Entgrenzung tun, dann könnten Bildungspartnerschaften einen ganzheitlichen Bildungsansatz unterstützen.

Diese Sozialisationsfelder sind allerdings dahingehend eingeschränkt, als dass Kinder und Jugendliche auch an nichtbeeinflussbaren Orten lernen nämlich in Peergruppen, ihren Lebenswelten, durch Medien, Werbung etc., also an Orten, die Pädagogik nur bedingt beeinflussen kann und sollte.

Möchte man sich gemeinsam an regionale Bildungspartnerschaften wagen, so ist es notwendig, sich zunächst seines eigenen Bildungsverständnisses bewusst zu sein und dies den Partnern zu erklären. Wenn dann in einem weiteren Schritt gemeinsam gedacht wird, wie Bildungspartnerschaften in Projektform entstehen können, dann ist zu bedenken, dass man durch seine „Institutionenbrille“ jeweils wieder spezifische Zugänge hat, die gleichzeitig wieder blind machen für anderen Faktoren außerhalb der Bildungspartnerschaft.

Im Sinne eines umfassenden Bildungsverständnisses ist die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Lernorte in einem Sozialisationsraum bzw. einer Region erforderlich und hieran soll nun angesetzt werden. Eine solche Vernetzung fördert das Lernen in Lebenszusammenhängen durch Erfahrungsbezug. Es trägt dazu bei, die Aufsplitterung unterschiedlicher Lernportionen durch übergreifendes Lernen aufzuweichen und lebensnah zu gestalten. Dennoch können Kinder und Jugendliche nicht nur unter dem Fokus von Lernen und Bildung betrachtet werden, sie brauchen auch mal eine Pause und Freizeit, in der wichtige lebensrelevante Dinge geschehen, die wiederum

Voraussetzung sein können, um neugierig auf Neues und anderes zu werden.

AG Schulfördervereine – Kompetenz und Ressourcen für die Schule

Angelika Wünsch

stellv. Vorsitzende Landesverband der Schulfördervereine Baden-Württemberg e.V.

Moderatorin der AG

Anne Kreim

Vorsitzende Landesverband der Schulfördervereine Baden-Württemberg e.V. (LSFV-BW)

Inputgeberin der AG



Für die Arbeitsgruppe haben sich vier Teilnehmer angemeldet mit einem sehr unterschiedlichen Erfahrungshorizont. So war zum einen die Neugründung von Schulfördervereinen ein Thema, wie auch der Betrieb einer Mensa im Ehrenamt.

Frau Kreim stellte den Landesverband der Schulfördervereine Baden-Württemberg vor. Anschließend hielt sie einen sehr interessanten Vortrag über die Bedeutung von Schulfördervereinen, deren Aufgaben in früheren Jahren und heute. Viele Schulfördervereine haben einen Wandel vom Geldgeber für Sachleistungen hin zu einem Arbeitgeber für Dienstleistungen vollzogen oder sind im Begriff dazu. In der Diskussion wurde deutlich, dass Ehrenamt eingefordert werden kann, aber nur, wenn

sich ein partnerschaftliches Verhältnis zur Schule bildet.

Frau Kreim unterbrach ihren Vortrag häufig für Fragen und Diskussion. Der Workshop gestaltete sich so sehr lebhaft und alle Teilnehmer konnten ihre Themen und Fragen ansprechen und neue Anregungen mitnehmen.



Präsentation der AG am 20. Mai 2006

AG Dialog der Generationen: Senioren als Partner der Jugendlichen

Carmen Stadelhofer
Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZaWiW) der Universität Ulm

In der AG 11 wurden drei verschiedene Projekte vorgestellt:

Jordan Arnold-Sandmann, von der Justus-von-Liebig-Schule Mannheim stellte anhand eines Videos das Schulprojekt

„Mentor/innen coachen Jugendliche im Berufsvorbereitungsjahr“ vor.

Markus Marquard vom Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm präsentierte mit Powerpointunterstützung das Modellprojekt „Ulmer Netzwerk KOJALA- eine Kompetenzbörse für Jung und Alt im Lernaustausch“.

Chris Schäfer-Kirn vom SeniorenNet Stuttgart erläuterte anhand einer Powerpointpräsentation

„Generationsübergreifende Projekte“.

Im Anschluss an jede Präsentation erfolgte eine interessierte Nachfrage und punktuell auch Diskussion. Allerdings war die Zeit zu knapp, um einzelne Aspekte vertieft nachzufragen oder zu diskutieren.

Zum Schluss wurden zusammenfassend Kernaussagen formuliert, die von allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe als zentral angesehen wurden:

1. Alt-Jung – „die Chemie muss stimmen. Die **Beziehungsebene** wurde als entscheidender Faktor für das Gelingen des Alt-Jung-Dialogs betrachtet.

2. Den **Kompetenzen der Jugendlichen** muss mehr Entfaltungsraum gegeben werden. Im Dialog Alt-Jung müssen bewusst Methoden gesucht und angewandt werden, die den Jugendlichen die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten einzubringen.

3. Ein Zusammenspiel von **Kontinuität von guten Projekten und Innovation durch Modellprojekte** ist notwendig. Eine strukturelle Verankerung und finanzielle Sicherung von „good-practice-Projekten“ im Bereich „Dialog Alt-Jung“ muss gewährleistet sein, damit sie sich flächendeckend in ihrer Wirksamkeit entfalten können. Daneben soll es immer wieder Modellprojekte geben, deren Aufgabe es ist, durch zeitbegrenzte Förderung neue Konstellationen und Methoden zu erproben. Bei durchschlagendem Erfolg sollten sie dann in den Bereich etablierter „good practice-Projekte“ überführt werden.

4. Es besteht ein deutlich formulierter Bedarf an einer **Plattform von „good-practice-Projekten“**. Sie soll der gegenseitigen Information und der Möglichkeit des unkomplizierten gegenseitigen Austauschs dienen.

5. Gute Partner/innen (Senior/innen, Lehrer/innen, Schülermentor/innen) brauchen gute **Beratung, Begleitung und Qualifizierung**. Sie muss durch eine Servicestelle und qualitativ gute Weiterbildungsangebote gesichert sein. Beratung, Begleitung und Qualifizierung sind wichtige Elemente einer **Anerkennungskultur**, die als zentraler Faktor für die Motivation und Motivierung der Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen gesehen wird.

Im Anschluss folgt das inhaltliche Input von Frau Schäfer-Kirn.

Input –

Bericht über die generationen-übergreifenden Aktivitäten des SeniorenNets Stuttgart



Chris Schäfer-Kirn
Leitungsteam SeniorenNet Stuttgart

Das SeniorenNet ist eine **Interessengemeinschaft** mit dem Ziel, Seniorinnen und Senioren ab Fünfzig den Einstieg in den Umgang mit dem Internet zu erleichtern und sie allgemein mit dem Computer vertraut zu machen. Sie bietet außerdem erfahrenen Computer/Internetnutzern Gelegenheit, ihr Wissen und Können einzubringen.

Von der Stadt Stuttgart wurde dem SeniorenNet, zusammen mit dem Jugendhaus Heslach, ein Computerraum zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung gestellt. Aus dieser Kooperation heraus entstanden einige generationenübergreifende Projekte unter dem Motto. **Alt trifft jung**

Die Angebote des Jugendhauses werden vorwiegend von ausländischen Jugendlichen genutzt.

Hieraus ergab sich das erste Projekt: **Senioren helfen** den Jugendlichen bei Bewerbungen, Referaten, Recherchen im Internet.

Diese Hilfe ist besonders in der „Bewerbungszeit“ oder vor den Zeugnissen gefragt.

Auch das umgekehrte Projekt: **Jugendliche helfen** Senioren zeigte positive Ergebnisse. Jugendliche kommen zum „Betreuten Surfen“ in den Computerraum und helfen einzelnen Senioren beim Surfen oder bei Anwendung verschiedener Programme.

Gelegentlich findet ein gemeinsamer **Spielesachmittag** statt. z.B. wurde mit den Jugendlichen am Computer eine Version von „wer wird Millionär“ gespielt.

Dabei war es uns wichtig, dass nicht Jugendliche **gegen** die Senioren spielten. In Zweiergruppen Jung/Alt sollte sich das Team gegenseitig helfen.

Allen hat es viel Spaß gemacht.

An Tagen der „**offenen Tür**“ präsentieren sich Jugendhaus und SeniorenNet gemeinsam.

Aus Anlass der 50-jährigen Städtepartnerschaft Stuttgart-Cardiff entstand eine sehr eindrucksvolle **Powerpointpräsentation**. Jugendliche und Senioren stellten ihre Lieblingsplätze in Stuttgart vor.

Jedes Jahr veranstaltet der Jugendhausverein in den einzelnen Stadtteilen eine **Kinderkunsttour** für Kinder zwischen drei und sechzehn Jahren. Auch hier ist die Mithilfe der Senioren sehr gefragt.

Ein kontinuierliches Projekt, **MAKS** genannt, fand außerhalb der gemeinsamen Arbeit mit dem Jugendhaus, aber im Stadtteil statt. In Zusammenarbeit mit der Landesmedienzentrale arbeiteten sechs Senioren über ein Jahr mit einer Gruppe Kindergartenkindern aus verschiedenen Nationen.

Ziel war es, die Kinder mit der Digitalkamera und dem Laptop bekannt zu machen

und sie zu einer sinnvollen Nutzung dieser Medien anzuregen. Eine ausführliche Dokumentation dieses Projekts ist unter www.mediaculture-online.de und dort über MAKS zu finden.

Die generationenübergreifende Arbeit des Seniorennets versteht sich nicht als ein groß angelegtes, organisiertes Projekt mit konkreten Zielrichtungen und Dokumentationen.

Unser „Ziel“ besteht darin, sich in einer lockeren Zusammenarbeit mit dem Jugendhaus

gegenseitig zu ergänzen, zu helfen und gemeinsam Spaß zu haben.

Wir sind offen für alles, was sich aus der Situation ergibt.

AG Interkulturelles Lernen, Partizipation und Integration durch bürgerschaftliches Engagement von und mit MigrantInnen in der Schule

Input Projekt „Startklar“

Claudia Grimaldi

Stuttgart, Projekt „Startklar“

Hauptschüler trainieren für ihren Einstieg ins Berufsleben mit SeniorPartnern

Was will STARTklar:

- Berufserfahrene SeniorPartner unterstützen Schüler der Klassen 8 und 9 bei der Vorbereitung auf das Berufsleben. SeniorPartner sind Menschen im Ruhestand, die auf ein langes Berufsleben zurückgreifen können. Sie sind abgeklärt, lebenserfahren und neutrale Vertrauenspersonen.
- Die fehlende Ausbildungsreife und Ausbildungsfähigkeit der Hauptschulabgänger wird von den Ausbildungsbetrieben oft beklagt. Das Ziel des Projektes ist es, die Jugendlichen dahingehend zu unterstützen.
- Um die Chancengleichheit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern, führt die Stabsabteilung für Integrationspolitik der Landeshaupt-

stadt Stuttgart Projekte an Hauptschulen durch.

Was macht STARTklar?

- Es werden gemeinsame Seminartage mit den Schülern und ihren SeniorPartnern durchgeführt, wo die Schüler ihre Stärken und Schwächen herausfinden, Berufsfelder kennen lernen, zielgerichtetes Bewerbungsschreiben und Vorstellungsgespräche einüben
- Die SeniorPartner kümmern sich um Betriebsbesichtigungen für ihre Schülergruppe und besuchen ihre Schüler im Praktikum
- Die SeniorPartner unterstützen ihre Schüler individuell bei alltäglichen Themen und beim Bewerbungen schreiben.

Was bewirkt STARTklar?

- Die Schüler lernen in der Auseinandersetzung mit den SeniorPartnern Teamarbeit, gewinnen an Selbstsicherheit, verbessern ihre Sprach- und Ausdrucksfähigkeit und kommen in Kontakt mit der Arbeitswelt
- Die SeniorPartner vermitteln ihnen Werte, die für das Berufsleben unabdingbar sind, wie Höflichkeit, Zuverlässigkeit, Sicherheit im Auftreten, selbstkritisches Verhalten usw.

Wer ist STARTklar?

- 1) Die Schülerinnen und Schüler sind die Hauptpersonen des Projekts.
- 2+3) Die IHK Region Stuttgart und die Stabsabteilung für Integrationspolitik der Stadt Stuttgart sind die Projektträger, dabei ist die IHK für den Kontakt zu Betrieben zuständig.
- 4) Die SeniorPartner sind das Standbein des Projekts.
- 5) Die Lehrer sind wichtige Kontaktpersonen, da sie ihre Schüler am besten kennen und wissen, wo ihr Unterricht ergänzt werden kann.
- 6) Die Eltern sind wichtige Kooperationspartner der SeniorPartner, allerdings ist der Kontakt unterschiedlich intensiv, da manche Eltern keinen Kontakt wünschen.

Welche Wirkung hat STARTklar bisher?

Die offizielle Evaluation des Projekts wird derzeit durchgeführt, allerdings gibt es noch keine Ergebnisse in Zahlen, da der erste Durchgang erst nach diesem Schuljahr endet, aber

- Schulleiter berichten über bessere Umgangsformen in der Schule
- Klassenlehrer berichten, dass sie beim Thema OiB entlastet werden
- Schüler berichten, dass die Senior-Partner bei der Berufswahl wichtigere Partner sind als Eltern oder die Agentur für Arbeit
- SeniorPartner berichten, dass ein Großteil der Schüler nach der Hauptschule eine Perspektive hat, die den jeweiligen Fähigkeiten und Wünschen entspricht
- Betriebe berichten, dass es positiv ist, dass die Schüler begleitet werden.

Input

Das Interkulturelle Kinderhaus UlmIKU

Andrea Göpel-Traub

ein Projekt im
Arbeitskreis Ausländische Kinder
in Kooperation mit dem Evangelischen
Migrationsdienst Ulm
für alle Ulmer Kinder

Jahresbericht 2005

Träger:	Arbeitskreis Ausländische Kinder e.V. (AAK e.V.) in Kooperation mit dem Evangelischen Migrationsdienst in Württemberg e.V.
Leitung:	Andrea Göpel-Traub (Vorsitzende) Dieter Albert (Overhead) Johannes Jann (Hauptamtlicher Mitarbeiter)
Anschrift:	Frauenstraße 134, 89073 Ulm Tel.: 0731-610198 Email: iku-aak@arcor.de

Gefördert und unterstützt durch:
Diakonie-Spendenfond,
Stadt Ulm,
Ulmer Bürgerstiftung, Aktion
100.000/Ulmer hilft
Sponsoren, Spenden

Der AAK e.V. wurde 1978 an der Volkshochschule Ulm gegründet und besteht seit 1981 als eigenständiger, eingetragener und gemeinnütziger Verein. Er betreut derzeit ca. 300 ausländische und ausgesiedelte Kinder im Vereinszentrum in der Frauenstraße 134 in Ulm als offener Treff sowie in neun Außenstellen verteilt im ganzen Stadtgebiet Ulm.

Ziel und Zweck des AAK e.V. ist es, ausländischen und ausgesiedelten Kindern (Migranten) bei ihren vielfältigen Problemen zu helfen, ihre persönliche und soziale Entwicklung zu fördern und sie bei der Eingliederung in unsere Gesellschaft zu unterstützen.

Mit dem Projekt „Interkulturelles Kinderhaus Ulm“, dessen Anfänge im Oktober 1999 liegen, schaffte der AAK e.V. eine wichtige Ergänzung und Erweiterung der Bildungs- und Integrationsarbeit in Ulm. Das Projekt fördert die schulische und soziale Entwicklung der Kinder neben der Hausaufgabenhilfe zusätzlich und nachhaltig. Es ist zu einem festen Bestandteil der Arbeit des AAK geworden.

Zielgruppe

- Ausländische, ausgesiedelte und Flüchtlingskinder im Alter von 6 – 12 Jahren
- Deutsche Kinder im Stadtteil Ulm-Ost und Innenstadt Ulm

Notwendigkeit des Projektes:

- Überrepräsentativer Anteil von Migrantenkindern an Haupt- und Förderschulen im Gegensatz zu weiterführenden Schulen und im Ausbildungsbereich
- In Grundschulen nicht kompensierbare Sprachdefizite. Folge: Kinder verlieren auch in anderen

Schulfächern den Anschluss und sind durch Zurückstellung und Wiederholung überaltert

- Fehlende Hilfe im Elternhaus aufgrund von Sprachdefiziten und/oder Berufstätigkeit
- Fehlendes positives Sprachvorbild; Folge: Deutsch und Muttersprache werden retardiert erlernt
- Gefahr einer neuen Form der Sprachlosigkeit
- Die Erfahrung im AAK zeigt, dass Hausaufgabenbetreuung allein nicht ausreicht, um die schwierige Situation der Migrantenkinder aufzufangen
- Das noch intensivere und weiterreichende Angebot für Migrantenkinder zur Unterstützung ihrer sprachlichen und sozialen Entwicklung ist nachweislich erfolgsversprechend und erhöht den Schulerfolg in die Integrationschancen gerade auch im Hinblick auf den Einstieg ins Berufsleben.

Ziele

- Sprachförderung
- der Erwerb von grundlegenden Fähigkeiten (Schlüsselqualifikationen), die zur Verbesserung der schulischen und späteren Ausbildung und Berufsfähigkeit der jungen Migranten erforderlich sind
- die Unterstützung bei der Ausbildung einer stabilen Identität innerhalb der Gesellschaft
- die Förderung der sozialen Kompetenz und der Entwicklung tragfähiger Beziehungen
- die Kooperation und Koordination zwischen den Bewohnern der Ost- und Kernstadt, insbesondere für die 6 – 12jährigen Kinder aller Nationalitäten
- die Vernetzung mit bestehenden Angeboten, insbesondere der Jugendsozialarbeit und der örtlichen Jugendarbeit, der Schulen und durch regionale Planungsgruppen führen dazu, dass sich

die Zukunftschancen der jungen Migrantinnen und Migranten unter Berücksichtigung ihrer alters- und geschlechtsspezifischen Besonderheiten verbessern.

Umsetzung

- Projekte mit Schwerpunkt Sprachförderung, z.B. Vorlesegruppen, Radiogruppe
- Kinderkonferenzen mit dem Ziel der Absprache, Festlegung und Durchsetzung klarer Regeln
- Eintritt, der durch im Hausaufgabenbereich gesammelte Punkte „bezahlt“ wird
- Projekte, die die Attraktivität des Kinderhauses und damit die Motivation für die gründliche Erledigung der Hausaufgaben erhöhen, z. B. Schwimmen, Sport, Tischtennisturniere, Ausflüge, Computerkurs, Discos, Kochen
- Umgehende Aufarbeitung von aktuellen Aggressionen, Auseinandersetzungen und Konflikten durch Gespräche und Vermittlung zwischen allen Beteiligten
- Präventive Maßnahmen bei sich abzeichnenden Konflikten zwischen Gruppen und einzelnen Kindern durch rechtzeitiges Thematisieren, Aufzeigen von konstruktiven Lösungswegen. Die Kinder sollen lernen, anständig und respektvoll miteinander umzugehen
- Einbindung in das soziale Geschehen des Stadtteils, z.B. durch Teilnahme an Besprechungen der Koordinierungsgruppe im Sozialraum Mitte/Ost und der Regionalen Planungsgruppe

- Enge Kooperation mit dem Evangelischen Migrationsdienst bzw. dem Diakonischen Werk sowie, zur Gewinnung von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, mit der Bürgeragentur Zebra

Präsentationen und Ergebnisse aus den Fachforen

Forum I Bildung – Perspektive der Vernetzung schulischer und außerschulischer Bildungsorte und –aktivitäten

Prof. Dr. Sigrid Kallfaß
Fachhochschule Ravensburg-Weingarten
Moderatorin der AG

Den Impuls für das Forum gab Dr. Ralf Vandamme vom Städtenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg mit folgenden Thesen:

1. Der „Pisa-Schock“ war kein kurzfristiges Ereignis wie ein vorüberziehendes Gewitter, sondern bleibt eine gesellschaftliche, politische und ökonomische Herausforderung, die über die Zukunftsfähigkeit des Landes, d.h. die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielräume entscheidet.
2. Bildung und Bildungsinhalte wandeln sich. Sie stehen dabei unter hohem ökonomischen Anpassungsdruck. Gleichzeitig erlebt Schule in der Vermittlung der erwünschten „weichen“ Bildungsinhalte einen Kontrollverlust.
3. Soziales Lernen funktioniert nur im Austausch mit bzw. in der Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement von SchülerInnen und mit SchülerInnen bietet daher ein ideales Lernfeld nicht nur für Soziales Lernen.
4. Bildung in außerschulischen Lernorten ist immer auch eine Konfrontation mit anderen „Kulturen“.
5. Bildung in jugendspezifischen Lernorten ist eine Ergänzung zu

Schule, die es weiterzuentwickeln gilt.

6. Außerschulische Bildung braucht vor Ort Infrastrukturen, Multiplikatoren. Diese sind nicht notwendig neu, sondern in Kooperation mit den bestehenden Infrastrukturen auszubauen!
7. Lokale Kooperationen sind auf Landesebene zu begleiten, um die Rahmenbedingungen weiterhin zu verbessern und mithilfe von Evaluationen und von Erfahrungsaustausch Entwicklungsimpulse zu geben.

Die anschließende **Expertendiskussion**, die zum zahlreichen Publikum hin geöffnet wurde, eröffnete die Moderatorin Frau Prof. Dr. Sigrid Kallfaß (Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und Hochschule Weingarten) mit der grundsätzlichen These:

Schulentwicklung ist immer auch Gemeindeentwicklung und Gemeindeentwicklung braucht die Schulentwicklung.

Frau Kallfaß moderierte sodann die Diskussion anhand von vier Blickrichtungen:

Die Trennung zwischen unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Formen der Beteiligung außerschulischer Akteure ist nicht hilfreich.

Kooperation von Schule und anderen Akteuren im Gemeinwesen braucht Unterstützung, Koordination, Pflege und Harmonisierung.

Mithilfe außerschulischer Akteure an Schule setzt auch ihre Beteiligung an Schulentwicklungsprozessen voraus.

Die Halbtagschule hat in unserer Gesellschaft eine einmalig starke Tradition von Jugendarbeit im Freizeitbereich ermöglicht. Diese Tradition lebt in und vielleicht auch von Nachschulzeit, die bei uns ausreichend vorhanden war. Wo nimmt diese Tradition künftig ihre Zeit her?

Die Diskussion der Thesen war sehr ausgewogen und konzentrierte sich auf vier Thesen:

These 1:

Vor allem die Jugendverbände, die beim Jugendleiterprogramm des Landes dabei sind, betonen die Notwendigkeit der Trennung von Schule = Unterricht = Aufgabe der Lehrer und nachschulischer freier Zeit in der Schule. Sie berufen sich auf ihren eigenen Auftrag und ihre Kompetenz der Jugendarbeit und der Freizeitarbeit. Vertreter der Wirtschaft stellen jedoch die vielen Möglichkeiten unterrichtlicher Zusammenarbeit in den Vordergrund und fordern nicht nur eine „ergänzte“ Schule, sondern neue Formen des Lernens auch im Unterricht.

These 2:

Grundsätzlich wird die Öffnung der Schule als Aufgabe der Schule angesehen, die sie jedoch lernen müsse (in Aus- und Fortbildung). Es wird beklagt, dass dieser Prozess nur schleppend vonstatten gehe. Eine Impulsgebung von außen z.B. durch einen „Schulentwickler“ oder „Gemeindeentwickler“ (wo auch immer dieser angesiedelt ist), wird zumindest für die Innovationsphase für notwendig gehalten.

These 3:

Nicht alle Akteure, die an und in der Schule anzubieten bereit sind, wollen mehr Einfluss oder gar Mitbestimmung.

These 4:

Die Vereine sehen ihre Zukunft unterschiedlich. Die anwesende Vertreterin des Sports betont, dass die Kooperation notwendig sei und auch Chancen biete. Jetzt, wo die Ganztageschule nicht mehr aufzuhalten sei, müsse die Werbung für den Verein in der Schule erfolgen. Ob die Vereinskultur überlebe, hänge von deren eigener Innovationsfähigkeit ab. Andere Vereinigungen äußerten sich weniger optimistisch.

Weitere Impulse:

Die Diskussion erbrachte weitere Aspekte. Auch einzelne, nicht verbandsgebundene

Ehrenamtliche können in die Schule nützliche Impulse eingeben. Hier aber müsse die Unterstützung und Qualitätssicherung noch überdacht werden. Die **Qualitätssicherung** sei Aufgabe der Schule. Die Unterstützung der bürgerschaftlichen Bereitschaft im Gemeinwesen, sich an und in Schule zu engagieren, müsse im Gemeinwesen durch entsprechende Infrastruktur gewährleistet sein. Bürgerbüros, Freiwilligenzentren, Anlaufstellen BE wären hier denkbare Formen.

Schule scheint mehr und mehr zum Anliegen vieler zu werden.

Es folgt das inhaltliche Input des Forums.

Input

Dr. Ralf Vandamme

Städtetag Baden-Württemberg

StädteNetzWerk Bürgerschaftliches Engagement

Sehr geehrte Damen und Herren, auch ich möchte Sie herzlich im Forum I begrüßen und freue mich auf die anschließende Diskussion.

Mein Anliegen ist, Anregungen für den anschließenden Fishbowl zu geben. Das Schöne an der Methode ist ja, dass auch Sie dies später tun können, indem Sie im Anschluss den freien Stuhl in der Runde nutzen.

Meinen Beitrag gliedere ich in 7 Thesen. These 1 lautet:

These 1:

Der „Pisa-Schock“ war kein kurzfristiges Ereignis wie ein vorüberziehendes Gewitter, sondern bleibt eine gesellschaftliche, politische und ökonomische Herausforderung, die über die Zukunftsfähigkeit des Landes, d.h. die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielräume entscheidet.

Am 15. Mai 2006 wurde wieder einmal eine Studie der OECD – basierend auf dem weltweiten PISA-Schultest – veröffentlicht. In der nachfolgenden Pressemitteilung heißt es dann, dass das deutsche Schulsystem wie kein anderes auf der

Welt bei der Förderung von Migrantenkindern versagt (Stuttgarter Zeitung vom 15.05.06).

Die Studie weist darauf hin, dass der Leistungsabstand zwischen einheimischen und Migrantenkindern dann besonders extrem ist, wenn in den Herkunftsfamilien nicht deutsch gesprochen wird. So liege ein 15-jähriger Schüler aus einer nicht deutsch sprechenden Migrantenfamilie in Mathematik im Schnitt drei Jahre hinter gleichaltrigen Einheimischen zurück.

Dieser Befund kennzeichnet nicht nur individuelles Schulversagen, sondern auch eine vorhersehbare soziale Desintegration. Wer keine Chance auf Bildungserfolg hat, ist für den qualifizierten Arbeitsmarkt verloren, aber auch kaum ohne weiteres in der Lage oder willens, soziale Verantwortung zu übernehmen und sich für andere und mit anderen zu engagieren.

Diese wenig schmeichelhafte Analyse des deutschen Schulsystems trifft selbstverständlich an einigen Orten stärker zu als an anderen. Insgesamt aber kann für Baden-Württemberg keine Entwarnung gegeben werden. Der Zusammenhang von mangelnder sprachlicher Kompetenz und Bildungsferne muss daher gesehen werden. Zu Recht betont Kultusminister Rau, dass Sprache der Schlüssel zu Bildung ist. Deshalb muss die vorschulische Sprachförderung zwingend weiter ausgebaut werden.

Sprache lässt sich aber nicht nur in Kursen lehren und lernen, Sprache muss gelebt werden. Die Sprachkompetenz der hier lebenden Menschen ist daher eine Aufgabe, die alle angeht, und die dauerhaft in Abstimmung mit und über Schule hinaus zu bewältigen ist.

These 2:

Bildung und Bildungsinhalte wandeln sich.

Sie stehen dabei unter hohem ökonomischem Anpassungsdruck. Gleichzeitig erlebt Schule in der Vermittlung der erwünschten „weichen“ Bildungsinhalte einen Kontrollverlust.

Die heutige Kommunikations-, Dienstleistungs-, Wissens-, oder Globalisierungsgesellschaft verlangt ganz spezifische Bildungsinhalte: Kommunikationsstärke, Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, die Fähigkeit und die Bereit-

schaft zu lebenslangem Lernen. Eben die ganze Palette der einstigen „weichen Faktoren“.

Das Problem mit diesen weichen Faktoren und Sozialen Kompetenzen ist jedoch, dass sie zwar heiß begehrt, aber nicht leicht und auf direktem Wege herstellbar sind. Teamfähigkeit lässt sich nicht auswendig lernen, sondern ist die Summe an positiv interpretierten Erfahrungen in Gruppen, ist die Fähigkeit, Frustrationen zu überwinden und anderen zu vertrauen. Ein solcher Lernprozess braucht Zeit, denn diese Erfahrungen und ihre Verarbeitung müssen langsam reifen und wachsen. Und diese Zeit muss man zulassen. Denn Sie wissen ja: Gras wächst auch nicht schneller, wenn man daran zieht.

Persönliche Reifeprozesse bringen noch eine weitere Schwierigkeit mit sich: Sie sind prinzipiell schwerer vorhersagbar als die traditionelle Wissensvermittlung formaler Bildungsinhalte oder Wissensbausteine. Bildung unter diesen Vorzeichen ist immer auch Persönlichkeitsbildung. Die Persönlichkeiten aber (bzw. die Menschen), das wissen wir alle, sind zum Teil sehr unterschiedlich.

Dadurch erlebt Schule einen institutionellen Kontrollverlust:

- ➔ Bildung als Persönlichkeitsbildung ist schwer vorhersehbar; schwer planbar und in ein Curriculum zu fassen
- ➔ Persönlichkeitsbildung kann nicht benotet werden, denn sie ist kaum standardisierbar;
- ➔ Jugendliche entscheiden mit, welche Bildungsinhalte ihnen persönlich und passend zu ihrer Biographie und ihren Beziehungen einleuchten und wie sie diese aufnehmen.
- ➔ Persönlichkeitsbildung ist nicht traditionell und im Frontalunterricht, der auch seine guten Seiten hat, herstellbar, sondern muss außerschulische Praxis und Bildungsorte mit einbeziehen. Das heißt, Schule muss mit Partnern kooperieren, die nicht den gleichen Regeln wie Schule unterliegen, die andere „Öffnungszeiten“ haben, andere Regeln, andere oder gar keine Sanktionsmöglichkeiten usw.

Dies alles bedeutet Kontrollverlust. Damit dies nicht auch zu Qualitätsverlust führt, müssen verlässliche Partnerschaften aufgebaut werden. Auch das braucht Zeit,

Ressourcen und fachliche, professionelle Unterstützung.

These 3:

Soziales Lernen funktioniert nur im Austausch mit bzw. in der Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement von Schüler/-innen und mit Schüler/-innen bietet daher ein ideales Lernfeld für Soziales Lernen.

Außerschulische Bildung hat eine lange Tradition. Das, was wir heute an vielen Stellen als Projektarbeit kennen und praktizieren, geht im Kern auf die Reformpädagogik Anfang des letzten Jahrhunderts zurück. Die Absicht, Schüler zu freien und sozial verantwortlichen Menschen zu erziehen, sollte am praktischen Beispiel verwirklicht werden. Dazu war es notwendig, außerhalb des Unterrichts Neues zu tun und zu reflektieren.

Diese Absicht erlebte eine zweite Konjunktur in den 80er und 90er Jahren als „handlungsorientierter Unterricht“. Der Begriff vereint zwei Bedeutungsebenen, nämlich „handelnd lernen“ und „lernen, zu handeln“. Inhaltlich richtet sich diese Herangehensweise im Zusammenhang mit dem Bürgerschaftlichen Engagement auf das Soziale Lernen und auf *civic education*. Die Erziehung zu *zivilem Handeln* ist gewiss unstrittig, doch auch in diesem Handlungsfeld haben wir von den deutschen Schulen bisher wenig Rühmliches zu berichten. Eine Untersuchung aus 2002¹ besagt, dass sich nur die 14jährigen aus der Schweiz und der Slowakei noch weniger als die deutschen in der Schule engagieren und dass deutsche Schülerinnen und Schüler das geringste Vertrauen darin aufweisen, dass Mitwirkung in der Schule etwas bringe.

Hier ist nicht nur die Schule, hier sind alle außerschulischen Lernorte gefragt, Parti-

zipationserfahrungen zu ermöglichen. Dies sind prinzipiell alle gesellschaftlichen Handlungsfelder: öffentliche Räume, Unternehmen, Einrichtungen und die Handlungsfelder des Bürgerschaftlichen Engagements. Diese haben insofern einen gewissen Vorsprung, als sinnvolles Tun und Partizipation sozusagen die Domänen des Bürgerschaftlichen Engagements sind: im *Mitmachen*, *Mitgestalten*, *Mitplanen* und *Mitbestimmen*.

Bevor an dieser Stelle jedoch die allgemeine Zufriedenheit überhand nimmt, muss daran erinnert werden, dass gerade das Bürgerschaftliche Engagement stark auf jene Gruppen konzentriert ist, die ihre *civic education* bereits glücklich durchlaufen haben. Die Herausforderung besteht deshalb heute nicht nur darin, Schule zu öffnen, sondern auch die unterschiedlichen Partner von Schule miteinander bekannt zu machen! Schule als Ort der Begegnung also zwischen BE und Unternehmen, BE und Jugendhilfe usw.

These 4:

Bildung in außerschulischen Lernorten ist immer auch eine Konfrontation mit anderen „Kulturen“

Schule hat sich seit dem ersten PISA-Schock bereits erheblich bewegt und geöffnet. Jede Öffnung aber bringt Schule mit anderen Kulturen des Umgangs und der Erwartungen zusammen.

Für das Aufeinandertreffen von Bürgerschaftlichem Engagement und Schule hat Rauschenbach 2004 in Mainz einige Gegensatzpaare beschrieben, die ich in Erinnerung rufen und ergänzen möchte:

- ➔ Pflicht an der Teilhabe im Unterricht steht im Gegensatz zur Freiwilligkeit der bürgerschaftlichen Teilhabe
- ➔ Bezahlte und unbezahlte Arbeit von Erwachsenen mit Schüler/-innen stehen einander gegenüber
- ➔ Selektion im Unterricht — Kooperation im Projekt und im Engagement
- ➔ abstrakte und vom Alltagsleben abgekoppelte Lernwelt — „echte“ Lebenswelt auf der anderen Seite
- ➔ Abstraktion — Verwertbarkeit
- ➔ Künstlichkeit — Ernsthaftigkeit
- ➔ Fremdbestimmung in der Schule und hinsichtlich der anzustrebenden Ziele — Selbstbestimmung im Engagement
- ➔ feste Strukturen — Spontaneität

¹ Rauschenbach 2004: Schule und bürgerschaftliches Engagement — zwei getrennte Welten? Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung. In: Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel in der Schule. Dokumentation der bundesweiten Fachtagung des BBE in Kooperation mit der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, Oktober 2004.

Diese Gegensätze sind im Bildungsalltag zu thematisieren und zu „managen“ – damit sie nicht zwangsläufig zu Konflikten werden! Ich halte es jedoch nicht für möglich, dass jede Schule für sich Maßnahmen und Regeln um Umgang mit anderen „Kulturen“ entwickelt. Hier müssen die bestehenden Netzwerke der „Bildungspartner“ einbezogen werden und deren Hinweise in die Fortbildungen von Pädagogen und von Engagierten mit einfließen. An dieser Stelle sollten wir alle voneinander lernen und großzügig mit der Weitergabe unseres Wissens sein.

These 5:

Bildung in jugendspezifischen Lernorten ist eine Ergänzung zu Schule, die es weiterzuentwickeln gilt

Die verbandliche und kommunale Jugendarbeit bringt sich seit Jahren in die Debatte um die Bereitstellung außerschulischer Bildungsorte und -arrangements ein. Verschiedene Modellprogramme haben immer wieder vor Ort unter Beweis gestellt, dass die Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit gut funktionieren kann — zuletzt mit dem ausführlich dokumentierten Modellprojekt aus 2004/2005 mit dem Titel „Bausteine zur Kooperation von Jugendarbeit und Schule — vom Projekt zur Partnerschaft“. (Frau Reichert wird darauf im Anschluss sicher noch ausführlicher eingehen)

Der Untertitel kennzeichnet ein zentrales Anliegen: nämlich das im Einzel- und Modellfall erworbene Wissen auf Dauer zu stellen. Eine weitere Aufgabe wird es sein, die Erfahrungen über die Modellstandorte hinaus in die Fläche zu verbreiten. Ich würde mich freuen, wenn die hierfür notwendigen Bedingungen nachher im Fishbowl diskutiert werden könnten.

These 6:

Außerschulische Bildung braucht vor Ort Infrastrukturen, Fachkompetenz und Multiplikatoren. Diese sind nicht notwendig neu, sondern in Kooperation mit den bestehenden Infrastrukturen auszubauen!

Entscheidend für das Gelingen neuer Kooperationen mit der Schule, das zeigen die bisherigen Projekterfahrungen sowohl im Bürgerengagement als auch in der Ju-

gendarbeit, ist der Aufbau von Infrastrukturen. Diese stellen Kontakte her, qualifizieren, garantieren Nachhaltigkeit durch leichte Ansprechbarkeit, durch neue Impulse, durch Projektwerkstätten, Lokale Dialoge usw. Diesbezüglich sind wir in Baden-Württemberg ja in einer komfortablen Lage: Wir haben diese Infrastrukturen in den vergangenen Jahren konsequent aufgebaut und in sie investiert. Allerdings dürfen wir uns darauf nicht ausruhen. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich nicht einhegen und verwalten, sondern ist ein unablässiger Gestaltungsprozess, oder besser: Gestaltungsauftrag. Dazu gehört auch der permanente Austausch mit dem Ungewohnten, dem Fremden, über gewohnte Milieus und Gedanken hinweg. Um dies zu leisten, brauchen wir funktionierende Infrastrukturen, gut ausgebildete Fachkräfte und sinnvoll ausgestattete Fachstellen.

These 7:

Lokale Kooperationen sind auf Landesebene zu begleiten, um die Rahmenbedingungen weiterhin zu verbessern und mithilfe von Evaluationen und von Erfahrungsaustausch Entwicklungsimpulse zu geben.

In diesem Zusammenhang darf gewiss an die *Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Landesverbänden über Bildung und Betreuung im vorschulischen und schulischen Bereich vom November 2005* erinnert werden. Darin werden vier Schwerpunkte geregelt:

1. Der Ausbau der Angebote altersgemischter Kindergarten-Gruppen
2. Der Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder und die Qualifizierung der Erzieher/-innen und Lehrkräfte in den kommenden vier Jahren;
3. Die Neuerprobung und Umsetzung pädagogischer Programme zur Förderung von Kindern mit besonderem Förderbedarf im Rahmen des Projektes „schulreifes Kind“ in vier Etappen
4. Der verstärkte Ausbau von Ganztageschulen und in

diesem Zusammenhang der Einsatz von Jugendbegleitern.

Gerade der Jugendbegleiter wird die Schulen mit neuen Herausforderungen, aber auch mit neuen Erkenntnissen konfrontieren. Wir werden daher die ersten Ergebnisse dieses Modellprogrammes mit dem Kultusministerium diskutieren und die daraus folgenden Hinweise den Mitgliedskommunen und dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt sehen wir eine große Chance, mit dem Jugendbegleiter das Bürgerschaftliche Engagement in den Schulen dauerhaft zu verankern. Derzeit scheinen uns dabei folgende Bedingungen besonders zu berücksichtigen zu sein:

- ➔ So sollte das Budget der Schulen vorausschauend eingesetzt werden, um Strukturen zur Unterstützung und Qualifizierung der Jugendbegleiter auszubauen und gegebenenfalls neue herzustellen. Hier ist von Anfang an die Kooperation mit den bestehenden kommunalen Anlaufstellen systematisch herzustellen.
- ➔ Die – je nach Standort – zum Teil sehr unterschiedlichen Auffassungen bezüglich einer Aufwandsentschädigung für die Jugendbegleiter sind zwingend zu harmonisieren, um nicht in der Folge unterschiedlich gewichtetes und anerkanntes Engagement zu erhalten. Auch ist davor zu warnen, über das Anheben der Stundensätze einen Wettstreit um die qualifiziertesten Jugendbegleiter in Gang zu setzen. Beides würde potentielle Interessierte frustrieren und verprellen.
- ➔ Auch für den Jugendbegleiter gilt: Anerkennung muss mehr sein, als ein Verwaltungsakt. Die Schulen sollten daher die Chance nutzen, die politisch Verantwortlichen in die Anerkennung mit einzubeziehen. Der/Die OB in der Schule kann nicht nur den Engagierten eine angemessene Form der Würdigung aussprechen, sondern auch insgesamt die Kultur des Engagements aufwerten.
- ➔ Die Kommune sollte das Entstehen von Doppelstrukturen vermeiden und insbesondere eine Zusammenarbeit der schulischen Koordinierungsgrup-

pen für den Jugendbegleiter mit den örtlichen Anlaufstellen für Bürgerschaftliches Engagement unterstützen.

- ➔ Bürgermentorinnen und Bürgermentoren sind ausgebildete Brückenbauer für Bürgerschaftliches Engagement im Gemeinwesen. Sie können den Schulleitungen durch ihren persönlichen Einsatz oder durch ihre sachkundige Vermittlung helfen, die Angebote für Schulen zu optimieren.
- ➔ Die Qualifizierung der Jugendbegleiter sollte zweckmäßig mit bestehenden Angeboten, zum Beispiel der Fachstellen für Bürgerschaftliches Engagement oder weiterer Partner abgestimmt werden.

Diese Ansätze sind sicher noch weiter zu vertiefen und aus der Perspektive der Anwesenden zu ergänzen. Ich bin auf diese Ergänzungen und auf die weiterführenden Anregungen sehr gespannt und freue mich auf die weitere Diskussion. Mir wäre dabei ein Anliegen zu überlegen, wie wir gemeinsam die Aussagen dieser Tagung und die gegenseitige „professionelle Neugier“ weitertragen können in jene Schulen, Schulämter und Kommunen, die heute nicht dabei sein konnten. Mir ist aufgefallen, dass die Frage danach, worin der „Lohn“ für die gegenseitige Öffnung bestehen kann, während dieser Tagung mehrfach benannt wurde: „Das Lächeln der Schülerinnen und Schüler“ (Frau Paulus) oder Love, wie es die jamaicanische Botschafterin ausdrückte. Wir haben es manchmal schwer, mit diesen nicht messbaren Dingen umzugehen. Aber lassen Sie uns trotzdem diesen emotionalen Aspekt der Persönlichkeitsbildung nicht vergessen!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Anhang: Thesen im Überblick

- These 1.* **Der „Pisa-Schock“ war kein kurzfristiges Ereignis wie ein vorüberziehendes Gewitter, sondern bleibt eine gesellschaftliche, politische und ökonomische Herausforderung, die über die Zukunftsfähigkeit des Landes, d.h. die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielräume entscheidet.**
- These 2.* **Bildung und Bildungsinhalte wandeln sich. Sie stehen dabei unter hohem ökonomischem Anpassungsdruck. Gleichzeitig erlebt Schule in der Vermittlung der erwünschten „weichen“ Bildungsinhalte einen Kontrollverlust.**
- These 3.* **Soziales Lernen funktioniert nur im Austausch mit bzw. in der Gesellschaft. Bürgergesellschaftliches Engagement von Schüler/-innen und mit Schüler/-innen bietet daher ein ideales Lernfeld für Soziales Lernen**
- These 4.* **Bildung in außerschulischen Lernorten ist immer auch eine Konfrontation mit anderen „Kulturen“**
- These 5.* **Bildung in jugendspezifischen Lernorten ist eine Ergänzung zu Schule, die es weiterzuentwickeln gilt**
- These 6.* **Außerschulische Bildung braucht vor Ort Infrastrukturen, Multiplikatoren. Diese sind nicht notwendig neu, sondern in Kooperation mit den bestehenden Infrastrukturen auszubauen!**
- These 7.* **Lokale Kooperationen sind auf Landesebene zu begleiten, um die Rahmenbedingungen weiterhin zu verbessern und mithilfe von Evaluationen und von Erfahrungsaustausch Entwicklungsimpulse zu geben**

Forum II Partizipation und Engagement in der Schule

Dr. Ursula Weber
Stadt Reutlingen

Teilnehmer Fishbowl:

Christiane Staab, Landeselternbeirat Baden-Württemberg

Dr. Wolfgang Sigloch, Quenstedt-Gymnasium Mössingen, Dt. Sportlehrerverband e.V.

Beate Müller, Konrektorin an der Realschule in Reichenbach/Fils

Harald Leber, Landessenorenrat Baden-Württemberg

Dr. Jeanette Behringer, Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg

Partizipation und Engagement in der Schule, das bedeutet ein Feld, das von vielfältigen Strukturen, Akteuren und Ansätzen in der Engagementförderung geprägt ist, und der Bedarf an „Brücken“ zwischen schulischen und außerschulischen Lern- und Lebenswelten noch groß ist. Das heißt, es müssen Wege und ihre Potentiale aufgezeigt werden, um einerseits bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel der Schule zu verankern, und andererseits die Schule hin zum Gemeinwesen zu öffnen, sie in die lokale Bürgergesellschaft einzubetten und sie zu einem lokal und partnerschaftlich orientierten Lernzentrum weiter zu entwickeln.

In der Diskussion herrschte Konsens darüber, dass Engagement-Kompetenzen (z.B. Übernahme von Verantwortung, Selbstorganisation, Mitbestimmung) als Bildungsfaktor wichtig und wegweisend sind. Gelernt und erfahren können sie sowohl innerhalb der Schule, als auch außerhalb werden. Etwa in Vereinen, Verbänden und in Projekten. Sie müssen als Bildungsorte in der bildungspolitischen Diskussion ebenfalls eine Rolle spielen.

Wiebken Dux gab dafür mit ihrem aktuellen Forschungsprojekt „Lernpotentiale in Settings des freiwilligen Engagements“ wichtige Anhaltspunkte. Sie weist darauf hin, wie grundlegend das Lernen von Jugendlichen in informellen Kontexten ist. Das heißt, im Lernfeld des Engagements

können eine Reihe von Kompetenzen entwickelt werden, wie sie in formalen Lernzusammenhängen, d.h. in der Schule in der Intensität nicht erfahren werden können. Die Frage war deshalb: Können die Lernfelder weiterhin voneinander getrennt bleiben oder müssen sie nicht viel stärker miteinander verschränkt werden?

Die Zusammensetzung der Teilnehmer spiegelte die formalen und informellen Lernfelder wider. Punktuelle und spezifische Einblicke in diese Felder waren deshalb exemplarisch möglich.

Beate Müller, Konrektorin und Initiatorin von TOP SE

Schule öffnet sich zum Gemeinwesen hin, das ist wichtig – und dass dies erkannt wird, zeigt sich am Programm von TOP SE und seine Umsetzung. Es bietet konkrete Anknüpfungspunkte zwischen den Lernwelten Schule und freiwilligem Engagement. Allerdings gibt es, wie immer, wenn etwas neues angepackt wird, auch manche Hürde, die überwunden werden muss. Der Weg lohnt sich angesichts des Ziels.

Dr. Wolfgang Sigloch, Gymnasiallehrer
Offenheit in der Schule für das Thema Engagement und Partizipation ist am Quenstedt-Gymnasium in Mössingen längst praktizierte Realität. Das zeigt sich im Programm der Sportmentoren und der Mentorenschaft in den Bereichen Musik, Religion und Ökologie. Schüler können hier die Übungsleiterausbildung absolvieren und am Schulsanitätsdienst teilnehmen. Informelles Lernen wird in Mössingen groß geschrieben und erfolgreich praktiziert: die Rindenschrotbahn in Kooperation mit dem Mössinger Laufftreff ist ein weiteres Beispiel dafür.

Christiane Staab, Landeselternbeirat
Lernerfahrungen, welche den schulischen Wissenserwerb ergänzen und begleiten sind sinnvoll und können nur positiv gesehen werden. Freiwilliges Engagement bietet besondere Chancen und Freiräume, um vielfältige Kenntnisse und Fähigkeiten zu entwickeln. Nicht aus dem Blick geraten darf bei aller Begeisterung dafür, die Intensität des Schulalltags für die Kinder und Jugendlichen. Diese Anforderungen

nehmen die Kinder stark in Anspruch. Diese Lernergebnisse prägen schließlich die Schulnoten und damit ebenso den weiteren Werdegang der Schüler.

Harald Leber, Landesseniorenrat

Als ehemaliger Schulleiter und vielfach ehrenamtlich Aktiver verwies er darauf, dass ein Engagement Heranwachsende zu früher Verantwortungsübernahme führen kann, zumal die lange Schulzeit dies nicht eben fördert. Hier können Jung und Alt allerdings noch gemeinsame Wege entdecken und sich gegenseitig unterstützen.

Dr. Jeanette Behringer, Landeszentrale für Politische Bildung

Bürgerschaftliches Engagement setzt auf wichtige Kompetenzen, deren Grundlagen auch außerhalb der Schule gelegt werden können: Dabei geht es z.B. um kommunikative Kompetenzen, soziale Kompetenzen, Anerkennung der eigenen Erfahrung als Kompetenz, Fairness im Umgang mit anderen. Auch Lernorte jenseits der Schule können hier aktiv werden, und die unterschiedlichen Einrichtungen haben einen Auftrag zum einlösen. Freiwilliges Engagement bietet besondere Chancen und Freiräume für die Entwicklung vielfältiger Kenntnisse und Fähigkeiten, die für eine eigenständige und sozial verantwortliche Lebensführung sowie für die Beteiligung an demokratischen Verfahren wichtig sind.

Input

Thesen zu Lernpotenzialen in Settings des freiwilligen Engagements

Wiebken Düx

Deutsches Jugendinstitut (DJI) München

1. Die Organisationen des Engagements eröffnen Jugendlichen Gelegenheiten, Räume und Anregungen, um Kompetenzen in vielen unterschiedlichen Bereichen zu erwerben.
2. Auf Grund ihrer strukturellen Merkmale *Freiwilligkeit, Frei- und Gestaltungsspielräume, Lernen von und mit Peers, Verantwortungsübernahme in Realsituationen* sowie *Learning by doing* bie-

ten die Settings des freiwilligen Engagements besondere Lernmöglichkeiten und Mitbestimmungschancen.

3. In den Organisationen ihres Engagements finden Jugendliche Freigestaltungsspielräume zum Ausprobieren, aber auch zum Mitbestimmen und zum selber Organisieren vor.
4. Die Freiwilligkeit des Engagements ist ausschlaggebend für die Motivation zu lernen.
5. Gegenüber den schulischen Anforderungen, die sich ohne unmittelbaren Handlungsdruck vorrangig auf die Bewältigung intellektuell-kognitiver Aufgaben beziehen, bietet freiwilliges Engagement für die Heranwachsenden häufig die erste Gelegenheit und Herausforderung, sich handelnd zu erfahren und zu bewähren. Dabei ist die Tätigkeit selbst Ausgangspunkt, Medium und Ziel des Lernens.
6. Während Heranwachsende in unserer Gesellschaft durch die lange Schulphase, den Aufschub von Erwerbstätigkeit und ökonomischer Selbständigkeit weitgehend von gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme ferngehalten werden, bietet das freiwillige Engagement ihnen demgegenüber die Möglichkeit in Realsituationen für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und dadurch die Erfahrung konkreter Nützlichkeit sowie gesellschaftlicher Relevanz ihres Tuns zu machen.
7. Das Zutrauen signifikanter anderer in die Fähigkeiten der Jugendlichen ermutigt und befähigt diese, Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen.
8. Im Engagement spielt das Lernen mit und von Peers eine wichtige Rolle für den Erwerb von Kompetenzen.
9. Lernprozesse im Engagement verbinden Kompetenz- und Wissenserwerb mit Persönlichkeitsbildung, biographischer Orientierung und gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme.

10. Neben sozialen und persönlichkeitsbildenden Kompetenzen können insbesondere organisatorische und pädagogische Fähigkeiten sowie Leitungskompetenzen durch ein Engagement entwickelt und vertieft werden. Bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten wie Gremienkompetenz, das Organisieren großer Veranstaltungen, die Übernahme von Leitungsaufgaben, aber auch die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen lassen sich im Jugendalter sonst an anderen Orten kaum erwerben.
11. In unserem Bildungssystem erfüllen informelle Lernprozesse in den non-formalen Settings des Engagements eine ergänzende Funktion zum Kompetenzerwerb Heranwachsender in Schule und Familie. Jugendliche können in diesen Settings alternative, ergänzende, aber auch andernorts nicht zu vermittelnde Lernerfahrungen machen. Freiwilliges Engagement bietet besondere Chancen und Freiräume für die Entwicklung vielfältiger Kenntnisse und Fähigkeiten, die für eine eigenständige und sozial verantwortliche Lebensführung sowie die Beteiligung an demokratischen Verfahren, aber auch für die Übernahme von Leitungs- und Managementaufgaben wichtig sind, die aber in der Schule häufig kaum vorkommen.

Forum III Brücken bauen zwischen Schule und Gemeinwesen

Dieter Lehmann
Stadt Ulm
Moderator der AG

Vortrag:
Prof. Paul-Stefan Roß, Berufsakademie
Stuttgart

Fishbowl:
Agnes Christner, Städtetag BaWÜ,
Jürgen Ripplinger, Agentur mehrwert
gGmbH,

Rainer Beha, Realschule Blumenberg
(Realschulvertreter, TOP SE, WVR...),
Ulf von Quillfeldt, Paritätisches Bildungswerk BaWü,
Klaus Maier, 1861 Rottenburg e.V., GHS
Ergenzingen,
Gebhard Hirth, Stadtjugendring Sindelfingen

Teil 1

Vortrag Prof. Paul-Stefan Roß

Herr Prof. Roß stellt einleitend verschiedene Aussagen vor, welche die Notwendigkeit der Verbindungen zwischen Schule und Gemeinwesen verdeutlichen.

1. Brücken zwischen Schule und Gemeinwesen sind **möglich**
2. Brücken zwischen Schule und Gemeinwesen sind **sinnvoll**, da ein Nutzen unbestreitbar auf Seiten der Schule und des Gemeinwesens liegt
3. Die Schule kann als Insel die Aufgaben nicht alleine bewältigen.
4. Es geht also nicht um das „Ob“ sondern um das „WIE“.
5. „Was“ macht bestehende Brücken erfolgreich?

Prof. Roß stellt fest, man solle hier nicht nur nach den Bauplänen für das einzelne Brückenbauwerk fragen, sondern auch nach der „Bauleitplanung“, dem „Raumordnungsplan“ und dem „Landschaftsplan“; spricht: nach den infrastrukturellen Gegebenheiten.

Es müssen **erhebliche** Veränderungen stattfinden, um Brücken bauen zu können.

Veränderungsprozesse sind hierbei auf beiden Seiten nötig:

1. Schule

- weg von der Schule als Anstalt, als Behörde, letztes Glied der staatlichen Bildungshierarchie, Lehrerschule
- Sollte Schule als Dienstleister fungieren? Mit entsprechender Orientierung als Kunde? – Ja, aber nicht nur!
- Schulen sollten autonom sein und auch Eigenmittel erwirtschaften können, aber den staatlichen Anspruch durch Dienstleistung zu er-

- setzen, ist wohl kaum denkbar und kann auch nicht gewollt sein
- Schule als „hybride Institution“ (A. Evers), welche die verschiedenen Komponenten integriert
 - Bildung unterliegt auch der staatlichen Verantwortung
 - Bejahung unternehmerischen Denkens
 - Schule als öffentlicher Ort im Gemeinwesen
 - zivilgesellschaftliche Sicht auf Schule (in Form der neuen Veröffentlichung der Schule) ist von Bedeutung

Ist die Schule reif für diese Veränderungen?

1. Gemeinwesen

- Das Gemeinwesen muss eine neue Verantwortung übernehmen für Schule übernehmen: Wie es um die Schulen steht, geht alle Akteure im Gemeinwesen an.
- Das Gemeinwesen muss begreifen, dass seine Akteure auch Interessenvertreter der Schule sind

Es muss eine gemeinsame Verantwortung von Schule und Gemeinwesen geben.

Ist das Gemeinwesen reif für Veränderungen?

Ein Brückenbau **ist** möglich!

Was brauchen wir?

1. ein zivilgesellschaftliches Bild von Schule und Gemeinwesen
2. das Vermögen, mit Komplexität umgehen zu können
 - Lehrer müssen sich verändern, da die Schule öffentlich wird und nach außen dringt: Das muss man **wollen**
 - Unterschiedliche Professionen müssen zusammenwirken (Sozialarbeiter, Lehrer, Ehrenamtliche...)
3. visionäre Bauherren und ArchitektInnen!
 - für die Raumplanung
 - für einen ganzheitlichen Ansatz
 - als Menschen, die mit vielen anderen im Dialog sind
4. mutige Bauherren!

- Menschen, die handeln
- 5. mitdenkende BauarbeiterInnen
- 6. eine ermöglichende Bauaufsicht
- 7. Kommunikationsräume/-orte
 - Wo können sich die Vertreter zusammensetzen? (Lehrer, Eltern, Kommunalvertreter)

Fazit: Pioniere werden gebraucht!

Teil 2 Fishbowl

statements der einzelnen Diskutanten

1. Agnes Christner (A.C.) :

- man muss bei den Menschen die Sehnsucht nach der Brücke wecken
- Anregungen bieten
- Mut machen
- Lust auf gemeinsame Verantwortung wecken
- Kommunen sind in der Verantwortung (in unterschiedlichen Bereichen)

2. Jürgen Ripplinger (J.R.)

- Lebenswelten verbinden
- stabile Fundamente schaffen
- Wo sind die Kommunikationsräume? (nicht aneinander vorbeibauen!)
- immer wieder miteinander verständigen

3. Ulf von Quillfeldt (U.v.Q)

- immer wieder ausprobieren und experimentieren
- immer wieder lernen (Brücken sind auch Großbaustellen)
- Komplexität als Chance

4. Klaus Maier (K.M.)

- **Leidensdruck** und Sehnsüchte sind gute Entwicklungsmotoren
- **gemeinsame** Visionen entwickeln
- an bestehenden Interessen anknüpfen
- Leidensdruck in Visionen verwandeln und diese dann umsetzen
- kann es nicht auch ehrenamtliche Lehrer geben?
- Kooperation von Vereinen und Schule
- Stadtteilkonferenz als ein möglicher Kommunikationsort an dem sich die unterschiedlichen Akteure treffen können (Beteiligung als wichtiger Faktor)

5. Gebhard Hirth (G.H.)

- die Frage nach: Was können Schule für andere tun ist kritisch zu sehen (nach PISA)
- es braucht ein MEHR an Bildung
- Schule und Gemeinwesen auf gleicher Augenhöhe
- Schule **ist** Teil des Gemeinwesens

Diskussion mit den Teilnehmenden (Ergebnisse)

- Es braucht ein Lernfeld, dass nicht mehr so abgehoben ist von der Außenwelt
- Die Frage ist auch: WER kann etwas einbringen?
- WIE sollen Brücken gebaut werden, wenn es an Handwerkern fehlt (Lehrer fehlen, beteiligen sich kaum)
- Es ist schwierig Professionelle zu gewinnen, da es ihnen offenbar schwerfällt, sich auf etwas Neues einzulassen
- Die Wahrnehmung muss verändert werden > positive Bilder schaffen
- WIE soll das Ganze finanziert werden?
- Eltern sind ein wichtiges Brückenstück/ wichtige Partner
- Bestehende Probleme nicht nur diskutieren, sondern das Handeln beginnen

Fazit

Thomas Kegel
Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland (fjs e.V.)
Sprecher der Projektgruppe „Qualifizierung/Bildung“ des BBE

Statement:

Schule - ein Zentrum der lokalen Bürgergesellschaft? 5 Aspekte

1. Aspekt: Civic Education als Erziehung und Bildung zum zivilgesellschaftlichen Engagement muss selbstverständlicher Teil des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags werden

Denn nicht nur für das individuelle Leben und die Persönlichkeitsentwicklung wird an der Schule gelernt, sondern zunehmend müssen auch Kompetenzen für ein gelingendes gesellschaftliches Miteinander entwickelt werden. Dies wird ermöglicht durch Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler im bürgerschaftlichen Engagement. Dafür müssen den Schülerinnen und Schülern vielfältige Lern- und Erfahrungsräume zur Verfügung gestellt werden – in und um die Schule herum. Die Engagements der Kinder und Jugendlichen müssen den Schulalltag begleiten, können evtl. auch teilweise während der Unterrichtszeit stattfinden. Die dort gemachten Erfahrungen sowie weiteres Hintergrundwissen muss in den Unterrichtsfächern reflektiert und aufgearbeitet werden. Dieses Vorgehen fördert bei den Schülerinnen und Schülern die motivierte Engagementbereitschaft sowie eine demokratische und zivilgesellschaftliche Handlungsorientierung.

2. Aspekt: Tendenz zu Ganztagschule eröffnet indirekte und direkte Potentiale der Förderung von Bürgerengagement.

Wenn Schule bürgerschaftliches Engagement in ihr Konzept integriert, sind nicht nur Zuwächse bei Eltern- und Schulfördervereinen zu erwarten. Die Schule „bricht auf“ –

im Wortsinne- und geht ganz neue Verbindungen mit ihrem lokalen und regionalen Umfeld ein. Kooperationen werden möglich mit Wirtschaftsunternehmen, Gewerbe, Verbänden und Vereinen. In allen diesen Bereichen gibt es, genauso wie an der und um die Schulen herum, seit Jahrzehnten bürgerschaftlich engagierte Menschen! Nur ist bisher hier keine Verbindung und Kooperation und Vernetzung organisiert worden. Für die Schule bedeutet dies: eine Konzeptionsentwicklung, neue Offenheit, externe Kommunikation und Kooperationsbereitschaft sind zu entwickeln.

3. Aspekt: die Lehrerkollegien können eine solche Neuausrichtung ihrer Schule (pädagogisch) gut begründen und konzeptionell entwickeln, genauso wie dazu passende Curricula. Aber wie sieht es mit der Organisation dieser Vorhaben aus? Meiner Meinung nach sind die Lehrerkollegien mit der Organisation solcher Lernformen oft überfordert und bedürfen der Unterstützung. An den Schulen müssen intermediäre Personen eingesetzt werden – z.B. müssen Freiwilligenkoordinatoren die Entwicklung von Engagementmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler unterstützen sowie die Verbindung zu externen Partnern entwickeln. Freiwilligenkoordinatoren sind mögliche Vernetzungsagenturen zwischen Schule und Umfeld, wirken nach innen und nach außen und „managen“ das bürgerschaftliche Engagement rund um den Schulalltag. Es muss überlegt werden, wie solche Freiwilligenkoordinatoren finanziert werden und in wessen Trägerschaft sie dann arbeiten. Hier ergeben sich Möglichkeiten der Mischfinanzierung und einer neuen Privaten- Öffentlichen-Partnerschaft.

4. Aspekt: Schulen brauchen Freiheit. Jede Schule sollte das Recht haben ein eigenes Profil zu entwickeln. In einem solchen Profil könnten auch Aspekte des Engagementslernens, des Service Learnings enthalten sein. Dazu kommen neue Freiheiten mit Möglichkeiten eines eigenen Schulmanagements, eines eigenen Budgets, von Möglichkeiten der Auswahl von Kooperationspartnern und der Integration von „Schulfremden“, von Externen, welche die Lehrerschaft beim Service Learning unterstützen könnte. So können Schulen z.B. Sportangebote „einkaufen“ oder die Möglichkeit eines Erwerbs von Jugendgruppenleitungsführerscheinen (JuLei-Ca) in Kooperation mit einem Jugendverband anbieten.
5. Aspekt: In einem solchen veränderten Umfeld hätten viele, bereits bürgerschaftlich engagierte Erwachsene eine Vorbildfunktion für die Kinder und Jugendlichen. Bereits heute finden wir viele Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und andere Familienmitglieder, Aktive aus Vereinen, Jugendliche aus Jugendverbänden, Bürgerinnen und Bürger, die sich für das Gemeinwesen und rund um die Schule engagieren. Diese Potentiale werden sich in einem engagementförderlichen Umfeld noch potenzieren. So kann Schule sich zu einem Knotenpunkt des bürgerschaftlichen Engagementnetzwerks vor Ort entwickeln – mit entsprechend anregenden Auswirkungen auf die Bürgergesellschaft insgesamt.

Nun noch zwei Anmerkungen speziell zur Situation in Baden-Württemberg, vor dem Hintergrund der erlebten Tagung:

Die Landschaft des Bürgerengagements in Baden-Württemberg ist überaus beeindruckend – es ist deutlich zu merken, dass hier seit Jahrzehnten eine Politik der Förderung des freiwilligen Engagements und Ehrenamts betrieben wird. Infrastrukturen und Pro-

gramme untermauern die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements im „Ländle“.

Trotzdem besteht ein Bedarf der Initiativen, sich untereinander kennen zu lernen und auszutauschen. Sinnvoll sind also weitere Konferenzen gerade im Bereich des Bürgerengagements rund um die Schulen in Baden-Württemberg. Mein Vorschlag ist, entsprechende Kommunikationsforen einzurichten.

Bürgerengagement lebt aus dem Eigensinn und Selbstbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger. Diese reagieren auf gesellschaftliche Probleme und erlebte Defizite oder entwickeln aus bestimmten Interessenlagen eigene Projekte. Eigeninitiative, Projekte des bürgerschaftlichen Engagements sind durchaus auch unbequem für Politik und Verwaltung. Dies bedeutet auch, dass sich das Bürgerengagement nicht unbedingt in die politische Planung einer Landesregierung einbeziehen lässt. Ich bin dezidiert der Meinung, dass die baden-württembergische Landesregierung gut daran tut, auch Vorhaben der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen, welche nicht direkt den vorgegebenen Programmen entsprechen.

Markt der Möglichkeiten Vorstellung der Vereine, Initiativen und Projekte

Lernende Region Bodensee



Hintergrund

In dem Projekt „Lernende Region Bodensee“ haben sich Bildungsakteure aus zwei Bundesländern (Bayern und Baden-Württemberg) und drei Landkreisen – Bodenseekreis, Landkreis Konstanz und Landkreis Lindau – zu einem trägerübergreifenden Netzwerk zusammengeschlossen, um das lebenslange Lernen zu fördern. Es ist eines von bundesweit 71 Projekten des Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der EU initiiert wurde.

Zielsetzung

Die Aktivitäten der „Lernenden Region Bodensee“ konzentrieren sich auf die Förderung und Popularisierung des lebenslangen Lernens und der Etablierung einer neuen Lernkultur.

Aufgaben

- Verzahnung von Bildungsangeboten
- Transparenz und Bekanntmachung der vielfältigen Bildungsangebote der Bodenseeregion
- Ermöglichung von rascherem Zugang zu Bildungsangeboten
- Schaffung von Beratungs- und Serviceangeboten zum Thema Lernen und Bildung
Unterstützung von neuen, auch informellen Formen des Lernens

Initiativen und Projekte für die Fachtagung „Schule und Bürgergesellschaft“

Die Bildungsdatenbank: www.lernsee.de

Das Internetportal enthält zurzeit insgesamt 500 Bildungsanbieter mit ca. 9000 Angeboten, die über Volltextsuche

recherchiert werden können. Die Bildungsdatenbank bündelt Informationen zu Weiterbildungsangeboten innerhalb des Projekts, es können aber auch Angebote aus der Schweiz (Kantone St.Gallen und Thurgau) und Österreich (Vorarlberg) abgerufen werden. Die Nutzung der Datenbank ist sowohl für Anbieter als auch für Nachfrager kostenlos.

Lernservice-Punkte in Schulen: L-Punkt-INFO+

L-Punkte sind Anlaufstellen und Info-Stationen zum Thema Lernen & Bildung im wohnortnahen Umfeld für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie bieten einen umfassenden Überblick über Lernangebote und Lernmöglichkeiten in der Bodenseeregion. Dazu gehören Kurse, Ausbildungswege, Studiengänge, Beratungsmöglichkeiten und vieles mehr, vor allem über das Lernportal www.lernsee.de. L-Punkt-Info+ finden sich z. B. in Schulen, in Jugendcafés und Jugendtreffs unserer Region. Sie bieten zusätzlich zum INFO-Angebot Beratungen für Jugendliche an.

Teilprojekt 3: Kooperationsmodell Schulen Konstanz

Durch das Teilprojekt 3 soll die Berufsorientierung der SchülerInnen durch Optimierung der Selbsteinschätzung und durch Kennenlernen der betrieblichen Wirklichkeit in Handwerk/Industrie und im kaufmännischen Bereich verbessert werden. Die SchülerInnen erhalten verbesserte Informationen über die Angebote der weiterführenden Schulen, um den Wechsel zu beruflichen Gymnasien, Berufskolleg I und II und den Fachschulen reibungsloser zu bewerkstelligen.

Das Netzwerk soll durch das Projekt erweitert und gefestigt und um weitere Partner ergänzt werden. Hierzu dienen insbesondere die Kontakte zu den Lehrstellenberater/innen der Kammern und den beruflichen Schulen. Ein schulartübergreifender L-Punkt unterstützt hierbei den Informationsfluss.

Familienforschung Baden-Württemberg

Die Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt ist eine wissenschaftliche Einrichtung zur praxis- und politikorientierten Analyse mit den Forschungsschwerpunkten Familie und demografische Entwicklung und besteht seit 1982. Folgende Themenfelder werden bearbeitet:

- Demografische Entwicklung
- Familienstrukturen
- Familiensoziologie, Zeitallokation, Geschlechterrollen
- Sozioökonomische Strukturen von Familien
- Familie und Arbeitswelt, Kinderbetreuung
- Frauen
- Familien- und Sozialpolitikbeobachtung
- Familienwissenschaftliche Grundlagenarbeit
- Durchführung eigener empirischer Erhebungen
- Dokumentation von Forschungsergebnissen
- Bereitstellung von Informationen

Die Arbeit der Familienforschung Baden-Württemberg ist interdisziplinär angelegt und nutzt die Datenbestände der amtlichen Statistik sowie ergänzend Datenmaterial aus eigenen empirischen Erhebungen und Sekundärdaten.

Projekt: „Familienfreundliche Kommunalpolitik“

Das Projekt „Kommunale Familienpolitik“ wird von der Familienforschung Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg seit Anfang 2004 bearbeitet. Im Rahmen des Projekts werden Serviceangebote entwickelt und angeboten, die die Kommunen in Baden-Württemberg bei der Planung und Durchführung von familienpolitischen Maßnahmen unterstützen und trotz knapper Mittel zu Qualitätssteigerungen in der kommunalen Familienpolitik beitragen:

- **Servicebaustein 1: Internetportal „Familienfreundliche Kommune“:**

Das Portal www.familienfreundliche-kommune.de besteht seit März 2004. Es bündelt aktuelle Fachinformationen und -daten zum Thema kommunale Familienpolitik, bereitet sie praxisgerecht auf und stellt sie kostenlos zur Verfügung.

- **Servicebaustein 2: Veranstaltung von Zukunftswerkstätten:**

Als weitere Unterstützungsleistung wurde das Konzept der Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“ entwickelt. Die Zukunftswerkstätten sorgen unter professioneller Begleitung durch die Familienforschung vor Ort für eine pragmatische Verwirklichung von mehr Bürgerbeteiligung bei der Zieldefinition für und bei der Planung von familienpolitischen Maßnahmen.

- **Servicebaustein 3: Öffentlichkeitsarbeit Kommunale Familienpolitik:**

Darüber hinaus ist die Familienforschung Baden-Württemberg mit Vorträgen und einem Infostand auf Fachveranstaltungen vertreten, um dem Thema kommunale Familienpolitik in seinem Zusammenspiel mit der demographischen Entwicklung durch die Präsentation eigener Forschungsergebnisse zu mehr öffentlicher Aufmerksamkeit zu verhelfen und auf die eigenen Serviceangebote für den kommunalen Bereich hinzuweisen.

Weitere Info hier:

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/aktuelles/veranstaltungen/infobrief_zukunftswerkstaetten.pdf

Mitmachen Ehrensache“ – Ein Bildungsangebot für Schulen



Mitmachen Ehrensache ist eine Aktion im Jugendnetz Baden-Württemberg.

Jugendliche jobben am Internationalen Tag des Ehrenamts, den 5. Dezember, bei Arbeitgebern ihrer Wahl und spenden das Geld jeweils regional festgelegten „guten Zwecken“. Das können Projekte der Jugendarbeit oder andere gemeinnützige Zwecke, die von Jugendlichen selbst ausgewählt werden. Besonders engagierte Jugendliche werden zu „Botschaftern“ ausgebildet, bewerben die Aktion und beteiligen sich an der Organisation vor Ort.

Schulen und Träger der Jugendarbeit können sich an der Aktion beteiligen und führen die Aktion gemeinsam mit engagierten Schülerinnen und Schülern durch. Der Tag des Ehrenamts wird damit ein engagierter Bildungstag für Schülerinnen und Schüler, die sich für ihr Gemeinwesen engagieren, erste berufliche Kontakte knüpfen und Projekterfahrung sammeln. Der Tag des Ehrenamts wird damit ein engagierter Bildungstag für junge Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihr Gemeinwesen engagieren, erste berufliche Kontakte knüpfen und Projekterfahrung sammeln.

2005 haben 5.729 Jugendliche von 415 Schulen aus 18 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs in mehr als 20.000 Arbeitsstunden 130.000 Euro erarbeitet. Mit dem Erlös dieses einzigen Arbeitstages konnten verschiedene lokale Projekte gefördert werden.

Als landesweiter Schirmherr unterstützt Ministerpräsident Günther H. Oettinger den Aktionstag.

Service für Schulen

Mitmachen Ehrensache ist mehr als der Aktionstag: Jugendliche erlernen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Übergang Schule – Beruf und zum sozialen Engagement. Mit unseren Materialien



Jobben für einen guten Zweck!

können Sie im Vorfeld des Aktionstages Unterrichtseinheiten zur Berufsorientierung, zur Erstellung von Bewerbungsanschreiben und zum Bewerbungstraining gestalten. Übungsblätter, Aufgaben und vorbereitete Schulstunden erleichtern Ihre Unterrichtsgestaltung zum Thema. Die Materialien stehen ab dem Schuljahr 2006/2007 zur Verfügung. Sie können sich auch gerne vorab informieren und bei der Umsetzung beraten lassen.

Die Servicestelle Jugend

Die Servicestelle Jugend – ein eigener Geschäftsbereich innerhalb der Jugendstiftung Baden-Württemberg - koordiniert das landesweite Portal www.jugendnetz.de im Auftrag des Landes Baden-Württemberg. Mit täglich über 6.000 Besucherinnen und Besuchern zählt die Seite heute zu den meist besuchten Jugendinformationsseiten in Deutschland. Das Jugendnetz kooperiert mit über 70 regionalen Jugendportalen und Themenetzen.

Die Servicestelle Jugend stellt Inhalte für die regionalen Portale zur Verfügung. Dazu gehören eine Baden-Württembergweite Datenbank mit Einrichtungen, Projekte, Angeboten des Jugendbildungsbezirks und allen Schulen, interaktive Module zu alltagspraktischen Themen und Life-Kompetenz, ein Online-Magazin von und für Jugendliche, kommentierte Links und eine landesweite Finanzierungsdatenbank für Projekte und Initiativen.

Die Servicestelle berät bei Fragen zu Datenbanklösungen, Redaktionssystemen und inhaltlichen Weiterentwicklungen und koordiniert die landesweite Vernetzung der Regionalen Jugendagenturen.

Schülermentorenprogramm Soziale Verantwortung lernen

Angebot der KSJ Freiburg zur Kooperation mit Schulen

Die KSJ (Katholische Studierende Jugend) ist der Verband für Schülerinnen und Schüler an Gymnasien und Realschulen innerhalb des BDKJ Freiburg (weitere Informationen zum Verband auf unserer Homepage: www.ksj-freiburg.de).

Die KSJ bietet das Schülermentorenprogramm „Soziale Verantwortung lernen“ als Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule an.

Was ist das Schülermentorenprogramm (SMP)?

- Das SMP ist eine dreigliedrige Ausbildung bestehend aus Grundkurs, Praxisphase und Aufbaukurs. Die Ausbildung erstreckt sich über ein Schuljahr.
- Inhalte der Ausbildung sind neben Persönlichkeitsbildung und Teamarbeit Projektarbeit und Präsentationsmethoden, die Leitung von Gruppen, das Ausprobieren vielfältiger Spiele und Kooperationsübungen und das Erlernen rechtlicher Grundlagen.
- Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler ab 15 Jahren.
- Die Ausbildung läuft in Kooperation mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, mit der KSJ Rottenburg-Stuttgart, der Evangelischen Schülerjugend Baden und dem Evangelischen Jugendwerk Stuttgart.

Gewinn für die Schule

- SchülerInnen der Mittel- und Oberstufe engagieren sich ehrenamtlich und eigenverantwortlich an Ihrer Schule. Sie gestalten das Schulleben auf Dauer nach ihren Interessen mit (Filmnacht, Lesenacht, Workshops, Klettern, Streitschlichter,...)
- SchülerInnen der Unterstufe profitieren von den Angeboten der SchülermentorenInnen, finden sich schneller an der neuen Schule zurecht und knüpfen wichtige Kontakte.
- Die Schule profiliert sich im Bereich soziales Lernen und soziales Engagement von SchülerInnen, Schule wird zum Lebensraum von Schülerinnen und Schülern.

Gewinn für den Verband

Das SMP ist keine reine Dienstleistung: Ziel des Verbandes ist die Gründung von Gruppen an Schulen.

Das erste Jahr der Kooperation ist ein Schnupperjahr für die beteiligte Schule und die KSJ: Die Schule lernt die KSJ kennen und die KSJ lernt die Schule kennen.

Eine langfristige Kooperation zwischen KSJ und Schule ist nur möglich, wenn die Schule und die SchülerInnen Interesse an der Gründung einer Verbandsgruppe haben.



Bedingungen für die Kooperation aus Sicht der KSJ

- Kontaktperson (z.B. LehrerIn) an der Schule, die für die SchülermentorInnen verantwortlich ist
- Räume für die Planung und Durchführung der Veranstaltungen der SchülermentorInnen
- zugänglicher verschließbarer Schrank für die MentorInnen, in dem sie ihr Material lagern können (möglichst in einem eigenen Raum für die MentorInnen)
- finanzielle Unterstützung der MentorInnen durch die Schule

Verlauf vom Erstkontakt bis zur Gründung

- Interesse der Schule am Programm, zunächst telefonische Information über Kooperationsmöglichkeiten
- erstes Infogespräch mit dem/der KontaktlehrerIn (evtl. mehreren Interessierten und DirektorIn): gegenseitige Information, klare Vereinbarungen bzgl. der Kooperation (evtl. Kooperationsvertrag)
- Werbephase bei den SchülerInnen der 10. Klasse, Vorstellung des Programms/ der Kooperation
- Teilnahme von mindestens 4, maximal 10 SchülerInnen einer Schule
- Erste Kompaktphase im Herbst (Grundkurs)
- Praxisphase: Betreuung und Begleitung der SchülermentorInnen vor Ort,
- Winter/Frühjahr: Vorgespräche mit beteiligten SchülerInnen und KontaktlehrerInnen, ob Interesse besteht, langfristig eine Gruppe von SchülermentorInnen an der Schule zu installieren (=Gründung einer Verbandsgruppe an der Schule)
- Zweite Kompaktphase im Frühjahr (Aufbaukurs)
- gemeinsame Evaluation der Kooperation
- weitere Kooperation nur bei Interesse an der Gründung einer Verbandsgruppe (siehe unten), (evtl. Kooperationsvertrag)
- erneutes Angebot der Schülermentorenausbildung im 2. Jahr der Kooperation, Werbung an der Schule

- Erstellung eines (Halb-) Jahresplans über die anvisierten Projekte
- Gründungsveranstaltung (z.B. Luftballonstart in der großen Pause, Infostände über die Arbeit der SchülermentorInnen und über den Verband, etc...)
- Überreichen des Banners und Starterpakets durch den Verband (Wert: ca. 500€), Information der (Schul-)Öffentlichkeit

Was bedeutet es, eine Verbandsgruppe an der Schule zu gründen? Aufgaben der Verbandsgruppe:

- regelmäßige Treffen in der Leiterrunde (= alle aktiven SchülermentorInnen, evtl. KontaktlehrerIn, evtl. Kontaktperson der KSJ)
- Organisation und Durchführung von verschiedenen Projekten für jüngere SchülerInnen (z.B. Gruppenstunden, regelmäßige Spielenachmittage, Ausflüge oder ähnliches, Fußballturnier, Hüttenwochenende, etc.)
- Teilnahme von 2 SchülerInnen an der jährlich 1mal stattfindenden Diözesankonferenz im Herbst und an der 1-tägigen Konferenz im Frühjahr
- Mitglied im Verband (26€ Jahresbeitrag/pro Person, im ersten Jahr: ½ Jahr kostenfreie Schnuppermitgliedschaft)
- Möglichkeit der Vernetzung mit anderen Verbandsgruppen an Schulen
- Möglichkeit der Teilnahme an Freizeit und Bildungsveranstaltungen des Verbandes (z.B. Volleyballturnier, Spielewochenende, Fortbildungstage)
- Möglichkeit der Unterstützung und Beratung des Teams (Leiterrunde) durch den/die BildungsreferentIn im Verband: Teamtraining, Fortbildungsangebote, Konfliktmanagement

Aktuelle Kooperationsschulen (SJ 04-05):

Burkardt-Gymnasium Buchen, Lise-Meitner-Gymnasium Grenzach-Wyhlen, Gymnasium Schönau/Wiesental, Edith-Stein-Gymnasium Bretten, Theodor-Heuss-Gymnasium Freiburg

Realschule im Kreuzerfeld

Bürgerschaftliches Engagement und TOP SE als Bestandteile eines Schulsozialcurriculums

Die Realschule im Kreuzerfeld mit Außenstelle Ergenzingen ist eine staatliche Realschule mit ca. 950 Schülern. Etwa 80% unserer Schüler ist männlich und trotzdem haben wir an unserer Schule ein soziales Schulprofil, das in den letzten sechs Jahren entstanden ist. Alle Schüler arbeiten in ihrem Schulleben mindestens an einem sozialen Projekt entweder innerhalb der Schule oder außerhalb mit unseren Kooperationspartnern, zu denen auch das Bürgerschaftliche Engagement gehört.

In den Klassenstufen 5-8 erhalten die Schüler innerhalb des Unterrichtsfaches „Pädagogischer Schwerpunkt“ eine Art Grundbildung, zu der z.B. der Bereich „Lernen lernen“, Primärprävention Sucht, Gewaltprävention und eine Einheit gegen Mobbing gehört. Hier geht es darum, sein Ich kennen zu lernen und zu akzeptieren, um das DU annehmen und respektieren zu können. Die Bildung der Klassengemeinschaft wird mit Übungen zum sozialen Lernen und Methoden wie Klassenrat und Klassenkodex unterstützt. Auch ein Erlebnispädagogisches Schullandheim in der Klassenstufe 6 wirkt formend auf die Klassengemeinschaft. Hinter dem Titel „Cool sein-cool bleiben“ verbirgt sich Gewaltprävention, die wir in Kooperation mit der Kriminalpolizei Tübingen und der Polizeidirektion Rottenburg unterrichten. Zu jedem dieser Schwerpunktthemen bieten wir den Eltern Themenorientierende Elternabende an, an denen wir mit Eltern ebenfalls Übungen machen oder sie die Lernmaterialien ihrer Kinder ausprobieren können.

Das Fach „Pädagogischer Schwerpunkt“ - im Stundenplan kurz „PS“ genannt - hat sich ursprünglich aus einer Klassenlehrerstunde entwickelt, die aber nur in der Klassenstufe 5 vorhanden war. PS ist bei uns ein eigenständiges Fach mit verbindlichen Inhalten geworden. Die Inhalte helfen uns, die Bildungsstandards besonders im Bereich soziale und personale Kompetenzen zu erreichen.

In der Jahrgangsstufe 7 gibt es für unsere Schüler die Möglichkeit an verschiedenen Ausbildungen teil zu nehmen: Streitschlichter, Schulsanitäter (Kooperation mit dem DRK Tübingen), Sportmentoren, Busmentoren (Kooperation mit der Verkehrswacht), Verkehrsmentoren, PC-Mentoren und Schülermentoren (Kooperation mit dem Evangelischen Jugendwerk Tübingen). In der Klassenstufe 8 machen diese Schüler ihre ersten Praxiserfahrungen in der Schule.

Eine unserer siebten Klassen ist im Bela-Projekt (**B**ürgerengagement für **L**ebensqualität im **A**lter) engagiert. Im zweiwöchigen Rhythmus spielt, singt und bastelt eine Gruppe von Schülern mit den Bewohnern des Hauses am Rammert. Sie gestalten Feste mit, gehen mit spazieren und lernen aber auch von den Senioren: Kartenspiele, Brettspiele, Lebensgeschichten und wie unterschiedlich es ist, alt zu sein. Wir Lehrer sehen die Senioren und unsere Schüler strahlen, wenn wir dort zu Besuch kommen. Eine gemeinsame Betreuung der Schüler durch Lehrer, eine Bürgermentorin und den Sozialdienst der Hospitalstiftung entlastet uns in der Schule.

Für die Klassenstufe 5-8 findet jeweils an bestimmten Tagen Hausaufgabenbetreuung statt, die durch Senioren betreut werden. Dieses Projekt konnte durch das Bürgerschaftliche Engagement der Stadt Rottenburg gegründet werden und wird durch einen Bürgermentor und Kollegen begleitet. Manche Schüler haben einfach große Schwierigkeiten, ihre Hausaufgaben regelmäßig zu erledigen und bekommen vielleicht zusätzlich keinen Anstoß von zu Hause, so dass es hier für alle Beteiligten entlastend ist, Schüler in diese Hausaufgabenbetreuung zu schicken.

Gerne nehmen unsere Schüler auch an Jes-Projekten (**J**ugend engagiert **s**ich) teil. So gibt es im Moment ein Projekt, in dem Schüler bestimmte Betonflächen der Sporthalle mit Graffiti verschönern. Viele Teilnehmer aus den achten Klassen beteiligten sich auch am Rottenburger Kunstpfad, ein Jes-Projekt, das im letzten Schuljahr stattfand.

Die Jahrgangsstufe 9 ist als Top-SE-Jahrgangsstufe ausgewiesen. Das Themenorientierte Projekt Soziales Engagement ist ein neuer Bestandteil des Bil-

dungsplanes, der seit 2004 gültig ist. Für diesen Bereich waren wir Erprobungsrealschule und betreuen 18 Realschulen, die im Bereich des Pädagogischen Zentrums Reutlingen liegen. Durch das PZ Reutlingen werden regionale Lehrerfortbildungen für die Kreisschulämter Reutlingen und Tübingen organisiert

Alle Schüler müssen verpflichtend an TOP SE teilnehmen. Unsere Schüler haben jedoch die Wahlmöglichkeit, ihr Zertifikat in einem der sieben oben genannten Bereiche zu erwerben oder ein Soziales Praktikum in der Klassenstufe 9 zu machen. Oft erleben wir, dass Schüler zusätzlich in ein Praktikum gehen und sich also zwei Zertifikate erwerben. Die Stundenzahl ist hier für jeden Bereich gleich festgelegt und die Projektordner werden nach den gleichen Kriterien benotet. Leider muss das Soziale Engagement gemäß den Rahmenbedingungen des Bildungsplans benotet werden. Auch in den Jahren zuvor, in denen ja ebenfalls Schüler in den Projekten tätig waren, haben wir erlebt, dass die Schüler ihre Tätigkeit sehr ernst nehmen und übersprudelnd voll neuer Erfahrungen wieder in die Schule zurückkommen. Ohne Notendruck war dies sehr wohl auch möglich. Dieses Jahr nahmen von 169 Schülern der Jahrgangsstufe 9 165 am Sozialen Praktikum teil.

Innerhalb des Sozialen Praktikums haben die Schüler eine große Wahlmöglichkeit, außerdem finden weitere Projekte statt. So setzten in diesem Schuljahr 11 Schüler der Klasse 9e mit ihrem Klassenlehrer, den Kindergartenkindern, einigen Eltern, den Erzieherinnen und einer Bürgermentorin in einem Jes-Projekt den Garten des Kindergartens instand. Der Garten ist jetzt entwildert, es gibt zwei von den Kindern gestaltete Bauwägen als Spielmöglichkeit und einen Barfußpfad.

Der Montag nach dem Sozialen Praktikum ist unser Reflexionstag. Übereinstimmend erzählten hier die 11 Schüler aus dem Jes-Projekt des Kindergartens, dass zunächst die Kontaktaufnahme zu den Kindergartenkindern und den Eltern sehr schwierig war. Bei den Eltern gab es große sprachliche Probleme, aber im Laufe der Woche wurden diese Probleme immer geringer. Wir hoffen mit der Kindergartenleitung, dass dies ein Startpunkt war, um Eltern vorwiegend mit Migrationshin-

tergrund in die Arbeit mit ein zu beziehen. Natürlich kamen unseren Schülern die Kindergartenkinder sehr klein vor: „Was sollte man die nur mitarbeiten lassen?“ Hier führte die Neugier der Kleinen zum Miteinander und unsere Schüler meinten, mit Kindern müsste man sich ganz schön in Geduld üben. Als Lehrer können wir das nur bestätigen.

Oft haben wir das Gefühl, dass unsere Schüler nach ihrer Woche Praktikum, das übrigens ab September in der Schule vorbereitet wird, oder nach ihrer Tätigkeit in den sieben Bausteinen erwachsener geworden sind. Die Beziehung zwischen betreuendem Lehrer und den einzelnen Schülern ändert sich ebenfalls. Jeder Baustein wird bei uns von einem Kollegen federführend betreut, auch die Projekte, die von einem Bürgermentor begleitet werden. Einmalprojekte nehmen wir nicht so gerne in unser Programm auf, denn in der Regel ist es besser, von Jahr zu Jahr die Angebote für unsere Schüler zu verbessern und persönlichen Kontakt zu den Bürgermentoren zu haben.

In unserem Sozialcurriculum steckt viel Engagement, eine große Portion Idealismus und Arbeit, die von Lehrern und Mentoren zusätzlich geleistet wird. Wenn man aber sieht, wie sich Schüler in Projekten verändern und wachsen und sich das Arbeitsklima in Lerngruppen verändert, macht diese Arbeit Sinn.

Die Freie Waldorfschule am Kräherwald



Die Freie Waldorfschule am Kräherwald bietet an, sich am Markt der Möglichkeiten am 19. und 20. Mai 2006 mit einem Informationsstand zu beteiligen. Dabei werden ein Projekt zur Berufsfindung mit dreimonatigem Berufspraktikum und die begleitenden Konzepte zur Bewerbung und Berufsfindung in der 11. Klasse unserer Schule dargestellt. Schüler, die an diesem Projekt beteiligt waren, berichten von ihren Erfahrungen.

Zum Konzept der Berufskunde in der Klasse 11P

Die Schüler werden durch den Berufskundeunterricht zwischen September und Dezember gezielt auf die Bewerbung und Suche nach geeigneten Praktikumsstellen vorbereitet. Ebenso bekommen sie einen theoretischen Überblick über das Berufsleben und die Arbeitssituation heute. Jeder Schüler muss in dieser Zeit eigenständig 1 bis höchsten 3 Praktikumsstellen finden.

Das dreimonatige Berufspraktikum

Die Schüler sind in dieser Zeit nicht in der Schule. Idealerweise möchten wir, dass sie zwischen Weihnachten und Ostern eine, höchstens zwei Praktika durchführen. Es geht uns nicht um ein "Schnuppern" in der Arbeitswelt, sondern vielmehr um ein gründliches Kennenlernen und Sich-Verbinden. Die Wahl der Praktikumsstelle liegt ganz bei den Schülern, ihren Neigungen und Wünschen entsprechend. Zur Zeit ist beispielsweise eine Schülerin bei einer ambulanten Hebamme, eine andere in einem Waisenhaus, eine dritte bei einer Catering Firma. Ein Schüler ist in einem Tonstudio, ein anderer bei einem KFZ Mechaniker und ein dritter in der Heilpädagogik tätig.

Berichterstattung und Intensivkurs "Berufsfindung"

Nach den Osterferien bieten wir den Schülern eine Intensivwoche zur "Berufsfindung" an mit 4 bis 5 Stunden täglich. Dieses Seminar wird von professioneller Seite PROartes Personal und Organisationsentwicklung / Witten durchgeführt und beinhaltet die Durchführung des Geva-Testes (München), einer Kompetenzprofilberatung sowie vertiefte Hilfsmaßnahmen zur Orientierung in der heutigen Berufswelt.

In einem öffentlichen Abend berichten alle Schüler über Erfahrungen in den Praktika. Die Firmenchefs werden dazu eingeladen.

Das Jahr wird abgerundet mit einem Theaterprojekt, das die künstlerischen und sozialen Fähigkeiten der Jugendlichen schult.

Fazit

Wir versuchen die Berufsvorbereitung in den Schulunterricht zu integrieren

Wir treten in enge Verbindung mit den verschiedensten Unternehmen

Alle Schüler finden eine Praktikumsstelle

Unser Konzept trägt zur ausgesprochen positiven Persönlichkeitsentwicklung der Schüler bei

Die Schüler bekommen Erfahrungen fürs Leben und eine große Hilfe für eine zukünftige Berufswahl.

„jung und alt gemeinsam - wir bewegen was!“

KOJALA - Kompetenzbörse für Jung und Alt im Lern-Austausch

KOJALA ist ein Lernnetzwerk von und für ältere und jüngere Menschen, die bereit sind, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten mit anderen zu teilen. Sie machen in der Lernbörse Angebote, die andere abrufen können und suchen selbst Partner für Themen und Vorhaben, bei denen sie Unterstützung brauchen. Sie haben Lust, auf neuen Lernwegen ihr Wissen zu erweitern. Ein spannendes Lernabenteuer kann beginnen - an realen Lernorten (Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, etc) oder auch über einen virtuellen Lern-Austausch im Internet. Beteiligen können sich Einzelerlernende und Gruppen, SchülerInnen, LehrerInnen, SeniorInnen und andere wissensdurstige Menschen.

Für die Konzeption und Koordination ist das Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm verantwortlich. Gemeinsam mit dem ZAWiW beteiligen sich an dem Lernnetzwerk Schulen, JAZz e.V., ViLE e.V., vh ulm, Familienbildungsstätte, weitere Ulmer Bildungseinrichtungen, Stadthaus Ulm, Institutionen der Jugend- und Altenarbeit, Seniorenrat Ulm, Altentref Ulm/Neu-Ulm, die Stadt Ulm, Bürgerbüro ZEBRA, Ulmer Bürger/-innen. Die Südwest Presse ist Medienpartner von KOJALA.

Gesucht werden Einzelpersonen und Institutionen, die die Idee von KOJALA unterstützen und bereit sind gemeinsam neue Wege des Lern- und Erfahrungsaustausches zu gehen!

Gefördert wird "KOJALA" aus Mitteln der Ulmer Bürger Stiftung, des Förderkreises des ZAWiW, der Bildungsoffensive der Stadt Ulm und der Jugendstiftung Baden-Württemberg. Weitere Projektmittel werden benötigt!

In Ulm entseht eine neue Form des Lernens, Jung und Alt lernen miteinander/voneinander nach dem Motto: „jung und alt gemeinsam - wir bewegen was!“

Mehr unter www.kojala.de



Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm

Das "Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung" (ZAWiW) ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Universität Ulm, die im März 1994 gegründet wurde. Die Hauptaufgaben des ZAWiW liegen in der Entwicklung neuer curricularer und methodischer Konzepte in der Erwachsenenbildung, speziell Weiterbildung älterer Menschen.

Fester Bestandteil des Programmangebots an der Universität Ulm sind seit 1992 die Jahreszeitakademien für „Menschen im dritten Lebensalter – und davor“. In diesen Weiterbildungskompaktwochen, den so genannten Frühjahrs- und Herbstakademien, werden Themen von zentraler gesellschaftlicher Relevanz aus verschiedenen Forschungsperspektiven behandelt. Die Akademiewochen werden derzeit von ca. 650-850 älteren Erwachsenen besucht, für die Frühjahrsakademie 2006 liegen erstmals über 1.000 Anmeldungen vor.

Am ZAWiW werden seit 1995 Arbeitskreise „Forschenden Lernens“ initiiert, in denen Seniorstudierende im Sinne des „Forschenden Lernens“ selbstgewählte Fragestellungen über einen längeren Zeitraum hinweg mit wissenschaftlichen Methoden systematisch bearbeiten und die Ergebnisse evaluieren und dokumentieren. Derzeit gibt es 14 Arbeitskreise zu selbstgewählten Themen in den Bereichen Naturwissenschaften, Medizin, Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie Informatik.

Seit 1995 führt das ZAWiW zahlreiche Forschungs- und Modellprojekte durch, die die Förderung des selbstgesteuerten Lernens und der Zusammenarbeit älterer Menschen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene sowie die Erschließung neuer nachberuflicher Tätigkeitsfelder zum Ziele haben. Schwerpunkte der Arbeit sind die Erschließung und sinnvolle Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für Menschen im dritten Lebensalter, die Weiter-

gabe von Erfahrungswissen Älterer in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten und der Dialog Alt-Jung. Die Projekte werden im Sinne der praxisbegleitenden Forschung (Aktionsforschung) konzipiert, begleitet und evaluiert und sind auf Nachhaltigkeit ausgelegt.

Mehr unter www.zawiw.de



jes-Jugend engagiert sich auf dem Markt der Möglichkeiten

jes-Jugend engagiert sich, ist ein seit mehr als vier Jahren laufendes Programm der **LANDESSTIFTUNG** Baden-Württemberg gGmbH.

Projekträger ist das **Paritätische Bildungswerk** LV Baden-Württemberg e. V. Ziel des niederschweligen Programmes ist es, **Jugendlichen im Alter von 12 - 27 Jahren** zu ermöglichen, sich in vielfältigen Projekten im **freiwilligen Engagement** zu erproben. Die Umsetzung ihrer Ideen und Vorhaben steht im Mittelpunkt.

Unterstützt werden sie von eigens qualifizierten **Bürgermentor/innen**.

Zur Realisierung der Projekte können die Mentor/innen Anträge auf die Sachmittel stellen. Die Mentor/innen öffnen Türen in Bereiche hinein, die Jugendlichen nicht so ohne weiteres zugänglich sind. Mentor/innen stellen den jungen Menschen ihre Netzwerke zur Verfügung. Junge Leute sollen die Chance haben, mehr **Selbstwirksamkeit** zu erleben. Dies ist so ungemein wichtig für die Entwicklung eines belastbaren Selbstbewusstseins.

Mit anderen etwas Sinnvolles, Nützliches für sich selbst, für andere Menschen, für das Gemeinwesen bewirken.

Zum Ende eines Projektes werden die beteiligten Jugendlichen im Rahmen eines Festaktes geehrt, wenn Sie nachweislich mindestens 40 Stunden freiwilliges Engagement eingebracht haben. In aller Regel wird das **Zertifikat** von der/dem Bürgermeister/in oder Oberbürgermeister/in der Gemeinde oder der Stadt überreicht.

Weitsichtige Stadtoberhäupter machen sich die Philosophie von jes zu eigen und „düngen“ und „stärken“ die **Kultur Bürgergesellschaftlichen Engagements** in

Ihrer



Ge-
meinde

mit frisch-jugendlichen Projekten.

In Baden-Württemberg sind zwischenzeitlich knapp 300 Projekte entstanden. Projekte der unterschiedlichsten Art, kulturelle, ökologische, soziale und jugendpolitische Projekte.

Eine Vielzahl von Projekten haben ihren Ausgangspunkt oder ihr Zielfeld in der **Schule. Lehrer** schätzen die Kooperation mit lebens- und berufserfahrenen Mentor/innen. Gemeinsam können Projektfelder eröffnet werden, die dem Lehrer, der Lehrerin alleine nicht erschließbar sind und somit für die Jugendlichen verloren gewesen wären. Nicht wenige (ehemalige) Lehrer/innen lassen sich zu Bürgermentor/innen ausbilden. Sie stellen natürlich ganz besonders wertvolle Brücken zwischen Schule und dem Engagement im Gemeinwesen dar.

Nähere Informationen beim jes-Team des Paritätischen Bildungswerkes

Ulf von Quillfeldt, Stuttgart (Region Nord-Württemberg)

quillfeldt@bildungswerk.paritaet-bw.de

Rita Pehlke-Seidel, Mössingen (Region Süd-Württemberg)

pehlke-seidel@t-online.de

Beatrix Holzer, Mannheim (Region Nord-Baden)

holzer@bildungswerk.paritaet-bw.de

Claudia Herbstritt, Freiburg (Region Süd-Baden)

info@jes-connection.de

www.jugend-engagiert-sich.de



Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung (LAGO)

In der LAGO haben sich fünf Landesorganisationen zusammengeschlossen, die auf dem Gebiet der Offenen Jugendarbeit tätig sind. Sie wurde gegründet, um die Interessen der Offenen Jugendarbeit besser in die landesweite Jugendpolitik einzubringen.

Sprecher der LAGO sind Sieghard Kelle, 2. Vorsitzender der AGJF und Martin Roller, Geschäftsführer des Paritätischen Jugendwerks.

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. (AGJF)

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg e.V. vertritt ca. 160 Mitgliedsorganisationen (Trägervereine, Städte und Gemeinden, Kirchengemeinden und Stiftungen, Stadt- und Kreisjugendringe, Dachverbände auf Kreisebene), die weit mehr als 600 Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, wie Jugendhäuser, -treffs, Spielmobile und Aktivspielplätze betreiben.

Die AGJF versteht sich als Lobby für die Offene Kinder- und Jugendarbeit, arbeitet in verschiedenen Gremien der Landespolitik mit und nimmt öffentlich zu jugendpolitischen Fragen Stellung. Sie gibt Impulse für die Entwicklung der Praxis durch regionales Networking, Arbeitsgruppen, Projekte, Veranstaltungen und Fortbildungen. Sie unterstützt und berät ihre Mitglieder in fachlichen, finanziellen und rechtlichen Fragen, vermittelt Kontakte und gibt Veröffentlichungen heraus.

Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze e.V.

Zusammen mit gleich gesinnten Initiativen und Organisationen arbeitet der Verband an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen und setzt sich für deren Interessen ein, indem er seinen Mitgliedern konkrete Hilfestellungen bei der Planung und Durchführung von Aktivitäten gibt und durch Fortbildungen, Publikationen, fachlichen Erfahrungsaustausch auf Landes- und Bundesebene etc. zur Qualifizierung von Mitarbei-

ter/innen befragt. Er berät Kommunen bei der Planung und Gestaltung neuer Plätze.

LAG Spielmobile

Die LAG Baden-Württemberg ist 1990 als Arbeitsgemeinschaft gegründet worden. Sie versteht sich als landesweiten Zusammenschluss von Personen und Einrichtungen, die in der Spielmobil- und Spielpädagogikarbeit tätig sind. Sie vertritt die Interessen der Mitglieder in der Öffentlichkeit und organisiert durch Fortbildungen landesweite Kongresse den Erfahrungsaustausch zwischen den Kolleg/innen.

Paritätisches Jugendwerk Baden-Württemberg e.V. (PJW)

Das Paritätische Jugendwerk ist seit 1981 als landesweiter Dachverband der Kinder- und Jugendarbeit tätig. Aktuell gehören ihm über 170 freie Träger aus allen Teilen des Landes an, deren Tätigkeitsschwerpunkte im Betrieb von offenen Einrichtungen sowie der Durchführung von Angeboten der außerschulischen Jugendbildung liegen - v.a. in den Bereichen Kultur-, Medien- und Umweltpädagogik, geschlechterdifferenzierende Pädagogik, Gesundheits- und Gewaltprävention sowie interkulturelle und internationale Jugendarbeit. Viele dieser Angebote werden mittlerweile in Kooperation mit Schulen durchgeführt.

Das Paritätische Jugendwerk versteht sich als zentrale Servicestelle für die ihm angeschlossenen freien Träger. Zu seinem Aufgabenspektrum gehören die zentrale Abwicklung des Landesjugendplanverfahrens, die Beratung und Unterstützung bei der Projektentwicklung und der Akquisition von Fördermitteln, das Management von Kooperationsprojekten, die Aufbereitung von Informationen sowie die Durchführung von Fort- und Weiterbildungen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen.

Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten e.V. (IBG)

IBG ist seit 1965 im Bereich internationaler Jugendaustausch und internationaler Freiwilligendienste aktiv. Der Schwerpunkt liegt dabei auf internationalen Workcamps, bei denen die Aspekte der „Begegnung“ (in der internationalen Gruppe und mit der

lokalen Bevölkerung) und „gemeinnützige Arbeit“ verknüpft werden. IBG arbeitet international mit Partnern in 44 Ländern zusammen.

Keplerschule Freudenstadt Hauptschule mit Werkrealschule

In die Keplerschule Hauptschule kommen Schülerinnen und Schüler aus fünf verschiedenen Grundschulen – zwei städtischen Grundschulen, der Grundschulen in den Stadtteilen Dietersweiler und Wittlensweiler sowie aus der Grundschule Seewald. Zur Zeit werden rund 500 Jugendliche in 21 Regelklassen unterrichtet. Wir haben an der Schule noch eine Vorbereitungsklasse, in der Jugendliche ohne oder mit geringen Deutschkenntnissen auf den Unterricht in Regelklassen vorbereitet werden.

Als weiteres wichtiges zusätzliches Angebot haben wir seit dem Schuljahr 1998/99 eine Kooperationsklasse für Jugendliche, die mit den bestehenden schulischen Angeboten voraussichtlich den Hauptschulabschluss nicht erreichen können. Ziel ist es, die Chancen der Jugendlichen auf eine berufliche Eingliederung durch die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit in möglichst enger Zusammenarbeit mit Betrieben zu erhöhen.

Für besonders leistungsfähige und motivierte Jugendliche gibt es bei uns die Möglichkeit, ab Klasse 8 die Werkrealschule zu besuchen, die mit einem Mittleren Bildungsabschluss endet, der den Absolventen dieselben Chancen eröffnet wie z. B. der Realschulabschluss.

Seit dem 1. März 1996 haben wir eine Schulsozialarbeiterin, die uns in vielen Angelegenheiten unterstützt und ergänzt und auch im präventiven Bereich unserer vielfältigen Erziehungs- und Bildungsaufgaben wertvolle Arbeit leistet.

Das Angebot der Ganztagesbetreuung war die logische Folge der Schulsozialarbeit. Auch hier wollen wir das Selbstwertgefühl unserer Jugendlichen stärken, Gemeinschaftserlebnisse ermöglichen, Eigeninitiative und Verantwortung fördern, soziale Kompetenz entwickeln, Stärken der Kinder und Jugendlichen finden und

unterstützen, Möglichkeiten der aktiven Freizeitgestaltung anbieten,

Seit 1996 haben wir verschiedene Patenschaften in Jamaika übernommen. Unsere Schule unterstützt zusammen mit außerschulischen Partnern die Flanker Basic School, eine kleine Grundschule in einem Slumgebiet von Montego Bay (Anbau von Klassenzimmern, Abgrenzung des Schulgeländes nach außen, Gestaltung des Schulhofes, Neubau eines Toilettentrakts, Instandhaltung der Fassade), das SOS Kinderdorf Barrett Town (Kauf von vier Industriewaschmaschinen, Finanzierung eines Spielplatzes, finanzielle Unterstützung beim Kauf von Computern, Bau eines Gewächshauses, Einrichtung einer Bücherei) und das Copse Boys Home, ein Heim für Waisen, behinderte und kriminelle Jugendliche sowie Jungs im Zeugenschutz (Kauf einer Industriewaschmaschine, Finanzierung eines Multifunktions-sportfeldes, Fassadeninstandhaltung, Bau eines Technikraumes, Ausstattung des Technikraumes mit Maschinen und Werkzeugen, Bau eines Schlaftraktes). Außerdem senden wir regelmäßig Kleidung, Schulmaterial und weitere Sachspenden nach Montego Bay zu unserem Koordinator vor Ort, Douglas Prout, der alle Dinge dann sowohl an unsere Patenschaften als auch an andere Bedürftige verteilt. Seit 1996 haben wir für unsere Patenschaften insgesamt rund 100.000 € investiert.

Seit 2003 arbeiten wir eng mit der Kinder- und Jugendwerkstatt EIGEN-SINN zusammen, einer Institution, die Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen Hilfestellungen bieten, um so deren Lebenschancen zu verbessern. Diese Stiftung, die so wertvolle Arbeit auch für unsere Schülerinnen und Schüler leistet, muss auch wegen der Streichung öffentlicher Mittel ums Überleben kämpfen. Wir haben deshalb mit unseren Schülerinnen und Schülern im Jahr 2005 einen Sponsorenlauf durchgeführt, bei dem wir 11.076,60 € erlaufen haben.

Durch diese vielfältigen Angebote an unserer Schule versuchen wir möglichst viele Jugendliche zu erreichen, zu motivieren und zu begleiten. Wir wünschen uns weiterhin verlässliche Kooperationspartner, die Mitverantwortung übernehmen und mit uns zum Wohle der Jugendlichen zusammenarbeiten.

Seniorpartner in School e.V.

Die Jungen Alten –

Partner der Jugend

Projekt: Seniorpartner in School

Ausgangspunkt der Überlegungen ist die demografische Situation unserer Gesellschaft: bereits im Jahr 2010 wird der Anteil der über 60-jährigen an der Gesamtbevölkerung auf 25,8 Prozent gestiegen sein.

Wie in der Berliner Altersstudie (Baltes & Montada u.a., 1996, S. 630) ausgeführt wird, gibt es noch viele unausgenutzte Reserven und Potentiale des Alters und damit ein weites Feld individueller und gesellschaftlicher Gestaltbarkeit des Alters. Es geht also um die Suche nach Wegen der institutionellen, sozialen und kulturellen Unterstützung des Lebens im Alter.

Das Projekt **Junge Alte – Partner der Jugend** erfasst zwei globale Lebensalter und kann sich auf breite Schichten der Bevölkerung auswirken. Alle Kinder durchlaufen die Schule. Aus diesem Grund ist die Durchführung dieses generationsübergreifenden Projektes in der Schule der richtige Ansatz.

Inhalt des Projektes ist die Tätigkeit der Seniorpartner als Schulmediatoren/Innen, um mit der Methode der Mediation einen Weg aufzuzeigen, wie SchülerInnen, aber auch alle am Schulleben Beteiligten Konflikte endgültig lösen können und am Ende keiner der Konfliktpartner/Innen unterlegen ist. Nicht zuletzt ist dies auch ein Beitrag, bessere schulische Leistungen zu generieren, denn wenn die SchülerInnen nicht ständig an ungelöste Konflikte denken müssen, können sie sich besser auf den zu vermittelnden Wissensstoff konzentrieren.

Es ist **Ziel dieses Projektes**, Wege aufzuzeigen, die einen Gewinn an Lebensqualität für den Einzelnen, ob Jung oder Alt, und Lösungen von wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben für die Gesellschaft erbringen.

Daraus ergibt sich:

Für die Jugend ein erheblicher Gewinn an sozialer Kompetenz und damit bessere Chancen für die Gestaltung der Zukunft.

Für den einzelnen Bürger ein höheres Maß an Zufriedenheit, Gesundheit.

Für die Schule ein wesentlicher Beitrag zur Öffnung von Schule durch das bürgerschaftliche Engagement als Ergänzung zu den Pflichtaufgaben der Schule im schulischen Alltag.

Für die Gesellschaft ergibt sich bei überwiegender Zufriedenheit der Generation der Bürger in der dritten Lebensphase ein angenehmeres, positiveres Klima. In der Enkelgeneration kann durch Prävention mit der Methode der Mediation ein wesentlicher Beitrag zur Eindämmung von Gewalt im Konfliktfall erreicht werden. In beiden Generationen werden sich weniger Kosten im Gesundheitssystem und im Rahmen der Bekämpfung von Gewalt in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht ergeben.

SiS sieht in der generationsübergreifenden ehrenamtlichen Arbeit einen wichtigen ergänzenden Ansatz auf dem Weg der Schüler/Innen, soziale Kompetenzen zu erwerben, zu fördern und Möglichkeiten eines sinnvollen Umganges mit Konflikten aufzuzeigen, ein Beispiel für freiwilliges Engagement zu geben sowie sie ein Stück weit zu begleiten.

Seit Gründung des Vereins im Jahr 2001 ist es gelungen, über 200 Bürger/Innen von der Idee zu überzeugen, so dass sie durch ihre Mitgliedschaft die Arbeit praktisch oder auch finanziell unterstützen.

Inzwischen sind 9 Gruppen von Seniorpartnern zu Schulmediatoren in Berlin ausgebildet worden. Hier hat die Stiftung Brandenburger Tor einen wesentlichen Beitrag geleistet, in dem die Mittel für drei Fortbildungen dem Verein zur Verfügung gestellt wurden. Zwei Ausbildungen wurden von der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin unterstützt. Seit dem 01.04.2005 wird SiS durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Modellprogramms „Impulse für die Zivilgesellschaft“ gefördert.

Für die Arbeit von SiS in den Schulen wurden inzwischen Standards entwickelt:

- Die freiwillige, soziale Tätigkeit der Seniorpartner wird vertraglich zwischen ihnen und dem Verein vereinbart.
- Die Ausbildung zum Schulmediator/In ist unerlässlich.
- Die Zusammenarbeit zwischen SiS und der entsprechenden Schule ist stets durch eine vertragliche Vereinbarung zu regeln, damit sie nicht der Beliebigkeit der einen oder anderen Seite ausgesetzt ist und einen verbindlichen Charakter erhält.
- Für die Arbeit in der Schule wird ein eigener Raum benötigt, der auch nur von SiS genutzt wird und welcher eine Nutzung als Büro- und Besprechungsraum zulässt.
- Supervision wird für alle Schulteams angeboten.

Die Tätigkeit der Seniorpartner wird in den Schulen von Schüler/Innen angenommen und von den Schulen als sinnvolle Ergänzung des Pflichtangebotes angesehen.

Durch die Einrichtung einer Geschäftsstelle in den Räumen des Bezirksamtes Tempelhof/Schöneberg, Breslauer Platz 1, 12159 Berlin (mietfrei), sind die Voraussetzungen für eine überschaubare, ehrenamtlich leistbare Ausweitung des Projektes in der Berliner Schullandschaft hergestellt worden.

Im Jahr 2003 erfolgte eine Information über die Idee und deren Realisation durch SiS in weiteren Bundesländern. Hierbei wurde SiS durch das Projektbüro „Dialog der Generationen“ der Pfefferwerk gGmbH unterstützt. Durch eine mehrseitige Veröffentlichung in einem bundesweit erscheinenden Magazin bekundeten Senioren/Innen aus nahezu allen Bundesländern Interesse an einer Mitarbeit. SiS sieht sich daher verpflichtet, die organisatorischen Voraussetzungen für eine Realisierung in allen Bundesländern auf den Weg zu bringen. Vorbereitende Gespräche wurden bereits mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Verband der Seniorenbüros geführt. Inzwischen sind

aus sechs Bundesländern 16 Multiplikatoren zu Schulmediatoren ausgebildet worden. Sie organisieren nun vor Ort die Einführung von SiS und arbeiten bereits in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen in den ersten Schulen. In Nordrhein-Westfalen und Hessen haben sich bereits eigene Vereine gegründet.

Im Jahr 2004 konnte das Projekt im Rahmen einer europäischen Lernpartnerschaft in Spanien, der Schweiz und im Sept. 2004 in England vorgestellt werden. Im Jahr 2005 folgte eine Vorstellung in Ungarn. Auch auf europäischer Ebene stößt das generationsübergreifende Projekt mit seinem inhaltlichen Schwerpunkt auf großes Interesse. So hat SiS 2006, koordiniert vom Projektbüro „Dialog der Generationen“ der Pfefferwerk gGmbH, einen Antrag als selbstständiger Partner in der europäischen Lernpartnerschaft ILSE (Sokrates) gestellt und diesem wurde von GRUNDTVIG, einem Unterprogramm von Sokrates, stattgegeben.

Durch die Förderung ab 1. 4. 2005 im Rahmen des Programms "Impulse für die Zivilgesellschaft" durch das BMFSFJ für voraussichtlich 3 Jahre ist es nun möglich geworden, hauptberufliche Strukturen zur Organisation der bürgerschaftlichen Arbeit einzurichten. Inzwischen wurden drei halbe Stellen für hauptberufliche Mitarbeiter eingerichtet und besetzt, um das Projekt auch nachhaltig abzusichern. Im Januar 2007 besteht der Verein bereits sechs Jahre.

Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband

Freiwilligen-Zentren als Brückenbauer zwischen Schulen und lokalem Umfeld

Der Verbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband umfasst 42 Freiwilligen-Zentren in ganz Deutschland und einem Freiwilligen-Zentrum in Österreich.

Alle Freiwilligen-Zentren haben sich verpflichtet auf der Basis einer einheitlichen Konzeption zu arbeiten und das ehrenamtliche/freiwillige/bürgerschaftliche Engagement in einem breiten Ansatz zu fördern.

Die einzelnen Freiwilligen-Zentren bilden dabei unterschiedliche Schwerpunkte aus. Seit 1999 haben mehrere Freiwilligen-Zentren mit der Gründung von Schulkooperationsprojekten begonnen. Seit Januar 2005 existiert das Netzwerk „Jugend und Engagement“ aus 11 Freiwilligen-Zentren, einer Fachstelle von IN VIA und einer Fachstelle im Diakonischen Werk Badens, die verschiedene Formen von Schulkooperationsprojekten umsetzen. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und wird Ende 2007 die verschiedenen Modelle evaluieren und deren Spezifika, Vor- und Nachteile usw. aufzeigen.

Freiwilligen-Zentren möchten das Engagement der Jugendlichen besonders fördern, weil Studien belegen, dass Menschen, die sich in diesem Alter engagieren, eine höhere Neigung aufweisen, dies auch in ihrem späteren Leben zu tun. Schulen profitieren von solchen Kooperationen v.a. dadurch, dass auf diese Weise die Erreichung fachlicher und sozialer Lernziele verbessert wird. Für die Jugendlichen selbst ist das Engagement interessant, weil sie u.a. Einblicke in neue Erfahrungsfelder erhalten, Lebenserfahrung sammeln, soziale Kompetenzen erwerben, Verantwortungsbewusstsein entwickeln, ihr Selbstwertgefühl stärken, an beruflicher Orientierung gewinnen, eine Zertifizierung ihres freiwilligen Engagements erhalten und neue Menschen kennen lernen.

Darüber hinaus findet eine Motivation zum solidarischen Handeln statt, die Bildung eines kritischen Denkens wird gefördert, eine Sensibilisierung für soziale Not im weiteren Lebensumfeld findet statt, die

Integration der Schüler und Schülerinnen in die Gesellschaft wird gefördert und den jungen Menschen wird eine Gelegenheiten zum Lernen von Engagement angeboten.

Wir werden im Rahmen der Tagung unterschiedliche Schulprojekte präsentieren:

- zum einen örtlich gesehen, von Neustadt a. d. Aisch in Bayern bis nach Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern
- zum anderen auch vom Ansatz her: vom freiwilligem Engagement der Schüler als AG bis hin zur Integration in das Curriculum als „Service Learning“ Methode.

Beteiligte Freiwilligen-Zentren sind:

Freiwilligen-Zentrum Augsburg, Bamberg, Düsseldorf, Frankfurt/Oder, Göttingen, Greifswald, Karlsruhe, Köln, München, Neustadt/Aisch, Saalfeld, Soest.

In Via Köln und Diakonische Werk Baden, Karlsruhe.

Die Leistungen der Freiwilligen-Zentren sind dabei äußerst vielfältig und gestalten sich nach den Bedingungen vor Ort:

- Beratung und Unterstützung bei der Gestaltung der Gesamtkonzeption
- Unterstützung bei der Projektumsetzung
- Mitwirkung bei Informationsveranstaltungen
- Erstellung von Unterrichtsmaterialien
- Kontaktaufbau zu lokalen Partnern im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich
- Erstellung einer Angebotspalette von möglichen Einsatzstellen
- Begleitung bei den Einsätzen
- Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit
- Beratung über Anerkennungsmöglichkeiten
- Auswertung und Dokumentation

Der Gewinn für die Schule durch die Mitarbeit eines kompetenten Freiwilligen-Zentrums besteht in der:

- Schaffung neuer Partnerschaften im lokalen Umfeld

- Effektivere und arbeitsentlastendere Durchführung des Projektes

Projektbeispiele u.a. :

- **„Schüler helfen“** Projekt des Freiwilligen-Zentrums Dillenburg und der Neuen Friedenschule Merkenbach/ Sinn: 120 SchülerInnen sind seit 1999 einmal pro Woche in sozialen, ökologischen, kulturellen Einsatzfeldern tätig; nicht nur in Einrichtungen, auch bei Einzelpersonen. Das Projekt erhielt mehrere Auszeichnungen u.a. den Innovationspreis des Landes Hessen.
- **„Neustädter Modell - Freiwilliges Soziales Schuljahr“** SchülerInnen der Klassen 8 und 9 wird vom Freiwilligen-Zentrum eine breite Palette von Einsatzmöglichkeiten angeboten. Die Jugendlichen engagieren sich ein Jahr wöchentlich zwei Stunden und erhalten am Schuljahresende ein qualifiziertes Zeugnis. Das Projekt gewann einen startsocial Bundespreis 2004. www.freiwilliges-soziales-schuljahr.de
- **„Change In“** vom Freiwilligen-Zentrum Augsburg gemeinsam mit dem Stadtjugendring Die SchülerInnen engagierten sich über einen befristeten Zeitraum von 3 Monaten 40 Stunden. Die Einsatzstellen reichen von A wie Altenheim bis zu Z wie Zoo. In der jetzigen 4. Phase beteiligen sich 21 Schulen von der Förderschule bis zum Gymnasium. Es gibt inzwischen eine größere Nachfrage der SchülerInnen als Einsatzplätze zur Verfügung stehen. Das Projekt hat kürzlich im Landtag den 3. Preis „Bürgerkultur“ erhalten. www.freiwilligen-zentrum-augsburg.de

Freiburg, den 30. März 2006
Gabriele Göhring

Aktion: Tu (Dir) was Gutes

des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Weitere Infos zum Projekt unter www.aktion-tudirwasgutes.de

Der PARITÄTISCHE ist einer der sechs anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Er ist weder konfessionell, weltanschaulich noch parteipolitisch gebunden. Unsere Arbeit wird getragen von Prinzipien wie Toleranz, Offenheit und Vielfalt. Freiwilligenengagement hat dabei höchsten Stellenwert. Mehr als 50.000 haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter/innen, 2000 Zivildienstleistende, 1100 FSJ'ler/innen und 25.000 ehrenamtliche Helfer/innen setzen sich dafür in 830 Mitgliedsorganisationen mit insgesamt 4000 sozialen Diensten und Einrichtungen täglich aktiv ein.

Weitere Informationen zum PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg:
www.paritaet-bw.de

Der PARITÄTISCHE beteiligt sich mit seinem Projekt **Aktion: Tu (Dir) was Gutes** an dem bundesweiten Modellprogramm „Generationenübergreifende Freiwilligendienste“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die **Aktion: Tu (Dir) was Gutes** sucht interessierte Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen und vermittelt sie in Einrichtungen und Institutionen. Dies geschieht unter klaren Rahmenbedingungen für die Beteiligten. Die Freiwilligen werden während ihres Einsatzes von Mentor/innen und den Mitarbeiter/innen unserer Aktionsbüros (in Stuttgart, Freiburg, Karlsruhe, Reutlingen und Offenburg) betreut und begleitet. Außerdem sind sie haftpflicht- und unfallversichert. Ein entscheidendes Merkmal dieses Engagements ist, dass es sich um einen längerfristigen, verbindlichen Freiwilligendienst handelt.

Die Engagementfelder werden nach den Wünschen der Freiwilligen gesucht. Viele Freiwillige engagieren sich über unsere Aktion in Schulen. Dort übernehmen sie kleinere Projekte oder geben beispielsweise Nachhilfe. Diese Erfahrung bringen wir in die Zusammenarbeit mit Schulen zum Thema Jugendbegleiter ein.

**Wir stellen uns vor:
Die Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland**

Wir sind die nationale Freiwilligen-Akademie und das Kompetenzzentrum für angewandtes NPO-Management. Unser Auftrag ist die Qualifizierung und Fortbildung, Beratung und Organisationsentwicklung in der zivilen Bürgergesellschaft, Politik/Verwaltung und Wirtschaft zur Förderung einer nachhaltigen Freiwilligen-Kultur in Deutschland. Als erste bundesweite Fortbildungseinrichtung zu den Themenbereichen freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt verfügen wir über einen großen und fundierten Erfahrungshintergrund. Bereits seit 1994 bietet die Akademie für Ehrenamtlichkeit Fortbildungen für Freiwillige, ehren- und hauptamtlich Aktive bundesweit an. Die Akademie ist eine Einrichtung des Förderverein für Jugend und Sozialarbeit e.V. (fjs) zu Berlin.

Wir sind Mitglied im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement BBE, im Berliner Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und im internationalen Präsidium des europäischen Netzwerk Volonteuropé. Die AfED wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (bmfsfj), durch das Bundesministerium für Inneres (bmi), Stiftungen und frei eingeworbene Mittel.

Hier ein kurzer Überblick über unsere Angebote im Jahr 2006 zur Qualifizierung:

Ausbildungsgänge

- a) Basisqualifikation Freiwilligen – Koordination
- b) Aufbaugraduierung Freiwilligen – Management
- c) ®Aufbaugraduierung Organisations/Personalentwicklung, Führen und leiten
- d) Zusatzqualifikation NPO/Vereinsmanagement (Zertifikatslehrgang)
- e) Fundraising – Führerschein
- f) Führerschein Öffentlichkeitsarbeit
- g) Qualitäts- und Projektmanagement in der Freiwilligenarbeit



Fachtagungen

z.B. die jährliche bundesweite Fachtagung Freiwilligen-Management. Seit 1997 setzen wir als Trendsetter auf innovative Tagungsthemen fürs bürgerschaftliche Engagement.

Praxisberatung/Dozentenvermittlung/Organisationsberatung

Organisationsberatung und -entwicklung zu allen Fragen des Ehrenamts und der Freiwilligenarbeit

Wir vermitteln Dozent/inn/en aus unserem Berater- und Trainerpool

Supervision und Coaching

Gerne bieten wir Ihnen Seminare und Workshops, z.B. als Inhouse-Veranstaltungen, zu weiteren Themen an. Fragen Sie uns!

Am Einfachsten informieren Sie sich auf unserer umfangreichen Homepage www.ehrenamt.de über unsere Angebote. Dort finden Sie auch viele weitere nützliche Informationen aus der Welt des freiwilligen Engagements und Ehrenamts – z.B. eine Linkliste und eine Bibliografie zu diesen Themen. Und: abonnieren Sie **kostenlos** unser Internet-Magazin www.freiwilligen-kultur.de !

Kontakt

Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland (fjs e.V.)

Marchlewskistr. 27, D - 10243 Berlin-Friedrichshain

Tel.: 030-2754938, Fax: 030- 2790126; E-

Mail: akademie@ehrenamt.de;

www.ehrenamt.de; www.freiwilligen-kultur.de

Landeselternbeirat Baden-Württemberg

LANDESELTERNBEIRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Aufgaben

Gemäß § 60 Schulgesetz ist der Landeselternbeirat ein Beratungsgremium des Kultusministeriums.

Schulgesetz § 60 Landeselternbeirat

1. Der aus gewählten Vertretern der Eltern bestehende Landeselternbeirat berät das Ministerium für Kultus und Sport in allgemeinen Fragen des Erziehungs- und Unterrichtswesens, insbesondere bei der Gestaltung der Bildungs- und Lehrpläne und der Zulassung der Schulbücher.

2. Der Landeselternbeirat kann dem Ministerium für Kultus und Sport Vorschläge und Anregungen unterbreiten. Das Ministerium für Kultus und Sport unterrichtet den Landeselternbeirat über die wichtigen allgemeinen Angelegenheiten und erteilt ihm die notwendigen Auskünfte. Auch soll das Ministerium für Kultus und Sport dem Landeselternbeirat allgemeine, die Gestaltung und Ordnung des Schulwesens betreffende Regelungen vor ihrem Inkrafttreten zuleiten.

Diese Beratung erfolgt in der Stellungnahme

1. zu allgemeinen Fragen des Erziehungs- und Unterrichtswesens,
2. zur Gestaltung und Ordnung des Schulwesens betreffenden Regelungen,
3. neben dieser Beratung ist der Landeselternbeirat aufgefordert, dem Kultusministerium Vorschläge und Anregungen zu unterbreiten.

Der Landeselternbeirat ist ein von den Elternbeiratsvorsitzenden aller Schularten demokratisch gewähltes Gremium. **Aufgabe des Landeselternbeirats ist es, Eltern zu informieren und zu beraten.**

Ministerium für Arbeit und Soziales 1

Corporate Citizenship

Unternehmerisches Bürgergesellschaftliches Engagement

Gemeinsam neue Wege gehen
Modellprojekt »Unternehmen BE«: Ein Projekt des Landesnetzwerks Bürgergesellschaftliches Engagement in Baden-Württemberg

Viele Unternehmen und Betriebe sind aktiv im Gemeinwesen als »gute Unternehmensbürger – als Corporate Citizens« engagiert. Immer mehr Unternehmen erkennen, dass sie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesellschaftliche Verantwortung übernehmen können und dies für das Unternehmen ein Gewinn ist.

Ziel des Modellprojekts »Unternehmen BE« ist: Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen und Betrieben und deren Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Fragestellungen zu gewinnen.



- **Modellregionen:** Regionen Bodensee, Rhein-Neckar und Südbaden.
- **Modellstandorte:** Reutlingen und Rottenburg.



Mehr Informationen in diesem Faltblatt

www.buergerengagement.de



Ministerium für Arbeit und Soziales 2

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement



Das Landesnetzwerk ist Bindeglied zwischen Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürgerschaft für eine lebendige Bürgergesellschaft.

Ziel des Landesnetzwerks

Gemeinsame Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen und Gewinnung neuer Partner zur Förderung des Bürgerengagements.

Die im Netzwerk mitwirkenden Kommunen, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger, Verbände sowie Organisationen werden durch die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales beraten und unterstützt.

Das Landesnetzwerk bietet

- ständigen Informations- und Erfahrungsaustausch
- Fachberatung für neue Mitglieder
- Schulung und Weiterbildung im Bürgermentorat
- Fachtage für Landräte, Bürgermeister, Gemeinde- und Kreisräte, engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter aus der Wirtschaft
- Durchführung von Zukunftswerkstätten
- Fortbildungen für Verwaltungen
- Studien und Praxisleitfäden

www.buergerengagement.de



Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg
Schellengstraße 15
70174 Stuttgart
Fax 0711-123-3989
E-Mail: stabsstelle@bam.bwl.de

Ministerium für Arbeit und Soziales 3

Versicherungsschutz

für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement



Haftpflicht- und Unfall-Versicherungsschutz

Mit diesem zusätzlichen Versicherungsschutz möchte die Landesregierung allen Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg Dank und Anerkennung aussprechen, die sich in ihrer Freizeit bürgerschaftlich und ehrenamtlich engagieren.

Wer ist haftpflichtversichert?

Versichert sind ehrenamtlich oder freiwillig Tätige für das Gemeinwohl, die ihre Tätigkeit in Baden-Württemberg ausüben oder deren Engagement von Baden-Württemberg ausgeht. Die Tätigkeit muss in rechtlich unselbstständigen Strukturen stattfinden.

Wer ist nicht versichert?

- Die Organisation oder Gemeinschaft, für die die Tätigkeit erbracht wird
- Betreute bzw. Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Veranstaltungen, die nicht ehrenamtlich oder freiwillig engagiert sind
- Ehrenamtliche, für die das hier versicherte Haftpflichtrisiko anderweitig abgesichert ist (Subsidiarität)

Versicherte Leistungen

- 2.000.000,- Euro pauschal für Personen- und Sachschäden
- 100.000,- Euro für Vermögensschäden
- Die Selbstbeteiligung im Sachschadensfall beträgt 250,- Euro

Wer ist unfallversichert?

Versichert sind ehrenamtlich oder freiwillig Tätige, die ihre Tätigkeit für das Gemeinwohl in Baden-Württemberg ausüben oder deren Engagement von Baden-Württemberg ausgeht.

Wer ist nicht versichert?

- Betreute, Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Veranstaltungen, Besucher usw., die nicht ehrenamtlich oder freiwillig engagiert sind
- Personen, für die gesetzlicher Unfallversicherungsschutz besteht
- Personen, für die vom Träger oder der Vereinigung, für die die Ehrenamtlichen tätig sind, bereits eine Unfallversicherung abgeschlossen wurde

Versicherte Leistungen

- 175.000,- Euro max. bei 100 % Invalidität
- 10.000,- Euro im Todesfall
- 2.000,- Euro für Zusatz-Heilkosten
- 1.000,- Euro für Bergungskosten

Ihr Ansprechpartner:

Ecclesia Versicherungsdienst GmbH
Löffelstraße 40, 70597 Stuttgart
Hotline: 0711-615533-265
ehrenamt@ecclesia.de
www.ecclesia.de

Versicherungsschutz besteht für alle bürgerschaftlich Engagierten automatisch, ohne vorherige Anmeldung. Eine Kostenbeteiligung der Ehrenamtlichen an den Sammelversicherungsverträgen wird nicht vorgenommen.



Mehr Informationen in diesem Falblatt



Das Themenorientierte Projekt Soziales Engagement an den Realschulen in Baden- Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Bildungsplan 2004/ Realschule Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Zum Profil der baden-württembergischen Realschulen gehören neben den Fächern und Fächerverbänden auch als eigene Unterrichtskategorie vier Themenorientierten Projekte (TOPE). Sie sind fächerübergreifend angelegt und ermöglichen die Öffnung von Schule in besonderer Weise. Kern der TOPE ist die Prozessorientierung, das heißt, die Schülerinnen und Schüler werden in den Unterrichtsprozess mit eingebunden. Die vier TOPE sind:

- Technisches Arbeiten
- Berufsorientierung
- Wirtschaften, Verwalten und Recht
- Soziales Engagement

Das Themenorientierte Projekt „Soziales Engagement“ hat das Ziel, Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Menschen zu wecken und zu fördern. Für die Schülerinnen und Schüler bedeutet dies, eigene Stärken und Schwächen kennen zu lernen, ihre Kommunikationsfähigkeit zu erweitern, ihre Teamfähigkeit zu verbessern und dadurch Verhaltenssicherheit zu erwerben und die eigene Sozialkompetenz zu stärken. Im Rahmen des Projektes kann dies unter anderem in einem Sozialpraktikum (zum Beispiel im Bereich Diakonie oder Caritas, Feuerwehr, Vereine), in der Ausbildung zum (Junior-)Schülermentor und zur (Junior-)Schülermentorin (zum Beispiel im Bereich Sport, Musik, NWA) oder in einer Kooperationsmaßnahme mit einer Förderschule erfolgen.

Schülerinnen und Schüler zeigen im Rahmen eines Projektes soziales Engagement (wochenweise oder schuljahrbegleitend). An der Schule vor Ort werden hierfür in den Gremien die jeweiligen Grundsätze des sozialen Engagements sowie Klassenstufe und Zuständigkeiten festgelegt. Im TOP SE üben die Schülerinnen und Schüler

soziales Denken, Urteilen und Handeln ein. Dabei wird ihre Persönlichkeit gestärkt, indem sie neue Lebenswelten und -erfahrungen kennen lernen.

Die Schülerinnen und Schüler erleben bei der Durchführung dieses TOPs Gemeinschaft und Solidarität und erfahren, dass sie als Person wichtig sind und gebraucht werden. Bei den Personalkompetenzen stehen Schulung der Wahrnehmungsfähigkeit, sozialen Sensibilität und Entwicklung von Verständnis und Toleranz im Vordergrund. Wesentliche Elemente des verantwortlichen Umgangs sind Kommunikations- und Teamfähigkeit. Fach- und Methodenkompetenzen sind die dazu nötigen Voraussetzung: Die Schülerinnen und Schüler dokumentieren den gesamten Prozess in einer individuellen Projektmappe.

Die Baden-Württembergische Sportjugend im LSV Baden-Württemberg e.V.



Die Baden-Württembergische Sportjugend ist die Jugendorganisation des Sports in Baden-Württemberg.

Sie wird gebildet durch die Jugendorganisationen der drei Sportbünde und vertritt die Interessen von mehr als 1,5 Millionen Kindern und Jugendlichen bis 27 Jahre in über 11.300 Vereinen im Land Baden-Württemberg. Sie ist damit mitgliedstärkste Jugendorganisation im Land und ein anerkannter Träger der außerschulischen Jugendpflege und Jugendbildung.

Wir wollen, dass kind- und jugendgerechter Sport getrieben wird. Wir wollen, dass die jungen Sportlerinnen und Sportler als ganzheitliche Menschen gesehen werden. Wir wollen, dass junge Menschen in unseren Sportvereinen das finden und selbst gestalten können, was ihren Wünschen und Bedürfnissen entspricht – innerhalb und außerhalb des Sportbetriebs. Wir wollen mehr sein als ein Dienstleistungsbetrieb, wir wollen junge Menschen in ihrer Entwicklung begleiten und ihr Partner sein.

Die Aufgaben im Einzelnen:

- die Förderung der sportlichen Jugendarbeit
- die Behandlung überfachlicher Jugendfragen von grundsätzlicher Bedeutung und die
- Vertretung der gemeinsamen Interessen der Mitglieder

Übergeordnete Ziele und Aufgaben:

- den Sport fördern und pflegen
- die Formen sportlicher Jugendarbeit weiterentwickeln
- zur Persönlichkeitsbildung beitragen
- die Befähigung und Bereitschaft zum sozialen Verhalten fördern

- Internationale Verständigung wecken
- Aufgaben der Jugendernziehung und Jugendpflege wahrnehmen
- für die Mitbestimmung und Mitverantwortung der Jugendlichen eintreten

Die Jugendarbeit im Bereich des Sports geschieht hauptsächlich in den Vereinen und

Verbänden. Aufgabe der Baden-Württembergischen Sportjugend ist es deshalb nicht, eigene Jugendarbeit zu leisten. Vielmehr sollen Vereine und Verbände durch entsprechende Unterstützung gefördert und in die Lage versetzt werden, den umfangreichen Aufgaben der Jugendarbeit im Sport gerecht zu werden.

Dies geschieht insbesondere durch:

- Informationen für Vereine, Verbände und Kreise
- Modellmaßnahmen zur Initiierung von Aktivitäten der Vereine, Verbände und Kreise
- Interessenvertretung im jugendpolitischen Raum
- finanzielle Unterstützung in Form von Zuschüssen
- Hilfe beim Aufbau von Beziehungen.

Leitung: Bernd Röber
Mitarbeiter: Nina Budweg,
Kai Nörrlinger

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)



Am 5. Juni 2002 wurde das »Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement« (BBE) gegründet. Das BBE ist ein Zusammenschluss von Akteuren aus Bürgergesellschaft, Politik und Wirtschaft mit der gemeinsamen Aufgabe, in nachhaltiger Weise bestmögliche rechtliche, institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen. Durch die 31 Mitglieder des Nationalen Beirats des »Internationalen Jahrs der Freiwilligen« (IJF) gegründet, hat das BBE inzwischen über 180 Mitglieder. In den Mitgliedsorganisationen des BBE sind viele Millionen Menschen organisiert.

Die Mitglieder des BBE wollen den nationalen, europäischen und internationalen Erfahrungsaustausch über das bürgerschaftliche Engagement verbessern, die Kooperation stärken und den Wissensstand für die Belange seiner Förderung fortentwickeln. Das BBE ermöglicht gemeinsame Beratung und Projektentwicklung. Das Netzwerk ist der Ort für engagementpolitische Abstimmungsprozesse. Das BBE stellt Materialien für die Praxis der Engagementförderung zur Verfügung, veranstaltet Fachtagungen und nimmt öffentlich im Rahmen seiner Zielsetzung Stellung zu Fragen der Förderung von Engagement und Bürgergesellschaft. Dabei kann es die Interessenpolitik seiner Mitgliedsorganisationen nicht ersetzen oder begrenzen, wohl aber für Problemlagen sensibilisieren, für gute praktische Lösungswege werben und kooperative Problemlösungen fördern.

Die Aufgabe der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der

Stärkung der Bürgergesellschaft bedeutet, dass die Spielregeln der Bürgergesellschaft – Hierarchiefreiheit, Freiwilligkeit, Eigenverantwortung, Respekt und gegenseitige Unterstützung, Selbstorganisation, etc. – auch für andere gesellschaftliche Lebensbereiche normative, maßstäbliche Kraft gewinnen. Sie erfordert von Seiten der Wirtschaft Unternehmen, die sich dem Gemeinwesen gegenüber verantwortlich verhalten. Sie erfordert einen Staat, der bürgerschaftliches Engagement nicht durch unnötige bürokratische Auflagen reglementiert und hemmt, sondern schützt, anerkennt und ermöglicht. Und sie erfordert bürgerschaftliche Organisationen, die den Engagierten optimale Möglichkeiten der Mitgestaltung und Mitbestimmung geben und interne Demokratisierungsprozesse durchlaufen.

Kontakte/Adressen/ Ansprechpartner

Tagungsveranstalter

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Birger Hartnuß
Michaelkirchstraße 17-18
10179 Berlin
Tel: 030/62980-112
Fax: 030/62980-151
hartnuss@b-b-e.de
www.b-b-e.de

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Elvira Menzer-Haasis
Königstr. 44 70173 Stuttgart
Tel: 0711/2792698
elvira.menzer-haasis@km.kv.bwl.de
www.km-bw.de

Ministerium für Arbeit und Soziales,
Stabsstelle Bürgerengagement
und Freiwilligendienste
Robert Hahn, Peter Pfeiffer
Schellingstr. 15 70174 Stuttgart
Tel: 0711/123-3678
Pfeiffer@SM.BWL.DE
<http://www.sozialministerium-bw.de>

Baden-Württembergische Sportjugend im Landessportverband BW e.V.
Bernd Röber
Fritz-Walter-Weg 19 70372 Stuttgart
Tel: 0711/28077-861
b.roeber@lsvbw.de
www.lsvbw.de

Begrüßungstalk

Petra Klein
Redakteurin, Moderatorin SWR 1
Tel: 0711/9294289
petra.klein@swr.de

Dr. Frank Heuberger
Sprecherrat des BBE
frank.heuberger@b-b-e.de

Elvira Menzer-Haasis
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg
Siehe Tagungsveranstalter

Robert Hahn
Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg
Siehe Tagungsveranstalter

OB Klaus Tappeser
Rottenburg
Landessportverband Baden-Württemberg e.V.
Fritz-Walter-Weg 19 70372 Stuttgart
Tel: 0711/28077-861

Referenten

Prof. Dr. Adalbert Evers
Universität Gießen
Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und der Verbraucherforschung
Bismarck 37
35390 Gießen
Tel.: 0641-99-39305
Fax: 0641-99-39309
adalbert.evers@uni-giessen.de

Moderatoren/Inputgeber der Arbeitsgruppen

AG Mentorenkonzepte in der Schule

Ulf von Quillfeldt
Paritätisches Bildungswerk
Haußmannstr.6 70188 Stuttgart
Tel: 0711/2155-184
quillfeldt@bildungswerk.paritaet-bw.de

Götz Kanzleiter
Evangelisches Jugendwerk Württemberg
Haerberlinstr. 1-3
70563 Stuttgart
Tel: 0711. 9781-382
schuelerarbeit@ejwue.de
goetz.kanzleiter@ejwue.de
www.schuelerarbeit.de

Eleonore Meyer
Verbund der Bürgermentoren Baden-Württemberg
Haldenstraße 56 72664 Kohlberg
Tel: 07025/3834
FaX: 07025.842679
eleonore.meyer@t-online.de

Edwin Gahai
Landesinstitut für Schulsport

Baden-Württemberg
Reuterallee 40
71634 Ludwigsburg
Tel: 07141.140-623
Email: poststelle@lis.kv.bwl.de

AG Bürgerschaftliches Engagement im Übergang von der Schule in den Beruf

Werner Miehle-Fregin
Kommunalverband für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg (KVJS), Landesjugend-
amt
Lindenspurstr. 39 70176 Stuttgart
Tel: 0711/6375-440
Werner.Miehle-Fregin@kvjs.de

Andreas Pchalek
KVJS, Landesjugendamt Baden-Württemberg
Andreas.Pchalek@kvjs.de

Marlies Schabacker-Bock, Jean Köpf
Verein JaZz e.V.
schabacker-bock@t-online.de
[http://www.uni-
ulm.de/uni/fak/zawiw/jungalt/jazz/](http://www.uni-ulm.de/uni/fak/zawiw/jungalt/jazz/)

Susanne Kugler
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Tel: 0711/2792758
susanne.kugler@km.kv.bwl.de

**AG Lebenswelten verbinden – wie die Ko-
operation zwischen Schulen und verschie-
denen Feldern des bürgerschaftlichen En-
gagements nachhaltig gelingt**

Dr. Ralf Vandamme
Städtetag Baden-Württemberg
Hafen 19, 63067 Offenbach
Tel: 069/85 09 36 31
dr.r.vandamme@web.de
www.staedtetag-bw.de

Jürgen Ripplinger
Agentur mehrwert
Firnhaberstraße 14 70174 Stuttgart
Tel: 0711/22296639
ripplinger@agentur-mehrwert.de
www.agentur-mehrwert.de

Sabine Wettstein
Bürgertreff Geislingen
Schillerstr. 4 73312 Geislingen
Tel: 07331/440363
sabine.wettstein@geislingen.de

Ottmar Dörrer
Tegelbergschule Geislingen
Pestalozzistr. 2 73312 Geislingen
Tel: 07331/961677

doerrerr@tsg.gp.schule-bw.de

AG TOP SE an Realschulen in Baden-
Württemberg
Beate Müller
Realschule Reichenbach
Tel: 07153/9844-45
rex@rsr.es.bw.schule.de

Monika Wenger
Realschule Donaueschingen
realschule-ds@t-online.de

Ute Recknagel-Saller
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Ba-
den-Württemberg
Schlossplatz 4 70173 Stuttgart
Tel: 0711/2792865
ute.recknagel-saller@km.kv.bwl.de

**AG Service-Learning: Wissensvermittlung,
Verantwortungs- und Persönlichkeitsent-
wicklung durch freiwilliges Engagement**

Gabriele Göhring/Maria Herting
Verbund Freiwilligenzentren Deutscher Cari-
tasverband e.V.
Referat Gemeindec Caritas
PF 420 79004 Freiburg
Tel.: 0761 200 -423
Fax: 0761 200 -751
Freiwilligen-Zentren@caritas.de
www.caritas.de/2321.html
www.freiwilligen-zentren.de

Christoph Dammann
Diakonisches Werk Baden
Vorholzstr. 3-5 76137 Karlsruhe
Tel: 0721/9349-351
dammann@diakonie-baden.de

Claudia Spengler
Freiwilligen-Zentrum Augsburg
ClaudiaSpengler@gmx.de
www.freiwilligen-zentrum-augsburg.de

**AG Bewegung, Spiel und Sport im schuli-
schen Ganzttag – Bürgerengagement des
Sports und im Sport**

Andreas Schmid
Jugendreferent Stadt Ravensburg
Amt für Schule, Jugend und Sport
Kirchstrasse 16
88212 Ravensburg
Tel: 0751/82-500
Fax: 0751/82-60 500
mailto:andreas.schmid@ravensburg.de
www.ravensburg.de

Prof. Paul Hempfer
Landessportverband Baden-Württemberg e.V.
Fritz-Walter-Weg 19 70372 Stuttgart
Tel: 0711/28077-861

AG Wirtschaft – ein Partner für die Schule?

Christopher Schlegel
Institut für angewandte Forschung an der HS
für Technik, Wirtschaft und Soziales Ravens-
burg Weingarten,
Modellprojekt „Unternehmen BE“
FH Ravensburg-Weingarten
Rathausstraße 7 88281 Schlier
Tel: 0751/5019719
schlegel@hs-weingarten.de

Dr. Martina Wegner
Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung
Bugginger Sr. 38
79114 Freiburg
Tel: 0761/47812694
wagner@efh-freiburg.de
www.zentrum-zivilgesellschaft.de

Stefan Küpper
Verband der Metall- und Elektroindustrie Ba-
den-Württemberg e.V.-Südwestmetall und
Landesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft
www.schulewirtschaft-bw.de
Telefon: 0711/7682-147
Telefax: 0711/7682-210
E-Mail: info@schulewirtschaft-bw.de

Beate Schulz
Kanzlei Schulz & Partner
beate.schulz@schulz-partner.de

AG Jugendarbeit und Schule: Von der Ko- operation zur (regionalen) Bildungspartner- schaft

Udo Wenzl
Landesjugendring Baden-Württemberg
Siemensstraße 11 70469 Stuttgart
Tel: 0711/16447-31
wenzl@ljbw.de
<http://www.ljbw.de>
Nanine Delmas
KVJS, Landesjugendamt
Lindenspürstr. 39 70176 Stuttgart
Tel: 0711/6375-296
Nanine.Delmas@kvjs.de

Frank Stüber
Stadtjugendring Leinfelden-Echterdingen
Frank.Stueber@sjr-le.de
www.sjr-le.de

AG Schulfördervereine –Kompetenzen und Ressourcen für die Schule

Angelika Wünsch
Landesverband der Schulfördervereine Baden-
Württemberg e.V.
angelika.wuensch@lsfv-bw.de

Anne Kreim
Landesverband der Schulfördervereine Baden-
Württemberg e.V.
anne.kreim@lsfv-bw.de
www.lsfv-bw.de

AG Dialog der Generationen: Senioren als Partner der Jugendlichen

Carmen Stadelhofer, Markus Marquardt
Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche
Weiterbildung (ZaWiW) der Universität Ulm
Oberer Eselsberg, M24/226
89069 Ulm
Tel: 0731/50-23192
carmen.stadelhofer@uni-ulm.de
markus.marquard@uni-ulm.de
<http://www.zawiw.de/>

Manuela Baker-Kriebel
Stadt Mannheim
OB-Beauftragte für Bürgerschaftliches Enga-
gement
PF 103051
68030 Mannheim
Tel: 0621/2939361
manuela.baker-kriebel@mannheim.de

Jordan Arnold-Sandmann
Justus-von-Liebig-Schule Mannheim
Neckarpromenade 42
68167 Mannheim
Tel: 0621/ 3365 1070
j.sandmann@jvls-ma.de

Chris Schäfer-Kirn
SeniorenInternetClub Stuttgart
Oberer Bauernwaldweg 53
70195 Stuttgart
Tel: 0711/691127
schaefer-kiern@t-online.de
www.seniorennet-stuttgart.de

AG Interkulturelles Lernen, Partizipation und Integration durch bürgerschaftliches Engagement von und mit MigrantInnen in der Schule

Jutta Grillhiesl-Mauz
Referat f. Bürgerbeteiligung und Stadtentwick-
lung Filderstadt
Martinstraße 5
70794 Filderstadt
JGrillhiesl-Mauz@Filderstadt.de

Claudia Grimaldi, Stefanie Ender
Projekt "Startklar"
Landeshauptstadt Stuttgart
Stabsabteilung für Integrationspolitik
Tagblatt-Turm-Areal
Eberhardstraße 61
70173 Stuttgart
Tel: 0711/2162630
claudia.grimaldi@stuttgart.de

IHK Region Stuttgart
Andrea Stütz
Jägerstr. 30
70174 Stuttgart

Michaela Menichetti, Bayram Ceran Schüler-
mentorenprojekt Reutlingen
menichetti@freenet.de

Andrea Göpel-Traub
Arbeitskreis ausländischer Kinder e.V. Ulm
Frauenstraße 134 89073 Ulm
Tel: 0731/610198
Iku-aak@arcor.de

Foren

Forum 1: Bildung – Perspektiven der Ver- netzung schulischer und außerschulischer Bildungsorte und -akteure

Prof. Dr. Sigrid Kallfaß
Fachhochschule Ravensburg-Weingarten
Leibnizstr. 10 88250 Weingarten
Tel: 0751/501-9420 o. 9444 o. 54355
kallfass@iaf.fh-weingarten.de
www.landkreistag-bw.de

Dr. Ralf Vandamme
Städtetag Baden-Württemberg
siehe AG

Julia Reichert
Landesjugendring Baden-Württemberg
Siemensstraße 11 70469 Stuttgart
Tel: 0711/16447-0
reichertjulia@yahoo.de
www.ljrbw.de

Monica Wüllner
Vorsitzende Baden-Württembergische Sportju-
gend
Fritz-Walter-Weg 19 70374 Stuttgart
Tel: 0711/28077-861
www.lsvbw.de

Hans Robold
Schulrektor iR
Hans.Robold@t-online.de

Thomas Hausch
Landesarbeitsstelle Kooperation
Tel: 0711/6670142
Thomas.Hausch@rps.bwl.de

Dieter Latta
BASF AG
mailto:dieter.latta@basf.de

Jürgen Rohleder
Stadt Rottenburg
Marktplatz 18
72108 Rottenburg am Neckar
Tel: 07472/165-419
Juergen.rohleder@rottenburg.de

Forum 2: Partizipation und Engagement in der Schule

Dr. Ursula Weber
Stadt Reutlingen
Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement
Marktplatz 18 72108 Reutlingen
Tel: 07121/303-5771
ursula.weber@reutlingen.de

Wiebken Dux
Deutsches Jugendinstitut (DJI) München
Nockherstr. 2, 81541 München
WDuex@fb12.uni-dortmund.de

Christiane Staab
Landeselternbeirat Baden-Württemberg
staab@leb-bw.de

Dr. Wolfgang Siglóch
Quenstedt-Gymnasium Mössingen
Deutscher Sportlehrerverband e.V.
Kontakt ü Baden-Württ. Sportjugend

Beate Müller
Realschule Reichenbach
s. Forum
07153/984442
rex@rsr.es.bw.schule.de

Dr. Jeannette Behringer
Landeszentrale für polit. Bildung Baden-
Württemberg
0711/164099-62
Jeannette.Behringer@LpB.bwl.de

Harald Leber
Landesseniorenrat Baden-Württemberg
Rotebühlstraße 131 70197 Stuttgart
Tel: 613824
landesseniorenrat@lsr-bw.de
www.landesseniorenrat-bw.de

Forum III: Brücken bauen zwischen Schule und Gemeinwesen

Dieter Lehmann
Stadt Ulm
Sozialplanung/Bürgerschaftliches Engagement
Olgastraße 143 89070 Ulm
Tel: 0731/161-5113
d.lehmann@ulm.de

Prof. Dr. Paul-Stefan Roß
Berufsakademie Stuttgart
Herdweg 29/31 70174 Stuttgart
0711/1849-729
ross@BA-Stuttgart.de

Agnes Christner
Städtetag Baden-Württemberg
Relenbergstr. 12 70174 Stuttgart
Tel: 0711/22921-30/31
Agnes.Christner@Staetdetag-bw.de

Jürgen Ripplinger
Agentur mehrwert gGmbH
Siehe AG

Rainer Beha
Realschule Blumberg
Kontakt über Kultusministerium

Ulf von Quillfeldt
Paritätisches Bildungswerk LV Baden-
Württemberg (jes-Jugend-engagiert-sich)
Siehe AG

Klaus Maier
TV 1861 Rottenburg e.V.
GHS Ergenzingen
Tel: 07457/98716 (Schule) 07472/1861 (TV)
sport@tv-rottenburg.de

Gebhard Hirth
Stadtjugendring Sindelfingen
mailto:g.hirth@stadtjugendring-sindelfingen.de

Schulen

Realschule Weilheim/Teck
Ansprechpartner: Winfried Rindle
Hegelstr. 18 73235 Weilheim/Teck
Tel: 07023/ 900420
rs-weilheim@t-online.de
www.realschule-weilheim.de

Keplerschule Freudenstadt
Ansprechpartner:
Dieter Eberhardt, Jörg Reiser
Ludwig-Jahn-Str.54 72250 Freudenstadt
Tel: 07441/919514400

Georg-Büchner-Gymnasium Winnenden
Ansprechpartner:
Adalbert Vogt, Eckhard Linke

Paulinenstraße 29-31 71364 Winnenden
Tel: 07195/910312
www.gbg.wn.schule-bw.de

Evangelisches Schulzentrum Michelbach
Ansprechpartner: Kurt Hertweck
Hagenhofweg 35 74544 Michelbach
Tel: 0791/93016-110
www.ev-schulzentrum-michelbach.de

Abschlussrunde

Ute Kumpf MdB
parlamentarische Geschäftsführerin SPD-
Bundestagsfraktion
Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engage-
ment“ des Deutschen Bundestages
Berliner Büro Platz der Republik 1 11011 Ber-
lin
030/227-73729
ute.kumpf@bundestag.de

Helmut Rau MdL
Minister für Kultus, Jugend und Sport des Lan-
des Baden-Württemberg
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Königstr. 44 70173 Stuttgart

Monica Wüllner
Baden-Württembergische Sportjugend
Siehe Forum

Thomas Kegel
Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland
Sprecher der Projektgruppe „Bil-
dung/Qualifizierung“ des BBE
Siehe Markt der Möglichkeiten

Markt der Möglichkeiten

Lernende Region Bodensee
<http://www.lernsee.de/>
<http://www.ihkadhoc.de/>

Familienforschung Baden-Württemberg
Jens Ridderbusch, Christina Ehrhardt
Tel: 0711/641-2719
jens.ridderbusch@stala.bwl.de
www.familienfreundliche-kommune.de

Servicestelle Jugend
Günter Bressau
Projektleitung Mitmachen Ehrensache
Servicestelle Jugend
Schanzstr. 17
79790 Küssaberg-Kadelburg
Tel: 0 77 41 / 68 77 34
Fax: 0 77 41 / 68 77 35
bressau@mitmachen-ehrensache.de
<http://www.mitmachen-ehrensache.de>

KSJ Freiburg
Evi Rottach, Bildungsreferentin
Okenstraße 15
79108 Freiburg
Tel: 0761/5144-189
Fax: 0761/514476-189
evi.rottach@seelsorgeamt-freiburg.de
www.ksj-freiburg.de

Abendprogramm/Bigband

Bigband „Realsound“
Ansprechpartner: Gerd Kürner
kuerner@t-online.de

Realschule im Kreuzerfeld
Ute Schuler
Gelber Kreidebusen 41
72108 Rottenburg
Tel: 07472 / 949950
ute.schuler@tesionmail.de
<http://www.rsro.de>

Freie Waldorfschule am Kräherwald
Eva Tilgner
Mathias von Radecki
<http://www.waldorfschule-kraeherwald.de/>

Kojala Kompetenzbörse/ZAWiW
Carmen Stadelhofer, Markus Marquardt
<http://www.zawiw.de/>
siehe AG
jes-jugend-engagiert-sich
Paritätisches Bildungswerk
quillfeldt@bildungswerk.paritaet-bw.de
www.jugend-engagiert-sich.de
siehe AG

LAG Offene Jugendbildung
Martin Bachhofer, Kai Kabs,
Siemensstr 11
70469 Stuttgart
Tel.: 0711/896915-16
Fax: 0711/896915-88
Mail: m.bachhofer@agjf.de

Keplerschule Freudenstadt
siehe Schulen

Verbund Freiwilligenzentren im DCV
siehe AG

Aktion: Tu (Dir) was Gutes
des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Anne-Katharina Kunze
www.aktion-tudirwasgutes.de
www.paritaet-bw.de

Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland
Thomas Kegel
Marchlewskistr. 27, D - 10243 Berlin-Friedrichshain
Tel.: 030-2754938, Fax: 030- 2790126;
akademie@ehrenamt.de;
www.ehrenamt.de
www.freiwilligen-kultur.de

